

Schweiz morgen

Bericht der Eidg. Expertenkommission an den Bundesrat

Inhaltsverzeichnis

	Seiten
1. Einleitung: Auftrag und Überblick	1
2. Die wichtigsten Herausforderungen der heutigen Welt	5
a. Die Rolle der Schweiz in der Welt	5
b. Das politische System zwischen Strukturhaltung und Neubelebung	10
c. Raumordnung und natürliche Lebensgrundlagen	13
d. Neue Bedürfnisse und Grenzen des sozialen Ausgleichs	15
e. Die Wirtschaft vor neuen gesellschaftlichen und internationalen Herausforderungen	21
f. Der kulturelle Wandel zwischen Postmoderne und Neuorientierung	25
g. Individualisierung und Kommerzialisierung der Lebensformen – wie weiter?	28
3. Vier Grundhaltungen – vier Szenarien	32
a. Szenarienbildung – Szenarienverwendung	32
b. Es soll bleiben, wie es ist	37
c. Mehr Leistung und Wettbewerb in Wirtschaft und Gesellschaft	52
d. Wir wollen es richtig machen	67
e. Alle sollen sich ein schönes Leben machen können	85
f. Es hätte auch ganz anders kommen können...	102
4. Themen- und szenarienübergreifende Gesichtspunkte	105
a. Was heisst Lebensqualität?	105
b. Der Status der Frau und die Beziehung zwischen den Geschlechtern	109
c. Wissenschaft und Technologie	116
d. Die Risikoverantwortung zurückgewinnen?	120
e. Ein zentrales Problem – die Zeit	126
5. Schlussempfehlungen	130
a. Grundwerte	130
b. Die wichtigsten Bereiche mit politischem Handlungsbedarf aus der Sicht der Kommission	131
c. Möglichkeiten konkreter Reformen	136
6. Anhang	
Liste der Kommissionsmitglieder	

Schweiz morgen

Bericht an den Bundesrat

Verfasst von der Kommission «Schweiz morgen»

1. Einleitung: Auftrag und Überblick

«700 Jahre sind genug». Dass diese Provokation nicht nur gewagt, sondern auch ernst genommen und weit herum diskutiert wurde, sagt etwas aus über den Zustand der Eidgenossenschaft im Jahr ihres 700jährigen Bestehens: Die turbulenten Veränderungen in Europa, das eigene Unvermögen zur entschiedenen Strategie, die aufdämmernde Erkenntnis, weder als besser zu gelten noch grundlegend anders zu sein als andere Länder, dies alles hat in weiten Kreisen unseres Landes eine Identitätskrise ausgelöst. Wer sind wir? Was hält uns als Nation zusammen? Gibt es Qualitäten, an denen wir gemeinsam arbeiten wollen? Welche Rolle soll die Schweiz in Europa und in der Welt von morgen spielen?

Derartige Fragen haben zum Zeitpunkt der 700-Jahr-Feier eine solche Aktualität gewonnen, dass trotz der Schwierigkeit der Aufgabe die Mitglieder der Kommission «Schweiz morgen» gerne vom Bundesrat den Auftrag entgegengenommen haben, den vorliegenden Bericht zu erarbeiten. In diesem sollten «mögliche Szenarien einer Schweiz in der Dekade nach dem Jahr 2000 unter besonderer Berücksichtigung der Lebensqualität dargestellt werden». Die Szenarien «sollten an die sich heute abzeichnenden Entwicklungspfade anknüpfen und diese konsistent für die genannte Zeitperiode beschreiben.» Im Mandat (Wortlaut vgl. Materialienband) wird weiter präzisiert: «Der Schlussbericht der Expertenkommission sollte im Jubiläumsjahr 1991 der Öffentlichkeit vorgestellt werden und somit die Diskussion über die Zukunft unseres Landes anregen. Gleichzeitig soll der Bericht eine der Grundlagen für die Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die kommenden Legislaturperioden darstellen.»

Dem Auftrag entsprechend, einen breiten Dialog über die Zukunft unseres Landes auszulösen oder zu beleben, hat die Kommission nicht versucht, die eingangs aufgeworfenen Fragen bereits zu beantworten. Ihr Anliegen war es, die Fragestellungen zu konkretisieren, möglichst in ihrer ganzen thematischen Breite und Vernetzung darzustellen und damit das ganze Spektrum, aber auch die gegenseitige Bedingtheit der möglichen Antworten auszuleuchten. Sie glaubt, damit Materialien für den weiteren Dialog vorbereitet zu haben. Der Nutzen ihrer Arbeit wird entscheidend davon abhängen, wieweit dieser nun auch zustande kommt.

Der Bundesrat hat die Kommission am 6. Juli 1989 eingesetzt. Vorher war aufgrund eines Vorstosses der Parlamentarierinnen, der die Untervertretung der Frauen bemängelte, die Zahl der weiblichen Mitglieder von drei auf sieben und

damit die Gesamtzahl der Mitglieder von 15 auf 19 erhöht worden. Die Mitgliederliste findet sich im Anhang des Berichtes. An 27 Sitzungstagen, in zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen und durch intensive Einzelarbeit der Mitglieder wurde in knapp eineinhalb Jahren in den verschiedenen Spezialgebieten das überreichlich vorhandene Material zusammengetragen und zu einem überblickbaren Ganzen vereinigt. Auch wurden die Probleme und Handlungsoptionen aus der Sicht der Mitglieder dargestellt und gewichtet. Aufgrund der Zusammensetzung war das erforderliche Sachwissen weitgehend im Kreise der Kommission vorhanden. Sie konnte sich ausserdem auf die Fachleute der Bundesverwaltung stützen, mit denen sie mehrere Hearings abhielt, und sprach mit weiteren Persönlichkeiten. Vor allem aber verlangte ihre Aufgabe weniger die Erarbeitung neuen Sachwissens, als vielmehr die Bereitschaft, Gesamtzusammenhänge mit der nötigen Radikalität ins Licht zu rücken.

Als die Kommission im Spätsommer 1989 ihre Arbeit aufnahm, war die Berliner Mauer noch intakt. Die zentrale Frage für die künftige Rolle der Schweiz war fast unangefochten die Gestaltung ihres Verhältnisses zur EG. Einige Wochen später öffnete sich mit atemberaubendem Tempo der Weg zum gemeinsamen Europäischen Haus vom Atlantik bis zum Ural. 1990 schüttelten die Fichen- und die Geheimarmee-Affären das Schweizer Staatsbewusstsein durcheinander, während sich die beiden Teile Deutschlands in kühnen, dezidierten Schritten zusammenschlossen. Verabschiedet wurde der Kommissionsbericht im Januar 1991, wenige Tage nach Ausbruch des Golfkrieges. Im Baltikum wurden die ersten Opfer sowjetischer Panzer und Maschinengewehre beigesetzt, und in Moskau waren praktisch alle Reformer aus den Führungsgremien der Sowjetunion ausgeschieden. Solche Zeiten eignen sich nicht für Prognosen. Es ist schon schwierig genug, die erforderliche Gelassenheit und Distanz zu entwickeln, um nicht allwöchentlich eine neue Umwälzung für die entscheidende zu halten. Solche Zeiten steigern aber den Bedarf nach Orientierungshilfen. Die Kommission hat versucht, für sich selbst und für die Leserinnen und die Leser dieses Berichts ein solches Instrumentarium zu entwickeln. Es soll die erforderliche Vielfalt der Blickwinkel mit einer vom Tagesgeschehen möglichst unabhängigen Themengewichtung verbinden.

Die Kommission hat ihre Arbeit im wesentlichen im Konsensverfahren erledigt. Das war nicht zuletzt der eingehenden Auseinandersetzung über die zu wählenden thematischen Akzente sowie über die unterschiedlichen Werthaltungen und methodischen Vorstellungen zuzuschreiben, die der Erarbeitung des Berichts vorausgingen. Meinungsverschiedenheiten wurden so nicht übertüncht, sondern genutzt für die Identifizierung der zu behandelnden Themenkreise, die Formulierung bestimmter Optionen und die Definition der Szenarienansätze. Konkret wurde wie folgt verfahren: Zunächst war das Gesamtmaterial aufzugliedern in die sieben im nächsten Kapitel beschriebenen Themenkreise, die nach Auffassung der Kommission die für die Zukunft wichtigen Entwicklungen in ihrer Breite abdecken. Im Rahmen dieser Themenfelder wurden die wichtigsten

Optionen im Sinn von Verhaltens- und Handlungsmustern herausgearbeitet. Dabei ist zu beachten, dass die Optionen einander in aller Regel nicht gegenseitig ausschliessen, sondern in unterschiedlicher Gewichtung teils als kontrastierende, teils als sich gegenseitig ergänzende Varianten nebeneinander oder miteinander existieren können.

Die Frage, welche Optionen aus den einen sich am besten mit welchen Optionen aus den anderen Themenbereichen verbinden lassen, führte zur Definition der vier Szenarien. Sie sind im dritten Kapitel beschrieben und je durch eine eigene Farbe gekennzeichnet. Die vier Szenarien spiegeln vier verschiedene Grundhaltungen wider, die in unserer Gesellschaft, bis zu einem gewissen Grad aber auch in jedem einzelnen Menschen, miteinander im Widerstreit stehen. Die Szenarien veranschaulichen die Konsequenzen dieser unterschiedlichen Grundhaltungen, indem, rückblickend aus dem Jahr 2010, eine Beschreibung von zwar hypothetischen, aber zur Grundhaltung passenden Entwicklungen in den verschiedensten Lebensbereichen erfolgt.

Das Verfahren hat mithin nicht visionäre Wunsch- oder Horrorszenarien produziert. Die Szenarien haben auch keinen Prognosecharakter. Sie sind vielmehr als Instrument der Meinungsbildung und Kommunikation über die positiven und negativen Aspekte bestimmter Grundhaltungen und Weltbilder gedacht. Dabei hängt es von der Werthaltung der Leserinnen und Leser ab, was sie als positiv oder negativ empfinden, wie überhaupt Szenarien erst in der Vorstellung der Leserinnen und Leser Gestalt annehmen können. Die Szenarien wurden von vier Untergruppen der Kommission erarbeitet. Nach erfolgter Überarbeitung hat sie die Kommission in den Schlussbericht übernommen. Indem die Szenarien Konsequenzen unterschiedlicher Grundhaltungen veranschaulichen sollen, war von der Kommission keinem Szenario der Vorzug zu geben, und kein Mitglied wird auf ein einzelnes Szenario und seinen Inhalt verpflichtet.

Der skizzierte Ansatz wurde ergänzt durch die Auseinandersetzung mit Problemstellungen, die sich quer durch alle Themenfelder hindurchziehen: Die Aspekte der Lebensqualität, der Frauen in unserer Gesellschaft, der Wissenschaft und Technologie, der Risiken und der Zeitknappheit bilden Gegenstand eines weiteren Teils des vorliegenden Berichts.

Schliesslich hat die Kommission aufgrund dieser Vorarbeiten aus der Gesamtheit der dargestellten Entwicklungsmöglichkeiten eine Reihe von politischen Empfehlungen herausdestilliert. Obwohl sie sich ausdrücklich keinem Konsensdruck ausgesetzt hatte und die einzelnen Mitglieder unterschiedliche Wertvorstellungen einbrachten, zeigte sich doch eine grosse Übereinstimmung bezüglich Handlungsbedarf und Handlungsrichtung. Diese Überlegungen sind Gegenstand des Schlusskapitels. An einigen Stellen wurde Minderheitsmeinungen auf ausdrücklichen Wunsch eines oder mehrerer Mitglieder angeführt.

Gemäss Mandat soll der Bericht in allgemein verständlicher Form formuliert und für die breite Öffentlichkeit zugänglich sein. Es war der Kommission ein Anliegen, diesem Auftrag zu entsprechen. Der vorliegende Schlussbericht ist dementsprechend lediglich die Spitze des Eisbergs. Die wichtigsten Vorarbeiten, insbesondere eine ausführlichere Darstellung der Themenfelder und Querdimensionen, sind in einem Materialienband enthalten, der Interessenten zur Verfügung steht. Auch liegt es in der Natur der Sache, dass ein solcher Bericht immer unfertig ist und damit nur einen Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen bilden kann und soll. Angesichts der engen Vernetzung aller behandelten Fragen hätte die Kommission in vielen Punkten den Wunsch gehabt, Konsequenzen spätererer Überlegungen auf frühere Vorarbeiten nochmals zu überprüfen oder zusätzliche Studien – z.B. über finanzielle Konsequenzen gewisser Empfehlungen – anzustellen. Zum lebendigen Dialog, den die Kommission mit ihrer Arbeit anregen will, gehört es jedoch, zu einem gewissen Zeitpunkt einen Schlussstrich unter eine Arbeit zu ziehen und darauf zu vertrauen, dass eine interessierte Öffentlichkeit sie in geeigneter Weise fortsetzen wird.

2. Die wichtigsten Herausforderungen der heutigen Welt

Eine Darstellung der Arbeiten in den sieben Themenbereichen

Die Kommission hat sich eingehend mit der Frage nach den wichtigsten Wandlungen und Problemen befasst, vor denen die Schweiz auf den verschiedensten Feldern politischen Handelns steht. Diese Felder sind schwer voneinander zu trennen. Traditionelle Grenzen sind in Fluss geraten, und zunehmend hängt alles mit allem zusammen. Gerade deshalb wird ja sinnvolles politisches Handeln immer schwieriger. Die Kommission hat die Vielzahl der beobachteten Ansätze von Veränderungen in den sieben nachfolgend umrissenen Themenfeldern gebündelt, da ihr diese unter dem Gesichtspunkt der Haltungs- und Handlungsalternativen als einigermaßen einheitlich erschienen sind. In jedem Themenfeld hat sie die wichtigsten Weichenstellungen und Handlungsmöglichkeiten identifiziert. Natürlich gibt es zahlreiche Wechselwirkungen zwischen den Themenfeldern, die dabei in Rechnung gestellt werden mussten. Wie nicht anders zu erwarten war, zeigte die vertiefte Analyse, dass es in einzelnen Fällen auch gute Gründe für eine andere Einteilung gegeben hätte.

a. Die Rolle der Schweiz in der Welt

Der Umbruch im globalen und europäischen Umfeld

Was gehört eigentlich zum schweizerischen Umfeld? Bei genauerer Betrachtung alles, wofür wir nicht unter Berufung auf den «Sonderfall» Schweiz eine Eigenentwicklung geltend machen können. Dieser Bereich schrumpft aber rapide. Gesellschaft, Kultur, Technologie und Wirtschaft entwickeln sich bei uns nicht viel anders als in unseren Nachbarländern. Gegenstand dieses Kapitels ist deshalb nicht das Umfeld generell, sondern es sind ganz spezifisch jene Entwicklungen, die für unsere künftige Rolle als Land, als Nation, als Staat in Europa und in der Welt von besonderem Gewicht sind. Im Vordergrund stehen:

- der weltweite Siegeszug des demokratisch-marktwirtschaftlichen Systems, dem als Gegenbewegung von internationalem Gewicht vor allem die politischen Konsequenzen des islamischen Fundamentalismus gegenüber stehen;
- die Aushöhlung der nationalstaatlichen Strukturen und die abrupte Ablösung der bis 1988 herrschenden zweipoligen Machtstruktur der Welt durch einen Doppeltrend: einerseits durch die Globalisierung sowohl der Wirtschaft und ihrer politischen Rahmenbedingungen als auch der Aussen- und Sicherheitspolitik; andererseits durch eine (auch emotionale) Regionalisierung, teilweise unterhalb der nationalstaatlichen Ebene und ohne Rücksicht auf nationale Grenzen. Zu welchen Strukturen das Zusammenwirken beider Entwicklungen in welchem Zeitablauf führen wird, erscheint gegenwärtig völlig offen.

- Wirtschaftlich stehen wir trotz einer Verdüsterung des konjunkturellen Horizonts im Jahre 1991 vermutlich immer noch in einer langfristigen Wachstumswelle. Sie wird alimentiert von den Produktivitätsreserven vor allem der Informationstechnologie sowie von der regionalen und weltweiten Integration der Wirtschaftsräume.
- Obwohl die Art des Produktivitätszuwachses die physischen Grenzen des Wachstums eher hinausschiebt, wächst deren Stellenwert in den Augen der Weltöffentlichkeit. Er spiegelt sich vor allem in der kaum noch in Abrede gestellten Angst vor einer bevorstehenden «Klimakatastrophe» wieder. Im Auseinanderklaffen zwischen dem Bedarf der Entwicklungsländer nach einer Vervielfachung ihres Energieverbrauchs einerseits und den begrenzten Ressourcen, der Problematik der nuklearen Option sowie dem Gebot zur drastischen Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe andererseits zeigt sich der Grundwiderspruch der Weltentwicklungsproblematik.
- Darüber hinaus beobachten wir in allzu vielen Entwicklungsregionen nach wie vor einen Teufelskreis zwischen Hunger, Bevölkerungswachstum und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, so dass der Graben zur industriellen Welt, trotz vielfältiger Verbindungen immer noch weiter vertieft wird.
- Im Zusammenhang mit der Gesamtheit dieser Entwicklungen müssen die Sicherheitspolitiker aller Länder über die Bücher gehen, verschieben sich doch im 20jährigen Zeithorizont die Bedrohungen. Obwohl der Krieg um Kuwait die fortbestehende Gefahr weltweit ausstrahlender Auseinandersetzungen zwischen Grossarmeen mit zahlreichen schweren Waffen belegt, wird für uns auf lange Sicht zunehmend jene Vielzahl kleinräumiger Auseinandersetzungen bedeutend, wo sich offizielle Kriegshandlungen mit Kampfformen des Untergrundes vermischen; Katastrophenmanagement, Terrorismusbekämpfung, die Auseinandersetzung mit einer sich globalisierenden mafiosen Szene, aber auch zunehmend militante Migrationsbewegungen rücken in den Vordergrund. Entsprechend sind auch die Feindbilder diffus geworden. Die Wahrung der territorialen Unversehrtheit und politischen Handlungsautonomie eines Staatswesens vor der Waffengewalt fremder Streitkräfte verliert als Leitidee an Bedeutung.

Je nachdem, wie einzelne Länder, Staatengruppen oder die Weltgemeinschaft insgesamt auf die Probleme reagieren, ergeben sich für die Schweiz unterschiedliche Umfeldentwicklungen, an denen sie aber auch selbst in unterschiedlicher Weise mitwirken kann. Das gilt für den Umgang mit der Entwicklungsproblematik, mit dem Spannungsfeld zwischen dieser und der Weltökologie sowie mit dem Problem der bevorstehenden Massenwanderungen. Es gilt aber vor allem auch für die Entwicklung in Europa, wo nach unserer Auffassung drei Entwicklungsmuster miteinander in Konkurrenz stehen und die künftige Realität in noch ungewisser Gewichtung prägen.

1. Die EG bewegt sich zielstrebig auf einen unabhängigen demokratischen Bundesstaat zu, der einen unwiderstehlichen Sog auf alle west-, mittel- und ost-europäischen Länder ausübt.
2. Europa bleibt, was es ist, nämlich ein Prozess der Suche nach seiner Identität und der ihr entsprechenden Gestalt. Dieser bedient sich der vielfältigsten Kooperationsformen und Institutionen und ist gerade dadurch dem Wesen Europas und der Turbulenz seines Umfeldes angemessen.
3. Der von Nationalismus und wirtschaftlicher Not genährte Zerfallsprozess in Mittel- und Osteuropa, neue europäische Grossmachtrivalitäten rund um das vereinigte Deutschland, die Wiederbelebung alter Grenzstreitigkeiten und das Vordringen des islamischen Fundamentalismus bis in den Balkan prägen die Entwicklung. Europa wird erneut zum internationalen Konfliktherd.

Drei mögliche Grundhaltungen der Schweiz

Welche Strategie sich für die Schweiz aufdrängt, hängt natürlich davon ab, welche der vielen möglichen Szenarien sich in der Welt und in Europa realisieren. Es gibt aber eine vorgelagerte Frage, die wir unabhängig vom Szenario beantworten können, nämlich die nach unserer Grundhaltung gegenüber der Aussenwelt:

1. Wollen wir das Geschehen in unserem Umfeld **aktiv mitgestalten** und eine entsprechende Mitverantwortung auf uns nehmen? Die Entscheidung für diese Option ist schwieriger geworden. Wenn Europa selbst einmal föderalistisch, demokratisch, freiheitlich, marktwirtschaftlich, wohlhabend, sozial ausgewogen und aussen- und sicherheitspolitisch unabhängig sein sollte, braucht es das Modell Schweiz nicht mehr dafür. Ausserdem hat sich die Schweiz in der Nachkriegszeit zunehmend den Ruf des kleinkrämerischen Abseitsstehens, einer selektiven Ausländerfeindlichkeit und einer mafiosen Realität hinter der Fassade von demokratischer Stabilität und Ordnung erworben. Trotz solcher Einwände bleibt die aktive Teilnahme für viele auch vom Gesichtspunkt des langfristigen Landesinteresses aus die einzige vertretbare Haltung. Vertreter dieser Option gehen von der Auffassung aus, die Schweiz verfüge trotz der erlittenen Gewichts- und Gesichtsverluste über spezifische Stärken, die sie einzubringen habe: ihre Tradition des pfleglichen Umgangs mit natürlichen Ressourcen, Landschaft und Menschen, ihr Rezept, mit Hilfe qualitativ hochstehender Arbeit und Organisation wirtschaftliche Prosperität zu erlangen, ihre im künftigen Europa besonders gefragte Kunst, aus der kleinräumigen kulturellen Vielfalt eine Stärke zu machen (allerdings mit der konkordanzdemokratischen Gefahr von Strukturerrstarrungen), und ihre wenigstens in Teilen der Wirtschaft und Gesellschaft ausgeprägte Bereitschaft zur weltweiten Öffnung.

2. Sollen wir uns damit begnügen, aus den unabänderlichen Gegebenheiten für uns selbst das Beste zu machen, uns also **aktiv anpassen** und lediglich versuchen, die Art mitzugestalten, wie Umfeldeinflüsse auf uns einwirken? Beispiel hierfür ist der Einbezug der Frage nach der «Europafähigkeit» in die Suche nach Lösungen, wo sonst Entscheide allein mit Blick auf das innerstaatliche Kräftefeld getroffen würden. Die Kommission hat den Eindruck, dass diese Haltung gegenwärtig im Vordergrund steht, wobei im wesentlichen nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden wird, was «das Beste» bedeutet. Diese Haltung hat erheblichen Anteil daran, dass die Schweiz an Goodwill, Gewicht und damit Gestaltungsmöglichkeiten verloren hat.

3. Sollen wir, auch unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Einbussen, uns von unserem Umfeld abgrenzen, soweit dies erforderlich erscheint, um unser Eigenleben führen zu können? Diese **Haltung des «Alleingangs»** entspringt der Identität einer Nation, die aus dem Selbstbehauptungswillen gegenüber einem übermächtigen Umfeld entstanden ist. Sie ist uns durch die klaren Feindbilder in der Zeit des Faschismus und des Kalten Krieges erleichtert worden. Der Versuch, solche Feindbilder auf «Brüssel» oder gar die «Ausländer» zu übertragen, dürfte nicht unterbleiben, wobei nicht nur sachlich richtige Feststellungen, sondern durchaus auch Partikularinteressen dazu das Motiv bilden könnten. Aber eine Besinnung auf die Schweizer Eigenart oder auf das, was wir anders machen wollen als unsere Nachbarn, erscheint durchaus sinnvoll, ja, sie ist geradezu Voraussetzung für die Grundhaltung der aktiven Mitgestaltung.

Die Kommission hat die Konsequenzen dieser drei denkbaren Grundhaltungen auf verschiedenen Gebieten der Aussenpolitik durchgespielt und aufgezeigt, dass sie in der Europa-Politik nicht ohne weiteres gleichbedeutend sind mit den verfügbaren Instrumenten der EG-Mitgliedschaft, des EWR-Vertrages oder der mehr punktuellen vertraglichen Arrangements. So könnte zum Beispiel die Haltung der aktiven Mitgestaltung in einem Umfeld, in dem Europa wieder zum Konfliktherd wird, durchaus nach dem Instrumentarium punktueller vertraglicher Arrangements rufen. Das volle wirtschaftliche, kulturelle und menschliche Potential eines sich einigenden Europas wäre jedoch nur mit einem Vollbeitritt zur EG und ihren politischen Institutionen zu erschliessen. EG-Mitgliedschaft und EWR-Vertrag zeigen erst in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der EG völlig verschiedene Inhalte. Es würde aber zu weit führen hier das ganze Spektrum der Möglichkeiten zu umreissen.

Statt dessen begnügen wir uns mit einigen Hinweisen auf die Konsequenzen einer aktiven Mitgestaltung und Mitverantwortung. Die Verwirklichung dieser Option setzt erhebliche innere Anpassungen voraus. Dies gilt nicht nur gegenüber dem europäischen Umfeld, falls dieses sich irgendwo zwischen dem Kurs auf den Bundesstaat und Europa als Suchprozess entwickelt. Auch die Mitwirkung an einer neuen Weltwirtschafts- und Weltsicherheitsordnung sowie einer

zukunftsträchtigen Weltökologie- und Weltentwicklungspolitik würde tiefgreifende Veränderungen zu Hause erfordern. Was die Schweiz im Gütertransitverkehr bereits begriffen hat, muss sie zum Beispiel in der Agrarpolitik und in der Ausländerpolitik erst noch lernen: Es reicht nicht, sich einfach abzuschotten oder einfach die Schleusen zu öffnen, vielmehr müssen wir mit besonderen Anstrengungen aufwarten. Erst durch die Schaffung neuer Bedingungen ergibt sich ein auf lange Sicht realistischer und vernünftiger Kurs, der sowohl innenpolitisch als auch gegenüber unseren Partnern im Ausland durchsetzbar ist. Beispiele sind neben der Bereitstellung einer überzeugenden Schienentransitkapazität eine langfristig ausgerichtete Landwirtschaft, die einer qualitativ anspruchsvollen hochdifferenzierten Nachfrage und hohen ökologischen Ansprüchen genügt, und eine Immigrationspolitik, welche Entwicklungspolitik, europäische Zusammenarbeit, soziale Integration und multikulturelles Zusammenleben sinnvoll verbindet.

Erst auf dieser Grundlage wird es möglich, in künftigen GATT-Verhandlungen, in den Nord-Süd-Diskussionen und in Europa möglichste Freizügigkeit des Verkehrs mit Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapitalien auch dort anzustreben, wo inländische Schutzinteressen bisher überwogen. Dasselbe gilt aber auch für die anderen beteiligten Länder und Organisationen. Freizügigkeit ist nur unter bestimmten Gesamtbedingungen sinnvoll und realistisch. Zum Beispiel muss eine qualitativ orientierte Entwicklungshilfe, die auf einem ernst genommenen interkulturellen Dialog beruht, die spezifischen potentiellen Stärken der Partner zum Zuge kommen lassen. Das heisst unter anderem, die Kapitalströme in die geeignete Richtung, nämlich zu den Arbeitskräften, zu lenken. Ausserdem müssen internationale Vereinbarungen sicherstellen, dass die weltwirtschaftliche Dynamik nicht die langfristigen Lebensgrundlagen der menschlichen Zivilisation aufzehrt. Wenn wir Mitgestaltung so verstehen, dann wird sich das weite und vielfältige Betätigungsfeld Europa für uns mit ungeahnten, nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen, politischen und menschlichen Synergien verbinden.

Freilich bestehen Bedenken mit Blick auf die ökologischen und sozialen Aspekte der Globalisierung und Deregulierung der Märkte, wie sie vom EG-Binnenmarkt gefördert werden. Vorbehalte lassen sich auch gegen die immer noch einseitig wirtschaftsbetonte Ausrichtung des Integrationsprozesses der Europäischen Gemeinschaft formulieren sowie gegen die schwache demokratische Legitimation ihrer Entscheidungsprozesse und die offene Aufteilung der Kompetenzen auf die Ebenen EG, Nationen, Regionen. Denkt man an die angestrebte grossräumige Mobilität für Güter, Dienstleistungen, Kapitalien und Menschen und an die aus der Wirtschaftsintegration resultierenden Impulse für das quantitative Wachstum, so erscheint zunächst die schon genannte Forderung als berechtigt, wonach eine schweizerische Annäherung an Europa begleitet sein muss von innenpolitischen Schritten, um die ökologischen Belastungen und allfälligen sozialen Auswirkungen der Deregulierung zu begrenzen und die Lebens-

qualität in der Schweiz zu sichern. Es versteht sich, dass diese Reformen im Inland sich mit der europäischen Rechtssituation vertragen sollten. Allerdings ist nicht garantiert, dass die EG-Normen der Schweiz in den fraglichen Bereichen wirklich genügend Handlungsfreiheit belassen. Auch ist nicht zu verkennen, dass der Beitritt zur EG den Beitritt zu einer Organisation meint, die ihrer ursprünglichen Zielsetzung nach einen europäischen Bundesstaat herbeiführen will. Die Vorstellung, dass für die Schweiz einmal eine europäische Währung, eine europäische Aussenpolitik, eine europäische Sicherheitspolitik verbindlich sind, mag sicher dem Gedanken der Öffnung entsprechen und sachlichen Gesichtspunkten gerecht werden, stellt aber einen Bruch mit Traditionen dar, der nicht unbedingt kurzfristig beschlossen und leicht verkraftet werden kann. So muss denn auch eine zukünftige Entwicklung denkbar bleiben, die nicht einen baldigen Vollbeitritt der Schweiz zu einer Europäischen Politischen Union vorsieht. Mindestens für eine bestimmte Zeit kann eine Öffnung der Schweiz gegenüber Europa und der übrigen Welt mittels vertraglicher Arrangements – so zum Beispiel über einen EWR-Vertrag – die valable Lösung sein.

b. Das politische System zwischen Strukturhaltung und Neubelebung

Steigender Innovationsdruck

Unser politisches System hat in einem immer turbulenteren Umfeld immer mehr und immer komplexere Entscheidungen globaler und irreversibler Natur zu treffen. Der Innovationsdruck steigt an und unterhöhlt gleichzeitig die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates.

Zwar hat sich der Aufgabenkatalog der Bundesverfassung in der Vergangenheit immer wieder erweitern lassen, ohne dass der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt im internationalen Vergleich überbortet hätte. Aber in Zukunft dürfte dies nur noch durch Umstrukturierungen der staatlichen Auf- und Ausgaben möglich sein. Unter unveränderlichen Mehrheitsverhältnissen sind solche in grösserem Umfang jedoch kaum durchsetzbar. Fälle, wo die traditionellen Lösungen an Grenzen stossen und grundlegende Neuerungen erforderlich sind, liegen aber vor. Das gilt etwa mit Blick auf die Notwendigkeiten der materiellen und immateriellen Infrastruktur einer künftigen, stärker ökologisch orientierten Kommunikationsgesellschaft. Es gilt aber auch im Hinblick auf die notwendige grundlegende Neuorientierung der Sicherheitspolitik, den Umgang mit den Überlebensrisiken der modernen Zivilisation und die Rolle der Schweiz in Europa. Überdies wird eine langfristig tragfähige Finanzordnung fundamentale Veränderungen voraussetzen, gilt es doch, den Problemen einer alternden Bevölkerung, der «Zweidrittelsgesellschaft», der Ökologie und der Nord-Süd-Beziehungen gerecht zu werden.

Diese Erfordernisse stehen – wie gesagt – in einem deutlichen Kontrast zum Handlungsvermögen der gegenwärtigen politischen Institutionen. Deren verfassungsrechtliche Weiterentwicklung hat sich als schwieriger erwiesen als jene des materiellen Rechts. Die Schweiz ist eines der dezentralisiertesten Staatswesen überhaupt. Die Kantone verfügen über bedeutsame Kompetenzen in Sachbereichen mit grossem transnationalen Anpassungsbedarf. Der ausgeprägte Minderheitenschutz erschwert die Verwirklichung übergreifender Lösungen. Eine beachtenswerte Perspektive ist, dass das Drei-Ebenen-Modell im künftigen Europa zu einem Fünf- oder Sechs-Ebenen-Modell werden könnte (Quartier, Region, EG als zusätzliche Ebenen).

Die erforderliche höhere Leistungsfähigkeit von Kollegialregierung und Milizparlament setzt auf Bundesebene eine grundlegende Reorganisation voraus. Auch das Milizsystem zur Erfüllung weiterer öffentlicher Aufgaben stösst in Teilbereichen zunehmend an Grenzen. Die mit ihm verbundenen Rollenverflechtungen stützen überdies die Chancenungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten sowie zwischen Mann und Frau. Eine gewisse Bewegung ist allerdings im klassischen Parteiensystem festzustellen, dessen allmähliche Erosion zunehmende Unvorhersehbarkeit, aber auch grössere Beweglichkeit mit sich bringen könnte.

Die Funktion der Volksrechte bleibt ambivalent, und zwar gemessen am Ziel der demokratischen Beteiligung sowohl wie an jenem des Handlungsvermögens der Institutionen. Einem hohen Symbolwert steht eine niedrige und vor allem stark zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auseinander klaffende Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen gegenüber. Ein häufiges Desinteresse kontrastiert mit einer zunehmenden Partizipationsbereitschaft aktivistischer Bevölkerungsminderheiten. Die stark schwankende Stimmbeteiligung macht es immer schwieriger, gerade Vorlagen mit langfristigem und übergreifendem Gehalt durchzusetzen, sind sie doch durch die Vertreter kurzfristiger Partikularinteressen besonders leicht zu torpedieren.

Insgesamt wird die Mehrheitsbildung schwieriger, schrumpft die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, behindert das Zusammenwirken von Konkordanz und Verbandsstaat die Durchsetzung von neuartigen und übergreifenden Lösungen. Vermehrt wechselnde Koalitionen in Sachfragen, allenfalls ein System wechselnder Mehrheiten (das freilich eine Einschränkung der Volksrechte und gewisse Kompetenzverschiebungen zum Bund voraussetzen würde) und eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den beiden Räten der Bundesversammlung könnten die Effizienz der bundespolitischen Institutionen erhöhen.

Das Gewicht der direkten Demokratie könnte auf kantonaler und kommunaler Ebene dafür gestärkt werden. Auch darf die Demokratiefrage nicht nur im Rahmen des politischen Systems gesehen werden. Im Bereich der Unternehmen und

Verwaltungen sowie der Bildungsinstitutionen hat die Ära der Mitgestaltung seitens der Beteiligten und Betroffenen noch kaum begonnen.

Drei Grundrichtungen der institutionellen Entwicklung

1. Das Beharrungsvermögen der politischen Institutionen ist beträchtlich. Ohne Problemdruck von aussen, ohne vorausseilende Angst vor dem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird die **«Status-quo»-Option** auch in Zukunft im Vordergrund stehen. Das muss zwangsläufig zur Verschärfung der strukturellen Probleme auf der Sachebene sowie zur De-facto-Aushöhlung der nationalen politischen Souveränität durch jene innovativen Kräfte führen, die zunehmend nach Wegen zur Umgehung der politischen Entscheidungsprozesse suchen. Zur Tendenz in Richtung einer «privaten» Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik gesellt sich möglicherweise eine von Egoismen geprägte Vitalisierung der Innenpolitik durch die «Betroffenheitsdemokratie».
2. Der Druck der Globalisierung, die steigende internationale Wettbewerbsintensität und rasche Fortschritte in Richtung der wirtschaftlichen und politischen Union Europas könnten demgegenüber auch eine Mehrheit entstehen lassen, die eine konsequente **«Europäisierung der Verfassung»** im Rahmen einer vollen Beteiligung an den europäischen Institutionen und schliesslich auch an einer europäischen Sicherheitspolitik ermöglichen würde. Diese Option wäre verbunden mit einem institutionellen Umbau. Zu denken wäre etwa an eine Umkehr der Kompetenzvermutung für neue Aufgaben zugunsten des Bundes (Art. 3, Bundesverfassung), eine Professionalisierung des Parlaments mit Arbeitsteilung zwischen den beiden Kammern, die Einführung einer Vertrauensabstimmung gegenüber der Exekutive, den Übergang zum Wechsel der Regierungskoalitionen, die Abtretung des Referendums an das Parlament (Plebiszit) und als verbleibendes direkt-demokratisches Element die Einheitsinitiative. Ein solcher Umbau wäre allerdings nur über eine innenpolitische ZerreiSSprobe zu verwirklichen. Zahlreiche Minderheiten würden in ganz uneidgenössischer Manier von einer bestenfalls schwachen Mehrheit überrollt, die den politischen Prozess nach Aufwand und Leistung beurteilt.
3. Die dritte Option nährt sich vom gesellschaftlichen Wertewandel und von der europäischen Dynamik zugleich. Regierungsreform (Ministerkabinett), Professionalisierung und neue Arbeitsteilung auf der Ebene des Parlaments, Aufrechterhaltung der Volksrechte nur ausserhalb der auf EG-Ebene abwandernden Kompetenzen setzen sich mit Blick auf die Mitgestaltungsmöglichkeiten in Europa durch. Im Interesse einer **«Vitalisierung der Demokratie in der Gesellschaft»** werden aber wechselnde sachpolitische Koalitionen auf Bundesebene kombiniert mit einer Stärkung der direkten Demokratie auf der Ebene der kantonalen und lokalen Rechtssetzung und des Vollzugs sowie mit wachsenden Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Unternehmenskultur

und im Bildungssystem. Eine hohe Teilnahme der verschiedenen Bevölkerungskreise an der Entwicklung des Gemeinwesens, unter Einbezug auch der ausländischen Wohnbevölkerung, wäre hier Ergebnis eines sozialen Lernprozesses, der sich vom Wandel in Richtung einer zunehmenden sinnorientierten Lebens- und Umfeldgestaltung nähren würde und mit einer konsequenten Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur auf den Pfad des qualitativen Wachstums verbunden wäre...

c. Natürliche Lebensgrundlagen und Raumordnung

Wachsende Folgekosten der Zivilisationsdynamik

Die lange Zeit verdrängten Folgekosten unserer Zivilisationsdynamik sind ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen: Umweltprobleme stehen seit Jahren an der Spitze der Besorgnisse der Schweizer Bevölkerung. Das hat damit zu tun, dass trotz allen Bemühungen die Probleme weltweit und in vielen Bereichen auch in der Schweiz weiter zunehmen. Es hängt aber auch damit zusammen, dass sie immer schärfer wahrgenommen werden und in der Bilanz der Lebensqualität einen immer höheren und in der Schweiz besonders hohen Stellenwert einnehmen.

Die globalen ökologischen Schäden aus unserer Zivilisation sind grossenteils als unbewältigte Endlagerungsprobleme aufzufassen. Dazu gehört nicht zuletzt das CO₂, das unsere Autos und Heizungen in die Luft pusten. Der Zustand der Gewässer, Wälder, Böden und Landschaftsbilder verschlechtert sich weltweit, nicht zuletzt auch in Europa. In der Schweiz sind zwar aufgrund deutlich zunehmender Anstrengungen in Teilbereichen respektable Verbesserungen erzielt worden, aber es zeigen sich auch Grenzen der bisherigen Umweltpolitik. Nicht nur im Abfallwesen haben Kantone und Gemeinden grosse Vollzugsprobleme.

Als wichtigste Aufgabe der Raumordnungspolitik von Bund und Kantonen kristallisiert sich die Herbeiführung einer Trendwende in den Siedlungsstrukturen und damit verknüpft in der Entwicklung der Verkehrsströme heraus. Grosse Ballungszentren mit dazwischen liegenden Wachstumskorridoren führen im Schweizer Mittelland zu einem ausufernden «Siedlungsbrei» ohne urbane Qualitäten. Ein kleinräumiger Entmischungs- und Verdrängungsprozess hat in jüngster Zeit zur weiteren Ausbreitung der Agglomerationen beigetragen. Dem konnten bisher auch Bestrebungen zur Nachverdichtung bestehender Siedlungsräume nicht deutlich entgegenwirken. Die Veränderung der Bevölkerung und der zunehmende Wohlstand haben bewirkt, dass die Zahl der Wohnungen in den letzten 25 Jahren um eine Million gestiegen ist. In ähnlichem Ausmass sind die Arbeitsflächen gewachsen, mit Schwergewicht in den Agglomerationen Zürich und Genf und entsprechenden Rückwirkungen auf Boden- und Mietpreise. Das gesamte Verkehrsaufkommen hat sich in den letzten 30 Jahren vervierfacht, bei einer Erhö-

hung des Strassenverkehrsanteils von 56% auf 83%. In der gleichen Zeit ist die Landwirtschaft aufgrund ihrer Bemühungen um Maximierung der Hektarerträge zu einer Hauptverursacherin der Boden- und Gewässerbelastung geworden. Diese Probleme werden sich in den nächsten Jahrzehnten dramatisch zuspitzen. Die Schweiz liegt im Zentrum des Dreiecks Süddeutschland-Bodensee, Lyon-Rhonetal und Norditalien, das zum europäischen Wachstumspol werden dürfte. Sie wird sich dieser Dynamik nicht entziehen können, selbst wenn sie EG-Aussenseiterin bleiben sollte. Der grosse Binnenmarkt droht überdies eine Explosion von teilweise widersinnigen, weil auf ökologisch viel zu niedrigen Transportkosten beruhenden Güterströmen auszulösen. Deren zentrale Nord-Süd-Achse führt durch die Schweiz. Zudem wird es schwierig sein, sich dem absehbaren Immigrationsdruck nicht nur aus Entwicklungsländern, sondern in nächster Zeit vor allem auch aus Ost- und Westeuropa völlig zu entziehen, so dass auch wir mit einem erneuten Zuwachs der Wohnbevölkerung zu rechnen haben.

Hauptinstrumentarien der Umwelt- und Raumpolitik

1. Hauptinstrument der Umweltpolitik waren bisher **Gebote und Verbote**, die auf technische Verbesserungen abzielen. Sie haben zwar grosse Fortschritte gebracht. Werden sie aber auf lange Sicht genügen? Sie verursachen schon heute wachsende Vollzugsprobleme, eine ständig zunehmende Regelungsdichte und entsprechende Reibungsverluste, Widersprüche, Kosten und letztlich Einbussen an marktwirtschaftlicher Effizienz. Die Ziele des Luftreinhaltekonzepts und die Toleranzwerte für Schadstoffe in Gewässern werden auf diesem Wege kaum einzuhalten sein. Der Zustand der Böden und Wälder könnte sich weiter verschlechtern. Die Abfälle dürften weiter zunehmen, ebenso der Siedlungs- und Verkehrsdruck. Eine echte energiepolitische Umorientierung wird ebenfalls ausbleiben. «Mehr vom selben» im Sinn einer Verschärfung und Ausbreitung technischer Vorschriften wird in erster Linie die Kosten, aber nicht die Wirkung der Umweltpolitik erhöhen; auch in der Nutzung des Bodens, der Wohn- und Arbeitsflächen und der Verkehrsinfrastruktur wird ein wachsender Etatismus um sich greifen – so jedenfalls die Befürchtung vieler Kritiker einer Politik, wo Techniker für Techniker Normen formulieren und die Kosten der Belastung von Raum und Umwelt nicht in Abgaben an den Staat manifest werden dürfen.
2. Wieweit ist es unumgänglich, diesen Kurs teils zu ergänzen, teils zu ersetzen durch eine «Steuerung über das Portemonnaie»? In einer Marktwirtschaft durch **monetäre Lenkungsinstrumente** die Marktpreise der gegenwärtigen oder künftigen «ökologischen Wahrheit» anzunähern, erscheint nur folgerichtig. Zentrales Instrument werden schrittweise zu erhöhende Energieabgaben sein, deren Ertrag teils für die überfälligen energiepolitischen Umstrukturierungsinvestitionen, teils zur Kompensation der resultierenden fiskalischen Mehrbelastung verwendet wird. In dieser Richtung zielt auch der verkehrspolitische «Ökobonus». Weitere Beispiele sind progressive Tarife, handelbare

Emissionszertifikate, Pfandlösungen, Entsorgungsgebühren. Im Siedlungsbereich zu nennen wäre die Abschöpfung von Planungsmehrwerten, z.B. in Form der Pflicht zu Infrastrukturinvestitionen seitens bauwilliger Investoren, ferner die Auflage, neue Arbeitsplätze mit der Bereitstellung entsprechenden Wohnraums zu verbinden, gleichzeitig aber auch die Deregulierung des Boden- und Wohnungsmarktes.

3. Lässt sich die ökologische Zukunft durch Vorschriften und über das Portemonnaie allein gestalten? Oder müssen überdies gemeinsame **Lern- und Gestaltungsprozesse** in Gang kommen, die zu konkreten Leitbildern für unsere Lebensweise und unsere Lebenswelt führen? Das würde bedeuten, dass auch die Ziele der Ökologiepolitik neu erarbeitet werden müssten, denn es geht ja auf längere Sicht nicht einfach nur um die Schadensabwendung, sondern darum, was wir uns unter Lebensqualität vorstellen. Ein «kultiviertes» natürliches Umfeld soll nicht nur sauber sein, sondern auch ästhetische Qualitäten wie Vielfalt (der Arten) und Abwechslungsreichtum (der Landschaft und Siedlungsbilder) aufweisen. Diese wiederum hängen eng zusammen mit der Frage, wie wir unser Leben und unsere Arbeit gestalten wollen: In Siedlungskernen, wo Wohnen, Arbeit, Einkauf und Erholung nahe beisammen liegen, ohne die Hektik des Pendlerverkehrs und ohne die Staus auf dem Weg zum Wochenendvergnügen, mit einem hohen Grad von Gestaltungsautonomie nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im Zusammenleben in Haus und Nachbarschaft, in einer menschengerechten Mischung von Intimität und Gemeinsamkeit...

Erforderlich erscheint die Mischung von technischen Vorschriften, monetären Massnahmen und wohl auch Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit – etwa im Bereich des privaten Strassenverkehrs. Auf der Basis gemeinsamer Lern- und Gestaltungsprozesse wird es auf die Dauer möglich sein, die staatlichen Instrumente der Umwelt- und Raumordnungspolitik nicht nur zu akzeptieren, sondern auch mit Verhaltensänderungen zu unterstützen, die schliesslich wieder einen Abbau der bedrohlich anwachsenden Dichte an Regelungen zulassen. Das ist ein wesentlicher Aspekt der früher erwähnten Revitalisierung unserer Demokratie. Ohne sie besteht die Gefahr, dass die ökologischen Notwendigkeiten zu wachsendem Meinungsterror führen und in letzter Konsequenz in eine Art Ökotalitarismus münden. Da eine konsequente «freiheitliche Ökokultur» auf die Dauer im nationalen Alleingang nicht zu verwirklichen ist, läge hier auch ein zentrales Feld aktiver Mitgestaltung auf europäischer Ebene, die gerade gemessen an diesem breiten Ökologiebegriff besonders defizitär geblieben ist.

d. Neue Bedürfnisse und Grenzen des sozialen Ausgleichs

Anstieg und Wandel der Ansprüche an das Sozialversicherungssystem

Das schweizerische System des sozialen Ausgleichs ist im Vergleich zu anderen Ländern relativ unübersichtlich und zersplittert und erfordert einen entsprechend hohen Verwaltungsaufwand. Das ist einerseits auf seine föderalistische Basis und andererseits auf die Tatsache zurückzuführen, dass soziale Sicherung bei uns mehr an den Schadensursachen (Kausalprinzip) als an den zu behebenden sozialen Defiziten (Finalprinzip) anknüpft. Dies wiederum hängt damit zusammen, dass sie mehr dem Gedanken der Sicherung eines durch Leistung erworbenen Wohlstandes als jenem der Umverteilung entspringt. Der traditionellen Leistungsgesellschaft entsprechend hat sie fast ausschliesslich monetären Charakter, was auch eine entsprechende Bürokratisierung, sprich Anonymisierung, erlaubt. Sie ignoriert damit weitgehend die differenzierten Bedürfnisse verschiedenster Minderheiten auch nach persönlich erbrachten Dienstleistungen. Sie ist auf die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit zugeschnitten, so wie diese zur Zeit ihrer Entstehung und z.T. auch heute noch als Normalfall wahrgenommen werden. Wie typisch ist aber noch das Modell des durchschnittlichen Angestelltenhaushaltes, in dem die nicht erwerbstätige Frau sich um die Kindererziehung und später um die Betreuung der Eltern kümmert und nicht Gefahr läuft, nach Zerbrechen der Familie eines Tages allein und ungesichert dazustehen?

Die zu beobachtenden und absehbaren Veränderungen in unserer Gesellschaft lassen einen dramatischen und sich laufend verschärfenden Anpassungsdruck für dieses System erwarten. Hinlänglich bekannt ist die demographische Problematik: Die durchschnittliche Lebenserwartung wird zwischen 1985 und 2010 bei den Männern von 73,4 auf 76 bis gut 77 Jahre und bei den Frauen von 80,1 auf 82 bis gegen 85 Jahre anwachsen, während die Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau etwa 70% dessen entspricht, was zur Bestandserhaltung der Bevölkerung nötig wäre. Auf 100 Einwohner im Erwerbsalter werden damit im Jahre 2010 32 Rentenberechtigte entfallen, im Vergleich zu 26 im Jahre 1985. Nicht nur deren Zahl nimmt zu, um 22% bis 29% (AHV), sondern natürlich auch die Rentenbezugsdauer (Zweite Säule). Hinzu kommen die mit der alternden Bevölkerung überproportional wachsenden Ansprüche an das Gesundheitssystem: Dieses hat die Tendenz, mit seinen segensreichen Wirkungen immer gleichzeitig auch seine eigene Überbeanspruchung zu produzieren.

Eine gewisse Entlastung wird die demographische Problematik allerdings durch die zu erwartende stärkere Immigration erfahren und durch die steigende Zahl der erwerbstätigen Frauen, die die AHV mitfinanzieren. Deshalb könnten bis heute weniger beachtete Probleme sich als gravierender erweisen: Mit dem Wandel der Geschlechterrollen kann nämlich nicht mehr selbstverständlich angenommen werden, dass die Pflege- und Betreuungsaufgaben schergewichtig von den Frauen übernommen werden. Ein- und Zweipersonenhaushalte und allein-erziehende Eltern werden zum Normalfall und rufen auch angesichts der wach-

senden geographischen Trennung der einzelnen Familienmitglieder nach neuen sozialen Netzen.

Der innovationsbedingte Arbeitsproduktivitätszuwachs wird zunehmend umgesetzt werden in gewollte Arbeitszeitverkürzungen und neuartige Beschäftigungsformen, in Zukunft aber vielleicht auch in der Schweiz in unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Erwerbsarbeit und andere Tätigkeiten werden auf neue Weise miteinander kombiniert und wechseln sich auch im zeitlichen Ablauf ab. Erwerbs- und Subsistenzarbeit wird zunehmend geschlechtsunabhängig geleistet, nicht nur mit Rücksicht auf die Beteiligung beider Eltern an der Kindererziehung, sondern auch im Hinblick auf die sich individualisierenden Lebensphasen mit periodischen Weiterbildungs- und Weiterentwicklungsabschnitten. Wie so viele andere Grenzen wird sich auch jene zwischen der aktiven und der passiven Lebensphase zunehmend verwischen. Diese steigende Verantwortung des einzelnen aber für seine Lebensgestaltung führt zur Marginalisierung wachsender, überforderter Minderheiten. Als weiteres Problem kommt die Öffnung gegenüber Europa hinzu: Der Forderung nach ungehinderter geographischer Mobilität der in- und ausländischen Arbeitskräfte werden sich die Sozialversicherungssysteme der Schweiz auf die Dauer nicht entziehen können.

Insgesamt haben wir es also einerseits mit wachsenden monetären Ansprüchen durch zunehmende Rentenverpflichtungen und Gesundheitskosten zu tun. Falls der Besitzstand der heute Erwerbstätigen erhalten werden soll, wird dies morgen durch höhere Arbeitsproduktivität, steigende Erwerbsquoten und/oder erfolgte Immigration finanziert werden müssen. Andererseits steht einer wachsenden und sich zunehmend differenzierenden Nachfrage nach oftmals nicht käuflichen sozialen Dienstleistungen – Erziehung, Weiterbildung, Persönlichkeitsentwicklung, Beratung, Betreuung, Pflege – ein Ausfall der bisherigen «Hauptressource» gegenüber, nämlich der nicht erwerbstätigen Frauen.

Wir können auf den zunehmenden Problemdruck auf verschiedene Arten reagieren, die z.T. unterschiedlichen Gesellschaftsmustern entsprechen und sich dementsprechend gegenseitig ausschliessen, die sich z.T. aber auch miteinander kombinieren lassen:

Unterschiedliche Grundmuster künftiger Systeme des sozialen Ausgleichs

1. Angesichts des Erwerbspotentials der Frauen und Einwanderer ist die **pragmatische Weiterentwicklung des Status quo** eine Variante, die nicht von vornherein auszuschliessen ist. Sie würde auf dem gegenwärtigen Dreisäulenmodell mit seinen Ergänzungen für Arbeitslosigkeit, soziale Bedürftigkeit sowie Krankheit und Unfallfolgen beruhen. Es müsste allerdings den verfassungsrechtlichen Anforderungen der Gleichberechtigung der Geschlechter angepasst werden und gleichzeitig den steigenden Lebenserwartungen Rechnung tragen. Das könnte etwa geschehen durch gleiches Pensionierungsalter

für Mann und Frau bei gleichzeitiger Flexibilisierung, d.h. der Möglichkeit, die Erwerbstätigkeit schon mit 62 Jahren aufzugeben oder über das Alter von 65 Jahren hinaus weiterzuführen – bei entsprechender Anpassung der Renten. Hinzu müsste die Einführung zivilstandsunabhängiger Renten unter Zugrundelegung eines, beiden Eltern zustehenden, Betreuungsbonus für die Zeit der Kindererziehung treten. Die volle Freizügigkeit bei der zweiten Säule, vor allem auch mit Blick auf Unterbrechungen der Berufslaufbahn wäre eine weitere unabdingbare Reformmassnahme.

Angesichts der erhöhten geographischen Mobilität der Bevölkerung und der heutigen kleinräumigen Wohnverhältnisse ist die Pflege von alten Menschen immer weniger im familiären Rahmen möglich. Wo hier nicht die Rentnergeneration selber einspringt («Betagte helfen Betagten»), wird die fehlende familiäre Subsistenzarbeit durch Monetarisierung und durch Professionalisierung ersetzt werden müssen. Das gilt in dieser Option auch für neue Formen der Gesundheitsvorsorge wie Altersstützpunkte und Spitex im Quartier, wo Fachleute früher im Rahmen der Familie geleistete Milizarbeit übernehmen.

Soziale Probleme wie strukturelle Arbeitslosigkeit, ganze oder partielle Arbeitsunfähigkeit aus psychischen oder sozialen Gründen, die Schwierigkeiten alleinerziehender Mütter oder Väter sind, wenn überhaupt, im bestehenden System der Sozialversicherung über die Fürsorge abgedeckt.

2. Als Alternative zum Status quo wäre ein konsequent **nach marktwirtschaftlichen Prinzipien aufgebautes System** denkbar. Anstelle des geltenden Dreisäulenprinzips mit Ergänzungen träte ein simples, monetär gesteuertes Zweisäulenprinzip: Durch Fortsetzung der Steuerprogression nach unten, in den Bereich negativer Einkommenssteuern, würde eine Mindestversorgung für alle geschaffen. Bei Erwerbseinkommen Null ergäbe sich eine maximale negative Einkommenssteuer in Höhe eines noch existenzsichernden Mindesteinkommens. Für alle weitergehenden Sicherungsansprüche würde der Weg der Freiwilligkeit beschritten in Form individueller oder kollektiver Versicherungslösungen.

Eine solche Aufwertung der Existenzsicherung über negative Einkommenssteuern könnte verschiedene Vorteile bringen:

- das Modell ist administrativ einfach zu bewältigen, da es sich an der Steuerrechnung orientiert, die ohnehin ausgefüllt wird. Ausserdem fallen mit diesem Modell eine Vielzahl von bisher ausbezahlten Subventionen (z.B. Familienzulagen in der Landwirtschaft) weg.
- Mit dem System der negativen Einkommenssteuern lässt sich vermeiden,

dass die Gelder nach dem Giesskannenprinzip ausgegeben werden, wie dies die AHV tut, wenn man sie als Steuer auffasst.

- Das Modell entspricht der Forderung nach Gleichbehandlung der Geschlechter und kann, analog dem Steuerrecht, das Zusammenleben von Familien begünstigen.

Ein Problem könnte in der Finanzierung liegen, denn ein garantiertes Mindesteinkommen braucht auch auf der Basis negativer Einkommenssteuern mehr finanzielle Mittel als AHV, ALV und Fürsorgeaufwand heute. Als Finanzierungsquelle würde nicht mehr auf Lohnprozente, sondern auf das allgemeine Steueraufkommen zurückgegriffen. Hier stehen grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten zur Diskussion: die Einnahmen der Mehrwertsteuer, ein stärkerer Beizug der Einkommenssteuern oder neu einzuführende Ressourcensteuern.

Neben dem garantierten Minimaleinkommen über Negativsteuern, die einer Idee des liberalen Ökonomen Milton Friedman entspringen, müsste auf der anderen Seite die Selbstvorsorge und Selbstverantwortung gefördert werden. Die zweite Säule wird hier zunehmend an die dritte Säule angeglichen. Dies bedeutet nicht nur eine vollständige Freizügigkeit zwischen den Kassen und auch die Möglichkeit, Vorsorgekapitalien für den Erwerb von Grundeigentum einzusetzen. Vielmehr werden die Kassen den Versicherten generell ein Mitentscheidungsrecht bei der Anlage ihrer Gelder einräumen müssen. Ausserdem wird das Versicherungsobligatorium wenn nicht ganz abgeschafft, so doch mindestens so weit abgeändert, dass die Versicherten weitgehend selber den Versicherungsträger und das Ausmass ihrer beruflichen Altersvorsorge bestimmen können.

Zu einem sinnvollen Funktionieren dieser auf dem Gedanken der privaten Initiative beruhenden Option ist allerdings ein persönliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger im sozialen Bereich unabdingbar. Die private Initiative muss auch im nicht monetären Bereich der Sozialhilfe ihren Niederschlag finden. Die Ausrichtung der Negativsteuern ermöglicht denjenigen, die sich nicht ausschliesslich der Erwerbstätigkeit, sondern auch der Subsistenz- oder Betreuungsarbeit widmen möchten, ein gesichertes Einkommen. Deshalb lässt sich Milizarbeit wieder attraktiver gestalten, auch wenn sie nicht monetarisiert wird. Vieles, was früher die traditionelle Familie an Subsistenzarbeit geleistet hat, wird nun von neuen sozialen Netzen im Haus, im Quartier, am Wohnort oder auch am Arbeitsplatz übernommen.

3. Eine dritte Option würde das garantierte Mindesteinkommen mit einer **Pflicht zur direkten Solidarität** für alle Bürger verbinden. Wie in der zweiten Option wäre auch hier ein grundsätzlicher Wechsel in der Sozialpolitik vorgesehen. Statt die Existenzsicherung über Negativsteuern zu gewährleisten,

wäre hier insbesondere auch eine Art Sozialdividende oder «Bürgerlohn» denkbar, d.h. ein staatlich garantiertes Einkommen in der Höhe eines angemessenen Grundbedarfs. Obwohl ein solches Grundeinkommen bei den oberen Einkommens- und Vermögensstufen als Steuerabzug verrechnet werden könnte, würde es natürlich zu einem enormen Transfer von Geldströmen führen. Finanziert werden könnte ein garantiertes Mindesteinkommen nur über Steuererhöhungen, sei es bei den direkten oder indirekten Steuern oder zusätzlich durch die Schaffung von Ressourcensteuern.

Substantiell ergänzt würde dieser monetäre Teil des Sozialversicherungssystems durch die Einführung einer obligatorischen «Sozialzeit», also einer Einrichtung, die auf dem direkten Solidaritätsprinzip basiert. Das Sozialzeitobligatorium wäre möglichst föderalistisch organisiert: Jede in der Schweiz wohnhafte erwachsene Person wäre verpflichtet, insgesamt z.B. 12 Monate «Sozialzeit» zu leisten. Diese könnte in Form von Pflegedienst, von Kinderbetreuung, von Militärdienst oder ähnlichen Aufgaben im Dienst des Gemeinwohls absolviert werden, wobei auch das Aufziehen eigener Kinder angemessen berücksichtigt würde.

Die in der ersten Option angeschnittenen, vermehrt auf uns zukommenden Probleme der Familien- und der Alterspolitik bleiben in allen Optionen bestehen, nur dass in der vorliegenden Option nicht auf vollbezahlte Fachkräfte oder eine ungewisse Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit in sozialen Einrichtungen abgestellt werden müsste. Mit der Einführung eines obligatorischen Sozialdienstes und dem Einsatz junger Leute und jüngerer Betagter für die Alterspflege wäre nämlich das personelle Problem der Altersbetreuung etwas entschärft. Zudem würde der Solidaritätsgedanke in der Bevölkerung durch neue Lebenserfahrungen gestärkt werden.

Auch in diesem Themenfeld schliessen sich die Optionen nicht grundsätzlich aus. So ist eine Kombination des Mindesteinkommens nach dem Modell der negativen Einkommenssteuer mit der individuellen Einkommenssicherung durch Selbstvorsorge und Selbstverantwortung denkbar, ergänzt um ein Sozialdienstobligatorium, das mit dem Aufbau kleiner Netze gekoppelt wäre. Die Verknüpfung mit der ersten Option ergäbe sich aus der Unmöglichkeit eines radikalen Systemwechsels. Angesichts der schon geschaffenen Ansprüche wäre eine Übergangszeit unerlässlich, in der beispielsweise die Spanne zwischen Mindest- und Maximalrenten bei der AHV verengt und das Obligatorium der Zweiten Säule schrittweise gelockert würden.

Mit Vorkehrungen zur Sicherung des Existenzminimums und der Gewährleistung der erforderlichen Pflege und Betreuung sind die schwerwiegenden ethischen Fragen, die auf das Gesundheitswesen unausweichlich zukommen, nicht beantwortet. Die medizinischen Fortschritte führen dazu, dass immer mehr Menschen in Situationen kommen, die nach noch aufwendigeren medizinischen Lei-

stungen rufen. Viele von diesen aufwendigen Dienstleistungen stossen zudem auf kaum zu überwindende quantitative Grenzen, denkt man an die Zahl der verfügbaren Transplantationsorgane und Spezialisten. Eine Selektion der Begünstigten ist unumgänglich – aber nach welchen Kriterien? Und wo liegt die Grenze zwischen der Menschenwürde und ihren Einschränkungen durch lebensverlängernde Massnahmen? Oder jene zwischen gentechnologischen Risiken und der mit ihnen erkaufte Präventions- oder Heilungserfolge? Oder jene zwischen dem Schutz der Privatsphäre und der Prävention von Krankheiten wie z.B. AIDS? Oder jene zwischen der Kriminalisierung und der Verharmlosung der Drogenszene? Etwas andere Fragen stellen sich auch im Zusammenhang mit der laufenden Pflege z.B. von Betagten und Behinderten. Der Zwang, wählen zu müssen, übersetzt sich dort mehr in die Frage: «Wofür haben wir Zeit?»

All diese Probleme lassen einen tiefgreifenden Umbau des Gesundheitssystems als notwendig erscheinen. Schon oft gefordert wurde eine vermehrte Interdisziplinarität der Vorsorge-, Pflege- und Therapiemassnahmen und natürlich auch der ihnen zugrunde liegenden Forschung und Entwicklung. Gerade wo es um psychosomatische Erkrankungen geht, wird man die an den Ursachen ansetzenden Instrumente kaum im Gesundheitswesen selbst finden. Wo es um existentielle Entscheidungszwänge geht, wird man die Gesundheitspolitik aus der Sphäre der Experten und Expertinnen herausholen und einen ethischen Konsens in der Bevölkerung verankern müssen. Die Gesundheitspolitik wird so zum Gegenstand einer revitalisierten Demokratie.

e. Die Wirtschaft vor neuen gesellschaftlichen und internationalen Herausforderungen

Zweidrittelsgesellschaft – Zweidrittelswirtschaft?

Angesichts ihrer überdurchschnittlichen internationalen Verflechtung ist es von entscheidender Bedeutung, wie die Schweizer Unternehmen auf den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck reagieren werden. Dieser ist mit der Globalisierung der Wirtschaft und mit der Verwirklichung eines – zunehmend gesamteuropäischen – Binnenmarktes verbunden. Dabei ist von Bedeutung, dass mit der Erosion nationaler Grenzen gleichzeitig eine Intensivierung regionaler Kreisläufe verbunden wird – auch hier zunehmend ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen – und dass sich der Staat, unter dem Stichwort der Deregulierung, dem Wettbewerb der politischen Systeme und Rahmenbedingungen stellt. Die Schweiz kann zwar traditionelle Stärken in dieses Spiel einbringen, diese verlieren aber zunehmend an Exklusivität. Gleichzeitig muss sie auf den weltweiten Trend zur Tertiarisierung und Informatisierung aller Wirtschaftszweige mit der nötigen organisatorischen und sozialen Innovation reagieren und darauf achten, dass der Export von Industriegütern, ein Lebensnerv, nicht gefährdet wird.

Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden die Arbeitswelt nochmals funda-

mental verändern. Hochqualifizierte, geistig äusserst bewegliche Menschen, die sich schnell und umfassend auf neue Bedingungen einstellen, sind gefragt. Für jene, die nicht mithalten können, wird es schwierig sein, adäquate Nischen zu schaffen. Ein neuer Organisationsstil setzt sich durch, der mit dem Stichwort «Selbstorganisation» gekennzeichnet werden kann. Es geht dabei nicht einfach um die Delegation von Kompetenzen und Verantwortungen, sondern um eine neue Unternehmensvision, die alle Facetten der Arbeitswelt verändert. Übersichtliche, hoch flexible, unternehmerisch rundherum selbständige Organisationseinheiten stehen in ihrem Zentrum, sei es innerhalb von Kooperationsnetzwerken, sei es innerhalb globaler Konzernstrukturen. Im Rahmen dieser um sich greifenden dezentralen Autonomie werden sich technische und organisatorische Innovationen rascher durchsetzen als in der Vergangenheit.

Diese Tendenz kommt dem gesellschaftlichen Trend der Individualisierung entgegen. An die Stelle des traditionellen Arbeitsethos tritt zunehmend ein Ethos der Selbstentfaltung, dem gemäss sich Lebensgestaltung und Beruf verbinden. Die auf soziale Sicherheit bedachten und freizeitorientierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden abgelöst von risikofreudigen «Lebensunternehmern und -unternehmerinnen». Der Wunsch nach mehr Eigenverantwortung und mehr Zeitautonomie wird in den wachsenden Bereichen, wo Mangel an geeigneten hochqualifizierten Arbeitskräften besteht, zunehmend erfüllt werden.

Allerdings ist in diesen Entwicklungen auch die Gefahr einer Polarisierung der Arbeitswelt angelegt: Weniger qualifizierte Arbeitskräfte werden spüren, dass Flexibilisierung der Arbeitszeit auch Zwang zur Anpassung etwa an einen steigenden Bedarf an Nacht- und Wochenendarbeit bedeuten kann. Dieser Verlust an Autonomie ergibt sich vor allem angesichts der zunehmenden Betriebszeiten in kapitalintensiven Unternehmungen. Probleme auf dem Arbeitsmarkt könnten so schärfer hervortreten. In unserer Gesellschaft arbeiten nach wie vor überdurchschnittlich viele Frauen an Arbeitsplätzen mit niedrigen Qualifikationsansprüchen; zu viele steigen in ihrer Jugend geradeswegs in unqualifizierte Sackgassenberufe ein; Teilzeitarbeit ist für Frauen und Männer, die ihren Beruf mit Kinderbetreuung und Hausarbeit verbinden wollen, immer noch mit Verzicht auf Karriere gekoppelt; überdies fehlt die nötige Infrastruktur an Kinderhorten, Tagesschulen usw.; auch die Sozialversicherungen behindern neue Lebensformen; schliesslich herrschen an Arbeitsplätzen mit modernsten Einrichtungen nach wie vor technozentrische Arbeitsbedingungen vor, die gerade auch qualifizierte Frauen vor der Wahl eines entsprechenden Berufes abschrecken. All dies birgt die Gefahr, dass die Frauen – und mit ihnen Männer, die neue Vorstellungen einer ausgewogeneren Rollenverteilung zwischen Mann und Frau anstreben – zu den hauptsächlich Benachteiligten der sich abzeichnenden «Zweidrittelsgesellschaft» werden.

Was für die Arbeitskräfte gilt, trifft auch auf die Unternehmungen zu: Es wird traditionsorientierte Firmen und Wirtschaftszweige geben, deren Management

und Belegschaft weder die geistige Beweglichkeit noch die Qualifikationen haben, um diesen tiefgreifenden Wandel mitzumachen. Sie werden unter dem Druck sinkender Gewinnmargen und schrumpfender Finanzierungsspielräume für Erneuerungsinvestitionen zunehmend den Anschluss verlieren und sich mit billigen Arbeitskräften über Wasser zu halten versuchen. Wenn wir dies zulassen und noch Erhaltungssubventionen zahlen, werden wir es vielleicht weniger mit einer Zweidrittelsgesellschaft, dafür um so mehr mit einer Zweidrittelswirtschaft zu tun bekommen. Dagegen ist das eben beschriebene Muster von sinkenden Gewinnen und Investitionen der Regelkreis, der vom Niedergang betroffene Firmen und Sektoren rasch zum Verschwinden bringt, wenn nur die Wirtschaft voll dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt wird.

Abschottung, Anpassung oder neue Wege?

1. Der Druck des internationalen Wettbewerbs und des gesellschaftlichen und technischen Wandels erzeugt Gegendruck. Vor allem in einer Wirtschaft wie der schweizerischen, die bis in die Gegenwart hinein so erfolgreich war, ist die Versuchung gross, mit einem gewissen Trotz weiter auf die **traditionellen Rezepte** zu bauen: Arbeitseifer, Sparsamkeit, fraglose Einordnung in klare, hierarchische Organisationsmodelle, solides technisches Know-how, Präzision und Perfektion in der Produktion und in den Serviceleistungen, finanzielle Solidität. Dazu besteht in manchen Bereichen auch nach wie vor Anlass. Die erprobten traditionsbewussten Arbeitskräfte sind noch vorhanden, ebenso die seit Jahrzehnten sorgfältig gepflegten Kundenbeziehungen. Es gibt aber auch prominente Beispiele dafür, dass der Wandel im Umfeld gerade dort zu besonders brutalen Zusammenbrüchen führt, wo mit besonderer Konsequenz alte Tugenden gepflegt werden: Sich rasch verändernde Absatzmärkte, neuartige Anforderungen an die Arbeitsplätze und grundlegend gewandelte Technologien verlangen immer häufiger andere Führungs- und Organisationsmodelle. Die technische Innovation muss mit einem wachsenden Mass an sozialer und organisatorischer Innovation gekoppelt werden.

Der Versuch, sich diesem Druck zu widersetzen, kann in manchen Bereichen der Wirtschaft noch eine Weile lang gelingen, sei es mittels Aufrechterhaltung und Verstärkung von Schutzmechanismen wie Kartellen, Standesregeln, nicht-tarifären Handelshemmnissen, sei es mittels Ausschluss des Wettbewerbs für öffentliche Aufträge und dem Abstellen auf andere staatliche Krücken. Eine solche Politik der Abschottung, die wir vor allem im gewerblichen und landwirtschaftlichen Sektor beobachten können, ist mit einem schleichenden Anwachsen des Produktivitätsrückstandes gegenüber dem Ausland und einer entsprechenden, zumindest relativen Wohlstandseinbusse verknüpft. Sie wird aber gewisse erwünschte und unerwünschte gesellschaftliche Veränderungen bremsen können, so etwa den Verlust des Überblickes durch immer

mehr Menschen oder die Überwindung der traditionellen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau.

Sollte eine konservierende Haltung die weitere Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen prägen, so würde sich der internationale Sektor der Wirtschaft samt jenen Arbeitskräften, die eher auf hohe Kaufkraft und rasche Veränderung eingestellt sind, zunehmend abkoppeln – zunächst vom Binnensektor, langfristig aber immer mehr von der Schweiz als Standort. Weder die politischen Rahmenbedingungen noch die Ausbildung und Einstellung der Arbeitskräfte würden auf längere Sicht noch ihren Bedürfnissen entsprechen. Sitzverlagerungen ins Ausland, Zerfall des Wohlstandes, symbolisiert durch eine Abwärtsspirale des Fränkens und eine politisch-gesellschaftliche Polarisierung zwischen dem weltoffenen und dem mehrheitsbestimmenden insulardenkenden Teil der Bevölkerung wäre der Preis für die gewollte Verlangsamung der Veränderung. Diese würde dafür auch mancherlei Überforderungen mildern, die mit der Globalisierung der Wirtschaft verbunden sind.

2. Die heutige Situation lässt aber völlig offen erscheinen, ob nicht jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche das Glück für die Schweizer Wirtschaft in der vollen **Anpassung an den internationalen Globalisierungs- und Europäisierungstrend** und in einer entsprechenden weiteren Produktivitäts- und Wohlstandssteigerung erblicken. Die politischen, rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen würden hier den Bedürfnissen weltweit tätiger Unternehmen optimal angepasst. Diese hätten sich im wesentlichen darauf zu konzentrieren, dasselbe wie die ausländischen Konkurrenten etwas rascher und perfekter zu tun. Sie vermöchten dadurch in der wachsenden Hektik der ständigen Produktivitätssteigerung mitzuhalten und könnten jenen hoch qualifizierten Arbeitskräften, die einen solchen Rhythmus mitzutragen vermögen, einen entsprechenden Kaufkraftzuwachs ermöglichen. Der Anschluss an die technische Innovation und an die neuesten Erkenntnisse der Managementtechnik bliebe gewahrt.

Der Preis dafür wird aber sein, dass die hochdifferenzierte, mehr traditionell und handwerklich orientierte Binnenwirtschaft, die einen nicht zu unterschätzenden Pool an Erfahrungen und Qualifikationen verkörpert, teils von weltweit tätigen in- und ausländischen Konzernen aufgesogen wird, teils vom Markt verschwindet. Standardisiertes Expertenwissen tritt an die Stelle spezifischer traditioneller Stärken und Eigenarten. Die Eigengesetzlichkeit, um nicht zu sagen Selbstzweckhaftigkeit einer immer rascher drehenden weltweiten Wirtschaftsmaschine bestimmt zunehmend nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die politische und gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Zurück bleibt eine wachsende Zahl von Ausgesteuerten und Marginalisierten, die nicht mithalten können oder wollen.

3. Dazwischen gibt es aber noch einen dritten Weg: Weltoffenheit und Öffnung gegenüber dem weltweiten Wettbewerb kann auch kombiniert werden mit einer technischen und sozialen Innovation, die auf den **eigenen Stärken der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft** aufbaut: Professionelle Arbeit, massgeschneiderte Entwicklung und Produktion, in der konkreten Praxis fundiertes Handeln und hohe Qualität verbinden sich mit dem Selbstentfaltungsethos und dem zunehmenden Stellenwert der Lebensqualität zu einer gemeinsamen Kultur, die auch eine Art von Gemeinsinn entstehen lässt. Die Unternehmen integrieren die neuen, von Mann und Frau geteilten Lebenskonzepte in ihre Laufbahnplanung, und die Sozialversicherung benachteiligt sie nicht mehr. Eine erstklassige Ausbildung, die auf kürzeren, praxisbezogenen Lehrgängen aufbaut und sich über das ganze Leben und alle Lebensbereiche erstreckt, wird für beide Geschlechter eine Selbstverständlichkeit, ebenso die für die Kombination von Beruf und Familie nötige Infrastruktur.

Die Binnenwirtschaft stellt sich auf die globale Entwicklung ein. Ähnlich wie die exportorientierten kleinen und mittleren Unternehmen entwickelt sie regionale Netzwerke, auch in den grenzüberschreitenden Regionen, und Kooperationen mit international tätigen Unternehmungen. Grundmuster der dynamischen Schweizer Unternehmung ist das «neue Handwerk». Gemeint ist die Kombination des traditionellen Erfahrungswissens mit modernster Technologie für kleinbetrieblich organisierte Unternehmen aller Grössenordnungen. Hier wird das Produkt zunehmend wieder wie früher das Ergebnis des individuellen Dialogs zwischen Kunden und Produzenten. Die Kombination von hochwertiger Arbeit mit einem geringen Einsatz an natürlichen Ressourcen bildet die Leitidee und entspricht den besonders hohen Ansprüchen an eine Wirtschaft, die den neuen landschaft-, siedlungs- und verkehrspolitischen Anforderungen gerecht werden muss. Nicht zuletzt bildet auch der hohe Stellenwert der ästhetischen Qualität von Produkten und Erscheinungsformen eine der zukunftssträchtigen Dimensionen von «Swiss Made».

Hauptproblem auch dieser Option sind die weniger qualifizierten Arbeitskräfte, die sich die neuen Lebensgestaltungsoptionen nur teilweise leisten können. Die Gewerkschaften tragen aber das Ihre dazu bei, im Zuge der Flexibilisierung prekäre Arbeitssituationen zu vermeiden und eine qualifizierende Arbeitsgestaltung zu fördern. Damit finden sie eine neue, aktive innovationsfördernde Rolle in der Arbeitswelt.

f. Der kulturelle Wandel zwischen Postmoderne und Neuorientierung

Aspekte der «neuen Unübersichtlichkeit»

Auch die Schweiz bleibt nicht verschont vom Sog eines schillernden kulturellen Wandels. Er ist gekennzeichnet durch seine ständige Beschleunigung und wachsende Vielfalt: Die Optionen, die sich dem einzelnen Menschen bieten, werden

immer zahlreicher und verändern sich immer rascher. In der «neuen Unübersichtlichkeit» (Habermas) geht die eigene Utopie, die gemeinsame Vision unter. Der Mensch wird zum desorientierten Zuschauer. Je mehr wir versuchen, Zeit zu gewinnen, desto mehr Hektik auf der einen Seite und leere Zeit auf der anderen Seite produzieren wir. Über dem Komfortgewinn im kleinen und dem steigenden Unbehagen im grossen geht die Chance zur Musse, zur Sinnfindung, zum authentischen Erleben unmittelbarer Wirklichkeit verloren. Eine weltweite, aus jedem kulturellen Sinnbezug herausgelöste Wirtschaft lässt dem Individuum nur noch den Hedonismus als Konsum- und Freizeitdroge, als Ausdruck der Überforderung, Entpolitisierung und Flucht ins Privatistische. Im Versuch, Engagement und Handlungsmöglichkeiten zurückzugewinnen, sammeln wir Joghurtdeckeli gegen die globale Apokalypse.

Die nationale Identität als potentielle Orientierungshilfe verliert an Integrationskraft. Der Graben zwischen den Landesteilen wächst, weil zum einen der Rückhalt mehr im vertrauten lokalen und regionalen Rahmen gesucht, zum andern der massgebende Bezugsrahmen mehr auf der globalen oder europäischen, sprachregionalen Ebene gesehen wird, immer weniger jedoch im nationalem Kontext. Die «Willensnation» empfindet zwar nach wie vor zutiefst föderalistisch und kleinräumig. Das Prinzip der Delegation von unten nach oben ist lebendig geblieben. Aber welchen Sinn hat die Schweiz als Abwehrgemeinschaft kleiner Raumeinheiten gegen die Fremdbestimmung durch grosse von aussen, wenn die negative Beurteilung des sogenannten Volkscharakters – «parasitär», «kleinlich», «stur» – im Selbst- und Fremdbild stark an Bedeutung gewinnt und die neuen Bedrohungen – Weltökologie, Massenwanderungen – nur mit gesamt-europäischem Handeln abgewehrt werden können? Was bleibt, sind wohl vor allem die Bereitschaft und Fähigkeit zum Verhandeln, zum Kompromiss statt zur Dominanz über die Minderheit und die daraus abgeleiteten Verfahrensregeln, die auch im europäischen Rahmen verbindende Wirkung behalten können.

Mitursache der «neuen Unübersichtlichkeit» und gleichzeitig zentrale Antwort auf sie ist die «Individualisierung», ein Haupttrend der heutigen Gesellschaft. Er kommt dadurch zustande, dass die jungen Menschen heute im Durchschnitt einen höheren Qualifikations- und Wissensstand, eine höhere Kaufkraft, mehr Zeitautonomie und eine schwächere Bindung an allgemein verbindliche Werte und Normen haben als frühere Generationen. Wird ihre Persönlichkeitsentwicklung gestützt durch eine lebenslange ganzheitliche Bildung und die Einräumung von ihnen entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten, die etwa eine Verbindung zwischen Arbeit und anderen Lebensbereichen zulassen, so erwächst daraus eine Vision: jene einer sich selbst organisierenden Kommunikationskultur, in der wache, kritische, verantwortungsbewusste und lebensfreudige Lebensunternehmer/Innen in ständiger Auseinandersetzung den ihnen gemässen Lebenspfad suchen und gemeinsam ihr Umfeld gestalten. Die Frage nach dem «Wie» verdrängt die Frage nach dem «Wieviel». Eine neue kul-

turelle Qualität durchdringt den Alltag wachsender Bevölkerungsteile. Das aussengeleitete Zeitalter der Einwegmedien und der autoritären Beziehungen weicht dem Kommunikationszeitalter.

Verschiedene Orientierungsansätze

1. Die Frage, wieweit die Schweiz die aufgezeigte Chance zu nutzen verstehen wird, ist offen. Die Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft findet gegenwärtig auch in einer Liberalisierung, Privatisierung und Europäisierung der elektronischen Medien ihre Entsprechung. Die Gefahr, dass unsere Produktwelt, unsere Verbindungszeichen und unsere Medienwirklichkeit zunehmend von ausländischen Grossunternehmen geprägt werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Ebenso wenig, dass aussengeleitete Arbeitshektik sich auf die Freizeit überträgt und niederschlägt in Dauer und Reichweite unserer Auslandsreisen, im Pendeln zwischen Erst- und Zweitwohnungen, in suchtartigem nervösem Fernsehkonsum und künftig in ebensolcher Nutzung der integrierten Informationstechnologieeinheit in jeder Haushaltung. Kunst wird zum mediengerecht aufbereiteten internationalen Spektakel. Wegen steigender Preise der rasch verbleichenden Stars müssen Kulturinstitutionen gesponsert werden, fusionieren und dabei neue Kunstvertriebskanäle entwickeln. Die **internationale Standardisierung und Uniformierung** der Kultur wird gestützt durch eine europaweite Homogenisierung der Ausbildung, der sich auch die Schweiz nicht entziehen kann.
2. Gleichzeitig können wir aber auch beobachten, dass die Orientierung an den Werten, Mythen und Riten der Vergangenheit gesucht wird. Das «Zurück zu den Wurzeln» ist zunächst einmal eine Reaktion auf die internationalistische Hektik. Aber der Schritt zurück zur «Igelhaltung» gegenüber dem Grossen und Neuen aus Europa und anderen Weltregionen, zur militanten Abwehr der im Lande ansässigen Ausländer/Innen, zur selbstgefälligen Nabelschau bei der Pflege der eigenen Folklore und zur Ausgrenzung von Lebenshaltungen, die der eigenen altvertrauten nicht entsprechen, ist klein. Er würde die Gefahr der allmählichen Verabschiedung der Schweiz aus der internationalen Gemeinschaft weiter akzentuieren.
3. Aber die Entwicklung **autonomer Persönlichkeiten** im Kommunikationszeitalter ist genauso sehr in der freiheitlich-demokratischen und föderalistischen Tradition unseres Landes verwurzelt. Um sie zu unterstützen, müssten wir der pädagogischen Pionierleistung eines Heinrich Pestalozzi heute eine zweite folgen lassen. Wir müssten kreativ alte Formen der gemeinsamen Gestaltung von Gemeinwesen und Kultur in das Zeitalter der neuen Medien übersetzen, und wir müssten unsere Erfahrungen im interkulturellen Dialog umsetzen in einen kulturbildenden Umgang mit der wachsenden Zahl ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit denen wir zusammenleben werden.

g. Individualisierung und Kommerzialisierung der Lebensformen – wie weiter?

Die atomisierte Gesellschaft

Weichen kollektive Weltanschauungen einer wachsenden Vielfalt an individuellen Orientierungsmustern, so gibt es in der Gesellschaft keine klar identifizierbaren Schichten mit zuordenbaren Lebensformen mehr.

Eng verbunden mit dieser gesellschaftlichen Entwicklung ist die Atomisierung der Haushalte, d.h. die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte, der Einelternfamilien und der reinen Paarbeziehungen ohne Kinder. Wohlstand und Sozialstaat haben die Familie von sozialen Dienstleistungen entlastet und gleichzeitig die Freizeit erhöht. Dies hat zu einer ausgeprägten Freizeitkultur geführt. Folge ist ein, noch über den reinen Wohlstandseffekt hinausführender Anstieg des pro Kopf beanspruchten Wohnraumes und des Verkehrsaufkommens. Dem steht aber ein erhöhtes Armutsrisiko eines Viertels bis eines Drittels der Gesellschaft gegenüber: schlecht verdienende Alleinerziehende, «Ausgesteuerte», ganz Junge und verwitwete Rentner/Innen sind die Hauptbetroffenen.

Einen starken Einfluss ausüben werden auch die demographischen Veränderungen: man denke an den Geburtenrückgang, der bis Anfang des nächsten Jahrhunderts zu einem Geburtendefizit führen wird, und die zunehmende Lebenserwartung. Eine voraussichtlich noch anwachsende Zuwanderung ausländischer Personen kann gewisse Folgen der beiden ersten Faktoren teilweise kompensieren. Mindestens in der einheimischen Bevölkerung steigen Durchschnittsalter, Anteil der Jahrgänge am Ende und jenseits der Berufslaufbahn, Anzahl der Pensionierten und Dauer der Pensionierung aber an. Die «Versorgung» der nicht mehr Erwerbstätigen in allen ihren Dimensionen wird zu einem zentralen Gesellschaftsproblem. Ihre Interessen, ihr politischer Einfluss und generell die Lebenshaltungen älterer Generationen gewinnen an Gewicht. Den stagnierenden bis schrumpfenden jüngeren Generationen werden wachsende Solidaritätsleistungen abverlangt. Das Potential für Generationenkonflikte wächst.

Die Atomisierung hat auch von der Jugendkultur Besitz ergriffen, die sich im Vergleich zu den beiden vergangenen Jahrzehnten zunehmend zersplittert hat. Dafür vermag sich die heutige Jugend offenbar mit der offeneren Erwachsenenwelt gut zu arrangieren, auf Kosten der Solidarität unter den Jungen. Ob das angesichts der eben erwähnten demographischen Veränderungen so bleiben wird, ist eine offene Frage.

Die Rolle der Frau verändert sich. Das zeigt deren zunehmende Erwerbsquote und die neuerdings praktisch ebenbürtige Schul- und Berufsbildung. Nur noch ein Viertel der Schweizer Frauen beschränkt sich auf die Familie. Die übrigen wechseln zwischen Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Wiedereinstieg in den

Beruf, gehören also zur Gruppe der sogenannten «Drei-Phasen-Frauen», oder verknüpfen permanent Familie und Beruf. Gleichwohl wird nach wie vor erwartet, dass sich eher die Frauen um die nicht finanziell entgoltenen Dienstleistungen kümmern. Die Doppelbelastung bleibt. Eine entlastende Infrastruktur fehlt weitgehend.

Einem privilegierten Teil der Bevölkerung wird es jedenfalls möglich, Qualität und Quantität der Arbeit weitgehend selbst zu bestimmen. Dieser Teil schwankt zwar mit der Beschäftigungslage, dürfte aber doch ansteigende Tendenz haben. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten steigt rapide an, doch bleibt dies Ausdruck der Diskriminierung der Frauen, die den Haupttharst dieser Stellen besetzen, solange Teilzeitarbeit selten mit grosser Verantwortung und Aufstiegsmöglichkeiten verbunden ist. Entgegen der Forderung nach mehr Lebensunternehmer/Innen nimmt die Bereitschaft, Risiken und individuelle Verantwortung selbst zu übernehmen, ab: Das überlässt man dem Staat oder der Versicherung. Ist dies mit dem wachsenden Wohlstand notgedrungen verbunden, oder deutet ein überwiegend statisches Sicherheitsdenken nicht bereits auf einen bevorstehenden wirtschaftlichen Positionsverlust hin?

Auch ohne Übergang zu Teilzeitarbeit haben die Menschen im Durchschnitt mehr Freizeit als früher, deren Nutzung immer stärker individuell verschieden wird. Wie weit Freizeit frei verfügbare oder gar persönlich gestaltete Zeit wird, ist offen. Jüngst wird sie jedenfalls vermehrt für Weiterbildung und Eigenarbeit verwendet. Ob dahinter eine Abkehr von der Konsumhaltung und eine Hinwendung zu einer aktiven Lebensgestaltung steht oder ob diese Entwicklung mehr der Notwendigkeit entspringt, im Beruf und ohne Hilfe in der Familie durchzukommen, wäre zu klären. So fällt es gegenwärtig auch schwer zu sagen, ob das frühere Arbeitsethos von einem postmaterialistischen Umbruch oder aber doch von einem Trend zu immer teureren Freizeit- und Konsumgüterangeboten abgelöst worden ist. Im Konsum des einzelnen lässt sich jedenfalls eine grosse Vielfalt feststellen: einmal prestigeträchtig und aufwendig, dann billig und einfach, einmal qualitätsorientiert, dann unverpackt, einmal umweltbewusst, dann mehr erlebnisorientiert.

Zwei kontrastierende Entwicklungsmuster

1. Es ist ohne weiteres möglich, dass die Tendenz der **Individualisierung** sich weiter verstärken wird in Richtung einer Gesellschaft von Menschen, die nur an ihrem Privatwohl und ihrer «Selbstverwirklichung» interessiert sind: Selbstverliebt, tolerant im Sinn von gleichgültig, konsumorientiert, nach dem Motto «alles ist käuflich» – eben auch die an den Staat und private Anbieter delegierten sozialen Dienste. Auch die Politik wird dann am besten professionalisiert. Politisches Engagement bleibt auf die «Betroffenheitsdemokratie» beschränkt.

Die «voll mobile Single-Gesellschaft» ist kaum standortgebunden und entsprechend wenig auf lokale Gemeinschaft bezogen, verbraucht viel Wohnraum und reist über immer grössere Strecken. Dieser konkurrenzfähigen Mehrheit steht eine wachsende Minderheit von Personen mit mangelhafter Ausbildung, von älteren Menschen und Behinderten gegenüber, die zwar finanziell noch unterstützt, sozial aber ausgegrenzt werden. Da die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen professionell «versorgt» werden muss, entstehen dort personelle Engpässe. Die Frage, welchen sozialen Aufwand welche gesellschaftlichen Gruppen zu erbringen bzw. zu bezahlen bereit sind, wird zum zentralen politischen Konflikt.

2. Diese ganze Entwicklung kann aber zunehmendes Unbehagen auslösen, so dass sich Gegenteilstendenzen in Richtung einer Aufwertung der **verpflichtenden Gemeinschaft** verstärken. Individuen werden sich dann wieder vermehrt bereit finden, soziale Verantwortung zu übernehmen. Lebensgemeinschaften traditioneller oder alternativer Art nehmen an Bedeutung zu. Mit dem kollektiven Verantwortungsgefühl verstärkt sich aber auch die soziale Kontrolle und die Intoleranz gegen «unrichtiges» Verhalten, etwa im ökologischen Bereich. Damit homogenisieren sich die Lebensstile zunehmend.

Die immateriellen Elemente der Lebensqualität gewinnen an Bedeutung und mit ihnen die Bereitschaft, im Milizsystem im sozialen und politischen Bereich mitzuwirken. In der sich herausbildenden Werteskala werden politische und soziale Dienstleistungen ein wesentlicher Teil der «Lebensarbeit». Zwar sind anfänglich noch die Frauen die Hauptträgerinnen dieser Lebenshaltung. Zunehmend prägt das «weibliche Prinzip» aber auch die Männer: Beide Geschlechter haben eine ganzheitliche Lebensauffassung, in der sich Berufsarbeit und Subsistenzarbeit ergänzen. Familie und Gemeinschaft erhalten wieder eine stärkere Bedeutung. Denkbar ist unter diesen Voraussetzungen auch wiederum ein Anwachsen der Geburtenhäufigkeit.

Die starke Beziehung zur Wohnumwelt und zur Nachbarschaft ziehen neue Formen der Eigentumsförderung mit sich. Die Mobilität nimmt ab und verlagert sich auf den öffentlichen Verkehr. Das Quartier wird zur zentralen Bezugseinheit, auch politisch. In seinem Rahmen entwickeln sich intergenerationell gespannte kleine Netze und mit ihnen verbundene soziale Dienstleistungen. Dezentralisierte Alterswohnungen sind mit Spitex-Zentren und kleinen Pflegeabteilungen versehen, wo viel Milizarbeit geleistet wird. Die Einführung eines obligatorischen Sozialdienstes für Männer und Frauen unterstützt diese Entwicklungen.

Soweit ein letztes Beispiel für das Spektrum der möglichen Tendenzen und Optionen, aus denen die Schweiz des nächsten Jahrhunderts hervorgehen könnte. Die Breite dieses Spektrums zeigt, dass die Zahl der möglichen Zukünfte unendlich gross ist. Das bedeutet aber auch, dass wir, die Akteure, beträchtliche Einflussmöglichkeiten haben, wenn wir wissen, welche der möglichen Zukünfte wir wollen und welche nicht. Im Hauptteil dieses Berichts wird deshalb anhand von Szenarien gezeigt, welche Grundhaltungen zu welcher Zukunft führen könnten.

3. Vier Grundhaltungen – vier Szenarien

a. Szenarienbildung – Szenarienverwendung

Die Darstellung der Themenfelder enthält das Ausgangsmaterial, das die Kommission zur Bildung der Szenarien verwendet hat. Die drei Handlungsoptionen oder Entwicklungsmuster, die sie in jedem Themenfeld identifiziert hat, dienen ihr als Bausteine unterschiedlicher Gesamtszenarien. Dabei ist zu beachten, dass die drei Optionen – einmal sind es nur zwei – einander in aller Regel nicht gegenseitig ausschliessen, sondern in unterschiedlicher Gewichtung teils als kontrastierende, teils als sich gegenseitig ergänzende Varianten nebeneinander oder miteinander existieren können. Namentlich in den Themenfeldern «Raumordnung und natürliche Lebensgrundlagen» sowie «Systeme des sozialen Ausgleichs» haben sie überwiegend kumulativen Charakter, indem die jeweils folgende Option vor allem als zusätzliche Dimension sinnvoll ist.

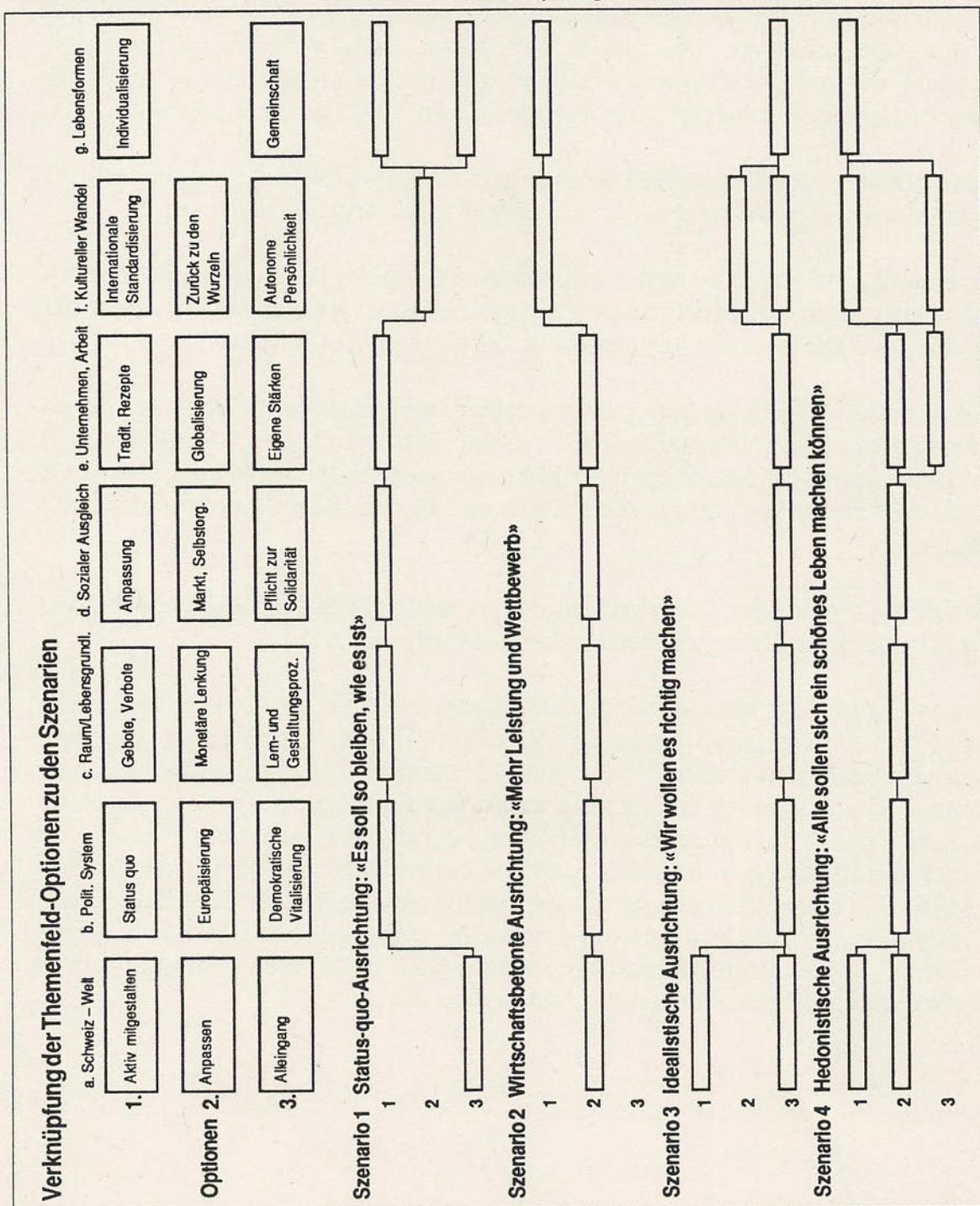
Die Suche nach dem verbindenden Element zwischen Optionen in unterschiedlichen Gebieten führte dann auf induktivem Weg zur Identifizierung von vier unterschiedlichen Grundhaltungen, die für das individuelle und gesellschaftliche Verhalten in unserer Zeit massgebend sein dürften und tiefreichende Konsequenzen für das gesamte System eines Landes haben. Sie stehen in der Politik und in allen anderen Bereichen der Gesellschaft, aber auch in jedem Individuum miteinander im Widerstreit. Sie prägen somit in unterschiedlicher und sich wandelnder Gewichtung unsere Wirklichkeit und deren Wahrnehmung.

Die vier identifizierten Grundhaltungen sind die folgenden:

1. Die «Status quo»-Ausrichtung, umschrieben durch den Leitsatz «Es soll bleiben, wie es ist.»
2. Die wirtschaftsbetonte Ausrichtung, umschrieben durch die Parole «Mehr Leistung und Wettbewerb.»
3. Die idealistische Ausrichtung, umschrieben durch den Wunsch «Wir wollen es richtig machen.»
4. Die hedonistische Ausrichtung, umschrieben durch das Motto «Alle sollen sich ein schönes Leben machen können.»

Diese Einstellungen boten sich an als Unterscheidungskriterien für Szenarien, die den Zweck verfolgen, die Konsequenzen vorherrschender Haltungen und Handlungen zu beschreiben, aus der Diskussion darüber mehr Klarheit über ihre Vor- und Nachteile zu gewinnen und daraus einen Konsens über deren geeignete Mischung zu entwickeln.

Die nächste Frage lautete: Welche Optionen in den Themenfeldern passen am besten zu welchen Szenarien? Daraus ergaben sich die Gerippe der Szenarien, die in der nachstehenden Darstellung skizziert sind. Diese Darstellung zeigt allerdings den Endzustand der Arbeit an. Zu Beginn waren die Zuordnungen zum Teil anders. Die Formulierung der Szenarien hat zum Teil wieder auf jene der Optionen zurückgewirkt, und die Weiterentwicklung der Themenfelder hat wiederum zu Anpassungen der Szenarien geführt. So hat sich ergeben, dass die Trennschärfe zwischen dem wirtschaftsbetonten und dem hedonistischen Szenario im Endeffekt in der Graphik gering ist. Dennoch sind es keine identischen Szenarien geworden. Die unterschiedliche Grundhaltung verleiht zwei ähnlich strukturierten Szenarien in diesem Fall eine je eigene Wertefärbung.



Was ist der Sinn von Szenarien und wie können sie verwendet werden? Die Idee, Szenarien als Hilfsmittel der Zukunftsbewältigung zu benutzen, hängt ursprünglich mit der Erkenntnis zusammen, dass die Zukunft offen ist. «Die» Zukunft gibt es also gar nicht, sondern nur zahllose «Zukünfte», die in der Vergangenheit und in dem, was wir als gegenwärtige Wirklichkeit wahrnehmen, angelegt sind. Noch liegt vielen Institutionen unserer Gesellschaft die Vorstellung zugrunde, sie selbst und ihr Umfeld seien einem Mechanismus zu vergleichen, dessen innere Zusammenhänge hinreichend transparent und stabil seien, um verlässliche Prognosen (über das nichtbeeinflussbare Umfeld) und Pläne (für das eigene Handeln) zuzulassen.

Eigentlich wissen wir aber seit längerer Zeit, dass alles mit allem in komplexer Weise zusammenhängt, dass unsere Wirklichkeit sich immer rascher wandelt und dass wir selbst als Akteure und Beobachter auf schwer durchschaubare Weise in diese Zusammenhänge eingebunden sind. Das bedeutet, dass

1. die direkten und indirekten Wirkungen unseres Handelns von jenen des Handelns anderer Akteure immer weniger auseinanderzuhalten sind;
2. niemand eine objektive und umfassende «Wahrheit» besitzen kann, sondern jede Person und jede Institution ihren ganz eigenen Ausschnitt aus der Wirklichkeit «wahr-nimmt», mit den darin angelegten «Zukünften»;
3. es in diesen Wirklichkeiten immer weniger stabile Strukturen gibt, auf denen verlässliche Prognosen aufgebaut werden könnten; vielmehr spielen Aufschaukelungsprozesse, die von kleinsten Veränderungen ausgehen und schliesslich zu Systemumbrüchen führen können, darin eine zunehmende Rolle;
4. auch die Vielfalt der Kriterien, mit denen wir verschiedene Zukünfte bewerten, in der pluralistischen Postmoderne ständig zunimmt.

Daraus ergibt sich, dass die Szenarien dieser Kommission weder Planung- noch Prognoseinstrumente sein können. Fälle, in denen eine solche Verwendung von Szenarien sinnvoll bleibt, sind ohnehin höchst selten geworden. Wir brauchen dafür nämlich weitgehend autonome Einheiten mit einfachen, stabilen Strukturen. Auch muss deren Dynamik durch eine begrenzte Anzahl von einfachen Eingriffen in der einen oder anderen Richtung verändert werden können. Diesem Modell kommt heute nicht einmal mehr ein einzelnes Unternehmen nahe. Erst recht muss sich ein moderner Industriestaat in der weltweiten Kommunikationsgesellschaft der umfassenden politischen Planung und der langfristigen gesellschaftlichen Prognose entziehen.

Es ergibt sich zweitens aus der Analyse, weshalb die Kommission darauf verzichtet hat, ein abschreckendes und ein Wunschscenario zu produzieren. Sie hätte dafür ein einheitliches Wertemuster voraussetzen müssen, über das ihre Mitglieder sich einig gewesen wären und von dem sie hätte annehmen dürfen, dass es vom Gros der Schweizer Bevölkerung geteilt wird. Gerade die vier gewählten Szenariodimensionen zeigen jedoch, wie sehr verschiedene Wertemuster in unserer Gesellschaft und in uns selbst miteinander im Streit liegen.

Die Kommission hätte statt dessen versuchen können, ihre Szenarien von bestimmten Leitideen, Visionen oder Utopien her zu definieren. Sie ist aber zum Schluss gekommen, dass die Anschlussfähigkeit an das Hier und Heute besser gewährleistet werden kann, wenn sie von der konkreten Analyse der gegenwärtigen Wirklichkeit ausgeht und über die in den einzelnen Themenfeldern angelegten Optionen pragmatisch zur Szenarienbildung vorstösst. Diese Methode hat sie aber nicht gehindert, die visionären Elemente, die in den Optionen, in den Grundorientierungen der Szenarien und in den themenübergreifenden Fragen angelegt sind, gebührend zu entwickeln.

Die Kommission hat es auch nicht als zweckmässig erachtet, die Gesamtszenarien von den Optionen eines einzigen Themenfeldes her aufzurollen. Beispiele wären etwa gewesen: «Die einzig wirklich wichtige Frage für die künftige Lebensqualität in der Schweiz ist die Entscheidung über den EWR oder den EG-Beitritt» oder «Alles muss von jetzt an auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet werden.»

Schliesslich hat die Kommission es bewusst unterlassen, Kriege, Katastrophen und andere Krisenereignisse einzubauen, die der Schweiz schlagartig eine ganz andere Richtung geben könnten. Deren Schilderung ist wenig geeignet, zur Beantwortung der Frage beizutragen, welche Richtung wir aus unseren eigenen Werthaltungen und Präferenzen heraus einschlagen möchten. Natürlich ist sich die Kommission im klaren, dass solche Ereignisse immer wieder eintreten und dann zu völlig anderen Abläufen führen können. Sie hat deshalb ihre vier Szenarien durch die Schilderung der weitreichenden Folgen einer wirtschaftlich und kulturell bedingten Mehrfachkrise, eines gentechnologischen Fehlers und eines glimpflich abgelaufenen Kernkraftunfalls ergänzt.

Zusammengenommen bedeutet das, dass die vorliegenden Szenarien weder als Voraussagen noch als Handlungsanleitungen benützt werden sollten. Sie sind vielmehr als Reflexions- und Kommunikationsinstrumente zu verstehen. Entsprechend dem Wort, dass die Leser/Innen die ersten Szenarienautor/Innen seien, sollen sie den Leserinnen und Lesern dazu dienen, die eigenen Haltungen gegenüber verschiedenen Gestaltungsfragen in unserer Gesellschaft zu entdecken, sich ihre möglichen Konsequenzen für uns selbst und unser Umfeld zu vergegenwärtigen, sie nach ihren positiven und negativen Seiten abzuklopfen, die dahinter stehenden Wertemuster ins Bewusstsein zu holen und so insgesamt

ein geschärftes Sensorium und Argumentarium für die wichtigsten Zukunftsentscheidungen zu entwickeln. Indem sie auf diesem Wege zur Reflexion beitragen, sollen sie im gleichen Zug auch zum Dialog anregen – zu einem Dialog, der möglicherweise die Konsensfindung erleichtert, weil er von einem gemeinsamen Argumentationsraster ausgeht.

Vielleicht wird die Leserin oder der Leser an dieser Stelle fragen, wozu wir überhaupt über mögliche Zukünfte nachdenken, wenn diese doch ohnehin weder planbar noch voraussehbar sind. Die Antwort darauf lautet: Gerade weil alles im Fluss und die Zukunft völlig offen ist, bleibt sie auch flexibel und gestaltbar. Gerade in turbulenten Phasen genügt oft eine minime Gestaltungskraft, um die entscheidenden Weichen zu stellen – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Akteure ein Sensorium dafür entwickelt haben, wie die Entwicklungsfähigkeit ihres Wirkungsfeldes zu erhalten oder zu erhöhen wäre. Für wirksame Anstösse zur Gestaltung der Zukunft erscheint die Konstellation angesichts des Jubiläumjahres 1991 und seines bewegten politischen Umfeldes als günstig. Die folgenden vier Szenarien sind als Beitrag zu sehen an diesen Dialog, mit dem wir das Momentum für die Gestaltung unseres Landes zurückgewinnen wollen.

b. Es soll bleiben, wie es ist

Eine konfliktreiche Entwicklung in Europa gibt anfänglich jenen Schweizerinnen und Schweizern recht, welche die herkömmlichen Werte verfechten. Im Alleingang gelingt es, den gewohnten Wohlstand zu erhalten. Das Rezept lautet: Heile Welt im Innern – Globalisierung der multinationalen Konzerne – «Bahamisierung» der Schweiz zur Steuer- und Rechts-oase. Der Glaube an eine heile Schweiz, die ohne veränderte Haltungen und politische Strukturen auskommt, erweist sich jedoch bald als Illusion. Angesichts der wiedererwachenden europäischen Integration verlassen die besten jungen Kräfte das Land. Die Produktivität der geschützten Binnenwirtschaft sinkt. Unzufriedene werden ausgegrenzt, Benachteiligte leben in der Isolation. Problemstau und ein Wust von Regeln sind die Folgen unveränderter, punktuell-pragmatischer Politik. Schliesslich kann der monetäre Schleier den realwirtschaftlichen Verfall nicht mehr länger verbergen. Vieles lässt eine tiefer greifende Krise mit ihren möglicherweise weitreichenden Folgen erwarten.

Grundannahmen

In diesem Szenario werden am Ende des 20. Jahrhunderts die Weichen von jenen gestellt, die wie folgt denken: Der Schweiz ist es seit bald 150 Jahren immer besser gegangen. Sie hat zwei Weltkriege heil überstanden und verfügt über die grösste politische Stabilität, die stärkste Währung, die solideste Zahlungsbilanz, den höchsten und am gleichmässigsten verteilten Lebensstandard, die sauberste, gepflegteste Landschaft und Infrastruktur Europas. Es gibt keinen Grund, von diesem Kurs abzurücken, der in der Vergangenheit so erfolgreich war. Das gilt trotz wachsender Kritik von verschiedenster Seite. Schliesslich war man ja immer in der Lage, sich den unvermeidlichen Veränderungen soweit nötig anzupassen.

In der Vergangenheit stützte sich der Erfolg des «schweizerischen Modells» auf fünf Pfeiler:

- Die bewaffnete Neutralität: Untermauert von einer entsprechenden Politik hielt sich die Schweiz aus allen Verwicklungen vorsorglich heraus und schuf uns dank der Politik der guten Dienste viel Goodwill und beste weltweite Beziehungen. So konnte auch unsere Wirtschaft sich weltweit entfalten und gleichzeitig auf eine solide Heimatbasis zählen.
- Die Konkordanzdemokratie: Ein Bundesstaat, der im Zeichen der Handels- und Gewerbefreiheit die wirtschaftspolitischen Kompetenzen weitgehend der Wirtschaft überliess und im übrigen dafür besorgt war, dass politische Interessenkonflikte im föderalistischen Sinn möglichst weit unten geregelt und von Fall zu Fall in einvernehmliche Lösungen übergeführt wurden. So entwickelte sich allmählich ein feingespinnenes Gleichgewichtssystem zwischen einer wachsenden Zahl von Interessengruppen.

- Die Tradition der Basisdemokratie in allen Bereichen der Gesellschaft: Meinungen und Entscheidungen entstanden von unten nach oben und regelmässig unterhalb der offiziellen Entscheidungsebene wie in den alten Allmendingemeinden. Dies bildete die Grundlage für den Bürgersinn, das Gefühl der Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft und die entsprechende soziale Kontrolle.
- Eine eindeutige Priorität der wirtschaftlichen Interessen als materielle Grundlage für alles andere: Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte wurden möglichst weltweit offengehalten, die Inlandwirtschaft gegenüber allzu raschen Veränderungen geschützt, welche die politische Stabilität bedroht hätten. Und schliesslich wurde unsere natürliche Lebensgrundlage durch die Landwirtschaftspolitik gesichert. Konflikte zwischen diesen Maximen wurden von der Konkordanzdemokratie sorgfältig austariert.
- Qualitatives Wachstum: Darunter verstand man die Kombination hoch qualifizierter Arbeitsleistungen mit dem pfleglichen und sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung erkannte die Schweiz früh dessen Vorteile.

Diese Grundorientierung soll aufrechterhalten werden. Das ist auch möglich, weil nach wie vor die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung die Traditionen unseres Landes hochhält und die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität beibehalten will.

Schweiz und Welt

Ruhender Pol im europäischen Chaos

Nur eine Minderheit erachtet das Scheitern des EWR-Vertrages am Ständemehr als dramatisch, denn inzwischen ist die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes

Die abrupt eingeleiteten Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa führen zu wachsenden politischen Unruhen.

arg ins Stocken geraten. Weitblickende Strategen erkennen fast freudig die kommende Entwicklung, die haarscharf an einem europäischen Krieg vorbeiführt. In der Tat führen die abrupt eingeleiteten Wirtschaftsre-

formen in Mittel- und Osteuropa zu wachsenden politischen Unruhen. Diese werden von nationalistischen Demagogen zusätzlich aufgeputscht.

Die weitere Entwicklung lässt sich mit folgenden Stichworten zusammenfassen: Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion unter bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Vordringen des islamischen Fundamentalismus vom Süden der Sowjetunion bis zum Balkan. Unruhen im ehemals polnischen Weissrussland sowie in Siebenbürgen und Schlesien, die jederzeit in Krieg übergehen können. Deutschland als Ordnungsmacht sucht die Kooperation mit Russland. Unterdessen Wachstumsabschwächung auch in Westeuropa, mit zunehmenden regionalen

und strukturellen Ungleichgewichten. Politische Unrast, Unterhöhnung des unvollendeten Binnenmarktes durch Schutzmassnahmen aller Art, Aussenschutz gegen die japanische Konkurrenz. An allen Grenzen Abwehr der Flüchtlingswellen aus dem Osten. Das britisch-französische Misstrauen gegenüber Deutschland blockiert die europäischen Gemeinschaftsprojekte. Erst das dramatische Treffen der Verantwortlichen der europäischen Politik 1994 in Krakau vermag dem Auseinanderfallen Europas Einhalt zu gebieten. Verabschiedet wird eine Strategie, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre schliesslich die Rückkehr auf den Pfad der europäischen Einigung ermöglicht.

In diesem schwierigen Umfeld ist es weiter nicht verwunderlich, dass die Schweiz gegen die Jahrtausendwende weit herum erneut als das erfolgreichste Land Europas angesehen wird. Auf der Basis ihrer traditionellen Neutralitätspo-

litik hat sie nach allen Seiten verhältnismässig vorteilhafte Wirtschaftsabkommen zu schliessen vermocht. Die missliche Lage in Europa ist den vorherrschenden Kreisen in

Die missliche Lage in Europa kommt der herrschenden Klasse in der Schweiz in jeder Hinsicht entgegen.

der Schweiz in jeder Hinsicht entgegengekommen. Es zeigt sich in dieser Phase die Stärke des schweizerischen Europa-Kurses. Jene, welche die traditionelle Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik seit jeher verteidigten, haben einmal mehr recht bekommen: Auf die Stabilität in Europa ist kein Verlass. Die Schweiz ist weiter denn je von jedem Gedanken an einen Europa-Anschluss entfernt. Man ist nicht einmal bereit, die volle Freizügigkeit zu gewähren, zumal die Integrationsbemühungen zunehmend dem Arbeitsmarkt gelten. Auf diesem Gebiet kommt aber eine Öffnung mit Rücksicht auf die Inlandwirtschaft und die politische Stabilität am allerwenigsten in Frage.

Teuer bezahlter Schutz vor fremden Einflüssen

Nach der Jahrhundertwende erlebt die Schweiz jedoch immer hautnah, was es bedeutet, sich von einem dynamischen europäischen Umfeld abkoppeln zu wollen. Der «Werkplatz Schweiz» spaltet sich in zwei auseinanderdriftende Teile:

eine sich abschirmende, sich allmählich vom europäischen Produktivitätsniveau abkoppelnde Binnenwirtschaft und eine dem Wettbewerb ausgesetzte, zunehmend diskriminierte und sich allmählich vom Standort Schweiz absetzende Exportwirtschaft. Die

Nach der Jahrhundertwende erlebt die Schweiz immer hautnah, was es bedeutet, sich von einem dynamischen europäischen Umfeld abkoppeln zu wollen.

«Bahamisierung» – wie die Entwicklung hin zur Steuer- und Rechtsoase gemeinhin bezeichnet wird – ist nicht nur ein auf die Dauer untaugliches wirtschaftliches Gegengift, sie trägt auch zur aussenpolitischen Isolation der Schweiz bei. Das Land hat sich ohnehin unbeliebt gemacht, weil es sich an internationalen Bestrebungen – etwa zur Entschuldung, zur Öffnung der Märkte für Landwirtschaftsprodukte, zur Förderung eigenständiger Entwicklungen in der Dritten Welt und eines wirksamen Umweltschutzes – nur so weit beteiligt hat, als es ihr zur Aufrechterhaltung der eigenen Exportchancen nötig erschien. Gesetzt hat

die Schweiz vielmehr auf den Abschluss von Investitionsschutzabkommen und auf die massgeschneiderte Kooperation mit einigen wenigen, besonders nahestehenden Ländern. Vom Standpunkt der politischen Vernunft spricht zwar einiges für diesen Kurs, aber vor dem Urteil der Geschichte hält er – wie sich jetzt zeigt – so wenig stand wie der Versuch, inmitten der europäischen Dynamik einen Ort der Stabilität aufrechtzuerhalten.

Politisches System Bürgerliche Konkordanz

Nachdem Ende 1992 Bundesrat und Parlament die EWR-Abstimmung verloren haben, gewinnen die konservativ-nationalen Kräfte starken Auftrieb. Mit den zunehmenden Schwierigkeiten der europäischen Einigung werden auch jene bürgerlichen, reformfreudigen Kreise aus Politik und Wirtschaft vorsichtig, die vorübergehend auf die Europa-Karte gesetzt und auf Liberalisierung gehofft haben. Die Polarisierung zwischen bürgerlichen und nichtbürgerlichen Kräften in der Konkordanz verschärft sich. Die SP spaltet sich weiter und tritt Anfang 1995 aus der Regierung aus. Ihre Absicht, stärker und zusammen mit den Grünen

Das Potential der Grünen wird durch eine glaubwürdig scheinende Ökologiepolitik von FDP, CVP und SVP aufgesogen.

den Wiedereintritt zu versuchen, schlägt fehl. 1999 erhält sie nur noch 15 Prozent der Wählerstimmen. Das Potential der Grünen wird durch eine glaubwürdig scheinende Ökologiepolitik von FDP, CVP und SVP auf-

gesogen. Diese Parteien halten das innenpolitische Feld spannungsreich, sind sich aber in wichtigen Fragen einig: Verteidigung der wirtschaftlichen Sonderstellung auf dem liberalisierten europäischen Markt, intensive Zusammenarbeit

Gegenüber der geschickten «Politik der hinreichenden Konzessionen», wie sie die bürgerliche Koalition pflegt, ist keine politische Alternative sichtbar.

zwischen Wirtschaftsorganisationen und Staat, ökologische Vorsprünge als Konkurrenzvorteil, sozialstaatliche Konzentration auf das Wesentliche und finanzpolitisch Mögliche. Gegenüber dieser geschickten «Politik der hinreichenden Konzessionen»,

wie sie die bürgerliche Koalition pflegt, ist keine politische Alternative sichtbar. SP, Grüne und die Basisbewegungen der Unzufriedenen vermögen keine gemeinsame Linie zu finden. Zu ungleich sind die Bedürfnisse und Interessen der «vergessenen» Gruppen.

Vom Sonderfall Schweiz zum internationalen Kuriosum

So lässt sich der politische Sonderfall Schweiz aufrechterhalten. Um den einst vielbelächelten Föderalismus beneiden uns Länder Ost- und Westeuropas, die mit ihren stets militanteren Autonomie- und Dezentralisierungsbewegungen nicht zurande kommen. Neutralität und Souveränität gelten auf dem internationalen Parkett zwar zunehmend als Kuriosität, entsprechen aber unserer Mentalität und helfen zunächst auch erfolgreich, den Wohlstand zu verteidigen.

Die Parlaments- und Regierungsreformen versanden. Versuche weniger innovativer und ungebundener Parlamentarier, mehr Gestaltungsfähigkeit zu gewinnen, laufen ins Leere, und auch die Verwaltung versinkt weiter in der bürokratischen Routine. Das Netz der punktuell-pragmatischen Lösungen wird immer engmaschiger und undurchdringlicher. Für Vorort, Banken, Grossunternehmen und Gewerbe ist die Stärkung der Regierung auch kein Thema. Mit einem schwachen Milizparlament lassen sich die Verbandskompromisse ohnehin besser durchbringen. Sonst hilft die Referendumsdrohung als Instrument. Oppositionelle Referenden und Initiativen dagegen scheitern zunehmend. Die halbdirekte Demokratie bleibt zwar lebendiger Beweis einer eigenständigen politischen Kultur. Die Volksrechte, einst Instrumente des Protests von unten, verkommen aber zum Vertrauensbeweis des Volkes in «seine» Behörden.

Das Netz der punktuell-pragmatischen Lösungen wird immer engmaschiger und undurchdringlicher.

Die halbdirekte Demokratie bleibt lebendiger Beweis eigenständiger politischer Kultur.

Flucht aus der alternden Schweiz

Vieles hängt auch mit der demographischen Entwicklung zusammen. Ältere Herren halten die Machtpositionen in Wirtschaft und Politik besetzt und achten darauf, dass nur jene angepassten und karrierebewussten Jüngeren nachrücken, die für sie keine Bedrohung darstellen. Die ohnehin schmaler werdende Basis der Jungen wird durch Abwanderung der besten und aufsässigsten jungen Männer und vor allem Frauen weiter beeinträchtigt. Politisch entmündigte ausländische Hilfskräfte schliessen die Lücken nur unvollständig. Hergebrachte Methoden in Schule und beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie die Rückkehr vieler Frauen in die traditionelle Familienrolle tragen das Ihre zum konservierenden Trend bei. Unter diesen Umständen bleiben praktisch alle hängigen Reformpläne bestenfalls Stückwerk: AHV, Zweite Säule, Gesundheitspolitik, Familien-, Aktien- und Handelsrecht, gar nicht zu reden von der materiell eng miteinander verknüpften Energie- und Ökologiepolitik.

Ältere Herren halten die Machtpositionen in Wirtschaft und Politik besetzt.

Umweltpolitik in Theorie und Praxis

Zwar sind Vertreter und Vertreterinnen der Konkordanzdemokratie überzeugt davon, dass nur «qualitatives Wachstum» auf der Basis einer geradezu avantgardistischen Umwelt- und Landschaftspolitik der Schweiz auf die Dauer einen internationalen Konkurrenzvorsprung sichern kann. Damit gelingt es ihnen, der eher wirtschaftskritischen, «postmaterialistischen» Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber die politischen Machtstrukturen erzwingen ein umweltpolitisches Instrumentarium, das auf die Dauer seine Ziele nicht erreicht und darüber hinaus die Produktivität, den Wettbewerb und die Innovation behindert. Im Vordergrund stehen freiwillige Vereinbarungen, und die

Schweizer Wirtschaft kann durchaus stolz sein, in diesem Bereich eine internationale Pionierrolle zu spielen. Solche Abkommen bilden in der Schweiz denn auch die Grundlage für die meisten Normen, Grenzwerte oder Vorschriften

«Qualitatives Wachstum» soll der Schweiz zwar einen internationalen Konkurrenzvorteil sichern, aber die politischen Machtstrukturen erzwingen ein umweltpolitisches Instrumentarium, das auf die Dauer die Produktivität, den Wettbewerb und die Innovation behindert.

über die zu verwendende Technik. Solche Regelungen nehmen aber naturgemäss zu lange zuviel Rücksicht auf die Beteiligten und rufen deshalb ständig nach weiteren Eingriffen. Oftmals haben sie unbeabsichtigte Nebenwirkungen, widersprechen anderen Regelungen und rufen damit nach neuen Richtlinien. Ausserdem entstehen so indirekt innovationshemmende Schutzbestimmungen.

Die wenigen Versuche, diese Problematik durch monetäre Instrumente zu durchbrechen, werden von den Hauptbetroffenen entschärft.

Protestpotential ohne gemeinsame Richtung

Daran zeigt sich das Grundproblem der pragmatisch-punktuellen Konkordanz- und Verbandsdemokratie. Je energischer eine politische Aufgabe angepackt wird, desto tiefer landet sie in einem wuchernden Dickicht von freiwilligen Vereinbarungen und Einzelvorschriften.

Je energischer eine politische Aufgabe angepackt wird, desto tiefer landet sie in einem wuchernden Dickicht von freiwilligen Vereinbarungen und Einzelvorschriften.

Die Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand sind den zunehmenden Aufgaben nicht mehr gewachsen, wie sich um die Jahrhundertwende immer dramatischer zeigt.

Auf seiten aufgeschlossener Wirtschaftskreise, unter Intellektuellen, Sozialdemokraten und Grünen sowie in wirtschaftlich weniger gut gestellten Bevölkerungskreisen sammelt sich ein Protestpotential an. Der eingebüßte Reallohnvorsprung beim Blick über die Grenzen, enttäuschte Erwartungen und Versprechen gegenüber den Sozialversicherungen, ein moralisches Aufbegehren gegen die Doppelmoral gewisser wohl-situierter Kreise, die nicht mit dem vielgepriesenen Fleiss und durch Rechtschaffenheit, sondern durch schillernde Verschiebungen von befleckten

Wird sich eine Bewegung finden, die dieser vielfältigen Unzufriedenheit eine gemeinsame Richtung verleiht, oder wird die Politik der hinreichenden Konzessionen weiterhin so überlegen gehandhabt, dass etwas geschieht, ohne dass etwas passiert?

Kapitalien zu Villa und Fernreise kommen, schliesslich die anhaltende politische Rechtlosigkeit der hier geborenen oder schon lange ansässigen «Ausländer» machen den Ruf nach gesellschaftlicher Reform an sich mehrheitsfähig. Noch können die Regierenden ihre Stellung aber halten, denn die potentielle Opposition ist viel zu heterogen in ihren Ideen und Interessen. Sie lädt zu einer Politik des «divide et impera» geradezu ein. Wird sich eine Bewegung finden,

die dieser vielfältigen Unzufriedenheit eine gemeinsame Richtung verleiht, oder wird die Politik der hinreichenden Konzessionen weiterhin so überlegen gehandhabt, dass etwas geschieht, ohne dass etwas passiert?

Wirtschaft und Ökologie
Wohlbehütete Binnenwirtschaft

Der schweizerische Alleingang in Europa trägt lange zur weiteren Internationalisierung der Wirtschaft bei. Der Mythos des sicheren, neutralen und föderalistischen Kleinstaates wirkt sich auf den Finanzplatz sowie die Schweiz als Standort internationaler Konzernzentralen positiv aus und erlaubt umfangreiche Direktinvestitionen ausserhalb Europas sowie in den wenigen einigermaßen konsolidierten Gebieten des europäischen Ostens. Entstanden in den krisengeschüttelten frühen neunziger Jahren, bewährt sich diese Politik zunächst auch in der wiedererwachenden Integrationsdynamik in Westeuropa.

Die inlandorientierte Wirtschaft – vor allem Bau- und Gastgewerbe, Landwirtschaft sowie verschiedene freie Berufe – gedeiht dank weitgehend intakt gebliebener Schutzmechanismen. Das Gewerbe alimentiert sich mit billigen ausländischen Arbeitskräften, und der Ruf der «heilen Welt» lockt Touristinnen und Touristen, privilegierte Rentnerpaare und Investoren an. Allerdings führen Wettbewerbsbeschränkungen, ausländische Arbeitskräfte, traditionsverwurzelte Unternehmensmethoden und ein konservatives Bildungssystem dazu, dass die Arbeitsproduktivität hinter dem Ausland herhinkt. Dies bleibt lange Zeit unbemerkt, da es nicht die auf höherwertige Arbeit beschränkte Schweizer Bevölkerung trifft. Einzig die schwerwiegenden Rekrutierungsprobleme bei Fachkräften in neuen Gebieten, die das träge Bildungssystem nicht hervorbringt und die deshalb im Ausland gesucht werden müssen, bereiten immer mehr Sorgen. «Qualitätsarbeit» bildet doch immer noch den wichtigsten Wettbewerbsvorteil der Schweiz.

«Qualitätsarbeit» bildet doch immer noch den wichtigsten Wettbewerbsvorteil der Schweiz.

Produktionsverlagerung ins Ausland

Die exportorientierten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen erleben in den Jahren der neuen Integrationsdynamik eine spannungsreiche Wandlung. Das inländische Umfeld fördert eine traditionelle Unternehmenskultur, eine Kombination von fürsorglichem Paternalismus, verbunden mit hierarchischer Strenge und technischer sowie juristisch-organisatorischer Präzision. Die Nischen, in denen sich diese Haltung bewährt, werden in der weltweiten Wettbewerbsdynamik allerdings immer kleiner. So gehen um die Jahrhundertwende mehrere als besonders solide geltende, traditionsreiche Schweizer Exportunternehmen unter.

Um die Jahrhundertwende gehen mehrere als besonders solide geltende, traditionsreiche Schweizer Exportunternehmen unter.

Ihnen stehen jene weltweit operierenden Industrie- und Versicherungskonzerne gegenüber, die sich dem wachsenden internationalen Wettbewerbsdruck stellen. Das bedeutet, dass sie die damit verbundenen weltweiten Konzentrationsbewegung und das Gesetz des «Fressens oder Gefressenwerdens» akzeptieren. Ohne nationale Rücksichten suchen sie für jede Tätigkeit den optimalen Standort. Produktion, Forschung und Entwicklung sowie besonders innovative

Produktion, Entwicklung, Forschung sowie besonders innovative Dienstleistungsunternehmen verschwinden zunehmend aus der Schweiz.

Dienstleistungsunternehmen verschwinden zunehmend aus der Schweiz. Was noch ein schweizerisches Unternehmen ist, wird so unklar. Das kann allerdings auch heissen, dass immer mehr als ausländisch geltende

Konzerne und «Minimultis» ihr Hauptquartier in steuergünstige Schweizer Kantone verlagern und von ihrem schweizerischen Stammhaus zu sprechen beginnen.

Die eingeleitete Spaltung der Wirtschaft verstärkt sich selbst. Jene, die im wörtlichen und bildlichen Sinn auf dem Boden der Schweizer Tradition stehen bleiben,

Die Traditionalister sprechen abschätzig von den «stromlinienförmigen Windhunden» in den Konzernzentralen.

sprechen abschätzig von den «stromlinienförmigen Windhunden» in den Konzernzentralen und bezeichnen sie – mit gewissem Recht – als «vaterlandslose Gesellen». Beide Seiten grenzen sich voneinander wirtschaft-

lich und kulturell ab, und beide werden von der Politik mit möglichst entgegenkommenden Rahmenbedingungen verwöhnt.

In dieser Konstellation macht die Bankenwelt eine besondere Entwicklung mit. Die drei Grossbanken erweisen sich als zu klein, um im weltweiten Wettkampf mithalten zu können. Da eine Fusion untereinander undenkbar bleibt, gehen sie in den paar internationalen Grossbankgruppen auf, die überleben. Einige spezialisierte Absplitterungen werden zu Minimultis oder stossen zum vielfältigen Biotop spezialisierter Finanzdienstleistungsfirmen, die in der Schweiz ihren bevorzugten Standort finden. Eine ganz andere Welt verkörpern die gewerbenahen, ländlichen Kantonal- und Regionalbanken, die hinter dem Schutz hauptsächlich ungeschriebener Regeln und engster persönlicher Beziehungen eine beschauliche Existenz fristen. Einige suchen – wenn auch erfolglos – den Anschluss ans internationale Bankgeschäft.

Erst im Lauf der Jahre wird deutlich, dass die Loslösung der Exportwirtschaft und eines Teils der besten Arbeitskräfte vom Standort Schweiz sowie die Abkoppelung der Binnenwirtschaft von der internationalen Konkurrenz mit einer ständigen Erosion der Produktivität verbunden ist. Lange Zeit wird diese Entwicklung durch eine Reihe von Faktoren verdeckt, beinhaltet die konservierende Grundhaltung doch auch zukunftssträchtige Komponenten für die Exportwirtschaft. So ist der trotzig Alleingang mit Bürgertugenden wie Sparsinn und der Bereitschaft zu überdurchschnittlichen Arbeitszeiten verbunden. Zudem

dauert es einige Jahre, bis der wachsende Produktivitätsrückstand gegenüber den Nachbarländern auf die Einkommen der hiesigen Mittelklasse durchschlägt. Überdies bringen reiche Rentner und Rentnerinnen, Konzernzentralen, aber auch mafiose Netze aller Art zusätzliche Kapitalien und Kaufkraft.

Rechts- und Steueroase Schweiz

Bis ins neue Jahrtausend hält sich deshalb der Glaube, diese «Bahamisierung der Schweiz» als Rechts- und Steueroase mitten in Europa sei eine langfristig taugliche Basis für die Politik des Alleingangs. Da die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft aber langsam abnimmt und die Erträge der internationalen Konzerne zunehmend in nichtschweizerische Taschen fliessen, werden bereits um die Jahrtausendwende die Jahre mit Ertragsbilanzdefiziten häufiger.

Bis ins neue Jahrtausend hält sich deshalb der Glaube, diese «Bahamisierung der Schweiz» als Rechts- und Steueroase mitten in Europa sei eine langfristig taugliche Basis für die Politik des Alleingangs.

Sie sind zwar zunächst noch ohne Probleme durch Kapitalrückführungen zu finanzieren. Aber es kann nur eine Frage der Zeit sein, bis ein Kind ruft, der Kaiser trage keine Kleider. Dieser Ruf kommt von der «Financial Times», die im Jahr 2002 gezielt eine äusserst negative Artikelserie über den konkurrierenden Finanzplatz Schweiz veröffentlicht. Es setzt eine Abwanderung aus Anlagen in der Schweiz und im Schweizer Franken ein. Damit kommt zum realwirtschaftlichen Terrainverlust ein monetärer hinzu. Kapitalabstrom, Zinserhöhung, Geldexpansion, Frankenschwäche, importierte und hausgemachte Inflation, Haushaltdefizite schaukeln sich gegenseitig hoch und beschleunigen den wirtschaftlichen Niedergang. Aus dem gewohnten Wirtschaftswachstum wird ein Nullsummenspiel; so gewinnen die Verteilungskämpfe wieder an Brisanz.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft nimmt langsam ab, und die Erträge der internationalen Konzerne fliessen zunehmend in nichtschweizerische Taschen.

Aus dem gewohnten Wirtschaftswachstum wird ein Nullsummenspiel; so gewinnen die Verteilungskämpfe wieder an Brisanz.

Sozialer Ausgleich

Grobmaschiges Auffangnetz

Gestiegene Anforderungen und ausbleibende Reformen lassen – wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges – die öffentlichen Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich weiterhin steigen. Dabei verharret die Schweiz in einem Staatsmodell, das zugleich gemässigt liberale als auch korporative Züge aufweist, also stark von den wirtschaftlichen Interessengruppen bestimmt ist. Nun macht allein schon die Wahrung des Besitzstandes für die im heutigen System Versicherten schmerzliche Steuererhöhungen nötig. Zur Deckung der Bedürfnisse all jener, die Subistenzarbeit leisten, sowie für jeden neu hinzukommenden Bedarf nach sozialem Ausgleich fehlen folglich die Mittel.

Die Tendenz zur «Neuen Armut» und zur «Zweidrittelsgesellschaft» sowie die Vermutung, die davon Betroffenen seien selber schuld, verbreiten sich. Man kann

Die Tendenz zur «Neuen Armut» und zur «Zweidrittelsgesellschaft» sowie die Vermutung, die davon Betroffenen seien selber schuld, verbreiten sich.

zwar nicht von einer allgemeinen Verarmung sprechen, denn die Bevölkerungsmehrheit vermag den Lebensstandard und sozialen Sicherungsgrad einigermaßen zu halten. Eine wachsende Minderheit sieht sich aber

zunehmend benachteiligt. Alleinerziehende Frauen, von steigenden Mietpreisen überforderte Pensionierte ohne ausreichende Zweite und Dritte Säule, unqualifizierte «Ausgesteuerte», Unfallopfer und chronisch psychisch Kranke fallen durch ein rissig werdendes soziales Auffangnetz. Die traditionellen paternalistischen Absicherungsmethoden, welche Markt und Staat ergänzen sollen, funktionieren nur noch in überschaubaren ländlichen Verhältnissen und innerhalb einiger besonders sozialer Unternehmen.

Wachsende Kluft in der Altersvorsorge

Am Prinzip der AHV (Erste Säule) wird nichts geändert. Wie bisher finden lediglich Anpassungen aufgrund veränderter wirtschaftlicher Indices statt. Das Bild des Ehepaars und der Familie bleibt bestimmend. Nur nach grossen Verzögerungen werden die Renten geschlechtsneutral ausgestaltet. Die nicht entlohnten Leistungen werden nach wie vor nicht anerkannt.

Der beruflichen Vorsorge (Zweite Säule) kommt wachsende Bedeutung zu. Es wird verhältnismässig viel Zeit aufgewendet, um einige unbefriedigende Aspekte des Systems zu korrigieren, so etwa das Problem der Freizügigkeit. Allgemein bleiben ausländische Arbeitskräfte benachteiligt, auch wenn der internationale Druck Anpassungen erzwingt. Für jene, die es sich leisten können, ist die persönliche Vorsorge (Dritte Säule) ebenfalls wichtig. Insgesamt nehmen die Einkommensunterschiede zwischen den Pensionierten zu.

Die Einstellung der Sozialdienste gegenüber den benachteiligten oder marginalisierten Gruppen wie Jugendlichen in Schwierigkeiten, Süchtigen, neuen Rand-

Die Einstellung der Sozialdienste gegenüber den benachteiligten oder marginalisierten Gruppen bleibt paternalistisch.

gruppen bleibt paternalistisch. Aus Dank für die gewährte materielle Fürsorge sollen sie in der Öffentlichkeit möglichst nicht in Erscheinung treten. Es besteht wenig Bereitschaft, die gestellten Aufgaben offen und

innovativ anzugehen, aber mit persönlichem Engagement versuchen viele, die Lücken im sozialen Netz zu stopfen.

Standesinteressen bestimmen die Gesundheitspolitik

Die Frage nach einer obligatorischen Grundversicherung im Krankheitsfall löst periodisch einen Sturm im Wasserglas aus und bleibt schliesslich unbeantwortet.

Ein moderner Führungsstil in den Spitälern setzt sich nur mühsam und gegen die Zurückhaltung der klassischen Partner im Gesundheitswesen durch. Ärzte, Krankenhausvereinigung, ja sogar die Krankenkassen, sie alle sind an einem effizienteren System nicht wirklich interessiert.

Die Ausübung medizinischer Berufe bleibt auf Trägerinnen und Träger schweizerischer Abschlussdiplome beschränkt. Ein Protektionismus, der den akademischen Austausch und die berufliche Weiterbildung behindert. Ein Ausland-Aufenthalt ist mit etlichen Schwierigkeiten und Formalitäten verbunden, während die Menschen im übrigen Europa völlige Freizügigkeit geniessen. Das medizinische Personal hat übrigens zur gescheiterten Öffnung gegenüber Europa nicht unwesentlich beigetragen. Der Bevölkerung wird von dieser Seite immer wieder eingeredet, dass eine Öffnung weniger qualifizierte Berufsleute aus dem Ausland anziehe und deshalb die Qualität der schweizerischen Gesundheitsversorgung beeinträchtige.

Die Ausübung medizinischer Berufe bleibt auf Trägerinnen und Träger schweizerischer Abschlussdiplome beschränkt.

Der Ausbau eines «lokalen Auffangnetzes» schreitet nur langsam voran. Auch das Angebot in der Heimpflege (Spitex) bleibt ungenügend. Den traditionellen Partnern im Gesundheitswesen erscheint es einfacher, neue Heime und Spitäler im herkömmlichen «Beton-Stil» aufzustellen. Auch die Prävention bleibt ein Stiefkind der Gesundheitspolitik. Abgesehen von einigen verdienstvollen Anstrengungen in einzelnen Kantonen gibt es hier kaum weitblickende Programme.

Im eher marktorientierten Umfeld wird die Gesundheitsversorgung immer doppelspuriger. Eine luxuriöse und hochspezialisierte Infrastruktur mit internationalem Ruf zieht weiterhin reiche Patienten aus aller Welt an. Auch für die Mittel- und Oberschicht garantiert das System eine Pflege unter guten Voraussetzungen. Ein wachsender Teil der Bevölkerung kann diese Dienstleistungen aber nicht bezahlen und wird zu «Neuen Armengemässigen» gemacht. Schliesslich werden die schwierigen Fragen, welche die medizinische Entwicklung aufwirft, nie grundsätzlich, vom ethischen Gesichtspunkt aus erörtert, sondern rein finanzpolitisch über die Mittelzuteilung «beantwortet».

Ein wachsender Teil der Bevölkerung wird jedoch zu «Neuen Armengemässigen» gemacht.

Kultur und Lebensformen *Anfängliche Selbstzufriedenheit*

Die zwei Drittel der gut situierten Schweizerinnen und Schweizer definieren Lebensgestaltung und Lebensqualität weiterhin als Wohlstandsmehrung. Soziales Prestige hängt von Einkommen und Vermögen ab. Die Familie und die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stehen hoch im Kurs, auch wenn Statistiken zeigen, dass die Unterschiede zwischen helvetischem

Ideal und helvetischer Realität wachsen. Immerhin sind Qualitäten wie Pünktlichkeit, Sauberkeit und Perfektionismus

Familie und die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stehen hoch im Kurs, auch wenn Statistiken zeigen, dass die Unterschiede zwischen helvetischem Ideal und helvetischer Realität wachsen.

kennzeichnend geblieben. Gerade darum ist auch im Kulturleben eine Hinwendung zu den Wurzeln zu beobachten: Kein Jodel- und Älplerfest, das nicht mit dem Lied «Das blibt eso» seinen besinnlichen Abschluss finden würde. Aber auch das humanistische Bil-

dungsbürgertum und die mit ihm verbundenen Schul-, Universitäts- und Kunstideale erleben eine Renaissance.

Die «andere Schweiz» im Abseits

All dem steht das Bild der «anderen Schweiz» gegenüber. Wirtschaftlich gesehen sind das die schlecht Ausgebildeten, die geschiedenen Frauen, vor allem als Alleinerziehende, die «Strukturopfer» in «falschen» Berufen und Betrieben

Eine halbe Million ist von der «Neuen Armut» betroffen. Sie alle gelten als Sonderfälle.

sowie Betagte, die ihre billige Wohnung verlieren. Das Netz der sozialen Sicherheit ist nicht für sie geschaffen. Sie alle gelten als Sonderfälle, obwohl eine halbe Million

von der «Neuen Armut» betroffen ist. Dabei ist die wachsende Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen, Asylsuchenden und illegal Eingewanderten noch nicht einmal mitgerechnet.

Die Enge der Heimat ist nicht nur das Problem der Kulturschaffenden und Intellektuellen, sondern ein verbreitetes Malaise bei der jungen Generation über-

Die Tüchtigsten der zweiten Generation von Ausländerinnen und Ausländern verlassen die Schweiz.

haupt. Viele führen ein Doppelleben. Angepasst im Beruf, flüchten sie in die Gegenwelt einer abgekapselten Freizeit. Die Tüchtigsten der zweiten Generation von Ausländer-

rinnen und Ausländern verlassen die Schweiz. Sie wissen die Vorteile des EG-Passes zu nutzen. Der Neid der Zurückbleibenden schlägt in Fremdenfeindlichkeit und wachsende Brutalität um.

Schwieriger Ausweg aus der Erstarrung

Die Pessimisten im Regierungslager warnen davor, dass die Schweiz von der Substanz einer alten Gesellschaftskultur zehre, ohne eine neue zu schaffen. Mit ihrer Befürchtung, dass deshalb ein dramatischer Wandel bevorstehe, behalten sie vorläufig unrecht. Zu ungleich sind die Interessen der Verarmten, der unzufriedenen Jungen, der tüchtigen Auswanderungswilligen und der Fremden-

Die Stabilität des schweizerischen Systems ist nicht zu brechen.

feindlichen, als dass sie gemeinsam Einfluss im wirtschaftlichen und sozialen Leben gewinnen könnten. Sie alle haben kaum gelernt, sich poli-

tisch zu organisieren. Und diejenigen, die es versuchen, erkennen bald die Erfolglosigkeit ihres Tuns. Die Stabilität des schweizerischen Systems ist nicht zu

brechen. Nach wie vor können 9% der Stimmenden das verhindern, was die übrige Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit verändern möchte, vorausgesetzt nur, dass sich die Ablehnenden alle in den kleinen Kantonen befinden. Vor allem aber leben wir in einer Zeit, in der die Verwurzelung im Vertrauten und Überschaubaren einen zunehmenden Wert verkörpert, gerade auch in den Augen der von der weltweiten Dynamik Überforderten.

Trendbrüche

- Im Europäischen Umfeld steht zuerst «Grosseuropa als Konfliktherd» im Vordergrund. Als Reaktion darauf ist ein Umschwenken zum «Kurs auf den Bundesstaat» zu erwarten. Dennoch bleibt es in der Schweiz beim «Status quo». Daran zeigt sich die relativ grosse «Unempfindlichkeit» dieser nationalen Welt gegenüber dem europäischen Umfeld.
- Auf die Sorge um die Folgen der GATT-Verhandlungen und der europäischen Integration folgt Frohlocken über die wiedergefundene Funktionalität des traditionellen Modells. Dies kann an sich auch längerfristig gelten, soweit sich die gesellschaftlichen Prioritäten in Richtung Stabilität und «heile Welt» verschieben.
- Die Status-quo-Haltung scheint sich so zu bewähren. Indem sie aber zu einer Kumulation nicht erbrachter Anpassungsleistungen in einem dynamischen Umfeld führt, wachsen die Spannungen und drohen zur Zerreissprobe für die konservierte Welt zu werden.

Bewertung

- Das Bild von der schweizerischen Eigenart bleibt im grossen und ganzen erhalten. Abkoppelungsmassnahmen und erstarrende Strukturen führen jedoch zu wachsenden Konflikten mit dem Umfeld und zu abweichenden Tendenzen im Landesinnern.
- So zeigt sich, dass Beharrungsvermögen in einer sich wandelnden Welt nicht die Aufrechterhaltung des Status quo nach sich zieht. Es steht zu erwarten, dass die abgewehrten Veränderungen trotzdem eintreten, aber unkontrolliert und viel zerstörerischer. Gerade eine konservative Schweiz muss sich fragen: Was wollen wir wirklich bewahren, und was müssen wir verändern, damit wir es bewahren können?
- In einem politisch riskanten, von Konflikt und Zerfall gekennzeichneten Umfeld mag der Wille, die politischen und kulturellen Traditionen zu bewahren, sinnvoll sein. Ist das Umfeld aber von konstruktiver Dynamik getragen, führt die Bewahrungstendenz in den Niedergang.

- Aus der Schweizer Tradition des verantwortungsvollen Umgangs mit Landschaft, Menschen und Ressourcen heraus ist auch eine Politik des qualitativen Wachstums mit langfristigen Wettbewerbsvorteilen denkbar. Sie ist aber mit dem politischen Immobilismus des Szenarios auf die Dauer nicht vereinbar.
- Die Hoffnung, mit einer autonomen Entwicklung einen Hort gegen die Hektik der weltweiten Beschleunigung, Vernetzung und Uniformierung zu werden, wird enttäuscht, obwohl sie unter dynamischeren gesellschaftlichen und innenpolitischen Rahmenbedingungen durchaus berechtigt wäre.
- Das Szenario verweigert die Anpassung und hält weite Teile der Wirtschaft von Wettbewerb und Innovation frei. Dadurch betont es die gesellschaftlichen Konflikte und sozialen Unterschiede und lässt den Gesamtkuchen kleiner werden. Das führt auch für die privilegierten Schichten zunehmend zu Einbussen an Wohlstand und Lebensqualität.
- Die bewahrende Grundhaltung führt im Endeffekt zu schweren Rückschlägen im Streben nach demokratischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft, nach mehr Autonomie des Individuums und nach Gleichstellung von Mann und Frau.
- Das Szenario beraubt unser Land der Chance, die aus guten Gründen hochgehaltenen schweizerischen Traditionen als Stärken in den europäischen Aufbau einzubringen.

Gewinnende und Verlierende

In diesem Szenario gewinnen kurzfristig die bürgerlichen und rechtsstehenden Parteien, die Wirtschaftsverbände sowie das inlandorientierte Gewerbe (vor allem das Bau- und Gastgewerbe), aber auch die Gewerkschaften. Die Landwirtschaft muss weniger Federn lassen als in den andern Szenarien.

Bei den auslandorientierten Unternehmen gehören zu den Verlierenden: Firmen, die ihre traditionellen Strukturen und Kulturen aufrechterhalten und versuchen, die zunehmenden Benachteiligungen auf den Auslandsmärkten von ihrem Schweizer Standort aus zu überwinden. Zu den Gewinnenden gehören weltweit tätige Konzerne, die an einer «Bahamisierung» der Schweiz interessiert sind, und jene, die ihre Dynamik durch Standortverlagerungen ins Ausland aufrechterhalten, allerdings auf Kosten der übrigen Schweizer Wirtschaft.

Aber auch Ärzte, Apotheker, Juristen, Professoren sowie Frauen und Männer in anderen geschützten Berufe gewinnen, es sei denn, sie sind überdurchschnittlich begabt oder unternehmungslustig.

Gewinnende sind bei den Jüngeren die konservativen Anpasser, die geduldig auf einen von älteren Semestern besetzten Posten warten können. Aber auch Klein- sowie traditionelle Bildungsbürger und -bürgerinnen, Rückwärtsgewandte und grüne Romantiker, die ihre heile Welt von gestern bewahren möchten. Gewinnende sind demzufolge eher ländliche Regionen und Kleinstädte, wo diese Leute mehrheitlich wohnen.

- Verlierende sind jene, die radikal denken und die im Rahmen von langfristigen Konzepten Wesentliches in Wirtschaft und Politik verändern möchten. Zunehmend an den Rand gedrängt werden Sozialdemokratie, Grüne, Landesring, aber auch der liberale beziehungsweise der christlichsoziale Flügel von Freisinn und CVP.
- Verliererinnen sind die Frauen. Vor allem jene, die sich beruflich, politisch, kulturell und gesellschaftlich entfalten möchten. Aber auch alle, die nicht in einem traditionellen Familienverband aufgehoben sind. Viele Frauen finden wohl oder übel wieder Gefallen an der traditionellen Mutter- und Hausfrauenrolle, während die Männer auf den Part des Ernährers eingeschränkt werden.
- Zu den Verlierenden gehört auch die Elite der akademisch und freiberuflich Tätigen, der Künstler und Künstlerinnen, Medienschaffenden usw., sofern sie nicht zu Apologeten des herrschenden Systems werden wollen, ebenso die Jungen, die nach offenen, zukunftssträchtigen Betätigungsfeldern suchen, ohne ins Ausland ausweichen zu müssen.
- Zu den Verlierenden gehören aber auch all jene, die ins Feld der «neuen Armut» abrutschen: alleinerziehende Mütter, ausgesteuerte Arbeitslose, Minderqualifizierte, gestrandete Immigranten und Asylsuchende, körperlich oder geistig Behinderte, Drogensüchtige, Kleinkriminelle, aber auch einfach Originale, die den engen Rahmen gesellschaftlicher Konvention zu sprengen drohen. Ihre wachsende Schar trifft auf immer mehr Intoleranz.
- Verlierende sind auch die grossen Städte, wo sich Problemgruppen, kulturelle Elite und Marginalisierte konzentrieren. Sie leiden auch unter der Abkopplung vom Ausland und seinen hochqualifizierten Arbeitskräften.
- Verliererin ist im Endeffekt die Schweiz als Ganzes. Der unhinterfragte Versuch, die Qualitäten, die sie ursprünglich ausgezeichnet haben, gegenüber der europäischen Dynamik zu bewahren, bedroht ebendiese Qualitäten mit dem Untergang.

c. Mehr Leistung und Wettbewerb in Wirtschaft und Gesellschaft

Marktwirtschaft, Wettbewerb, private Initiative sind die Faktoren, die alles steuern. Aus Überlebensdrang wird ein Pakt mit der Ökologie geschlossen. Um die Fixsterne starker Weltkonzerne kreisen lose vernetzte Schwärme kleinerer Unternehmen. Kultur, Gleichberechtigung und Sozialwesen spüren die Folgen dieser enormen Dynamik. Die Landwirtschaft polarisiert sich in Industriebauern und Landschaftsgärtner. Wirtschaftliche Nachteile führen endlich zum EG-Beitritt. Der Zwang zur Effizienz führt zu einem Regierungs/Oppositionssystem nach europäischem Muster. Immer mehr Männer und Frauen können sich als «Lebensunternehmer» weitgehend selbst verwirklichen.

Grundannahmen

Die Werthaltung der Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft, 1990 erst von einem Viertel der Bevölkerung angenommen, wird 2010 in weiterentwickelter Form bereits von einer Mehrheit geteilt. Die Voraussetzungen für ein Abstellen auf überwiegend leistungsorientierte Verteilmechanismen sind vorhanden, weil ein wachsender Teil der Bevölkerung vom Einkommen und Bildungsstand her in der Lage ist, sich als «Lebensunternehmer» zu fühlen und entsprechende Verantwortung wahrzunehmen.

In dieser Gesellschaft sind individuelle Freiheit, Selbstverwirklichung und persönliche Autonomie die zentralen Werte. Ein hohes Arbeitsethos ist wieder wichtig. Unter dem Individualismus leidet aber die Solidarität. Umverteilungen und Subventionierungen werden nicht ohne Not akzeptiert.

Politischer Gestaltungswille hat keinen hohen Kurs. Welchen Weg die Schweiz gegenüber der EG auch wählt, ob Beitritt, Abseitsstehen oder vertragliches Arrangement, die Lösung misst sich am wirtschaftlich erzielbaren Ergebnis, nicht an den Werten eines überkommenen nationalstaatlichen Ideals oder einer elitären Ideologie.

In dieser utilitaristischen Welt beschränkt sich die Rolle des Staates weitgehend darauf, die gesellschaftlichen Spielregeln und die Rahmenbedingungen festzulegen. Indem die Menschen ihre Interessen zunehmend selber wahrnehmen, verlieren Schutzmassnahmen für ganze Bevölkerungskreise und kollektive Regelungen, wie sie zwischen den grossen Parteien oder den Sozialpartnern ausgehandelt werden, an Bedeutung.

Die Leistungsgesellschaft tritt für offene Märkte und für mehr Wettbewerb ein. Dabei werden auch andere gesellschaftliche Bereiche als die Wirtschaft zunehmend durch finanzielle Anreize bestimmt: Das Bildungswesen, die Systeme des

sozialen Ausgleichs, die Ökologie, das zivile Leben. Bestehende Ordnungen werden nicht mehr einfach als gegeben hingenommen, sie haben zu beweisen, dass sie die in sie gesetzten Erwartungen auch erfüllen.

Indem die Konkurrenz schärfer und der Ruf nach mehr Effizienz im Arbeitsleben immer stärker wird, gewinnen durchrationalisierte Mensch-Maschinen-Systeme an Bedeutung. Präzision und Tempo sind die Anforderungen dieser hochgetakteten Welt. Der Wandel beschleunigt sich, und auch jene, die den Überblick nicht verlieren, beginnen sich zu fragen, ob Arbeit allein die Erfüllung bringt.

Im Spannungsfeld zwischen dem Ideal innengeleiteter Entwicklung und dem Abgleiten in die einfachere Fremdbestimmung vermögen nicht alle den anspruchsvolleren Weg zu gehen. Inseln der Selbstreflexion und der Musse müssen vom einzelnen selber erschlossen werden.

Schweiz und Europa

Ein Beitritt mit Folgen, mehr aus Not denn aus Einsicht

21. November 2004: Die Schweiz ist als 19. Staat der EG beigetreten. Kommentar aus Landwirtschafts- und Gewerbekreisen: «Die Eidgenossenschaft ist in ihrem 713. Altersjahr verstorben!», Reaktion aus dem liberalen und sozialdemokratischen Lager: «30 Jahre politischer Handlungsunfähigkeit endlich überwunden».

Der für viele unerwartet späte Beitritt wird damit erklärt, dass die mächtigen Verbände der Binnenwirtschaft ihre Stellung zäh zu verteidigen wussten, noch neue Firmen Gefallen am Sonderstatus der Schweiz fanden und sich für breit im EG-Raum abgestützte Firmen ein politisches Engagement erübrigte. Auch sähen es konservative und idealistische Kreise noch jetzt lieber, wenn sich die Schweiz aus der Europäischen Politischen Union (EPU) und der Westeuropäischen (Verteidigungs-)Union (WEU) hätte heraushalten können, dies im Interesse einer eigenständigen Rolle des Landes auf der globalen Bühne. Allein, anders als in den neunziger Jahren, hält die EG die Option eines EWR, das heisst einer auf die Wirtschaft beschränkten Integration, nicht mehr offen.

Wie ist es in Europa soweit gekommen? Die Gründe sind vielfältig. Der Fahrplan zur Realisierung des Binnenmarktes in Europa mit den vier Freiheiten für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital bis 1992 ist weitgehend eingehalten worden. Der wirtschaftliche Erfolg hat die Prognosen des Ceccini-Berichts, der die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Binnenmarktes analysiert, noch übertroffen. Während der Nahost-Krise und 1998/99 sind zwar noch rezessive Entwicklungen zu ver-

Der wirtschaftliche Erfolg hat die Prognosen des Ceccini-Berichtes noch übertroffen.

zeichnen. Generell zeigt die EG aber nach 1992 ein ungebrochenes Wachstum. Sie überflügelt die USA und übertrifft während vier Jahren sogar die japanischen Wachstumsraten.

Wettbewerb der Rahmenbedingungen

Die Befürchtungen, es könnte eine nach aussen abgeschottete «Festung Europa» entstehen, waren unbegründet. Die EG bleibt handelspolitisch offen, erweist sich als konstruktiver politischer Partner und nimmt immer mehr eine Gesamtverantwortung für Europa wahr. Dies führt dazu, dass 1995 Schweden, Norwegen und Österreich aufgenommen werden, 1997 Malta und die Türkei, 1998 Finnland. 2001 erhalten die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn im Hinblick auf einen späteren Beitritt einen Assoziationsvertrag angeboten.

Politisch hat sich die EG in Richtung eines differenzierten Staatsgefüges entwickelt. Nicht zuletzt, um der nationalistisch gefärbten britischen Kritik am Demokratiedefizit der Brüsseler EG-Kommission zu begegnen, wurde das Europa-Parlament zur gesetzgebenden Institution aufgewertet. In seiner Tätigkeit beschränkt es sich aber auf den Erlass von Rahmengesetzgebungen in den verschiedensten Bereichen (sog. Richtlinien). Es obliegt dann den Staaten, Gesetze zu erlassen, die dem EG-Minimalstandard genügen. Mit dieser Lösung hat die EG erkannt, dass Wettbewerb nicht nur im Unternehmenssektor zu einem besseren Preis-/Leistungsverhältnis führt, sondern dass das gleiche auch mit Bezug auf die Leistungen gilt, die notgedrungen der Staat erbringen muss. Europa bleibt damit in manchem ein dynamischer und vielfältiger Suchprozess.

Die Folgen der Abkapselung fördern das Ja zur EG

Entscheidend für das Ja zum Beitritt war die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung nach einem Nein zum EWR.

wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1993 und 2003. Sie tritt ein, nachdem 1992 eine EWR-Beitrittsvorlage nach einem Abstimmungskampf, der manchen Bürger unvorbereitet traf, am Ständemehr gescheitert ist.

Mahnende Stimmen, die vor ökonomischen Nachteilen und zunehmender Handlungsunfähigkeit der Schweiz warnten, hatten zuwenig Gehör gefunden.

Allerdings führt die Ablehnung des EWR-Beitritts nicht zur befürchteten politischen Isolation. Die Schweiz kann günstige Sonder-Arrangements aushandeln: 1994 über Forschung und Entwicklung, 1996 über die Dienstleistungsfreiheit und 1997 über die gegenseitige Anerkennung von Diplomen der freien Berufe.

Trotz fortbestehender Handelsüberschüsse bringt die EG aber immer weniger Verständnis für die Sonderposition der Schweiz auf und stösst sich an den diskriminierenden Regelungen, insbesondere in den Bereichen Personenfreiheit, Verkehr, Landwirtschaft und Immobilien.

Politisches System

«Heilige Kühe» werden dem europäischen Geist geopfert

Gegen Ende des Jahrtausends sind die politischen Institutionen der Schweiz zunehmend überfordert und blockieren sich gegenseitig. Der Trend geht Richtung kleinere Parteien und Organisationen für Sonderinteressen. Wachsender Verbandslobbyismus macht das politische System noch ineffizienter und wird in der wirtschaftlichen Bedrängnis immer negativer vermerkt. Die Beteiligung an Abstimmungen schwankt extrem. Unvorhersehbare Zufallsmehrheiten entscheiden wichtige Geschäfte. Die Schweiz reibt sich an hausgemachten Problemen auf und kann die Chance nicht nutzen, sich in einer immer näher zusammenrückenden Welt eine eigene Identität zu schaffen. Unter dem Druck des globalen Wettbewerbs wird die Wirtschaft immer effizienter – das politische System jedoch stagniert, gebremst durch das Verhinderungspotential schweizerischer Konkordanzdemokratie.

Die Wirtschaft wird immer effizienter – das politische System stagniert vorerst.

Die Schweiz wird europäischer, professioneller, effizienter

Der europäische Einigungsprozess übt aber immer mehr Druck aus und zwingt die Schweiz um die Jahrtausendwende, auch politisch offener und innovativer zu werden. Im Laufe von heftigen Auseinandersetzungen werden die politischen Institutionen nach und nach auf die neue Rolle der Schweiz in Europa ausgerichtet: Weniger direkte Demokratie auf nationaler Ebene, Abbau von kantonalem Föderalismus und Milizsystem. Auf nationaler Ebene entsteht ein ähnliches parlamentarisches System wie in den Nachbarländern, mit Regierung und Opposition, Parteienwettbewerb zwischen Koalitionsblöcken, mit Regierungswechseln zwischen «Fortschrittlichen» und «Konservativen», die sich tendenziell einander annähern. Seit 2005 ist es fest etabliert.

Es bildet sich ein parlamentarisches System nach europäischem Muster heraus.

Dass die Schweiz in Brüssel kaum mitentscheidet, stört wenig, da es andere Kanäle gibt, um dort die eigenen wirtschaftlichen Interessen geltend zu machen. Ja, die schweizerischen Unternehmen erkennen als erste, dass es sich gar nicht lohnt, wenn die klein gehaltene nationale Administration Kraft und Zeit für eine marginal bleibende Mitwirkung in den EG-Behörden aufwendet und sich dabei bis zu einem gewissen Grad noch die Hände bindet. Viel wichtiger ist es, den Gestaltungsspielraum, den die EG-Gesetzgebung den Mitgliedländern und ihren Gliedstaaten spätestens im lückenhaft bleibenden Vollzug lässt, möglichst rasch und geschickt zum eigenen Vorteil zu nützen. Darum hat die Wirtschaft auch Hand zu einem Abbau der bremsenden direktdemokratischen Einrichtungen in unserem Land geboten. Das Milizsystem dagegen bleibt auf kantonaler und kommunaler Ebene in vielen Belangen bestehen, und sei es nur, weil so ein Gemeinschaftsgefühl wenigstens im lokalen Rahmen erhalten bleibt.

Ressourcen- und Mehrwertsteuer sowie «mehr Markt» bestimmen den finanzpolitischen Kurs

Ungünstige Wirtschaftslage, weniger Steuereinnahmen und höhere Umweltkosten zwingen Ende der neunziger Jahre zu einer finanzpolitischen Neuausrichtung. Die zunehmende Staatsverschuldung um die Jahrtausendwende hat die

Einkommen aus Arbeit wird steuerlich entlastet, dafür die Ressourcensteuer stufenweise zur Finanzierung des allgemeinen Finanzhaushaltes herangezogen.

Bereitschaft dazu erhöht. Die Hauptmerkmale des neuen Steuer- und Abgabesystems sind: Einkommen aus Arbeit wird steuerlich entlastet, der Verbrauch natürlicher Ressourcen hingegen stärker vom Fiskus erfasst. Die Ressourcensteuer wird stufenweise zur Finanzierung des allgemeinen Finanzhaushaltes herangezogen.

Anfang der neunziger Jahre wird die Mehrwertsteuer eingeführt und schrittweise auf das EG-übliche Niveau angehoben. Auf der Ausgabenseite werden Subventionen verringert und zusätzlich Mittel gespart durch Auslagerung von Aufgaben aus der Verwaltung, Reprivatisierung von Regiebetrieben und mehr Wettbewerb.

Diese Konzepte können realisiert werden, weil sie aus Sicht der Wirtschaft die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht verschlechtern, in den Augen der Sozialdemokraten die soziale Ungleichheit nicht verstärken und den Umweltschutzbestrebungen der Grünen entgegenkommen.

Umwelt und Ressourcen

Technischer Umweltschutz im Wettlauf mit dem Wirtschaftswachstum

In den neunziger Jahren haben die Umweltprobleme drastisch zugenommen und

Vorerst stehen politische Verbote, Gebote, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Filtertechniken im Vordergrund.

sich in allen Bereichen des Lebens bemerkbar gemacht: Klima, Luft, Wasser, Landschaft, Artenvielfalt, Boden, Lärm, Rohstoffe, Abfall. Staatliche Regelungen und technischer Umweltschutz können vermehrt

durchgesetzt werden, nachdem die grossen Parteien sich zunehmend «grüner» gebärden. Vorerst stehen politische Verbote, Gebote, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Filtertechniken im Vordergrund, mit dem Ziel, festgesetzte Grenzwerte für Schad- und Abfallstoffe einzuhalten. Die Unternehmen erkennen mehr und mehr, dass Umweltschutz auch ein einträgliches Geschäft mit weltweitem Marktpotential sein kann.

Die Innenstädte werden autofrei

1994/95 gibt es europaweit Protestaktionen gegen die Folgen des überbordenden

In der Schweiz wird der Ökobonus eingeführt und wirkt dämpfend auf die weiter wachsende Mobilität.

Strassenverkehrs, die das Mass des Erträglichen immer mehr überschreiten. Sondermassnahmen werden ergriffen. In der Schweiz wird z.B. der Ökobonus eingeführt:

Ein Teil der vom Strassenverkehr tatsächlich verursachten Kosten ist im Benzinpreis integriert. Dadurch wird das falsche Preisbild korrigiert. Das macht den öffentlichen Verkehr attraktiver und wirkt dämpfend auf die weiter wachsende Mobilität.

In der politischen Debatte um den Ökobonus haben Transportgewerbe, Automobilverbände und «zugewandte Orte» geschickt breite Teile der Bevölkerung mobilisiert. Trotzdem schwingt schliesslich die Allianz zwischen Grünen, SP und liberalem Flügel der FDP obenaus, unterstützt von jenen Stimmbürgern, die immer mehr gegen den Strassenverkehr sensibilisiert sind.

Umweltschutz-Massnahmen werden vom Wirtschaftswachstum wieder eingeholt

Auf ähnliche Weise kann die Ressourcensteuer eingeführt werden. Mit den daraus erzielten Einnahmen lässt sich ein gut funktionierendes Linienverkehrs-Netz im verstäderten Teil des Mittellandes finanzieren. Weil die Alarmgrenzen der Luftschadstoff-Belastung erreicht sind, müssen ohnehin alle grösseren Innenstädte vom Autoverkehr befreit werden.

Der Umweltbericht des Bundesrates vom Jahre 2002 zeigt trotz dieser weitreichenden Massnahmen eine ernüchternde Bilanz. Viele Anstrengungen im Umweltschutz sind durch das Wirtschaftswachstum überkompensiert worden. Die absoluten Messwerte der Umweltbelastung haben sich kaum verbessert. Mit zahlreichen Vorschriften ist man in Vollzugsnotstand geraten. Manche mittlere und kleinere Betriebe nützen den Mangel der Behörden an Kontrollpersonal aus und missachten die Minimalnormen, meist ungestraft. Die Bevölkerung in Europa wird immer wieder durch erstaunliche und unglaubliche Umwelt-Katastrophen alarmiert, die die Evakuierung ganzer Stadtteile und Gemeinden erfordern.

Ein weiteres Fazit des Berichts: Echte Umwelt-Fortschritte sind nur möglich, wenn entsprechende Vorschriften europa- oder weltweit durchgesetzt werden können und wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit nicht verzerren. Auf Initiative der Schweiz werden neue internationale Vereinbarungen für Schadstoffe und knappe Ressourcen diskutiert, wie sie für den CO₂-Ausstoss schon bestehen.

Echte Umwelt-Fortschritte erfordern europa- oder weltweit einheitliche Vorschriften.

*Sozialer Ausgleich
Sicherung der Sozialwerke*

Der Bankrott der Sozialwerke, wie man ihn Anfang der neunziger Jahre aufgrund des zunehmenden Alters der Bevölkerung befürchtet hat, bleibt aus. Hauptsächlich, weil die Erwerbsquote der Frauen angestiegen ist und das durchschnittliche Pensionierungsalter sich nach oben verschoben hat. Beides ist

möglich dank der florierenden Wirtschaft nach dem EG-Beitritt. Mit Abklingen der Rezession von 1998/99 kehren die Frauen in wachsender Zahl in die Berufswelt zurück. Immer mehr von ihnen sind in Führungsfunktionen und anspruchsvollen, kreativen Berufen anzutreffen. Von zunehmend flexiblen Arbeitszeiten und vielfältigen Möglichkeiten für Teilzeitarbeit profitieren auch die Männer. Kinderhorte, Betriebskindergärten und Tagesschulen – immer mehr auch auf privater Basis – und neue Sozialversicherungs-Konzepte erhöhen die Chancengleichheit von Mann und Frau. Familien mit zwei Einkommen werden nicht mehr steuerlich benachteiligt.

Der Bankrott der Sozialwerke, wie man ihn Anfang der neunziger Jahre aufgrund des zunehmenden Alters der Bevölkerung befürchtet hat, bleibt aus.

Welt zurück. Immer mehr von ihnen sind in Führungsfunktionen und anspruchsvollen, kreativen Berufen anzutreffen. Von zunehmend flexiblen Arbeitszeiten und vielfältigen Möglichkeiten für Teilzeitarbeit profitieren auch die Männer. Kinderhorte, Betriebs-

kindergärten und Tagesschulen – immer mehr auch auf privater Basis – und neue Sozialversicherungs-Konzepte erhöhen die Chancengleichheit von Mann und Frau. Familien mit zwei Einkommen werden nicht mehr steuerlich benachteiligt.

Mehr Chancengleichheit und eine zweite Karriere nach 55

Dies alles, zusammen mit dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt, sind wichtige Schritte in Richtung Chancengleichheit. Die Töchter beanspruchen und nutzen sie, wie sie es bei ihren Müttern sehen, und die Söhne akzeptieren sie als selbstverständlich.

Die Menschen werden älter und bleiben länger fit und leistungsfähig. Immer mehr Senioren arbeiten deshalb Jahre über das traditionelle Pensionierungsalter hinaus, wenn auch mit reduziertem Pensum. Zu einer solchen «zweiten Karriere

Viele ältere Menschen sind allerdings auf ein zusätzliches Einkommen im Alter angewiesen.

nach 55» gehören zum Beispiel Beschäftigungen mit frei dosierbarer Einsatzdauer, Kurzeinsätze für multinationale Unternehmen oder Entwicklungsorganisationen im

Ausland, interne Schulungsaufgaben, Sozialdienste usw. Entsprechend flexibel sind auch die Möglichkeiten der Altersvorsorge geworden. Viele ältere Menschen sind allerdings auf ein zusätzliches Einkommen im Alter angewiesen für ihren Lebensunterhalt und die vielen Dienstleistungen. Von linker Seite wird dies immer wieder als Verlust an Lebensqualität angeprangert. Sie argumentieren, mehr Leistungsgesellschaft zerstöre die Solidarität.

Diese Entwicklungen haben die Zahl der Erwerbstätigen in der ganzen Schweiz auf dem hohen Niveau von knapp 3,5 Millionen stabilisiert. Die Anzahl Pensionierter, die eine erwerbstätige Person finanzieren muss, ist wieder auf das Niveau von Anfang der neunziger Jahre zurückgegangen.

Mehr Eigenverantwortung in der Altersvorsorge

2005 wird von den Stimmbürgern ein neues Modell zur Altersvorsorge angenommen. Es führt weg vom staatlich geregelten Zwangssparen und «Umverteilungssparen», hin zu mehr Eigenverantwortung und zu massgeschneiderten, individuellen Lösungen. Die AHV war zu starr, und die Pensionskassen sind zu mächtig geworden, so dass sie in ihren obligatorischen Formen abgeschafft und

aufgelöst werden. An ihre Stelle tritt eine minimale, existenzsichernde Volkspension für die echt Bedürftigen, die in der Form einer negativen Einkommenssteuer ausgerichtet wird. Dank geringeren Sozialabzügen sind die Nettolöhne gestiegen und ermöglichen es dem einzelnen, aus dem breiten Angebot an privaten Altersvorsorgesystemen etwas Passendes zusammenzustellen und zu finanzieren.

Die hohen Nettolöhne ermöglichen vielen eine individuelle, auf Eigeninitiative beruhende Altersvorsorge.

Dazu können die Finanzierung eines Eigenheims oder eines eigenen Geschäfts gehören, aber auch Aktien- oder Obligationen-Sparpläne. Es ist anzunehmen, dass dadurch die Zahl privater Grund- und Wohneigentümer stark zunehmen wird. Linke Kreise sehen in dieser Entwicklung einen Abbau des Sozialstaates und eine Überforderung des Bürgers.

«Mehr Markt» auch im Gesundheitswesen

Mitte der neunziger Jahre halten marktwirtschaftliche Modelle auch im Gesundheitswesen Einzug. Private Krankenversicherer gewinnen an Boden gegenüber den traditionellen Krankenkassen. Franchise-Systeme und unterschiedliche Konditionen für «gute» bzw. «schlechte» Risiken belasten Menschen, die aufgrund fortgeschrittener biogenetischer Untersuchungsmethoden als krankheitsgefährdet eingestuft werden, stärker und machen viele von ihnen zu Sozial- und Fürsorgefällen.

Es entwickelt sich eine «Zwei-Klassen-Medizin nach dem Motto: Wer mehr zahlt, wird besser behandelt.

Es bildet sich eine «Zwei-Klassen-Medizin» heraus: Wer zahlungsfähig ist, wird erstklassig betreut, Minderbemittelte erhalten nur minimale Behandlung. Andererseits werden dadurch Umverteilungen abgebaut, die nicht immer gerechtfertigt waren. Generell sind die Kosten im Gesundheitswesen trotzdem nicht gesunken. Einerseits, weil die Ansprüche weiter gestiegen sind, und andererseits, weil ein echter Wettbewerb immer wieder durch kostenträchtige Allianzen und Praktiken im Gesundheitsgewerbe verhindert wird. Zudem belasten der Drogenmissbrauch und die Zunahme an chronischen und psychosomatischen Erkrankungen bei überforderten Menschen das Gesundheitssystem vermehrt.

Unternehmen und Arbeitswelt

Die Grossen gewinnen, Lokale verlieren.

Nach 1992 entfaltet die EG eine enorme Dynamik, von der die Schweiz zunehmend bedrängt wird. Die EG-Länder profitieren von der Aufhebung der Grenzformalitäten und Schutzzölle, von der gemeinsamen Währung, der Telekommunikations-Infrastruktur, dem Verbundsystem im öffentlichen Verkehr – die Schweiz hat das Nachsehen. Auf den Wettbewerbsdruck effizienter EG-Unternehmen reagieren die Schweizer zunächst mit Schutzmassnahmen, Sonderregelungen, Absprachen und mit dem Ruf nach mehr Subventionen. Kurz gefasst:

Deregulierung in den Nachbarländern, wachsende Regeldichte in der Schweiz, Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

1998 verschiebt ein führender Schweizer Grosskonzern seinen Hauptsitz ins Ausland und legt an einer Medienkonferenz offen die direkten und indirekten Nachteile des Standortes Schweiz und der politischen Handlungsunfähigkeit des Landes auf den Tisch. Symptomatisch ist auch, dass immer mehr Schweizer und Schweizerinnen versuchen, EG-Pässe zu bekommen, um ohne Einschränkungen im Ausland studieren und arbeiten zu können. Die Stellung des Schweizer Frankens als Währung bröckelt ab.

Das bleibt nicht ohne Wirkung auf die Meinungsbildung in den Wirtschaftsverbänden und im Parlament. Dank der früher erzielten Fortschritte bei der wirtschaftlichen Integration und aufgrund ihrer geographischen Lage geht die Schweiz am Wachstum der EG auch nicht ganz vorbei. Die weltweit wettbewerbsfähigen Grossunternehmen und die wachsende Zahl an innovativen und dynamischen Klein- und Kleinstunternehmen gewinnen entsprechend an Einfluss. Sie wissen auf der «typisch schweizerischen» Mischung von Perfektion, Präzision, Sorgfalt und massgeschneidertem Eingehen auf individuelle Kundenwünsche aufzubauen, ergänzen diese Wettbewerbsfaktoren aber geschickt durch die rasche Übernahme technologischer Neuerungen, durch die publikumswirksame Vermarktung ihrer ökologischen Anstrengungen und durch die intensive Suche nach sich eröffnenden Märkten. Nicht zuletzt erntet die Schweiz dabei die Früchte einer qualitativ orientierten Einwanderungspolitik. Es ist schliesslich nicht das erste Mal, dass Zuwanderer als Pioniere unsere Wirtschaftsstruktur erneuern helfen.

Im Zeichen dieser neuen Dynamik nimmt die Bereitschaft zur Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu: Die Übernahme des EG-Wettbewerbsrechts, die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens für die internationale Konkurrenz, die Angleichung der Vorschriften für die Niederlassung von Anwälten und Ärzten – die Liste der Liberalisierungs- und Deregulierungsmassnahmen liesse sich beliebig verlängern. Mit vorauseilenden Umweltvorschriften, die dynamisch gestaltet sind und sich vor allem monetärer Anreizsysteme bedienen, wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit noch gesteigert.

Fachkräfte fehlen – andere Arbeitnehmer fallen wirtschaftlich und sozial zurück

Die mit dieser Kursänderung eingeleitete Dynamisierung der Wirtschaft hat freilich auch eine Reihe von Nachteilen. Sie verlangt hochqualifizierte und hochmotivierte, verantwortungsfreudige Arbeitskräfte. Davon gibt es in der Schweiz prozentual zwar immer noch mehr als in anderen Ländern, und die Liberalisierung des Arbeitsmarktes für EG-Bürger trägt das Ihre dazu bei – aber jene, die diesem Bild nicht entsprechen, fallen wirtschaftlich und sozial immer weiter zurück. Gewerkschaftliche Errungenschaften der letzten Jahrzehnte werden unbe-

dacht über Bord geworfen: Aufhebung des Frauen-Nachtarbeitsverbotes unter dem Deckmantel des Gleichheitsartikels, Reallohnabbau und schlechtere Arbeitsbedingungen für Minderqualifizierte im Zeichen aufgehobener Kollektivarbeitsverträge, europäische Arbeitslosenraten nach Liberalisierung der Einwanderungsbestimmungen, Niedergang des Berufsbildungssystems im Zeichen kurzfristigen Kostendenkens der internationalen Konzerne. Hinzu kommt, dass der ständige Innovations- und Rationalisierungsdruck die Anforderungen an die Intensität, die Präzision und das Tempo der Arbeitsleistungen immer mehr in die Höhe schraubt, so dass gerade bei den Erfolgreichen der Grad der Fremdbestimmung und Aussenleitung durch die Erfordernisse des Arbeitslebens ständig zunimmt. Das Bewusstsein, dass dem so ist, bricht sich zwar sporadisch eine Bahn. Weil von der Wirtschaftsmaschinerie aber keiner ungestraft Abstand nehmen kann, sind die Stress-Erscheinungen und psychischen Störungen nur um so häufiger.

Von der neuen Dynamik sieht sich auch der Agrarsektor erfasst: 1995 wird eine Initiative für mehr Markt und mehr Ökologie in der Landwirtschaft mit grosser Mehrheit angenommen. Die massive Propaganda der starken Bauernlobby konnte dieses Resultat nicht verhindern. Warum? Das Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung ist gewachsen. Konsumenten, Touristik- und Hotelbranche beklagen die überhöhten Lebensmittelpreise. Dem Stimmvolk sind die immensen direkten und indirekten Kosten der Landwirtschaft ein Dorn im Auge (sie betragen 1990 nach anerkannten Schätzungen über 7 Mia. Franken). Die Initiative verlangt einen neu gefassten, zweckmässigeren Selbstversorgungs-Auftrag, mehr Markt in der Landwirtschaft und ein auf sieben Jahre angelegtes Restrukturierungsprogramm für den Bauernstand. Die Folgen: In 10 Jahren 40 Prozent weniger Beschäftigte in der Landwirtschaft, massiv weniger Bauernhöfe, ein Drittel weniger offene Ackerfläche und auch ein Rückgang beim Viehbestand.

Eine Initiative für mehr Markt und mehr Ökologie in der Landwirtschaft wird angenommen.

Die Auswirkungen für den Bauernstand werden durch Umschulungsbeihilfen, grosszügige Übergangsregelungen, Familienzuschüsse usw. gemildert. Die Bauern können mit dem neuen «Regime» leben. Sie identifizieren sich mit ihren Aufgaben: entweder ökologisch sinnvolle Produktion von standortgebundenen, teuren Spezialitäten und Landschaftspflege oder dann konkurrenzfähige industrialisierte Hors-Sol-Produktion.

Die Auswirkungen für den Bauernstand werden durch Umschulungsbeihilfen, grosszügige Übergangsregelungen, Familienzuschüsse usw. gemildert. Die Bauern können mit dem neuen «Regime» leben. Sie identifizieren sich mit ihren Aufgaben: entweder ökologisch sinnvolle Produktion von standortgebundenen, teuren Spezialitäten und Landschaftspflege oder dann konkurrenzfähige industrialisierte Hors-Sol-Produktion.

Nach 2004 nimmt der Konzentrationsgrad im sekundären und tertiären Sektor weiter zu und erreicht ein Ausmass wie im übrigen Europa, er liegt aber immer noch weit unter demjenigen in den USA und in Japan. In einigen Branchen muss die EG-Kartellbehörde eingreifen und gegen Oligopol-Strukturen vorgehen. Selbst Grosskonzerne können die Entwicklungskosten und die Risiken der industriellen Massenfertigung nur noch tragen, wenn sie vielfältige Kooperationsabkommen mit anderen Anbietern abschliessen. Im Dienstleistungsbereich ist im

Zeichen der wachsenden Vernetzung eine Marktführerschaft nur noch zu behaupten, wenn das Unternehmen rund um den Globus stark vertreten ist und dank geeigneten Konzernstrukturen ein umfassendes Paket von Finanz-, Versicherungs-, Beratungs- und Kommunikations-Dienstleistungen anzubieten vermag. Dazu hat Medienpräsenz durch Sponsoring im Bereich von Kultur und Sport dem eigenen Namen den Bekanntheitsgrad zu sichern.

Kultureller Wandel

Kultur als Markt und kein Geld für die Basis

Zu wenige sind bereit, sich für eine tragfähige kulturelle Basisarbeit zu engagieren.

Auch der Kulturbereich wird immer mehr als Markt betrachtet, der angesichts seiner globalen Ausdehnung von der öffentlichen Hand noch im Zeichen der Wirtschaftsför-

derung eine gewisse Unterstützung erfährt. Allzu wenige sind jedoch bereit, sich für eine tragfähige kulturelle Basisarbeit zu engagieren, aus der allein die wahren Spitzenleistungen herauswachsen können. So findet Kultur weder als Ausdruck der zivilisatorischen Leistung eines – seiner selbst bewussten – Volkes die verdiente Anerkennung, noch nimmt man sich die Zeit für die Auseinandersetzung mit diesem Sauerteig für die weitere gesellschaftliche Entwicklung. Junge Talente und gesellschaftskritische Alternativprojekte darben aus Mangel an staatlichen Zuwendungen und privatem Zuspruch.

1995 wird in vier mittleren Schweizer Städten aus Geldmangel die Führung der Museen von ansässigen Firmen übernommen. Folge: Nur noch zwei Ausstellungen pro Jahr, meist «pfannenfertig» von in- und ausländischen Grossmuseen übernommen, dreimal höhere Eintrittspreise, weniger Besucher, keine Kataloge, keine Ankäufe für die permanenten Sammlungen.

Internationaler Austausch ist Trumpf

Kultur erlangt erst Bedeutung, wenn sie über die Bildschirme flimmert.

Kultur erlangt erst Bedeutung, wenn sie über die Bildschirme flimmert. «Live» dabei sein heisst für die meisten, vor dem

TV-Gerät eine Direktübertragung ansehen. Die elektronischen und Printmedien dominieren das ganze Leben. Die Auswahl an Programmen und Dienstleistungen wird immer grösser. Vieles davon ist seichte Unterhaltung, daneben gibt es auch hochstehende, spezialisierte Programme für die daran interessierten Minderheiten. Das Privatfernsehen wird selbstverständlich. Interaktive Telekommunikations-Dienstleistungen vermindern die direkte Begegnung unter den Menschen.

Als Gegenströmung wird gerade in der Schweiz Literatur zur zentralen Kunstform.

Die klassischen Kulturformen und -institutionen verarmen zusehends. Internationale Gastspiele mit ihrem perfekt vorgetragenen Standard-Repertoire werden bevorzugt. Als

Gegenströmung erlebt die Literatur eine Renaissance. Sie wird gerade in der Schweiz zur zentralen Kunstform für das Hinterfragen, für die Suche nach Sinn und Identität, für Utopien und Visionen. Auch bei Theater, Musik und bildender Kunst wird eine wachsende Zahl von Menschen des perfekten Kulturkonsums langsam müde. Als Reaktion auf «Europa» beginnt auch hier in unserem Land ein eigenständiger kultureller Geist zu erwachen.

Lebensformen

Vielfältige Lebens- und Bildungsformen stehen offen

2008: Das Durchschnittsalter der schweizerischen Bevölkerung ist hoch. Seit acht Jahren gehen die Bevölkerungszahlen zurück. Die Verluste werden durch Einwanderung fast wettgemacht. Seit einigen Jahren haben die oberen Einkommensklasse wieder mehr Kinder als früher. Zwischen den Generationen gibt es manche Spannungen, weil sehr vieles von der zahlenmässig starken älteren Generation bestimmt wird. Mit ein Grund dafür ist die Ausbildung, wo Eltern und Grosseltern wenig Verständnis für Freiräume aufbringen. Was nicht dem Einstieg in eine möglichst hoch hinausführende berufliche Laufbahn dient, gilt als Zeitverplemplei.

Weil für die professionelle Pflege der Hochbetagten viel zu wenig Personal vorhanden ist, entstehen neue, dezentrale und private Pflegeorganisationen und mehr Spitex-Zentren, die nur dank der Unterstützung durch freiwillige Helfer funktionsfähig sind. Hier verbindet sich das gesellschaftliche Arbeitsethos mit einem tradierten Pflichtbewusstsein. Die Rollen von Männern und Frauen nähern sich einander aber an. Dank besserer Ausbildung, Kinderhorten und Tagesschulen können die Frauen vermehrt im Beruf tätig sein und auch Karriere machen.

Der Wohnungs-«Markt» floriert

Staatliche Interventionspakete, die Anfang der 90er Jahre entspannend auf die Wohnungsnot wirken sollten, bremsen die private Investitionsfreudigkeit und machen die Lage nur noch schlimmer. Die Bodenpreise steigen ins Unermessliche, und die Bedürfnisse nach mehr Wohnraum können immer schlechter befriedigt werden. Diese Erfahrungen verhelfen den Forderungen nach mehr Markt auf dem Wohn- und Grundstücksektor zum Durchbruch. Die marktwirtschaftlichen Tendenzen wirken sich günstig aus.

Die Grundstückgewinnsteuern werden durch eine Ressourcensteuer für die Nutzung des Bodens abgelöst, eine Steuer zur Abschöpfung von Planungsgewinnen befreit den Vorgang der Umzonung von verteilungspolitischen Querelen, steuerliche Anreize zur Nutzung unbebauter eingezon-

Marktwirtschaftliche Tendenzen setzen sich durch, beleben und entspannen den Wohnungs- und Grundstücksmarkt.

ter Grundstücke und eine Lockerung des Mietrechts beleben den Wohnungsbau. Es wird weniger Bauland gehortet und vor allem in den Zentren wird wieder höher und dichter gebaut. Auch die bessere Erschliessung der städtischen Agglomerationen trägt viel zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bei, obwohl dadurch die Fahrzeiten für die Pendler länger werden und die Landschaft mehr und mehr zersiedelt ist.

Bildung nach Mass – für alle

Jedem Einwohner stehen eine gewisse Anzahl Ausbildungsgutscheine zur Verfügung, zweckgebundene Coupons mit einer bestimmten Kaufkraft, die nach Wunsch an öffentlichen oder privaten Schulen eingelöst werden können. Das hat auch in diesem Sektor zu einem breiteren und differenzierteren Angebot geführt, vor allem in der permanenten Erwachsenenbildung und für den Wiedereinstieg der Frauen.

Der Wettbewerb unter den Schulen lässt die Qualität ihres Angebotes stärker hervortreten.

Die Gutscheine sind so bemessen, dass man damit die öffentlichen Schulen unentgeltlich besuchen kann. An privaten Ausbildungs-Instituten muss man die Preisdifferenz aus dem eigenen Sack bezahlen. Der Wettbewerb unter den Schulen lässt die Qualität ihres Angebots stärker hervortreten. Mancherorts werden wenig innovative Staatschulen von privaten Konkurrenten an den Rand der Schliessung gedrängt.

Nicht alle Menschen können aber den hohen Anforderungen der Berufswelt punkto Ausbildung, Mobilität und Flexibilität genügen. Ungenügend Ausgebildete fallen wirtschaftlich und sozial zurück, so dass sich eine starke Minderheit der Bevölkerung in einer Grauzone der Bedürftigkeit befindet. Viele ältere Menschen müssen ihre teuren Stadtwohnungen jungen Berufsleuten überlassen und übersiedeln z.B. in die Tessiner Täler, die so zu einem «schweizerischen Florida» werden.

Trendbrüche

- Das Abseitsstehen der Schweiz gegenüber der EG führt unser Land in zunehmende wirtschaftliche Bedrängnis. Hauptsächlich der Druck der wirtschaftlichen Nachteile, weniger politischer Gestaltungswille, führen im Jahre 2004 zum EG-Beitritt. Begünstigt wird dieser Kurswechsel durch das wachsende Gewicht einer wettbewerbs- und leistungsorientierten Wirtschaft sowie die Entwicklung der EG in Richtung eines vielfältig differenzierten Staatsgebildes.
- Zivile Gesellschaft und individuelle Eigenverantwortung werden als gesellschaftliche Gestaltungskräfte stark aufgewertet. Die Wohlstands- und Bildungsgesellschaft ermöglicht, ja erzwingt die Verwirklichung liberaler Konzepte.

- Der Wettbewerb der Systeme und Rahmenbedingungen lässt die Handlungsunfähigkeit unseres politischen Systems immer stärker sichtbar werden. Einst hochgelobte konkordanz-demokratische Mechanismen genügen den Anforderungen einer sich rasch verändernden und globalisierenden Gesellschaft immer weniger. Ineffizienz, Blockierungen, kurzsichtige Hektik kennzeichnen die Ausgangslage. Die gravierenden politischen und wirtschaftlichen Nachteile, die daraus entstehen, führen zum Umschwung auf das Regierungs-Oppositions-System.

Positive Aspekte:

- Mit dem EG-Beitritt wird die Schweiz zum Teilelement Europas, das Verantwortung mitträgt als weltoffene multikulturelle Nation. Diese Entwicklung löst bei traditionellen EG-feindlichen Kreisen eine Identitätskrise aus.
- Die Erosion der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit weicht einer Aufbruchstimmung und neuen Dynamik in der Wirtschaft, unterstützt von einer günstigeren Beurteilung der zivilen Gesellschaft.
- Das neue Regierungs-Oppositions-System erlaubt es der Politik, die Probleme einer komplexen, sich immer rascher wandelnden Gesellschaft zeitgerecht und effizient zu bewältigen.
- Umwelt und natürliche Ressourcen werden durch marktwirtschaftliche Instrumente besser geschützt, bei grösstmöglichen Freiräumen und mit optimalem Kosten/Nutzen-Verhältnis.
- Die Frauen sind in Politik und Wirtschaft wesentlich besser integriert. Vorurteilsfreie Anwendung des Leistungsprinzips, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und gezielte Massnahmen der Unternehmen haben dies bewirkt.
- Dank den neuen ordnungspolitischen Grundprinzipien sind viele unberechtigte Privilegien verschwunden, und die Bürger verfügen über mehr individuelle Freiheit und mehr Wahlmöglichkeiten.

Negative Aspekte:

- Die sozialen Unterschiede nehmen zu. Schlecht qualifizierte, wenig bildungsfähige und wenig mobile Menschen, darunter viele Alte, werden zu Verlierenden.
- Die Agglomerationen um die Städte ufern aus, das Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie nimmt zu.

- Landschaft und Natur werden durch eine nur gedämpfte Mobilitätszunahme und die stärkere Bodennutzung belastet.
- Im persönlichen Alltag klagen viele Menschen über Stress, chronischen Zeitmangel und die negativen Folgen der Konsumhaltung.
- Die Kultur verarmt in ihrer Breite. Das marktorientierte Überangebot führt zu Ermüdungserscheinungen.

Gewinnende und Verlierende

Gewinnende in diesem Szenario sind die modernen, autonomen Zeitgenossen, die Lebensunternehmerinnen und -unternehmer, die gut ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräfte, die zahlungskräftigen Konsumentinnen und Konsumenten, die international ausgerichtete Wirtschaft und, wenn auch nur indirekt, die Binnenwirtschaft.

Zu den Verlierenden gehören Teile des Bauernstandes, des Gewerbes und der Bauwirtschaft, die Gewerkschaften, geschützte Berufe. Bund, Kantone und Gemeinden müssen im Ganzen gesehen Kompetenzen abgeben.

d. Wir wollen es richtig machen

Rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien, selbstgemachte und solide Güter, autoarme Städte und der öffentliche Verkehr prägen das Bild. Möglich wird dies durch massive Lenkungssteuern auf allem, was die Umwelt belastet. Soziale Basissicherheit und kleine, überschaubare Bezugsnetze schaffen Entfaltungsräume für zwischenmenschliche Beziehungen. Kulturelle Betätigungen ergeben neue Sinnerfahrungen. Arbeit und Leben bilden wieder mehr eine Einheit. Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann setzt sich durch. Moralischer Rigorismus und soziale Kontrolle werden aber von vielen negativ empfunden. Wirtschaft, Verbände, Lobbies haben an Dominanz verloren. Die Schweiz wartet auf das «Europa der Regionen».

Grundannahmen

- Die Umweltprobleme werden immer dominanter. Viele Städte drohen trotz Ausbau des öffentlichen Verkehrs am Privatverkehr zu ersticken. Das Waldsterben schreitet ungehemmt voran. In der Nahrungsmittelproduktion werden immer neue Hilfsstoffe verwendet, über deren Schädlichkeit beängstigende Vermutungen kursieren.
- Immer grössere Teile der Bevölkerung fühlen sich durch die fortschreitende Zerstörung der Umwelt in ihrem Wohlbefinden bedroht. Immer mehr Menschen sind überzeugt, dass die vermehrten Atemwegerkrankungen bei Kindern, die gehäuft auftretenden Allergien und viele Krebserkrankungen durch Eingriffe des Menschen mitverursacht sind. In den milden Wintern und den heissen, trockenen Sommern sehen sie untrügliche Anzeichen der drohenden Klimaveränderung.
- Im Jahre 2010 stimmt die Mehrheit der Menschen in der Schweiz darin überein, dass die Grenzen des Wachstums in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts überschritten wurden. Man ist sich einig, dass grosse Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen aufzuhalten. Die damit verbundenen Grenzen individueller Entfaltung und Selbstverwirklichung werden akzeptiert und als sinnvoll erachtet. In der Politik, in der Wirtschaft und im sozialen Zusammenleben setzen sich Werthaltungen durch, die die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen über die kurzfristige Realisierung des Machbaren stellen.
- Materielle Werte haben an Bedeutung verloren. Die Überfülle von Konsummöglichkeiten hat bei immer mehr Menschen Gefühle von Sinnlosigkeit und Abscheu vor dem materiellen Egoismus erzeugt. Lebensqualität heisst nicht mehr in erster Linie, immer mehr und immer neues kaufen zu können.

Es bedeutet auch nicht, immer grössere und immer unbegrenztere individuelle Freiheiten zu haben. Zur Lebensqualität gehören die positive Integration in die soziale Umgebung, das Teilen mit berechtigten Ansprüchen anderer sowie die Sinnerfüllung. Lebensqualität wird verstanden als verantwortliches Anstreben selbstgewählter Ziele in einer positiv erfahrenen Gesellschaft, die diese Möglichkeit für alle, auch für künftige Generationen, sicherstellt.

- Begriffe wie «Effizienz» und «Produktivität» erhalten eine neue Bewertung: Nicht nur der Erfolg am Markt und die betriebliche Arbeitsproduktivität werden betrachtet, sondern die gesamtgesellschaftliche Effizienz unter Einbezug von Folgekosten, Entsorgungsaufgaben, ökologischen Risiken, sozialen Wirkungen, Beschaulichkeit und Sinnerfahrung.
- Zentrale gesellschaftliche Begriffe sind «Solidarität» und «Verantwortung». Solidarisch, und zwar aus Einsicht, soll sich die Gesellschaft nach Meinung der Mehrheit gegenüber jener wachsenden Gruppe von Menschen verhalten, die sozial an den Rand gedrängt werden. Verantwortlich soll sie im Hinblick auf die von ökologischen Fehlentwicklungen besonders Betroffenen, vor allem gegenüber den noch nicht Geborenen handeln.
- Sozialverträglichkeit wird neben der Umweltverträglichkeit zu einem zentralen Kriterium bei allen zu treffenden Entscheidungen. Sozialverträglichkeit wird verstanden als ständiges Berücksichtigen von berechtigten Ansprüchen aller Menschen. Wenn die rasante Verteuerung des Wohnraums, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die Mittelknappheit in allen sozialen Bereichen das soziale Gefälle verschärfen, wird diese Entwicklung als gefährlicher sozialer Sprengstoff empfunden. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist man bereit, einen erheblichen Beitrag zu leisten – in Form von Zeit und weniger Einkommen.
- Entscheidende Impulse gehen in diesem Szenario, neben Einsicht und Verantwortung, von der Politik aus. Politische Erschütterungen der späten 80er Jahre erweisen sich als Indizien für einen generellen politischen Wandel. In allen grossen Parteien kommen ökologische Anliegen zuoberst auf die Traktandenliste. Über die parteipolitischen Grenzen hinweg kommen Koalitionen zustande, mit deren Hilfe strenge gesetzliche Auflagen zum Schutze der Umwelt möglich werden. Mit den damit verbundenen Einschränkungen der individuellen Freiheit geben sich allerdings weite Teile der Bevölkerung nicht zufrieden.

Schweiz und Welt

Öffnung ja – aber nur zu einem föderalistischen, demokratisierten Europa

Die Vorlage über den Beitritt der Schweiz zum EWR wird Anfang der neunziger Jahre mit deutlichem Mehr abgelehnt. Den mit dem Beitritt verbundenen Sou-

veränitätsverlust will die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht hinnehmen. Für sie ist die EG ein unerwünschter Wirtschafts-Gigant, der keine Rücksicht auf soziale und ökologische Anliegen nimmt. Zurück zu überschaubaren Strukturen, heisst die Devise. Das bedeutet Ablehnung der Globalisierung und Europäisierung, die vor allem die negativen Effekte verstärkt: Verkehrszunahme, Wirtschaftswachstum mit steigendem Ressourcenverbrauch, Machtbal- lung ...

Verstärkt wird diese Anti-EG-Haltung dadurch, dass die politischen Exponenten der Schweiz immer dann von «Europafähig- keit» sprechen, wenn es um die Wahrneh- mung von Wirtschaftsinteressen geht, jedoch nichts davon wissen wollen, wenn z.B. soziale Anliegen im Vordergrund stehen.

Schweizerische politische Exponenten sprechen immer dann von «Europa- fähigkeit», wenn es um Wirtschafts- interessen geht.

Von der EG zum Europa der Regionen und der Umwelt

Das «Europa der Konzerne» gerät um die Jahrtausendwende allerdings auch EG- intern unter zunehmenden Druck. Die technokratischen Entscheidungsstruk- turen, die ökologischen Folgen der ungebremsten Mobilität und das rasante Wirtschaftswachstum werden zunehmend negativ empfunden. Verlangt wird mehr Rücksicht auf die Umwelt und eine Delegation von Kompetenzen an die Regionen. Von vielen Vertretern dieser Auffassung wird die Schweiz wieder einmal als Modell hingestellt. Zu Organisationen, die sich in der EG für den Schutz des Alpenraums, der Pyrenäen, aber auch der mitteleuropäischen Wälder einsetzen, ergeben sich vielfältige Kontakte. Die Schweiz nimmt auch aktiv an den Bestrebungen teil, damit die sprachlichen und ethnischen Minderheiten – die sich überall in den grossen europäischen Staaten finden – ein Statut erhalten, das ihnen den Fortbestand als eigenständige kulturelle Gemeinschaft sichert.

Historiker und Historikerinnen sehen sich zwar in der Auffassung bestärkt, dass die Schweiz dazu neigt, den gegenteiligen Weg als Europa einzuschlagen. Sie vermerken allerdings auch kritisch, dass das idealisierte Bild, das im Ausland von der Schweiz gezeichnet wird, ein weiteres Mal vor den gesellschaftlichen Realitäten nicht standhält. Übersehen werde, dass wegen des moralischen Rigorismus äussere Einflüsse zuwenig oft gewinnbringend umgesetzt würden. So sind viele froh, dass der sich abzeichnende Wandel zu einem «Europa der Regionen» und zu einem «Europa der Umwelt» für die Schweiz eine veränderte Ausgangssituation schafft. Gerade auch, weil die politischen und wirtschaftli- chen Nachteile des Alleingangs inzwischen nicht mehr akzeptiert werden, bemü- hen sich Leute aus allen Lagern erneut um eine Vertiefung der Beziehungen zur EG.

So sind viele froh, dass der sich abzeichnende Wandel zu einem «Euro- pa der Regionen» und einem «Europa der Umwelt» für die Schweiz eine ver- änderte Ausgangssituation schafft. Leute aus allen Lagern bemühen sich um eine Vertiefung der Beziehungen zur EG.

Im Verhältnis zur Dritten Welt bringt die EG-Integration vorerst eine starke Abschottung, der sich die Schweiz als kleiner Binnenstaat nur unter grossen Schwierigkeiten entziehen kann. Am deutlichsten zeigt sich das bei der Flüchtlingspolitik: Mit drastischen Massnahmen versucht die EG, die immer zahlreicheren Flüchtlinge aus der Dritten Welt und Osteuropa von ihrem Gebiet fernzuhalten. Zwar stösst in der Schweiz das Ansinnen, die Grenzen für Flüchtlinge zu schliessen, auf Widerstand. Doch die Grenzen der Belastbarkeit sind bald erreicht.

Das Flüchtlingsproblem bleibt Daueraufgabe

Um bei der grossen Zahl von Flüchtlingen Fehlentscheide zu verhindern, wird der Rechtsschutz verstärkt. Für Armut- und Umweltflüchtlinge, die anders als politisch Verfolgte hier kein Asyl erhalten, legt die Schweiz eine jährliche Quote von Einreisebewilligungen fest. Härtefällen lässt sich so begegnen, das Problem der grossen Zahl ist dadurch allerdings nicht zu lösen. Man stellt sich darauf ein, dass das Flüchtlingsproblem ein Dauerproblem ist, und versucht mit einem leistungsfähigen Beamtenapparat möglichst rasche Entscheide zu treffen.

Gleichzeitig verpflichtet sich die Schweiz, Beiträge an jene Drittweltländer zu bezahlen, die die Hauptlast der Flüchtlingsströme zu tragen haben – aus der Überlegung, dass es sinnvoller ist, wenn die Menschen in kultureller Nähe ihrer Heimat bleiben und nicht völlig entwurzelt werden. Mit massiven Entschuldungsaktionen wird in der Dritten Welt der Strukturwandel gefördert. Wenn der Schuldner den entsprechenden Wert in einheimischer Währung in einen sogenannten Gegenwertfonds einzahlt, wird ihm die auf Fremdwährungen lautende Schuld erlassen. Aus diesen Fonds werden Investitionen für die einheimische Produktion von Nahrungsmitteln und Grundbedarfsgütern finanziert sowie ökologische Grossprojekte wie die Unterschutzstellung von Tropenwäldern oder Wiederaufforstungen.

Die Handelspolitik der Schweiz und der Drittweltländer wird mit der Entwicklungspolitik gekoppelt: Kriegsmaterialexporte in die Dritte Welt werden verbo-

Die Handelspolitik der Schweiz und der Drittweltländer wird mit der Entwicklungspolitik gekoppelt.

ten; Exporte von Pharmaprodukten, Pestiziden usw. werden nur nach den Normen zugelassen, die bei uns punkto Gefährlichkeit, Umweltbelastung, Toxizität gelten;

Exporte, Investitionen und Darlehen werden auf ihre Entwicklungskonformität hin überprüft.

Im Rahmen der westeuropäischen Unterstützung für die Staaten des ehemaligen Ostblocks spricht die Schweiz mehrere Rahmenkredite in Milliardenhöhe. Der Hauptteil des Geldes ist für die ökologische Sanierung der Industrieanlagen bestimmt.

Politisches System

Rasche Entscheide an der Spitze – mehr Demokratie an der Basis

Bei wichtigen Problemen blockiert sich das politische System zusehends selbst. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre ist es z.B. nicht möglich, eine CO₂-Gesetzgebung zu verabschieden. Es wird unübersehbar, dass die bestehenden politischen Institutionen und Instrumente – allen voran das Ständemehr und das Referendum – verhindern, dass die Schweiz schnell auf veränderte Bedingungen reagieren kann. Vor allem die Umwelt, aber auch die Wirtschaft drohen zum Opfer der um sich greifenden Vollzugskrise zu werden. Einspracheverfahren, Zusatzabklärungen und mangelnder Entscheidungsdruck auf den breit abgestützten Regierungen bewirken, dass alles verhindert, aber kaum etwas erreicht werden kann.

Das Tauziehen um die überfälligen Strukturreformen wird zur Zerreißprobe. Vertreter des Wirtschaftsliberalismus sprechen vom Missbrauch des ökologischen Imperativs zur Einführung eines eigentlichen Öko-Totalitarismus, dessen bürokratische Fesseln noch basisdemokratisch verbrämt würden. Sie nehmen 1998 das Jubiläum der ersten Bundesverfassung zum Anlass, um mittels einer Initiative das Referendumsrecht ausser Kraft zu setzen. Ihres Einflusses auf die Regierung sind sich die reinen Vertreter von Wirtschaftsinteressen allerdings zu sicher. Unter dem Druck der anstehenden Probleme und nach Wegfall der zahlreichen referendumsfähigen Minderheiten als politische Kraft kommt es im Bundesparlament recht häufig zu reformorientierten Koalitionen, deren Erfolge dann auch Bestand haben. Mittels Einheitsinitiative ein altes Gesetz wieder einzuführen ist wesentlich schwieriger als mittels Referendum ein neues Gesetz zu bodigen.

In der Folge wird auf Bundesebene die Regierung durch ein Ministerkabinett verstärkt. Das Parlament wird professionalisiert, gleichzeitig wird eine neue Arbeitsteilung zwischen National- und Ständerat festgelegt. Der Ständerat befasst sich nur noch mit jenen innenpolitischen Vorlagen, die das Verhältnis des Bundes zu den Kantonen betreffen, dafür entscheidet er in aussenpolitischen Fragen abschliessend. Alle anderen Fragen sind in der Kompetenz des Nationalrates. Im Zuge einer Professionalisierung des Parlamentes werden auch die Interessenbindungen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier stark eingeschränkt. So werden Verwaltungsratsmandate als unvereinbar mit der Parlamentszugehörigkeit erklärt. Gesamthaft gesehen wird das politische System europafähiger; auch tritt die erhoffte Beschleunigung von Entscheiden ein. Die vielfältigen politischen Traditionen der Schweiz gewährleisten zudem, dass immer wieder neue Mehrheiten oder «Zauberformeln» gebildet werden können.

Nach dem Vorbild der Schweizer Ständesinitiative können EG-Mitglieder in Brüssel Initiativen einreichen.

Mehr Bürgernähe und mehr persönliche Initiative im Lokalbereich

Als Ausgleich für das wegfallende Referendum auf eidgenössischer Ebene wird auf kantonaler und lokaler Ebene eine verstärkte Mitwirkung der Bevölkerung angestrebt. Man berücksichtigt so auch, dass oftmals nicht die Gesetze das Problem sind, sondern die Art, wie sie auf einzelne grosse und kleine Vorhaben angewendet werden. Deshalb beginnen in den neunziger Jahren einige Städte damit, in konkreten Sachfragen interessierte Bevölkerungsgruppen bereits in einem frühen Stadium miteinzubeziehen. Ein politischer Markstein ist der Versuch der Stadt Basel: Unter Einbezug von Quartiergruppen, Quartiervereinen und Pendlervereinigungen aus der ganzen Agglomeration, auch dem deutschen

In den 90er Jahren beginnen die Städte, in Sachfragen die betroffene Bevölkerung schon früh mit einzubeziehen.

und französischen Gebiet, wird während fünf Jahren an einem neuen Verkehrskonzept gearbeitet. Resultat dieser Arbeiten: Die Stadt soll für jeglichen Pendlerverkehr

gesperrt, der öffentliche Verkehr noch stärker ausgebaut, den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern durch hohe Parkplatzgebühren der Verzicht auf das Privatauto nahegelegt werden. Im Abstimmungskampf bleibt die Vorlage trotz vorgängiger Beteiligung aller Betroffenen heiss umstritten: Den Ausschlag gibt die Mehrheit der Stadtbaslerinnen und Stadtbasler, die den Pendlerverkehr satt haben. Manche umliegende Gemeinde verspürt jetzt ihre periphere Lage, und in wirtschaftlich gut gestellten Kreisen tritt an die Stelle des Traums vom Einfamilienhaus ein neues Modell des urbanen Lebens – mit allen Folgen für den städtischen Wohnungsmarkt. Trotzdem strahlt das «Basler Modell» auf andere Agglomerationen aus.

Mit der Diskussion über eine Reform der politischen Strukturen setzt auch eine breite Diskussion darüber ein, wie eine gleichberechtigte Teilnahme der Frauen realisiert werden kann. Schon bald wird klar, dass sich ohne Quotenregelungen auf allen politischen Ebenen wenig verändern wird, dass diese Quotenregelungen aber differenziert werden müssen. Indem sie schrittweise von 10 Prozent auf 40 Prozent angehoben werden, bleibt die Zeit, um genügend qualifizierte Frauen zu finden. Bereits die ersten Wahlen nach 2000 führen dann zur erwünschten Frauenvertretung.

Die Landesverteidigung wird einer grundlegenden Strukturreform unterzogen. Die Ausgaben für konventionelle Rüstungsgüter werden drastisch reduziert, da ein Krieg mit Artillerie und Panzern an unseren Grenzen immer unwahrscheinlicher und ein Einsatz von Teilen der Armee ausserhalb des Landes nicht erwogen wird. Eine dezentrale Territorialverteidigung ersetzt das Konzept der hochtechnisierten Armee. Mit Blick auf Fälle von Gewaltanwendungen, die die Schwelle zum Krieg überschreiten, gilt als oberste Maxime, dass die Armee nicht das zerstören soll, was sie zu schützen hat. Wegen der Verselbständigungstendenz eines Berufsheeres wird am Milizprinzip festgehalten. Da Einsätze im klassischen Aufgabenbereich des Militärs zusehends unwahrscheinlicher werden, müssen

der Armee mit ihren grossen Beständen jedoch neue Aufgaben im Dienst der Allgemeinheit zugewiesen werden. So steht sie seit einiger Zeit für Not- und Aufbauhilfe bei Umweltkatastrophen im In- und Ausland zur Verfügung.

Umwelt

Ressourcensteuern, Energiesparen und weniger Autos lassen die Umwelt aufatmen

Eine tiefgreifende Energiekrise in den neunziger Jahren, vor allem aber der letzte Verlust von Vertrauen in die Atomenergie und der darauf folgende Atomausstieg verlangen gegen Ende des Jahrzehnts nach einer neuen Energiepolitik. Was noch Jahre vorher unmöglich gewesen war – einen politischen Konsens in dieser Frage zu finden –, kommt angesichts der drängenden Probleme nun doch zustande.

Grundpfeiler des nationalen Energiekonzeptes ist eine massive Verteuerung der Energie und anderer umweltbelastender und nicht erneuerbarer Grundstoffe durch Ressourcensteuern. Diese Steuern werden jährlich um 7%, später um 4% erhöht. Dies führt zu einer Verdoppelung der Energiepreise in 10 Jahren und zu einer Verdreifachung in 20 Jahren. Dazu kommt für fossile Energieträger eine CO₂-Steuer. Die energieintensive Exportindustrie bekommt die Abgaben zurück-erstattet, während energieintensive Importe an der Grenze steuerlich belastet werden.

Ein Boom für Alternativenergien

Was schon seit über 20 Jahren vorausgesagt, aber weitherum nicht für möglich gehalten wurde, tritt ein. Die Ressourcen- und die CO₂-Steuer haben einen gewaltigen Entwicklungsschub bei Verfahren zur sparsamen Energieverwendung zur Folge. Entsprechend werden beim Energieverbrauch sehr grosse Einsparungen erzielt. Mit Mitteln aus der Ressourcensteuer werden die erneuerbaren Energien finanziell auch aktiv gefördert, so z.B. Sonnenkollektoren und Bioenergie. Der Grossteil der Haushalte wird heute nicht mehr mit Öl geheizt. Mittlerweile sind die Dächer von Wohnhäusern und Industriebetrieben vielerorts mit Kollektoren und Solarzellen belegt, die Warmwasser und Strom liefern. Das führt stellenweise allerdings zu Konflikten mit Heimatschutzkreisen, die sich an den hässlichen Installationen stören. Neu entwickelte Speichertechniken bringen eine Wende. Der aus den Ressourcensteuern gespiesene Investitionsbonus finanziert weiter Wärmekraftkoppelungs-Anlagen bei allen Grossbauten.

Die AKWs Mühleberg und Beznau sind als Konsequenz der neuen Energiepolitik bereits stillgelegt. In ein oder zwei Jahren ist Gösgen dran. Leibstadt soll erst etwa 2015 abgestellt werden. Das Parlament muss einen Milliardenkredit bewilligen, um den Stilllegungsfonds für die Alt-Atom-Anlagen (AAA) zu finanzieren. Dieser Kredit ist nötig, weil man nicht rechtzeitig daran gedacht hat, den Fonds für die Folge-

In der Schweiz wird ein Drittel weniger Primärenergie verbraucht als 1990.

kosten von Atomkraftwerken genügend zu äufnen. Insgesamt wird in der Schweiz ein Drittel weniger Primärenergie verbraucht als 1990, und dies, obwohl die Bevölkerung weiter zugenommen hat.

Emissionszertifikate motivieren zu umweltfreundlichem Wirtschaften

Verschärfte Grenzwerte führen in der Industrie zu Investitionen in modernste Produktions- und Abluft- bzw. Abwasserreinigungsanlagen. Das Unterschreiten der Grenzwerte wird mit handelbaren Emissionszertifikaten finanziell noch beträchtlich belohnt. Der mit den strengen Normen anfänglich verbundene Standortnachteil der Schweiz wird bald wettgemacht, weil auch im EG-Raum strengere Grenzwerte sowie Energie- und Ressourcenabgaben eingeführt werden müssen. Im Bereich der Umwelttechnik gelingt es etlichen Schweizer Unternehmen, die wegen der schweizerischen Gesetzgebung schon früh unter starken Innovations- und Investitionsdruck geraten waren, weltweit Spitzenpositionen zu erringen. Andere Industriebetriebe, welche die strengen Grenzwerte mangels modernster Produktionstechniken zeitweise überschreiten, erwerben sich das Recht dazu durch den Kauf der teuren Emissionszertifikate.

Auch in der Landwirtschaft kommt es auf internationalen Druck hin zu einem weitreichenden Kurswechsel. Produktbezogene Subventionen werden abgebaut. Die freiwerdenden Mittel und ein Teil der Erträge aus den Konsumsteuern für Nahrungsmittel werden für Direktzahlungen an die Landwirte eingesetzt. Solche Direktzahlungen werden nur gewährt als Entschädigung für ökologische Leistungen (Hecken, Lebendverbauungen an Bächen, Untersaaten beim Mais usw.) und für Extensivierungseinbussen (Grünbrachen, Verzicht auf Dünger usw.). Damit kann die bäuerliche Landwirtschaft zu einem guten Teil weiterhin überleben, hingegen werden agroindustrielle Betriebe, die keine ökologischen Leistungen erbringen, unrentabel. Die abgabebedingte Preiserhöhung bei der Energie und weitere Ressourcensteuern verteuern die agroindustrielle Produktion im Vergleich zum Ausland und zum biologischen Anbau.

Der Autoverkehr hat sich stark verringert, bedingt durch Kostensteigerung, Verkehrsbeschränkungen sowie die Einführung des Ökobonus. Parkplatzsteuern, Anwohnerprivileg und Fahrverbote greifen und machen die Städte auto-

Durch die Reduktion des privaten Verkehrs sind die Städte wieder wohnlicher geworden.

arm. In fast jeder grösseren Gemeinde gibt es mittlerweile Autoverleihfirmen, bei denen für den Nahverkehr ohne Umtriebe stundenweise Elektroautos gemietet werden

können. Immer mehr Leute verzichten deshalb auf ihr eigenes Auto oder teilen einen Wagen mit Freunden bzw. Gruppen. Die wertebedingte Abnahme der Mobilität begünstigt das Fahrrad und das Gehen zusätzlich.

Der enorm gewachsene internationale Gütertransitverkehr hat sich fast völlig auf die Schiene verlagert. Den hierfür nötigen Grossinvestitionen die Zustimmung zu geben hat manchen Umweltschützer innerlich fast zerrissen. Auch

dauert es lange, bis der entsprechende Anstieg des öffentlichen Verkehrsvolumens bewältigt werden kann. Die früher sprichwörtliche Pünktlichkeit der SBB ist eher zum Bonmot geworden.

Das Ende der Bodenspekulation...

Die Beschränkung des Pendlerverkehrs erhöht den Druck auf die Zentren und ihr näheres Umfeld. Angesichts der rasch steigenden Preise erreichen die schon ansässigen Mieter, dass auch für die Wohnzonen das im bäuerlichen Bodenrecht bekannte «Selbstbewirtschaftungsprinzip» eingeführt wird. Vorrang beim Kauf von Liegenschaften haben natürliche Personen, die das Eigentum selber nutzen. Gemeinnützige Bauträger wie Baugenossenschaften und Alterswohnungsgesellschaften werden ebenfalls vorrangig behandelt. Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen wirken als Darlehensgeber für die Wohnbaufinanzierung: Jede Kasse muss einen bestimmten Mindestanteil der neuen Anlagekapitalien als Hypothekendarlehen zur Verfügung stellen.

Die Nutzung der bestehenden Bauzonen wird kontingentiert. Die Zersiedlung des Landes kann damit gestoppt werden. Bereits besiedeltes Gebiet wird besser genutzt. An die Stelle des alleinstehenden Einfamilienhauses tritt das verdichtete Bauen. Nähe im Wohnbereich erfahren viele als menschliche und kulturelle Bereicherung. Bei anderen führt es zum Wunsch, sich vermehrt abzugrenzen. «Gleichviel Wohnraum für alle» ist nach wie vor nicht erreicht – wer mehr bezahlen kann, hat auch mehr Platz.

Die Zersiedelung des Landes kann gestoppt werden.

Sozialer Ausgleich

Garantierter Minimallohn und 18 Monate Sozialdienst

Die Sozialversicherungen werden in den neunziger Jahren völlig umgekrempelt. Das hat vor allem zwei Gründe: Die steigenden Kosten werden angesichts der offensichtlichen Mängel des 3-Säulen-Prinzips (Behinderung beruflicher Mobilität, Benachteiligung bei unterbrochenen Berufskarrieren usw.) nicht mehr hingenommen. Zum anderen sind immer mehr Frauen berufstätig und fehlen deshalb für soziale Aufgaben wie Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege, die sie bisher unentgeltlich übernommen haben. Hinter der Revision steht die Absicht, «Arbeit» umfassender zu definieren: Nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch alle Formen sozialer Arbeit sollen von der Sozialversicherung so erfasst werden, dass Frauen und Männer keine Nachteile erleiden, wenn sie daran teilhaben. Grundpfeiler bei der Revision ist die Einführung eines existenzsichernden garantierten Minimallohnes für alle. Damit ist bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsunterbruch, im Alter und bei Invalidität ein finanzielles Minimum gesichert. Finanziert wird dies weitgehend aus den Einnahmen einer spürbaren Konsumbesteuerung und mit Geldern, die durch die Reduktion der Militärausgaben frei werden.

Ergänzt wird das System der sozialen Sicherung durch die Einführung einer obligatorischen «Sozialzeit». Dieses System basiert auf dem direkten Solidaritätsprinzip: Jede Frau und jeder Mann verpflichten sich, insgesamt mindestens

Jede Frau und jeder Mann sind verpflichtet, insgesamt mindestens 18 Monate «Sozialzeit» zu leisten.

18 Monate «Sozialzeit» zu leisten. Der Sozialdienst kann in Form von Pflegedienst, von Kinderbetreuung oder ähnlichen Aufgaben im Dienste des Gemeinwohls

absolviert werden, wobei auch die Erziehung eigener Kinder berücksichtigt wird. Der Staat delegiert die Durchführung von Sozialdiensten an private Institutionen mit gemeinnütziger Zielsetzung.

Lokale Auffangnetze, gemeinnützige Organisationen, freiwillige Hilfe

Der «Dritte Sektor» im Sozialbereich neben Staat und privaten Unternehmen

Gemeinnützige Organisationen bilden neben Staat und privaten Unternehmen einen «Dritten Sektor».

umfasst eine Vielfalt von grösseren und kleinen gemeinnützigen Organisationen, von Nachbarschaftsgruppen bis zu überregionalen Institutionen. Ihre Tätigkeit reicht

von nachbarschaftlicher Hilfe bei Krankheit und Kinderbetreuung bis hin zu Altenpflege, sozialer Hilfe für Randgruppen, Weiterbildung, kultureller Animation, Haushalthilfe und anderem mehr.

Damit diese gemeinschaftlichen Strukturen bestehen können, werden entsprechende Bedingungen geschaffen. So werden die Gemeinden im Rahmen der Nutzungspläne verpflichtet, Raum für soziale Aktivitäten einzuplanen. Dezentrale Pflegestationen, Kinderkrippen, Wohnungen für Betagte integriert in Familiensiedlungen finden sich bald in allen Quartieren, entsprechend dem Leitbild der Sozialzeit, das eine starke Dezentralisierung mit möglichst hohem Einbezug aller Beteiligten vorsieht.

Seit der Einführung der Sozialzeit für Männer und Frauen hat das Interesse an sozialer Tätigkeit und die Bereitschaft, solche zu übernehmen, stark zugenommen. Allerdings gibt es auch hier Formen von Verweigerung. Gegen diesen «kollektiven Zwang» haben sich Organisationen gebildet, die ihren Mitgliedern erfolgreich Rechtshilfe bei Verfahren wegen nicht geleisteter Sozialzeit anbieten. Gegen 20 Prozent der Sozialdienstpflichtigen entgehen so dieser Arbeit. Auch wird die Sozialzeit keineswegs von allen mit vollem Einsatz geleistet. Wer die besseren Beziehungen hat, kriegt eine angenehmere und leichtere Aufgabe. Die Leidtragenden sind häufig alte und kranke Menschen.

Die Pflicht zur Sozialzeit besteht für alle, auch für Ausländerinnen und Ausländer (die inzwischen das Stimm- und Wahlrecht in Gemeinde- und Kantonsangelegenheiten besitzen und ebenfalls Anrecht auf das Minimaleinkommen haben). Wahlweise kann statt Militärdienst Sozialzeit geleistet werden. Stark engagiert im Sozialbereich sind auch ältere Menschen, die keiner Erwerbsarbeit mehr

nachgehen, sich jedoch noch kräftig genug fühlen, um in beschränktem Rahmen tätig zu sein. Die Ghettoisierung betagter Menschen in Altersheimen praktisch ohne Bezug zur übrigen Gesellschaft hat seither stark abgenommen.

Flexiblere Arbeitszeiten und Pensionierungslösungen machen es einfacher, nicht bezahlte Arbeit und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Qualifikationen, die man sich in unbezahlter Arbeit erwirbt, werden von den Unternehmen mehr und mehr auch bei Lohnarbeitsverhältnissen berücksichtigt.

Die Schulmedizin speckt ab und reicht den alternativen Methoden die Hand

Im Gesundheitswesen ist ein Trend weg von der teuren Labormedizin und den hochtechnologischen Geräten hin zu alternativen Heilmethoden festzustellen. In manchen Praxen und Polikliniken wird eine breite Palette medizinischer und paramedizinischer Leistungen angeboten: Homöopathie, Akupunktur, Reflexzonenmassagen usw. ergänzen die Schulmedizin. Ärztinnen und Ärzte treten den Kranken heute partnerschaftlich gegenüber. Auch die Hierarchien im Gesundheitswesen haben sich verringert. Das breite Angebot an alternativen Heilpraktiken führt anfänglich noch zur Verschleierung ärztlicher Kompetenz und gibt vielen Scharlatanen Gelegenheit, an gutgläubigen Patienten mehr Geld zu verdienen. Es müssen schliesslich Schiedsgerichte geschaffen werden, die in Konfliktfällen die Interessen der Kranken wahrnehmen.

Im Gesundheitswesen ist ein Trend weg von der teuren Labormedizin und den hochtechnologischen Geräten zu alternativen Heilmethoden festzustellen.

In die Spitzenmedizin fliessen weniger Forschungsgelder als früher, während die Präventionsmedizin stark gefördert wird. Im Vordergrund steht dabei, ein Verantwortungsbewusstsein für die eigene Gesundheit zu entwickeln.

Über die ethischen Probleme der Medizin werden breite Debatten geführt. So besteht Einigkeit darüber, dass medizinische Spitzenleistungen und die biomedizinische/biotechnologische Forschung nicht unkritisch ausgebaut werden sollen. Wer aber entscheidet über die Grenzen?

Unternehmen und Arbeitswelt

Die Zukunft autonom und umweltgerecht arbeitenden Wirtschaftseinheiten

Die Dynamik der EG und der anfängliche Alleingang der Schweiz fordern die einheimischen Unternehmen in den neunziger Jahren sehr stark. In namhaften Unternehmen gelingt es jüngeren Führungskräften, die Unternehmenspolitik grundsätzlich umzuformulieren. Schneller als ursprünglich erwartet, setzen sich gerade wegen dieses äusseren Drucks neue Produktions- und Führungsprinzipien durch. Die Kapitalkonzentration nimmt unter dem EG-Druck zwar noch zu. Die Unternehmen beginnen sich gleichzeitig aber immer dezentraler

zu organisieren. Sie machen sich die Erkenntnis zu eigen, dass sich z.B. CIM (Computer-Integrated-Manufacturing) nur erfolgreich anwenden lässt, wenn im Rahmen kleiner, sich selbst organisierender Geschäftseinheiten produziert und der Autonomie und Mitverantwortung hochqualifizierter Arbeitskräfte eine zentrale Rolle eingeräumt wird. Gewerkschaften sehen ihre zentrale Rolle in der Beratung ihrer Mitglieder in Fragen der Weiterbildung.

Umweltverträglichkeit wird zum Massstab des Unternehmenserfolgs

Umweltverträglichkeit wird zu einem immer wichtigeren Bestandteil der Unternehmenspolitik. Für umweltschädigende Produktion wird es zunehmend schwierig, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Im Konsumgüterbereich führen organisierte Boykotte von Konsumenten und Konsumentinnen gegen umweltverschmutzende Produzenten immer wieder zu grossen Umsatzeinbussen.

Mit dem Ziel, die durch Produkte und Produktionsmethoden verursachten

Bei Umweltschäden durch Produkte oder Produktionsverfahren muss der Verursacher beweisen, dass ihn keine Schuld trifft.

Schäden zu vermindern, wird ein neues Haftungsrecht geschaffen. Für Schäden durch Produkte oder Produktionsverfahren haftet neu automatisch (kausal) der Hersteller oder der Importeur. Die Beweislast wird

umgekehrt: Der Verursacher muss beweisen, dass ihn keine Schuld trifft. Jedes Unternehmen ist verpflichtet, für solche Fälle eine Versicherung abzuschliessen.

All jene Unternehmen, die den althergebrachten, ressourcenverschleudernden Produktions- und Wachstumsprinzipien treu bleiben, sind in grösste wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Etliche von ihnen haben den Anschluss auch jetzt noch nicht geschafft, müssen schmerzhaft Redimensionierungen vornehmen oder verschwinden von der Bildfläche. Andere haben schon Mitte der neunziger Jahre ihren Sitz ins Ausland verlegt, was zu Arbeitsplatzverlusten geführt hat. Sie auszugleichen ist im schwierigen schweizerischen Umfeld nicht leichtgefallen.

Eine freiere Gestaltung der Arbeitsformen setzt sich durch

Die Diskussion um flexiblere Arbeitszeiten spitzt sich ebenfalls zu. Die Tendenz zu «Rund-um-die-Uhr-Betriebszeiten» stösst auf Widerstand. Vor allem qualifizierte Frauen und Männer mit hohem Einkommen sind nicht bereit, sich nach

Immer mehr Männer und Frauen wollen nur noch 50, 70 oder 80% arbeiten.

den Bedürfnissen ihrer Arbeitgeber flexibel einsetzen zu lassen. Qualifizierte Arbeitskräfte für Nacht- und Sonntagsarbeit zu finden wird schwierig. Immer mehr Frauen

und Männer wollen zudem nur noch 50, 70 oder 80% arbeiten und verlangen, selbst darüber bestimmen zu können, wie sie diese Zeit einteilen (Zeitsouverä-

nität). Unter den Unternehmen beginnt angesichts der Knappheit an qualifiziertem Personal, das all die Umstellungen zu bewerkstelligen weiss, ein eigentlicher Wettbewerb, wer die attraktivsten Arbeitszeiten anzubieten hat.

Die Frauen erobern auch die Führungsetagen

Frauen mit geeigneter Ausbildung werden in dieser Situation von immer mehr Unternehmen gezielt umworben. Ende der neunziger Jahre sind Frauenförderungsprogramme auch in Klein- und Mittelbetrieben eine Selbstverständlichkeit. Deutlich mehr Frauen steigen ins mittlere Kader auf, und auch auf oberster Unternehmensebene sind um die Jahrtausendwende mehr als nur ein paar Alibifrauen zu finden. In den Vorzimmern werden gleichzeitig viele Sekretärinnen von Sekretären abgelöst. Damit hat sich auch das Betriebsklima gewandelt: Reines Leistungsdenken ist gegenüber einer ganzheitlicheren Sicht von Leben und Arbeiten noch stärker zurückgetreten.

Unqualifizierte Arbeitskräfte allerdings bekommen diese Veränderungen viel weniger zu spüren. Frauen ohne Berufsausbildung, darunter viele ausländische Arbeitskräfte, gehören wie bisher zu den Verliererinnen und Verlierern. Mangels anderer Möglichkeiten springen sie in die Lücke und arbeiten häufig zu unattraktiven Nacht- und Sonntagszeiten. Die Einführung des Minimallohnes bringt allerdings auch hier eine Absicherung: Um zu verhindern, dass sich wenig Qualifizierte aus der Erwerbsarbeit zurückziehen, sind die Unternehmen gezwungen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Kultureller Wandel

Lokal Selbstgemachtes verdrängt die seichte Konsumkultur

Die zentrale Stellung des Umweltschutzes führt bei der «Lebenskultur» teilweise zu einer Rückwärtsorientierung. Die Art und Weise, wie unsere Vorfahren als Bäuerinnen und Bauern in einer vorindustriellen Zeit im Einklang mit der Natur lebten, wie Freizeit und Arbeit ein kaum unterteiltes Ganzes waren, bekommt für viele plötzlich wieder Vorbildcharakter. Dem entgegen läuft die Erkenntnis, dass ein Zurückdrehen des Rades unmöglich ist. Man ist sich klar darüber, dass die riesigen Umweltprobleme nur mit Hilfe von Wissenschaft und Technik zu lösen sind.

In der Kunst ist ein Trend zur nichtkommerziellen Beteiligungskultur festzustellen. Theaterstücke, die von initiativen Gruppen mit kleinem Budget und viel Idealismus dargeboten werden, erfreuen sich grösserer Nachfrage. Mitmachen wird wichtiger als elitäre Qualität. Es wird gemeinsam musiziert, gemeinsam gesungen. Ein Teil der Bevölkerung verschmäht den reinen Medien- und Kunstkonsum und

In der Kunst geht der Trend in Richtung nichtkommerzielle Beteiligungskultur.

wendet sich gegen das Überhandnehmen anonymer technischer Kommunikationsdienstleistungen. Persönliche, direkte und sinnliche Erfahrung wird wieder aufgewertet.

Angesichts der Entwicklung in Europa und der immer grösseren Zahl von Fernsehstationen, die via Satellit in der Schweiz empfangen werden können, wird die Stellung der SRG als starke nationale Fernsehkette verstärkt. Die SRG soll in bewusster Abgrenzung von französischen, italienischen, deutschen und amerikanischen Privatsendern nicht primär schnelle, aktuelle, oberflächlich-unterhaltende Fernsehkost bringen, sondern ihre Hintergrund-Berichterstattung vertiefen. Für «offene Bürgerkanäle» mit pluralistischen Trägerschaften werden Fernseh- und Radiofrequenzen bereitgestellt.

Ganzheitliches Denken greift in allen Lebensbereichen um sich

Selbsterfahrung und Selbstfindung werden zu einer wichtigen Ergänzung in einer modernen, von technischen Hochleistungen geprägten Welt. Auf der Suche nach ganzheitlichem Bewusstsein werden ostasiatische und afrikanische Erfahrungen mit europäischen kombiniert. Es kommt zu neuen religiösen Bewegungen ausserhalb der traditionellen Kirchen. Daraus ergeben sich auch neue Konfliktherde, vor allem rund um fundamentalistische Strömungen.

Das Bildungswesen wird völlig umgekrempelt: Lebenslange und ganzheitliche Aus- und Weiterbildung wird zum Leitprinzip des Bildungssystems. Das hat zur

Lebenslange und ganzheitliche Aus- und Weiterbildung wird zum Leitprinzip des Bildungssystems.

Folge, dass auf der einen Seite schon während der obligatorischen Schuljahre, in der Mittelschule und an der Universität vermehrt eine praxisorientierte Ausbildung

stattfindet. Auf der anderen Seite werden die Unternehmen zu betriebsinterner Weiterbildung verpflichtet. Zudem besteht das Recht auf regelmässigen ausserbetrieblichen Bildungsurlaub.

Lebensformen

Weniger haben – mehr sein, solidarisch handeln

Die frühere Lebensauffassung, weitgehend auf Konsum, auf Besitz von immer mehr und immer Neuem ausgerichtet, wird kaum mehr verstanden. Das Wirtschaftswachstum ist kein Kriterium mehr und verläuft enttäuschend: Durchschnittsbürgerinnen und -bürger schaffen sich weniger Konsumgüter an. Diese werden aber viel länger genutzt, sind sie doch nicht mehr dauernd wechselnden Modeströmungen unterworfen.

Die Rollenunterschiede zwischen Frauen und Männern haben sich stark verringert. Fast alle Frauen arbeiten heute ausser

Sehr viele Männer sind mitverantwortlich für Haushalt und Kinder...

Haus – als Erwerbstätige und/oder in sozia-

len Netzwerken. Und sehr viele Männer sind heute mitverantwortlich für Haushalt und Kinder. In bald einem Fünftel aller Familien sind es die Väter, die in erster Linie für die Kinder und den Haushalt sorgen.

Auch die Normen der Jüngsten haben sich verändert. Weil oftmals Mutter und Vater ausser Haus tätig sind, ist für fast alle Kinder ein grösserer sozialer Bezugsrahmen selbstverständlich: Tagesvater oder -mutter, Kinderhort oder Aufgaben- gruppe stellen fast für jedes Kind eine Ergänzung zur Kleinfamilie dar. Denn trotz Flexibilisierung sind die meisten Eltern froh, wenn sie ihre Kinder zeitweise in die Obhut solcher Institutionen geben können. Obwohl diese in der Regel Bestandteil des nachbarschaftlichen Zusammenlebens sind, bleiben Probleme, so wegen der ungenügenden Koordination mit den Arbeitszeiten der Erwachsenen oder wegen des schlechten Gewissens, das sich viele Eltern machen, wenn sie die Kinder nicht selbst betreuen.

Mehr soziale Integration, aber auch mehr Kontrolle

Die Integration und, wo nötig, auch die Betreuung alter Menschen ist heute viel befriedigender gelöst: Fast überall sind Alterswohnungen in Mehrfamilienhäuser integriert, in denen Familien, Paare und Einzelpersonen leben. Häufig findet so eine Symbiose statt: Alte Menschen, die sich noch kräftig genug fühlen, kümmern sich um Kinder und Jugendliche (zum Beispiel bei der Aufgabenhilfe), haben die Verantwortung für nachbarschaftliche soziale Netzwerke oder sind anderweitig aktiv. Gleichzeitig haben sie die Sicherheit, dass man sich um sie kümmert, wenn sie krank sind oder pflegebedürftig werden. Gut integriert sind in den meisten Gemeinden auch Ausländerinnen und Ausländer, die in vielfältigen Vereinen ihre kulturellen Traditionen pflegen und an die Öffentlichkeit tragen.

Alterswohnungen sind integriert in Mehrfamilienhäuser, in denen Familien, Paare und Einzelpersonen leben.

Durch das intensive nachbarschaftliche Zusammenleben steigt allerdings auch die soziale Kontrolle: Es wird schwieriger, sich zurückzuziehen, anonym und unbeobachtet zu bleiben. Lehrerinnen und Lehrer sind wieder zu einer moralischen Instanz geworden, die den Kindern und damit deren Eltern vermitteln, was wertvolle Kunst ist, was umweltgerechtes Verhalten heisst und wie man sozial lebt.

Der individuellen Freiheit sind klare Grenzen gesetzt, wenn sie die Gemeinschaft beeinträchtigt.

Auch in den kleinen sozialen Netzen wird ein spürbarer moralischer Druck ausgeübt: Wer z.B. ein umweltschädigendes Hobby hat, muss damit rechnen, ausgegrenzt zu werden. Die schweizerische Schnüffelmentalität hat damit ein neues Feld erobert. Der individuellen Freiheit, die zu Beginn der neunziger Jahre als beinahe höchstes Gut galt, sind heute klare Grenzen gesetzt, wenn sie die Gemeinschaft beeinträchtigt.

Weniger Erwerbsarbeit zugunsten von mehr sozialen Aktivitäten

Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit sind im Vergleich zu früher fließend geworden. Die Mehrzahl der Frauen und Männer gehen weniger als 40 Stunden pro Woche einer Erwerbsarbeit nach. Anders liesse sich das Arbeiten ja auch gar nicht mit den sozialen Tätigkeiten vereinbaren. So werden viele Arbeiten, die früher an Institutionen und Privatfirmen delegiert wurden, wie etwa die Renovation der Wohnung oder die Pflege des Gartens im Hof der Siedlung, von Bewohnerinnen und Bewohnern übernommen. Der Boom dieser «Eigenarbeit» wird durch die Vorstellung von einem ganzheitlichen Leben sicher gefördert, verspüren viele Menschen doch ein starkes Bedürfnis nach diesem körperlichen Ausgleich zur Büroarbeit.

Positiv

Trendbrüche

- **Europapolitik:** Gegen Ende des Szenariozeitraums nähert sich die Schweiz nach langer Zurückhaltung der Europäischen Gemeinschaft an. Erstens, weil die EG-Strukturen langsam demokratisiert werden und sich die Gangart der EG-Umweltpolitik stark beschleunigt. Zweitens, weil die Zusammenarbeit mit ähnlich denkenden Organisationen in Europa und der Welt bewusst gemacht hat, dass Umweltpolitik international koordiniert werden muss. Das Szenario erhebt aber den Anspruch, dass die Umorientierung auch im umgebenden Ausland geschieht.
- **Sozialer Ausgleich:** Zahlreiche soziale Aufgaben werden an die zivile Gesellschaft übertragen. Der vom Staat finanzierte soziale Ausgleich wird durch soziale Netze abgelöst, die bürgernäher sind und der zunehmenden Individualität besser Rechnung tragen. Dem Gedanken der zivilen Gesellschaft wird allerdings mit staatlichen Zwangsmitteln wie der obligatorischen Sozialzeit zum Durchbruch verholfen.
- **Umweltpolitik:** Nach-materialistische Werte gewinnen an Bedeutung. Die anstehenden Probleme im Umweltbereich werden als so schwerwiegend eingestuft, dass die Umweltpolitik Priorität erlangt. Dies heisst für die Unternehmen: Kontinuierliche, erträgliche Wirtschaftstätigkeit im Einklang mit der Natur und unter Schonung der Ressourcen. Ausgehend vom Umweltbereich, dem die politischen Entscheide in allen Bereichen untergeordnet werden, können sich wieder allgemeinverbindliche Normen der Lebensgestaltung herausbilden – und damit auch ein entsprechendes Konfliktpotential.

- Das wirtschaftliche Geschehen ist so organisiert, dass es auch in der langen Frist ohne zunehmende Belastungen der Umwelt vonstatten gehen kann. Im Interesse zukünftiger Generationen wird der Verbrauch an natürlichen Ressourcen stabilisiert, Recycling ist die Norm.
- Armut wird durch die neuen Systeme des sozialen Ausgleichs verhindert. Kaum jemand fällt mehr aus dem sozialen Netz.
- Voraussetzungen für eine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter sind gegeben. Die Berufsarbeit wird flexibler. Berufswelt und Lebenswelt sind besser integriert.
- Die Schweiz verfällt nicht in eine selbstgewählte politische und kulturelle Isolation. In einigen Bereichen bekommt sie mit ihrer aktiven Politik auch einen gewissen Vorbildcharakter.

Negativ

- Es entsteht ein klares System ethischer und ökologischer Normen. Für individualistisch ausgerichtete Bürgerinnen und Bürger wird es als zu enges «Korsett» empfunden, das sie in ihrer (wirtschaftlichen) Entfaltung hindert. Manche suchen die Auswanderung.
- Die gesellschaftlichen Werthaltungen werden gegenüber Andersdenkenden intolerant durchgesetzt. Diese Intoleranz steht nicht nur im Widerspruch zu ethischen Grundwerten dieses Szenarios. Sie wirkt längerfristig auch konservativ und behindert somit eine gesellschaftliche Weiterentwicklung.
- Die vielen gesetzlichen Regelungen können sich hemmend auf die Wirtschaft auswirken und sie gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligen, falls dort nicht ähnliche Entwicklungen stattfinden.
- Die egalitären Tendenzen, aber auch aufkommende fundamentalistische Strömungen bergen ein erhebliches Konfliktpotential.

Gewinnende und Verlierende

- Gewinnende sind die Natur und die zukünftigen Generationen. Aber auch die sozial Schwächeren, die von den sozialen Auffangnetzen profitieren.
- Gewinnende sind ebenfalls kleinere, innovative Unternehmen, die die Marktnischen der ökologischen Innovation geschickt und rasch ausnützen.
- Verlierende sind die schwerfälligen, statusquo-orientierten Betriebe und die Unternehmen, die nicht mehr auf umweltverträgliche Produktion umstellen

können. Wegen der einseitigen Nutzung des technischen Fortschritts und der mangelnden Integration in die internationale Arbeitsteilung bleibt für alle die Versorgung mit modernen Gütern und Dienstleistungen hinter den Möglichkeiten des Auslandes zurück.

- Zu den Verlierenden gehören auch Teile der Eliten, die in ihrer privaten, individuellen Entfaltung an enge Grenzen stossen. Die neuen politischen Koalitionen bilden sich auf Kosten der traditionell bestimmenden Kreise.

e. Alle sollen sich ein schönes Leben machen können

Intensiv leben und im Beruf professionell arbeiten, heisst die Devise von vielen. Freizeit und Selbstverwirklichung sind die Leitmotive der Menschen. Staat, Politik und Wirtschaft sollen dazu den Rahmen liefern. Die politische Beteiligung ist für die meisten völlig uninteressant. Umweltschutz ist nötig, soll die eigene Entfaltung und das Konsumieren aber nicht schmälern. Die Frage nach Lebenssinn und Lebensqualität wird neu gestellt. Der Wunsch nach Selbstentfaltung beinhaltet mehr als rein materiellen Konsum. Der Rückblick aus dem Jahr 2010 zeigt: Verkrustete Strukturen sind aufgebrochen, die Schweiz hat sich den Entwicklungen in Europa nicht verschlossen. Die totale Vernetzung erlaubt eine weltweite Kommunikation.

Grundannahmen

«Sich ein schönes Leben machen!» – Die Menschen im Jahr 2010 verbinden mit diesem Satz Vorstellungen, die nicht mehr nur mit rein materiellem Konsum gleichzusetzen sind. Neben die «moderne», materialistisch und massenindustriell geprägte Werthaltung sind «postmoderne» Einstellungen getreten. Diese sind eher ideell und individuell gestimmt und betonen die Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung. Generationenwechsel und veränderte ökonomische Randbedingungen führen dazu, dass sich diese individualistische Werthaltung immer deutlicher durchsetzt. Das Szenario geht von drei Bevölkerungsgruppen aus, die sich bis 2010 unterschiedlich entwickeln:

- Die vormoderne «Weltkriegsgeneration» ist an traditionalistischen Wertvorstellungen orientiert und 1990 zur Hälfte über 55 Jahre alt. Sie ist auf Sicherheit, Pflichterfüllung, Sparsamkeit, Hierarchie und Sittenstrenge ausgerichtet und dem Hedonismus generell abgeneigt. 20 Jahre danach macht diese Bevölkerungsgruppe in unserem Szenario nur noch eine Minderheit aus.
- Die moderne «Wohlstandsgeneration» ist materialistisch orientiert und die treibende Kraft der bisherigen Wirtschaftsentwicklung. Im Jahr 2010 macht diese Gruppe annähernd die Hälfte der Bevölkerung aus. Sie orientiert sich an Besitz, Wohlstand, Erfolg, Prestige, Status-Symbolen, Abwechslung, starken Sinnesreizen, grossem Bekanntenkreis, technischen Fortschritten, Konsum «auf höchstmöglichem Niveau», Erlebnis und Action. Die Menschen sind von Moden aussengeleitete und extravertierte Selbstdarstellerinnen und -darsteller.
- Für die postmoderne «Zukunftsgeneration» heisst ein «schönes Leben» Freizeitorientierung und Selbstverwirklichung. Nonkonformismus und Skepsis gegenüber Autoritäten herrschen vor. Arbeit, Geld und Technik verlieren an Stellenwert. Als Ressourcen sind sie Mittel zum Zweck und sorgen für mehr

Bequemlichkeit im Alltag. Die Frage nach Lebenssinn und Lebensqualität wird individuell gestellt und beantwortet. Das Wie ist wichtiger als das Wieviel, Inhalt wichtiger als äussere Form. Deutlich mehr als ein Drittel der Bevölkerung gehören 2010 dieser Generation an.

*Schweiz und Welt
Grenzenloses Europa*

Die Volksabstimmung zum Beitritt der Schweiz in die Europäische Gemeinschaft wird Mitte der neunziger Jahre überraschend gut angenommen. Die Mehrheit der Bevölkerung in den EFTA-Ländern hat sich vom Argument überzeugen lassen, dass in Europa die wirtschaftlichen Gesichtspunkte massgebend sind und in diesem Licht betrachtet eine Unterscheidung von EG-Raum und EWR-Raum nur ein künstliches und bestenfalls hinderliches Konstrukt sein kann. Gemeinde, Kanton, Bund und Europa sind jetzt die vier Wahl-, Verwaltungs- und Entscheidungsebenen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz. Gegen Ende des Jahrhunderts wird in der EG dann das Programm EUROPA 2000 aufgelegt. Es enthält fünf Aufgabenblöcke: 1. harmonisierte Infrastrukturen insbesondere beim öffentlichen Verkehr und in der Telekommunikation, 2. Vereinheitlichung der Bildungssysteme, 3. Kultureller Austausch, 4. Auflagen und Förderprojekte im Umweltbereich und 5. kollektive Sicherheit. Die Schweiz kann und will sich in ihrer Mehrheit diesen Entwicklungen in Europa nicht mehr verschliessen.

Festung gegen Menschen aus Süd und Ost

Im Jahr 2005 werden die nationalstaatlichen Armeen von einer europäischen Sicherheitsorganisation abgelöst. Jede Nation leistet proportionale Beiträge an Berufssoldaten und -soldatinnen, Waffen und Finanzen. Diese Lösung sichert den Frieden innerhalb Europas und nach aussen effizienter als die bisherige Form der Nationalarmeen. Die Abwehr des religiösen Fundamentalismus, die Sicherung der Rohstoffe, die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, Drogenhandel, Terrorismus und illegaler Einwanderung schweissen die europäischen Länder verteidigungspolitisch zusammen.

In den neunziger Jahren schon belastete insbesondere die Ost-West-Migration Europa stark. Überschwemmungen, Dürren und andere Naturkatastrophen

Millionen von «Boat-People» versuchen, illegal in die hochentwickelten Staaten einzuwandern. Man spricht davon, dass die «Insel Europa» voll sei.

führten in der Folge zu einem eigentlichen Exodus aus den Ländern der Dritten Welt. Eine Entwicklung, die sich angesichts der globalen Erwärmung noch verschärfen wird. Millionen von «Boat-People» versuchen verzweifelt, illegal in die hochentwickelten Staaten einzuwandern. Man spricht davon, dass die «Insel Europa»

voll sei, und wendet sehr viele Sicherheitskräfte dafür auf, Eindringlinge wieder auszuschaffen und die Grenzen dicht zu halten. Kriminalität, Korruption, Hunger, Elend, bis hin zu Boot-Versenkungen im Mittelmeer, prägen das traurige Bild.

Regionen statt Nationen

Der ECU wird in Geschäftswelt und Tourismus immer mehr zum europaweiten Zahlungsmittel. Die gesamteuropäischen Entwicklungen haben den Mythos des Nationalstaates gebrochen. Die Nationen werden in Ihrer Bedeutung zu «europäischen Kantonen». Verschiedene Regionen Europas splintern sich von ihrem bisherigen Staat ab und werden zu autonomen EG-Regionen im Sinne europäischer Verwaltungsbezirke, so z.B. Korsika, das Baskenland, die Bretagne, Sizilien und Sardinien. Sie haben im Rahmen des EG-Rechts volle Autonomie, sie verpflichten sich aber zur Übernahme des ECU als Zahlungsmittel, um die Komplexität des europäischen Währungs- und Finanzwesens nicht weiter zu belasten. Auch Jugoslawien löst sich wieder in Teilländer auf. Genf und das Tessin sind grenzüberschreitende Regionen mit eigener politischer Organisation geworden. Auch die Kantone der Nordwestschweiz wollen ihre Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft als «alten Zopf» abschneiden. In den Zusammenschlussgesprächen zwischen Basel, Mulhouse und Freiburg i. Br. werden derzeit erste Erfolge erzielt.

Genf und Tessin sind grenzüberschreitende Regionen mit eigener politischer Organisation geworden.

«Welt-Agglomeration» mit Nord-Süd-Gefälle

Nach dem endgültigen Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion, und später auch in China, verändert sich das weltpolitische Kräfteverhältnis. Die zunehmende weltwirtschaftliche Vormachtstellung von Ostasien unter der Führung von Japan wird von Europa bewundert und auch gefürchtet. China gewinnt an Stärke seit der Einbindung von Hongkong und Taiwan. Dagegen verlieren die USA und die UdSSR an wirtschaftlicher und weltpolitischer Bedeutung und büßen dafür, dass sie sich im 20. Jahrhundert durch Rüstung, Verschuldung (USA) und Bürokratie (UdSSR) ruiniert haben. Die europäischen Entwicklungen zeugen von wenig Solidarität mit der Dritten Welt. Die herrschende Meinung in Europa, auch in der Schweiz, geht dahin, dass die Probleme dieser Länder «selbstgemacht» sind und deshalb selbst gelöst werden müssen. Als Ursachen werden die fehlenden demokratischen Strukturen und der Machtmissbrauch einer dünnen Oberschicht gesehen. Gehandelt wird allerdings nach der Auffassung, dass Geld nicht stinkt und der Finanzplatz Schweiz keine ethische Zensurbehörde braucht.

Die zunehmende weltwirtschaftliche Vormachtstellung von Ostasien unter der Führung von Japan wird von Europa bewundert und gefürchtet.

Für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz haben die internationalen Entwicklungen viele Vorteile gebracht. Zunächst wird der Wegfall der Zollschranken und der Militärpflicht als richtiggehende Befreiung empfunden. Die internationale Mobilität beim Reisen und am Arbeitsplatz nimmt laufend zu. Die Gefühle von Verwurzelung und Identifizierung mit dem Geburts- oder

Die herrschende Meinung geht dahin, dass die Probleme der Dritten Welt «selbstgemacht» sind und deshalb auch selbst gelöst werden müssen.

Wohnort schwinden allmählich. Man fühlt sich heute als multikulturelle Weltbürgerinnen und -bürger in einer hochentwickelten «Weltagglomeration». Die abnehmende Bedeutung des Kleinräumigen, die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern in gemeinsamen Projekten und auf den verschiedensten Ebenen wird allgemein positiv gewertet und als spannend empfunden. Das zunehmende Elend der Dritten Welt wird zwar bedauert, aber als nicht beeinflussbar angesehen.

Der Ruf nach Professionalisierung in der Politik wird in den neunziger Jahren immer stärker. Der Grundtenor lautet, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden in vielen Sachabstimmungen zusehends überfordert. «Die da oben machen ohnehin, was sie wollen», heisst es oft. Dieses Gefühl hat sich dadurch verschärft, dass seit Ende der achtziger Jahre jedes Sachgeschäft auf seine «Europafähigkeit» geprüft wird. In allen bedeutenden Belangen des Zusammenlebens und Überlebens wird deutlich, dass nationale Lösungen nicht mehr möglich sind. Eine eigenständige Bundespolitik ist undurchführbar oder irrelevant. Bundespolitik ist zusehends Anpassungs- und Umsetzungspolitik. Die generelle Entpolitisierung seit den siebziger Jahren führt konsequenterweise dazu, dass mit der Volksabstimmung über den EG-Beitritt auch die Demokratie-Reform angenommen wird:

*Politisches System:
Medienorientierte Berufspolitik*

Der Ruf nach Professionalisierung in der Politik wird in den neunziger Jahren immer stärker.

Der Ruf nach Professionalisierung in der Politik wird in den neunziger Jahren immer stärker. Der Grundtenor lautet, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden in vielen Sachabstimmungen zusehends überfordert. «Die da oben machen ohnehin, was sie wollen», heisst es oft. Dieses Gefühl hat sich dadurch verschärft, dass

seit Ende der achtziger Jahre jedes Sachgeschäft auf seine «Europafähigkeit» geprüft wird. In allen bedeutenden Belangen des Zusammenlebens und Überlebens wird deutlich, dass nationale Lösungen nicht mehr möglich sind.

Eine eigenständige Bundespolitik ist undurchführbar oder irrelevant.

Eine eigenständige Bundespolitik ist undurchführbar oder irrelevant. Bundespolitik ist zusehends Anpassungs- und

Umsetzungspolitik. Die generelle Entpolitisierung seit den siebziger Jahren führt konsequenterweise dazu, dass mit der Volksabstimmung über den EG-Beitritt auch die Demokratie-Reform angenommen wird:

- Abbau der direkten Demokratie durch Aufgabe des Referendumsrechts auf Bundesebene.
- Abkehr vom innovationsfeindlichen Konkordanzprinzip und Übergang zum handlungsfähigeren Prinzip von Mehrheitsregierung und Opposition.
- Klare Aufgabenteilung zwischen den beiden Räten durch «Spezialisierung» auf verschiedene Geschäftsbereiche.
- Berufsparlament mit entsprechender Infrastruktur und Weiterbildungsmöglichkeiten für Parlamentsmitglieder.

Damit hat sich die Schweiz auch im politischen System Europa besser angeglichen. Angesichts der zunehmenden Wichtigkeit der Europapolitik europäisieren sich die einst nationalen Parteien in den neunziger Jahren, indem sie Bündnisse schliessen und sich dann als Europaparteien definieren. Da immer mehr Köpfe statt Programme gewählt werden, nimmt der Anteil ehemaliger Medienstars, Sportler und Künstlerinnen im Parlament zu. Der Frauenanteil bleibt aber bei 22 Prozent stehen, nachdem ein Vorstoss für 40-Prozent-Mindestquoten pro Geschlecht abgelehnt worden ist.

Der Anteil ehemaliger Medienstars, Sportler und Künstlerinnen im Parlament nimmt zu.

«Aufstand» gegen die Bürokratie und mehr politische Selbstverwirklichung in Quartier und Gemeinde

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts setzt ein eigentlicher «Aufstand» gegen die staatliche Bürokratie ein. Bisher rein oder überwiegend staatliche Aufgaben werden aufgliedert und in grossem Umfang dem Privatsektor zugewiesen.

Ehemals staatliche Ämter bieten als private Betriebe oder Stiftungen Dienstleistungen an und werden für klar definierte, gemeinschaftliche Leistungen entschädigt. So

Ehemals staatliche Ämter bieten als private Betriebe oder Stiftungen Dienstleistungen an.

wird zum Beispiel das Bundesamt für Statistik eine Stiftung, deren Dienstleistungen von den Nutzniessern kostendeckend finanziert werden. Ganze Bereiche wie Strassenwesen, Abfallentsorgung, Energie, aber auch die Spitäler werden aus dem staatlichen Verantwortungsbereich herausgebrochen und müssen für öffentliche Beiträge begründete Anträge stellen. Bei den Staatsangestellten fällt der Status der «Unkündbarkeit», um Willkür, Überheblichkeit und Drückebergertum einen klaren Riegel zu schieben. Aufgrund verschärfter parlamentarischer Kontrolle nehmen Entlassungen und Versetzungen zu und erzwingen eine stärkere «Marketingorientierung» des Verwaltungsapparates.

Parallel zu dieser radikalen und längst nicht abgeschlossenen Umgestaltung überholter Strukturen bestehen auf Gemeinde- und Quartierebene punktuelle, milizartige Aktivitäten. Nachbarschaftspolitik wird als konsequente Fortführung der individuellen Selbstverwirklichung verstanden und ist im überschaubaren Rahmen

Nachbarschaftspolitik wird als Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung verstanden.

möglich. Häufige Themen sind: Verkehrsberuhigung, Quartierinfrastruktur (z.B. Kinderhütendienst), kulturelle Anlässe, Organisation privater Sicherheit gegen Drogen und Diebstahl. Sie werden von Gruppen aufgegriffen, die nach Lösung des Problems wieder auseinandergehen.

Umwelt

Griffige Sanierung des Verkehrssystems

Der Individualismus führt in den neunziger Jahren zu einer Zweitauto- und Motorrad-Welle mit entsprechend massiver Verkehrszunahme. Um die Jahr-

Um die Jahrhundertwende tritt ein Verkehrskollaps ein. Die gesundheits-schädigenden Folgen von Schadstoffen und Lärm werden nicht mehr hingenommen.

hundertwende tritt ein Verkehrskollaps ein mit Dauerstau, überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln sowie überlasteten und verspäteten Europaflügen. Die gesundheits-schädigenden Folgen von Schadstoffen und Lärm werden von der Bevölkerung nicht

mehr hingenommen. Die EG lanciert deshalb zusammen mit den einzelnen Nationalstaaten und Regionen ein gesamteuropäisches Verkehrssanierungsprojekt, das sich auf drei Pfeiler abstützt:

- Investitionshilfen für eine innovative Erneuerung der privaten Kollektiv-Verkehrsmittel und der Einrichtungen für den Güterverkehr: Hochgeschwindigkeitsbahnen, «Swiss Metro» zwischen den Zentren, Rufbus-Systeme in ländlichen Gebieten werden gefördert. Neue Anlagen ermöglichen einfaches und schnelles Umladen von Containern. Die Elektronische Dateninformation und das automatisierte Leitsystem für das «intelligente Auto» erleichtert den Waren- und Individualverkehr.
- Förderung umweltgerechten Verhaltens durch eine am Kunden orientierte Optimierung zwischen Individual- und Kollektivverkehr: Vielfältige Dienstleistungen aus der Teleinformatik sind zu einem umfassenden Reservations- und Bestellsystem verbunden. So miete ich von zu Hause einen Parkplatz am Bahnhof SBB in Basel, bestelle die Fahrkarte nach Locarno, reserviere einen «Büro-Sitzplatz» im Zug, einen Mietwagen in Locarno und eine Hotelunterkunft im Verzascatal. Die Kosten belaste ich direkt am Bildschirm meinem Bankkonto.
- Marktkonforme Steuerung des Verkehrsvolumens und -verhaltens über den Preismechanismus: Die Autobahnen sind europaweit privatisiert. Auch in der Schweiz werden somit Autobahn- und Tunnelgebühren erhoben. Die vollen Strassenkosten, das heisst auch die sozialen Kosten des Verkehrs wie

Pendler-, Tourismus- und Güterfernverkehr verlagern sich mehr auf die Schiene

Lärmschutz oder Bodenentgiftung werden nach dem Verursacherprinzip in den Mineralölpreis integriert. Trotz geringerem Benzinverbrauch ist Autofahren

damit massiv teurer. Pendler-, Tourismus- und Güterfernverkehr verlagern sich mehr auf die Schiene. In Städten werden Parkplätze nur noch vermietet. Der Anteil an Elektromobilen, Fahr- und Motorrädern mit wenig Parkraumbedarf nimmt im Stadtverkehr erheblich zu. Heimlieferdienst und elektronische Warenbestellung, das sogenannte Teleshopping, gewinnen an Bedeu-

tung, ebenso die Telearbeit, also die Auslagerung von Satellitenbüros aus den Städten und die Arbeit zu Hause mit telekommunikativer Vernetzung zum Büro. Erhöhte Versicherungsprämien und verschärfte Malusbeiträge steigern die finanzielle Verantwortung des einzelnen und sorgen so für mehr Verkehrssicherheit. Die bisher extreme Risikoabwälzung auf die anonyme Mehrheit findet damit ein Ende. Auch die Relikte der «Belehrungsmentalität» wie Höchstgeschwindigkeiten und Gurtenobligatorium werden abgeschafft.

Eigenverantwortung bringt nur Teilerfolge im Umweltschutz

Die Abfallentsorgung ist über das Recycling zu einem Markt geworden. Andere Umweltbereiche bleiben problematisch, da die Mehrheit der Bevölkerung eher kurzfristig denkt. «Es soll uns hier und jetzt gutgehen» und «jede Generation soll für sich selbst schauen und verantwortlich sein» ist die weit verbreitete Lebensauffassung. Diese Mentalität beinhaltet zwar, dass man die Welt kurzfristig nicht gefährden möchte. Es fehlt jedoch ein Bewusstsein, das über diese Perspektive hinausreicht. Das Artensterben an sich wird nicht als bedauerlich oder bedenklich erachtet, denn der Mensch kann ja durch Zucht und Gentechnologie neue Gattungen und Formen entwickeln. Dieser «Machbarkeitswahn» führt zu einer gewissen Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht in Unternehmen wie auch bei staatlichen Kontrollinstanzen, die ohnehin eher unterdotiert sind. Kleinere und grössere Umweltunfälle nehmen zu und mit ihnen auch die Entsorgungskosten. Wohl wird die Umweltbehörde ausgebaut, es werden aber zunehmend auch Korruptionsfälle aufgedeckt, wo eigennützige Beamte sich zu ihrer persönlichen Bereicherung haben bestechen lassen.

«Jede Generation soll für sich selbst schauen und verantwortlich sein.»

Gegen weltweit ausstrahlende Risiken aus Kernkraftwerken und Gentechnologie, gegen Zeitbomben wie Ozonloch, Abholzung von Tropenwäldern und Klimaveränderung will niemand etwas vorkehren. Sie entgleiten einer wirksamen Kontrolle. Die Frage, ob die Menschheit endgültig dem Untergang geweiht sei, wird zwar von einigen weitdenkenden Gruppierungen gestellt und bedrückt im Jahr 2010 alle Staaten und Menschen dieser Welt. Doch die Auffassung von den «Grenzen des Wachstums» bestreitet vor allem die Dritte Welt, die den bereits entwickelten Ländern Egoismus vorwirft.

Die «Grenzen des Wachstums» werden vor allem von der Dritten Welt bestritten, die den bereits entwickelten Ländern Egoismus vorwirft.

Mit dieser These gehe es diesen nur darum, die Macht zu erhalten und die Dritte Welt zurückzubinden, so der einhellige Tenor auf jener Seite. Wenn schon, sollten die konsumsatten Länder etwas kürzer treten, lautet die nicht erhörte Forderung.

Sozialer Ausgleich Selbstregulierung und Privatisierung

Die Systeme des sozialen Ausgleichs werden nach Möglichkeit privatisiert. Im Gesundheitswesen nehmen professionelle Spitex-Dienste, Notruf-Dienste und private Kleinkliniken an Bedeutung zu. Altenbetreuung ist heute primär Teil des Senioren-Marktes. Die Verantwortung für Alte und Kranke ist an professionelle Dienstleistungen, an Heime und Pflegeeinrichtungen delegiert. Preismechanismen schaffen positive Verhaltensanreize. So wird beispielsweise das herkömmliche Versicherungssystem der «Kranken»-Kassen in Richtung «Gesundheits»-Kassen umgestaltet, so dass Gesundbleiben belohnt wird. Individualisierte Lösungen, Eigenverantwortlichkeit, Selbstvorsorge und marktwirtschaftliche Dienstleistungen sind die politischen Leitmotive.

Bisher staatliche Ausgleichsmechanismen werden dem privaten Versicherungsmarkt überlassen. Unter die AHV als Relikt des 20. Jahrhunderts wird im Jahr 2005 ein Schlussstrich gezogen; die nachfolgenden Generationen werden von diesem Dinosaurier befreit. Mehrere Jahre wird in einem eigentlichen Verteilungskonflikt zwischen den Generationen über Übergangsbestimmungen für die AHV-Bezugsberechtigten gestritten. Heute beschränkt sich der Staat noch darauf, den Abschluss von Altersversicherungen in einem minimalen Ausmass

Unter die AHV als Relikt des 20. Jahrhunderts wird im Jahr 2005 ein Schlussstrich gezogen.

vorzuschreiben, überlässt die Formen jedoch den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem freien Wettbewerb der Anbietenden. Dieses Angebot des Dienstleistungssektors ist vielfältig, insbesondere für die gehobenen Ansprüche. Viele Firmen kennen auch eigene betriebsinterne «Sicherheitspakete» mit Krankenkasse, Alterswohnung, Alterspflege sowie Tagesmütter-Diensten. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend wird staatliches Handeln darauf ausgerichtet, soziale Notfälle, zum Beispiel infolge Arbeitslosigkeit, durch Ergänzungsleistungen zu verhindern. Dabei sind immer mehr Leute der Auffassung, dass die grassierende Arbeitslosigkeit selbstverschuldet ist, dass Faulheit, Unfähigkeit und Kriminalität nicht noch staatlich subventioniert werden sollen.

Die sozialen Kosten der «Zweidrittelsgesellschaft»

Obwohl die Staatskasse in vielen weiteren Bereichen, insbesondere bei der Landesverteidigung, entlastet wird, sind die angestrebten Steuersenkungen dennoch nicht möglich. Zunehmende Europa-Abgaben zur Finanzierung internationaler Aufgaben, aber auch die Kosten für Sozialprogramme, wie Subventionen an den sozialen

Europaweit gilt die Regelung, dass der Heimatstaat für die Arbeitslosenzahlungen seiner Bürgerinnen und Bürger aufkommt und dass Arbeitslose rückgeführt werden.

Wohnungsbau und Beiträge zur Ausbildung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen, sowie die Ausgaben für Polizei und Drogenbekämpfung steigen

von Jahr zu Jahr. Dabei gilt europaweit die Regelung, dass der Heimatstaat für die Arbeitslosenzahlungen seiner Bürgerinnen und Bürger aufkommt und dass Arbeitslose rückgeführt werden.

Den Sozialämtern fällt es teilweise schwer zu unterscheiden zwischen jenen Leuten, die zur Selbstverwirklichung freiwilligen Arbeits- und Wohlstandsverzicht üben und durchaus zufrieden am Rande des definierten Wohlstandsminimums leben, und den zwangsweise schlechter gestellten, effektiven Sozialfällen. Von diesen wertet ein Teil eine marginale wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz zur persönlichen Erfolgsgeschichte um, während ein anderer sich bereit findet, zu ungünstigen Zeiten am Tag monotone und wenig geachtete Zudienerfunktionen auszufüllen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung kann oder will sich auch nur gerade die minimal vorgeschriebenen Versicherungen leisten und muss in Härtefällen auf freiwillig Helfende hoffen, von denen es jedoch nie genug hat.

Unternehmen und Arbeitswelt

Konzentration der Grossen – Marktnischen für die Kleinen

Das Schlagwort der «Informationsgesellschaft» prägt die Einstellung sowohl von Führungskräften, Werbefachleuten, Marketing- und PR-Strateginnen und -Strategen als auch der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Zeiten der Technologiefindlichkeit des 20. Jahrhunderts sind vorbei und haben pragmatisch zu neuen Märkten, Dienstleistungen und Problemlösungen geführt. «Marketingorientierung» heisst das Schlüsselwort: Komfortsteigerung, flexible Anpassung an den individuellen und qualitativ gestiegenen Geschmack sowie effiziente Ausführung.

Die Zeiten der Technologiefindlichkeit des 20. Jahrhunderts sind vorbei.

Der wirtschaftliche Wettbewerb verschärft seit den neunziger Jahren den Konzentrationsprozess. Gigantische Grossprojekte, enorme Aufwendungen für Forschung und Neuinvestitionen, die gleichzeitige Spezialisierung und Globalisierung der Märkte tragen dazu bei. «Nationale Firmen» im klassischen Sinn des 20. Jahrhunderts gibt es nicht mehr. Einstige nationale Wirtschaftssymbole wie der «Knorrli» und der «Haferflöckli-Centaur» sind nur noch vielbestaunte Reliquien im Museum für Landeswirtschaft in Zug. «Globale Strategie, lokale Realisierung» lautet die Devise. Lokale Profitcenters geniessen im Rahmen der Holdingstrukturen einen recht grossen Spielraum, was Organisation, die Wahl von Personal oder von Auftragnehmern anbetrifft. Die «Corporate Identity», die Informationspolitik, Verrechnungsprinzipien sowie Regeln zur Weitergabe von Verfahren und Forschungsergebnissen verbinden noch die Unternehmensteile.

Weniger effizient Arbeitende verdienen weniger, und sozialer Abstieg ist weitaus häufiger anzutreffen als früher.

Gewerkschaftliche Organisationen werden zusehends bedeutungslos. Einzelarbeitsverträge und leistungsgebundene Löhne herrschen vor. Weniger effizient Arbeitende verdienen weniger, und sozialer Abstieg ist

weitaus häufiger anzutreffen als früher. Dies wird von Nationalökonominnen und -ökonominnen als «gesunde Anpassung des Mittelflusses an die Leistungskurve im menschlichen Lebenszyklus» bezeichnet.

Neben den Grossunternehmen existiert eine Vielzahl von Selbständigerwerbenden und Kleinbetrieben, die sich spezialisieren, mit hoher, unbürokratischer Effizienz preisgünstig arbeiten oder besonders innovativ Nischen besetzen. Dieses «Neue Handwerk» entwickelt in engem Kundendialog massgeschneiderte Produkte und Dienstleistungen, zum Beispiel Textildesign für Mode und Beratung für Inneneinrichtung. Partnerschaftliche Organisation herrscht vor. Die Zahl der autonomen Mittelbetriebe ist dagegen rückläufig, da sie in der Regel in das Holdingnetz der Grossfirmen integriert werden.

Landschaftspflege durch Landwirtschaft, vielfältige Raumnutzung

Die Landwirtschaft verändert sich fundamental, nachdem die bisherigen Subventionsmechanismen europaweit sukzessive harmonisiert und später aufgehoben worden sind. Der Staat beschränkt sich heute darauf, leistungsgebundene Direktzahlungen für Landschaftspflege vorzunehmen. Diese Systemänderung zeitigt vier beabsichtigte Wirkungen:

- Spezialisierung: Innovative Landwirte konzentrieren sich auf qualitativ hochwertigen, spezialisierten oder biologischen Anbau und finden in gewissen

Innovative Landwirte konzentrieren sich auf qualitativ hochwertigen, spezialisierten oder biologischen Anbau.

Nischen auch weltweite Absatzmärkte, so etwa die Kräuter-Industrie der Alpen. Auch Direktverkäufe ab Hof, Bio-Verteilketten, reduzierte Preise für Selbst-Erntende, Bonus-Systeme für Freizeit-Betätigung auf dem Hof sind heute weit verbreitet.

- Fusionen: Zahlreiche Höfe werden aufgehoben, übernommen und fusioniert, um der Preiskonkurrenz mit den Grundnahrungsmitteln aus den Nachbarländern standzuhalten.
- Umzonung: Die Auffassung, dass die Landwirtschaft in der engräumigen Schweiz eine viel zu grosse Fläche beansprucht, ist stark verbreitet. «Wir brauchen keine eigene Landwirtschaft als Basis der Grundversorgung», ist eine vielgehörte Meinung. Viele Gemeinden haben Landwirtschaftsland eingezont. Sie verbessern dadurch ihre Einkommenssituation und nehmen den Druck von den Bodenpreisen in den Zentren. Es werden laufend neue Siedlungen

nach den neuesten Erkenntnissen gebaut. Nachdem auch die «heimatschützerischen» Bauauflagen weggefallen sind, ist eine grössere Vielfalt an Baustilen zu beobachten. Die Zersiedelung zur «Grossagglomeration Mitteleuropa» schreitet voran.

- Natur- und Freizeitparks: Der Naturvorteil der Schweiz wird in ein ganzheitliches Tourismus- und Erholungsverständnis eingebaut. Die besiedelten Flächen sind von Naturparks durchzogen. Sie bilden «grüne Lungen», die für Wanderer, Mountain-Bike-Fahrer, Camper und Rutschbahn-Freaks erschlossen und kommerziell betrieben werden.

Harte Arbeitsmarkt-Konkurrenz mit Chancenangleichung für die Frauen

Die Informatisierung der Wirtschaft schreitet mit grossen Schritten voran. Computer Aided Design (CAD), «Teleroboter» (CIM), Electronic Mail sind heute selbstverständlich. Personal Computer finden sich ausnahmslos an jedem Arbeitsplatz und sei es nur als Mindestersatz für das, was im 20. Jahrhundert noch Taschenrechner, Schreibmaschine, gedruckte Formulare und Briefkasten übernahmen.

Die Nachfrage nach zuverlässigen, kompetenten, selbständig denkenden und kooperativen Arbeitskräften wächst. Das schlägt sich in den Löhnen nieder. Die Scheure zu jenen Menschen, die als inkompetent, faul oder nicht zusammenarbeitsfähig taxiert werden, nimmt erheblich zu. Um das Arbeitskräftepotential so stark als möglich auszuschöpfen, werden alle Formen von Arbeitsflexibilisierung erleichtert. Teilzeitarbeit, Job-Sharing oder unbezahlte längere Urlaube sind heute keine ungewöhnliche oder undurchführbare Forderungen mehr. Der Wiedereinstieg für Mütter wird erleichtert.

Die Nachfrage nach zuverlässigen, kompetenten, selbständig denkenden und kooperativen Arbeitskräften wächst.

Andererseits verschwindet eine ganze Anzahl von Industriebereufen. Die wachsende Arbeitslosigkeit kann nur begrenzt durch Umschulung aufgefangen werden. Viele Menschen verfallen Alkohol und Drogen, verwickeln sich in Kleinkriminalität oder schwerwiegenderen Delikten.

Viele Arbeitslose verfallen Alkohol und Drogen und verwickeln sich in Kleinkriminalität.

Kultureller Wandel

Kunst zwischen Spektakel und Spekulation

Im kulturellen Bereich nimmt die Globalisierung und Kommerzialisierung einerseits zu. Der Staat, in den Städten des 20. Jahrhunderts noch Hauptträger klassischer Kultur, verliert an Bedeutung und finanziellen Möglichkeiten. Kunst verkommt vielfach

Kunst verkommt zusehends zu einem international inszenierten Multimedia- und Marketing-Spektakel.

zu einem international inszenierten Multimedia- und Marketing-Spektakel. Reize, Moden und Stars jagen sich, und ohne Mitwirkung der Medienrechte-Konzerne und der transnationalen Gross-Sponsoren kann kein grösseres Kulturereignis mehr realisiert werden.

Die bildende Kunst dient primär der Vermögensanlage und der Spekulation. Gemälde der lokalen Kulturprominenz sind Teil des Inneneinrichtungsgeschäftes. Sie dekorieren die mit Designermöbeln ausgestaffierten Wohnräume der gehobenen Mittelschicht. Vernissagen und andere soziale, den Medienklatsch beflügelnde Kunstereignisse locken immer breitere Kreise an, werden von Jahr zu Jahr gigantischer und suchen immer neue, noch ausgefallene Inszenierungsorte.

Die Grenzen zwischen professioneller Kunst, Design, Werbung, Kunst-Handwerk und Hobby-Kunst sind fliessend.

Freizeitorientierung und Selbstverwirklichung bedeutet aber auch, dass immer mehr Menschen sich selber künstlerisch betätigen und kulturell bilden. Die Grenzen zwischen professioneller Kunst, Design, Werbung, Kunst-Handwerk und Hobby-Kunst sind fliessend. Was Historikerinnen und Historiker als die «Banalisierung der Kunst» beklagen, wird von der Zukunftsforschung als «Kulturisierung des Banalen» begrüsst.

Multimediale Kommunikation ohne Papier

Das Leseverhalten ändert sich. Ab dem Jahr 2000 schwinden die papiergebundenen Medien zusehends, während sich elektronisch verbreitete, multimediale Information und Unterhaltung umfassend durchsetzt. Video und Personal Computer, Grossbild- und Mobilfernsehen, Telekommunikationsnetze und -dienste verschmelzen zu einer multimedialen Kommunikationsinfrastruktur.

In Zusammenarbeit mit einem deutschen Privatfernsehsender kommt ein «Schweiz-Programm» zustande.

Neue, europaweite Zielgruppen- und Special-Interest-Fernsehprogramme und -Magazine entstehen. Die Wahlmöglichkeiten nehmen zu. Der Fernsehapparat wird zum Kiosk. Die SRG ist heute ein Minderheitensender mit wenigen Sendestunden pro Tag. In Zusammenarbeit mit einem deutschen Privatfernsehsender kommt ein «Schweiz-Programm» zustande. Anfänglich wird nur ein einstündiges Magazin in der Schweiz produziert und ins deutsche Programm integriert. Es entwickelt sich innerhalb von zehn Jahren zu einem privaten Fernsehkanal, der nur noch die teuren Unterhaltungssendungen vom «Mutterkanal» zeitgleich überträgt.

Das Regionalfernsehen entwickelt sich anders, als man sich das 1990 noch vorstellte. In den Agglomerationen richten die Kabelnetze multimediale Dienste aus Text-, Grafik- und Videoelementen ein, die rund um die Uhr regionale Nachrichten und Serviceinformationen abgeben und interaktiv abrufbar machen. Viele lokale Sendungen werden heute mit dem Motiv der Selbstverwirklichung

und -darstellung gestaltet. Dazu gehören Hobby-Dokumentarfilme, Kunstvideos oder Interviewsendungen. So gibt es etwa einen Veranstaltungskalender, ein eigenes Gehörlosenfernsehen und Sendungen der Universität. Kleinanzeigen fürs Regionalfernsehen können von jedem Personal Computer dezentral eingegeben werden, so etwa Dias einer Liegenschaft inklusive Stadtplanausschnitt oder Stellenangebote mit Videoaufnahmen vom Arbeitsplatz und vom zukünftigen Chef.

Viele Lokalfernsehsendungen werden heute mit dem Motiv der Selbstverwirklichung gestaltet. Dazu gehören Hobby-Dokumentarfilme, Kunstvideos oder Interviewsendungen.

Technische Neuerungen führen ins Kommunikationszeitalter

Mit zunehmender PC-Verbreitung auch in den Haushalten löst die Telekommunikation den Briefträger ab. Das Mobiltelefon ist überall mit dabei und sichert jederzeit die Kommunikation. Die Briefpost wird noch von Senioren, Arbeitslosen und «Aussteigern» beansprucht. Es findet nur noch ein Austrag pro Woche statt. Die Post, bis 1995 vom Fernmeldedepartement der PTT mit Hunderten von Millionen jährlich subventioniert, ist heute privat und erhält vom Bund leistungsgebundene Subventionen. Das intelligente Bildtelefon, das auch Pultkamera und Computer integriert, gilt bei den ebenfalls privatisierten Fernmeldebetrieben als Symbol für das neue Unternehmen. Das dritte Jahrtausend wird als Kommunikationszeitalter bezeichnet. Bei der Datenübertragung konkurrenzieren private Kabelnetzbetreiber die Fernmeldebetriebe. Angesichts des Fortschritts in diesem Sektor vermag auch das Urheberrecht nicht mehr Schritt zu halten. Der Unmut über bürokratische und ineffiziente Behinderung des freien Flusses von Informationen im elektronischen Bereich wird um die Jahrtausendwende immer stärker. Wie beim Schreiben darf man heute auch bei elektronischen Ton- und Bilddokumenten Ausschnitte aus anderen Werken gebührenfrei zitieren.

Mit zunehmender PC-Verbreitung in den Haushalten löst die Telekommunikation den Briefträger ab. Die Post ist heute privat, und die Fernmeldebetriebe erhalten Konkurrenz bei der Datenübertragung.

Vom Schulbesuch zum Bildungskonsum

Das Bildungswesen wird europaweit homogenisiert, damit eine gegenseitige Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse und Berufsbilder möglich ist. Die schulische und berufliche Grundausbildung wird verkürzt und mit dem Fort- und Weiterbildungsangebot besser verknüpft. Durch rückzahlbare Stipendien, Sistierung von Altersvorsorgezahlungen ohne Nachteile für den Versicherungsschutz, durch Bildungsgutscheine und vieles mehr wird die Weiterbildung gefördert. Privatschulen und Formen des selbstorganisierten Unterrichts halten vermehrt ins Schulsystem Einzug. Im Gegenzug zu den Einsparungen beim öffentlichen Bildungsangebot werden sie finanziell unterstützt und ihre Zeugnisse werden anerkannt. Es gibt beispielsweise Tages- und Spezialschulen, in

denen besondere Fähigkeiten und Neigungen wie etwa Sport oder musische Fächer stärker gepflegt und entwickelt werden.

Die Typen-Vielfalt erhöht sich somit. Seit den neunziger Jahren findet im Zuge der Europäisierung eine eigentliche «Entrümpelung» und Umgestaltung des

Im Zuge der Europäisierung findet eine völlige Umgestaltung des öffentlichen Bildungswesens statt. Es wird weniger Wert auf Faktenwissen gelegt und mehr auf Methoden der Kommunikation und der Informationsverarbeitung.

öffentlichen Bildungswesens statt. Es wird weniger Wert auf Faktenwissen gelegt und mehr auf eigenständiges, integrales Lernen. Arbeitsmethodik, Projektunterricht, Lernen durch Praktika, interdisziplinäres, systemtheoretisches Know-how, Umgang mit Informations- und Kommunikationsmitteln und kommunikative Kompetenz heissen die

Schlagwörter des neuen Unterrichts. Schreibmaschinenschreiben, Englisch, Computerunterricht, Medienkunde und Datenbankabfrage sind in die Grundausbildung integriert. Einst geplagte Schülerinnen und Schüler sind zu umworbenen Kundinnen und Kunden für Bildung geworden. Die insgesamt steigenden Kosten des Bildungswesens werden auf die Bevölkerung abgewälzt.

Lebensformen

Zusammenleben in Wahlverwandtschaften, Herausbildung europäischer Siedlungsräume

Der Anteil an Einpersonenhaushalten ist in allen Generationen hoch. In den

Wohnen, Liebe, Freizeit, Kinder und Sex müssen nicht als Einheit und nur mit einem Partner lebbar sein.

Beziehungen zwischen den Geschlechtern ergeben sich vielfältige Formen. Wohnen, Liebe, Freizeit, Kinder und Sex müssen nicht als Einheit und nur mit einem Partner

lebbar sein. Haus- und Wohngemeinschaften nehmen angesichts der steigenden Mietzinsbelastung zu. Freundschaften und Beziehungen werden rascher als früher wieder gelöst, wenn sie sich überholt haben. Das Spektrum gelebter Verhaltensweisen wird breiter, die Einstellungen toleranter. Wer sich nicht wie seine Nachbarn verhält, wird dafür nicht mehr moralisch verdammt. Es gibt flexiblere Formen der Arbeitszeitgestaltung für Mann und Frau, Tagesschulen und professionelle Tagesmütter bieten ihre Dienste an. Aber die klassische Kleinfamilie stirbt nach wie vor nicht aus.

Insgesamt ist eine «Agglomerisierung» der physischen Umwelt zu beobachten. Man spricht von den «europäischen Siedlungsräumen», nicht mehr von Städten.

Allerdings gibt es in den Zentren auch ganze Quartiere, die zusehends ver-schlumen.

Gemeindegrenzen sind optisch nicht mehr wahrnehmbar, wenn man von Ortstafeln und Bahnhofbeschriftungen absieht. Durch die Zunahme von Ferien-, Wochenend- und

Tagestourismus, wegen der Zweitwohnungen, des Kongress- und Schulungswesens sind auch bisher ländliche Gemeinden und die Alpenwelt in den Rhythmus und den Zeitgeist der Agglomerationsbevölkerung eingebunden.

Allerdings, gibt es in den Zentren auch ganze Quartiere, die zusehends verslumen und in die sich «normale Bürger und Bürgerinnen» nicht mehr einzudringen getrauen.

Supermarkt für Körperbewusste

«Anything goes», lautet die akzeptierte Verhaltensregel. Nationale Eigenständigkeiten, was Einstellungen und Lebensformen betrifft, lassen sich immer weniger ausmachen. Man findet überall alles, wenn auch im wechselndem Umfang. Wenn es um Wohnen, Kleidung, Freizeitaktivitäten oder Reisen geht, überbieten sich die eher prestige- und konsumorientierten Schichten in extravertierten Selbstinszenierungen. Verschiedene Modeströmungen laufen parallel oder lösen sich schnell ab. Der Mensch wird zur bodybuilding-gestählten und von Modedesignern gestylten Skulptur. Das Körperbewusstsein nimmt allgemein stark zu. Das Vereinsleben stirbt ab und wird von Dienstleistungsfirmen abgelöst. Neben die Fitness-Clubs treten Aikido-Kurse und Shiatsu-Institute. Die Erkenntnisse anderer Kulturen werden in unseren Wissens- und Erfahrungsschatz einverleibt. Massage, Atmung, Meditation, Raum- und Körpererfahrung, keltische Tänze, Rebirthing, Psychogruppen, Astrologie, Kräuterheilkunde und vieles mehr bilden heute eine massgebliche Freizeitindustrie. Die Medien sprechen in diesem Zusammenhang von der «Reise ins Innere des Ichs» als individualisierte Flucht und als Ersatz für Religion. Jedenfalls hat diese Körperorientierung ein ganzheitlicheres Erleben und Verstehen des Menschen zur Folge.

Der Mensch wird zur bodybuilding-gestählten und von Modedesignern gestylten Skulptur.

Kreativität und Spontaneität sind gesellschaftlich geachtete Tugenden. Eigenrenovationen oder selbstgebaute Möbel erleben einen starken Wiederaufschwung und scheinen gegenüber der elektronisch-abstrakten High-Tech-Welt einem physisch-sinnlichen Kompensationsbedürfnis entgegenzukommen. Zu «Aussteigern» und «Idealisten» bestehen im Freizeitsektor noch manch andere Berührungspunkte, werden neue Werte und Errungenschaften ausgetauscht.

Qualitativ hochwertige, seltene und teure Nahrungsmittel sind gefragt. Mit dem Qualitäts- und Geschmackbewusstsein steigt auch die Nachfrage nach biologisch angebaute, «gesunder» Nahrung. Die bodenlos aufgezogene EG-Tomoffel ist längst wieder vom Markt verdrängt worden. Nicht wenige Menschen benutzen ihre Freizeit für Gartenarbeit und die Mithilfe auf biologischen Bauernhöfen, um so den direkten Bezug zur Nahrung wieder herzustellen. Biologisch Ernähren, gesund Kochen, selber Backen und Einmachen gewinnt wieder an Bedeutung. Den aussengeleiteten, konsum- und ereignisorientierten Verhaltensweisen steht die bewusste Auseinandersetzung

Mit dem Qualitäts- und Geschmackbewusstsein steigt auch die Nachfrage nach biologisch angebaute «gesunder» Nahrung.

mit Sinn und Qualität von Inhalten, Prozessen und Formen gegenüber. Das Umgehen mit Widersprüchen in der eigenen Person prägt die postmodernen Menschen von heute. Vieles befindet sich in Fluss, worauf man flexibel zu reagieren versucht. Alles kann zu Recht hinterfragt und von verschiedenen Seiten her gesehen werden. Es gibt keine objektive Wahrheit, nur subjektive Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Sachzwänge. Autoritäten zerfallen. An die Stelle des Führens tritt die Koordination und Animation.

Gewinnende und Verlierende

Verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Schichten profitieren von der aufgezeichneten Entwicklung. Es sind dies im Jahr 2010:

- die wohlhabende Mehrheit in der Zweidrittelsgesellschaft.
- die Individuen als Konsumierende mit freier Wahl.
- selbstverantwortliche, kompetente, zuverlässige und kooperative Arbeitnehmerinnen und -nehmer.
- die Wirtschaft, die global tätigen Unternehmen und die Kleinbetriebe.
- all jene, die möglichst viele Freiräume suchen, die flexibel mit ihrem Zeitbudget umgehen, sich weiterbilden und auf der Suche nach sich selbst sind.
- die Menschen der wirtschaftlich entwickelten Welt.
- jene, die durch die laschen Kontrollnetze und -instanzen fallen, Wirtschafts- und Umweltkriminelle.
- die gerade lebende Generation.

Zu den Verlierenden zählen alle anderen. Sie sitzen entweder am kürzeren Hebel und müssen auf Solidarität und Verständnis, Mitgefühl und Liebe, auf Verzichtsbereitschaft und Geduld der Stärkeren zählen können. Die noch nicht geborenen Generationen und die radikalen Ökologen, welche vom Staat einschneidende Massnahmen im Sinne des Wohlstandsverzichts fordern, gehören ebenso zu den Verlierenden wie jene Teile der Machtelite, die den Status quo beschwören, sich gegen die Europäisierung sperren, die Angst vor Veränderung haben und sich der weitgehenden Umgestaltung von Staaten und Institutionen widersetzen.

Haupt-Konflikte

Mit diesem hedonistischen Szenario sind verschiedene Konflikte vorgezeichnet. Zwischen der geschlossenen Allianz von Konsumierenden und Wirtschaft mit den herrschenden Behörden und Teilen der politischen Elite einerseits und den idealistischen Interessenvertretern der Umwelt, der Dritten Welt und verschiedener Minderheiten andererseits. Drei Haupt-Konflikte zeichnen sich ab:

- Der Generationenkonflikt: Der Anteil der älteren Bevölkerung wächst. Innerhalb der Senioren ergeben sich Strukturverschiebungen. Jene, die sich an traditionellen Werten wie Sparsamkeit und Sittenstrenge orientieren, werden zur Minderheit. Der Anteil der finanziell gut abgesicherten, konsumfreudigen Älteren überwiegt immer mehr. Ihr Selbstbewusstsein erstarkt. Als grosser, zahlkräftiger Markt wie auch als politische Kraft gewinnen sie an Einfluss. Sie fordern Garantien zur Sicherung ihrer Renten, verbesserte öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen wie Alterssiedlungen und ebenerdigen Einstieg in öffentliche Verkehrsmittel. Im Generationenkonflikt stehen die mittleren, erwerbstätigen Jahrgänge den älteren und jüngeren gegenüber.
- Der Wertkonflikt: Die verschiedenen «Wertelager» stehen sich in wechselnden Allianzen gegenüber. So sind sich hedonistisch Orientierte mit der multinationalen Wirtschaft darin einig, dass ausgehend von der EG 92 ein gemeinsames europäisches Haus gebaut werden muss. Die Materialisten und Materialistinnen beschimpfen jedoch jene, die sich selbst verwirklichen wollen, als «Aussteiger» und «Profiteure», welche den Wohlstand und die Versicherungseinrichtungen gefährden. Die Postmodernen machen umgekehrt den Materialismus für die Folgeprobleme der Industriegesellschaft (Umwelt, Ressourcen, Dritte Welt) verantwortlich. Postmaterialisten und Idealistinnen treffen sich auch im Bereich der Freizeit, wo Selbstverwirklichung und alternatives «Selber-Machen» nicht weit auseinanderliegen.
- Der staatspolitische Konflikt: Traditionell und national Orientierte kämpfen zusammen mit Teilen der politischen Machtelite, mit Grünen, Beamten, mit der Landwirtschaft und dem mittelständischen Unternehmertum gegen Europäisierung und Liberalisierung. Sie verlieren die EG-Abstimmung gegen Grosswirtschaft, gegen Konsumenten- und Arbeitnehmerinnen-Interessen und werden durch Druck von aussen zum Umdenken und Anpassen gezwungen.

f. Es hätte auch ganz anders kommen können...

Wem diese vier Szenarien unwahrscheinlich, wirklichkeitsfremd, überzeichnet vorkommen, der sollte bedenken, dass es keine Prognosen sind mit dem Anspruch «So oder so wird sich die Zukunft gestalten», sondern Möglichkeiten, Denkanstösse zum Entwickeln eigener Vorstellungsbilder. Es ist nicht gleichgültig, wie wir uns die Zukunft unserer Landes vorstellen, denn alles, was ist, wurde zuerst einmal gedacht!

Die tatsächliche Entwicklung wird voraussichtlich ganz anders verlaufen. Vielleicht wird sie auch geprägt durch tief einschneidende Ereignisse, die mit einem Schlag die ganze Entwicklungsrichtung ändern. Sie kommen in den Szenarien nicht vor, erscheinen aber vielen Menschen durchaus möglich. Wie kann es auch ganz anders kommen?

Zum Beispiel so:

Die Gegensätze zur industrialisierten Welt führen in eine Mehrfachkrise

Die Dauerkrise im Nahen Osten produziert nicht immer nur wieder neue Eruptionen, sie weitet sich gegen die Jahrtausendwende zu einer Auseinandersetzung aus, die praktisch die gesamte islamische Welt in eine Frontstellung zu den Industrieländern bringt. Eine wachsende Zahl von Ländern in Schwarzafrika, Lateinamerika und Asien, welche die Hoffnung auf einen Anschluss an die industrielle Entwicklung begraben mussten, schliesst sich der gegen den «Norden» gerichteten Bewegung an. Die Mittel sind Wirtschaftsboykotte und terroristische Erpressungsmanöver auch mit nicht konventionellen Mitteln. Der «Norden» antwortet seinerseits mit einer Abschottungspolitik im Bereich des Handels und der Migration sowie mit einer rein egoistischen Lösung seiner Ökologieprobleme.

Es kommt zu einer kaum noch kontrollierbaren Eskalation, die auf beiden Seiten zu schmerzhaften wirtschaftlichen Einbrüchen und damit auch zu einer politischen Radikalisierung führt. Besonders hart trifft diese Entwicklung die Sowjetunion und einige andere Staaten des europäischen Ostens, die den Übergang von der Mangelwirtschaft zu einer dynamischen Marktwirtschaft noch immer nicht geschafft haben. Das Aufkommen faschistoider Militärregimes wird durch den wirtschaftlichen Niedergang noch beschleunigt. In Europa gesellen sich zu den Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Süden jene aus dem Osten. Die politische Radikalisierung von Einheimischen und Zuwanderern an der Basis, der Kampf um die Erhaltung der Staatsgewalt und der Einsatz militärischer Mittel zur Eindämmung der Völkerwanderung sind die Folgen. Umstrukturierungsprozesse, die ursprünglich einmal die Hoffnung auf eine zivilisatorische Entwicklung im Einklang mit der Natur genährt hatten, bleiben auf der Strecke. Alle Beteiligten empfinden, dass es ums reine Überleben geht – und dafür geben wir Europäer Werte auf, für die wir jahrzehntelang gekämpft haben.

Oder so:

Ein gentechnologischer Fehler wächst sich zur interkontinentalen Hungersnot aus...

Es wird wohl nie ganz geklärt werden, in welchem Genlabor der entscheidende Fehler passiert ist – doch die Folgen sind von apokalyptischem Ausmass: Gegen alle Ausrottungsversuche resistente Unkrautarten treten auf und befallen ausgerechnet die Felder mit der einzigen Super-Weizensorte am stärksten, mit der wenige multinationale Agrokonzerne die halbe Welt versorgen.

Zunächst haben die GATT-Verhandlungen erreicht, dass 1995 weltweit alle Landwirtschaftssubventionen aufgehoben werden. Damit gelingt es einigen grossen Produzenten-Zusammenschlüssen, innert weniger Jahre den Weizenanbau weitgehend zu monopolisieren. Unter dem Druck der weltweiten Ernährungsprobleme entwickeln diese Firmen in Zusammenarbeit mit hochspezialisierten Genoplants eine herbizidresistente Weizensorte mit hohem Nährwert und erhöhter Resistenz gegen Schädlinge. Diese Sorte verhält sich in Treibhaus- und kleinflächigen Anbauversuchen unauffällig und wird unter Zeitdruck in einem abgekürzten Bewilligungsverfahren zum weltweiten Anbau freigegeben. Sie verdrängt zunehmend alle klassischen Sorten. Um 2005 nimmt die Katastrophe ihren Anfang: Offenbar hat sich die Herbizidresistenz unerwarteterweise unter natürlichen Bedingungen auf verschiedene Unkräuter übertragen. Diese vermehren sich ungehemmt. Das Problem wird erst spät erkannt, nachdem vergeblich immer höhere Herbizidmengen eingesetzt werden. Zum Verlust der Ernten kommt nun noch die katastrophale Umweltbelastung...

Oder so:

Eine Reaktorkatastrophe stellt den Wohlstand in Frage

Am 9.9.1999 registrieren die Messstationen in der Nordostschweiz massiv erhöhte radioaktive Strahlung, die stündlich zunimmt. Das Europäische Informationsnetz für nukleare Krisenfälle (NUKLEUS) schlägt Alarm: Schwerer Störfall im Kernkraftwerk XY, 50 Kilometer von der Schweizer Grenze entfernt. Ein Leck im Kühlsystem hat über eine Verkettung unglücklicher «Zufälle» schliesslich zur Kernschmelze geführt. Über die Entlüftung des Containments gelangen grosse Mengen von Radionukleiden in die Atmosphäre. Eine gewaltige radioaktive Wolke treibt auf die Dreiländerecke, den Jura und den Raum Basel zu.

Das internationale Alarmsystem funktioniert zwar, aber die Bevölkerung reagiert unerwartet heftig auf die teils widersprüchlichen Meldungen. Radio und TV fordern zum Beziehen der Schutzräume auf. Aus den Lautsprechern von Polizeistreifen hingegen tönt es beruhigend: Man habe den Unfall im Griff und es bestünde kein Grund zur Panik. Viele finden ihren Schutzraum nicht, was zu Missverständnissen und Konflikten führt. Das Telefonnetz und der Strassenverkehr brechen zusammen. Diebstähle und Plünderungen erfordern massiven Polizeieinsatz, auch aus andern Kantonen.

Die Strahlungsintensität bleibt zwar unterhalb der Schwelle für eigentliche Verstrahlungssymptome. Doch gerade dies führt zu einer Flut von Unsicherheiten, Konflikten, Ängsten und Gerüchten über die längerfristigen Folgen. Der bald auftretende Schutzraumkoller trägt das Seine dazu bei. Das Vertrauen in die Informationen und Verhaltensanweisungen der Behörden schwindet, und das führt zu chaotischen Zuständen in vielen Lebensbereichen.

Weitreichende Sekundärfolgen stellen sich ein: Blockierte Transportwege stören die Versorgung und die wirtschaftlichen Aktivitäten. Alle Kernkraftwerke ähnlichen Typs werden abgeschaltet. Stromrationierungen und zeitweise Abschaltungen sind unumgänglich. Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie werden heftiger als je.

Die «Nationale Konferenz 2000» genehmigt Ausgleichs- und Hilfsprogramme zugunsten der betroffenen Regionen und Bevölkerungsteile; schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie, gekoppelt mit einem Not-Sparprogramm und Anpassungshilfen an die Wirtschaft; massiv reduzierter Elektrizitätsverbrauch, dessen Folgen von einer Welle neu aufkommender Solidarität gemildert werden. Jetzt wird ein tieferes Wohlstandsniveau zugunsten einer sichereren Zukunft von einer grossen Mehrheit akzeptiert!

4. Themen- und szenarienübergreifende Gesichtspunkte

Mit dem Beschrieb von sieben Themenfeldern und der Vorlage von vier Szenarien haben wir eine Vorstellung vom Spektrum der möglichen Entwicklungen vermittelt. Bevor wir uns der Frage der wünschbaren bzw. der tunlichst zu vermeidenden Entwicklungen zuwenden können, müssen wir uns noch mit einigen übergreifenden Gesichtspunkten befassen, die für die künftige Lebensqualität in der Schweiz von besonderer Bedeutung sind, aber nicht als Themenfeld zu behandeln waren. Da ist zunächst einmal die Frage, was überhaupt unter Lebensqualität zu verstehen ist. Alsdann schienen uns vier Themen im Hinblick auf die kommenden Jahrzehnte von besonderer Bedeutung für die Lebensqualität in der Schweiz, nämlich die Rolle der Frauen, die Zukunft von Wissenschaft und Technologie, der Umgang mit Gefahren und Risiken sowie jener mit der Zeit. Sie sollen im zweiten Teil dieses Kapitels eine recht frei gehaltene Behandlung erfahren.

a. Was heisst Lebensqualität?

Noch nie in der Menschheitsgeschichte haben wir in den westlichen Industriestaaten und einer zunehmenden Zahl von Schwellenländern eine so hohe, breitgestreute Kaufkraft und so wenig materielle Not gehabt. Eine immer noch anwachsende Arbeitsproduktivität beschert einer steigenden Zahl von Menschen mehr als nur die Befreiung von materieller Not, nämlich zunehmende Freiräume bei der Lebensgestaltung. Gleichzeitig werden auch immer mehr Menschen durch ein höheres Qualifikations- und Bildungsniveau, durch ein wachsendes Informations- und Orientierungsangebot und eine abnehmende Allgemeinverbindlichkeit vorgegebener Werte und Normen in den Stand gesetzt, von den zunehmenden Freiheiten einen persönlich sinnvollen Gebrauch zu machen. Dem entspricht auch die Belebung partizipativer Bewegungen aller Art, die dem einzelnen Menschen neue Wege der verantwortlichen Mitwirkung an der Entwicklung seines Umfeldes im Betrieb, am Wohnort, in Kultur und Politik eröffnen.

Denken wir jedoch an die Zukunft unseres Planeten, so stellen sich bei vielen unmittelbar apokalyptische Visionen ein: nukleare Unfälle, ungelöste Endlagerprobleme, Abbau der stratosphärischen Ozonschicht, Erwärmung der Erdatmosphäre, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen... Dieser ganze Berg von sich gegenseitig überlagernden Problemen verbindet sich mit der Angst vor dem zunehmenden Konkurrenzdruck durch die Globalisierung und Integration der weltweiten und kontinentalen Märkte. Im Zeichen eines immer gnadenloseren Wettlaufs um die verfügbaren Ressourcen und um die Steigerung der Arbeitsproduktivität sieht sich der Mensch eingespannt in immer lückenlosere Mensch-Maschinen-Systeme. Wo Stress und Aussenleitung der Menschen zunehmen, sinkt die Lebensqualität.

Welche dieser beiden, sich offenbar widersprechenden Darstellungen trifft zu? Um unsere Optik zu relativieren, müssten wir vielleicht versuchen, dieselbe Wirklichkeit auch aus dem Blickwinkel eines islamischen Fundamentalisten oder eines fernöstlichen Weisen zu betrachten. Denn die Widersprüchlichkeit des Bildes spiegelt die grundlegende Paradoxie der abendländischen Kultur wieder: Seit Prometheus den Göttern das Feuer stahl und dafür bekanntlich teuer bezahlte, war die abendländische Geschichte zunehmend von einem Fortschrittsgedanken geprägt, der sie aus dem Lebensgefühl des ewig wiederkehrenden Werdens und Vergehens herauslöste.

Fortschritt, das war die Emanzipation des Menschen – von den Geistern und Göttern, von der Natur, von der Existenznot, von Gewalt und Herrschaft anderer Menschen. Dabei wird in jeder Phase des zivilisatorischen Fortschritts der nächste Schritt verabsolutiert, zum nicht mehr hinterfragten Selbstzweck erhoben. Die zu entrichtenden Preise werden verdrängt, bis sie sich gebieterisch bemerkbar machen. Das führt zur Krise, zum Einbezug des verdrängten Preises und damit zur Verlagerung des Fortschrittgedankens auf eine andere Ebene, auf der die Verdrängung von neuem funktioniert. So hangelt sich der Fortschritt von Paradoxie zu Paradoxie.

So ist unserer Zivilisation etwas zutiefst Janusköpfiges und in sich Widersprüchliches eigen. Das macht es auch so schwierig, eine verbindliche Definition von Lebensqualität zu finden, sogar wenn wir dezidiert vom emanzipatorischen Fortschrittsgedanken des Abendlandes her nach ihr suchen.

Aus dieser Auseinandersetzung kennen wir immerhin eine Reihe von objektivierenden Ansätzen zum Begriff der Lebensqualität, wie etwa

- die philosophische Bemühung um den Begriff des «guten Lebens»,
- bedürfnistheoretische Ansätze sowie solche zur Selbstverwirklichung des Menschen in der Psychologie,
- individuelle und soziale Menschenrechte,
- soziale Indikatoren,
- Programme von Parteien und Regierungen,
- Sozialisationsziele in der Pädagogik.

Ihnen allen kommt beträchtliche Relevanz zu, weil sie menschliche Erfahrung gelungenen Lebens, Segmente der Kultur, Produkte der Reflexion, Elemente eines gesellschaftlichen Konsens oder eine politische Programmatik widerspiegeln. Trotz aller intersubjektiven Verbindlichkeit, die mit solchen Ansätzen ver-

bunden ist, enthält jede Definition von Lebensqualität aber normative Elemente, die als solche deutlich zu machen sind. Diese Aspekte der Definition sollen hier in einem ersten Schritt identifiziert werden:

- Das Individuum soll in seiner Fähigkeit, das anzustreben, was es will, nicht unnötig gehindert werden. «Das Schönste ist die Gerechtigkeit, das Beste die Gesundheit, das Erfreulichste aber zu erlangen, was man möchte» (Aristoteles, Nikomachische Ethik, 1099 a, 25).
- Lebensqualität für das Individuum beruht aber auf der Einsicht, dass der Zugang zu selbstgewählten Zielen auch eigene Anstrengungen bzw. Leistungen erfordert und damit so etwas wie Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft voraussetzt.
- Zur Lebensqualität gehört die soziale Dimension im Sinne einer positiv erfahrenen Integration des Individuums in seine soziale Umgebung bzw. in die Gesellschaft.
- Die Lebensqualität jedes Individuums bzw. jeder Gruppe findet ihre Grenze in den berechtigten Ansprüchen anderer Menschen, ja anderer Lebewesen überhaupt.
- Die Art und Weise, wie solche Konflikte identifiziert und ausgetragen werden, ist ihrerseits ein wesentliches Element der Lebensqualität. Es führt eine aufsteigende Linie von der nackten Gewalt zur autoritären Herrschaft, zur Mehrheitsentscheidung und schliesslich zum Versuch, über den Dialog zwischen gleichberechtigten Menschen und Gruppen zum Konsens zu finden.
- Lebensqualität muss langfristig orientiert sein. Die zukünftigen Generationen haben ein Recht auf gleiche Lebensqualität wie wir. Die Nachhaltigkeit ist also eine Bedingung von Lebensqualität.
- Zur Lebensqualität gehört Sinnerfüllung. Dabei erschliesst sich Sinn aus unterschiedlichsten Lebenswegen und Umfeldbezügen.

Lebensqualität meint also den verantwortlichen Zugang zu selbstgewählten Zielen in einer positiv erfahrenen Gesellschaft, welche diesen Zugang für möglichst alle, auch für zukünftige Generationen, sicherstellt.

Zumindest ein gewisser Grad intersubjektiver Verbindlichkeit lässt sich dadurch erreichen, dass diese normativen Dimensionen von Lebensqualität bezogen werden auf relevante Bereiche von Lebensqualität, wie sie in der Indikatorenforschung der OECD erarbeitet worden sind. Dabei können die Ergebnisse der Auseinandersetzung mit Lebensqualität in der Geschichte mitberücksichtigt werden. Das Ergebnis einer solchen Systematik ist in der folgenden Darstellung festgehalten:

Kriterium der Lebensqualität Bereiche der Gesellschaft	A Freiräume für das Individuum	B Leistungen des Individuums	C Soziale Integration	D Von der und für die Gesellschaft zu erbringende Leistung	E Modus der Konfliktregelung	F Sicherung der Langfristigkeit	G Sinnerfahrung
1 Gesundheit	Wahrscheinlichkeit eines gesunden Lebens	Handlungsbereitschaft bei körperlichen und seelischen Störungen	Gefühl des Aufgehobenseins in der Gesellschaft	Hohe Qualität der medizinischen Versorgung	Zugang zu und Mitgestaltung der Vorsorge und Therapie	Absenz krankmachender und unfallträchtiger Lebensverhältnisse	Reifung durch Leiden; Glück der Genesung
2 Individuelle Entwicklung	Möglichkeit der Persönlichkeitsentfaltung	Arbeit an der eigenen Persönlichkeit	Gefühl, ein erwachsenes Mitglied der Gemeinschaft zu sein	Abbau von Rollen-zwängen, positive Leitbilder	Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen	Gefühl der Stabilität	Gefühl eines erfüllten Lebens
3 Bildung und Erziehung	Möglichkeit des Zugangs zu Bildungsinstitutionen	Lernbereitschaft	Gefühl, an die Bereicherung der Gemeinschaft beitragen zu können	Vollwertige Angebote für alle im Bildungswesen	Projektorientiertes Lernen	Erhaltung der Lernfähigkeit	Überwindung des Banalen und Undifferenzierten
4 Qualität des Arbeitslebens	Zugang zu einer befriedigenden Arbeit	Bereitschaft für Leistungen	Gefühl, in einer arbeitsteiligen Wirtschaft gebraucht zu werden	Sicherung einer hohen Qualität des Arbeitslebens (Löhne, Sicherheit, Arbeitsbedingungen)	Unternehmerische Verantwortung am Arbeitsplatz; Selbstorganisation als Alternative zur Hierarchie	Mit Natur verträgliche Organisation der Arbeitswelt	Wissen um eigene Fähigkeiten
5 Wirtschaftliche Situation	Zugang zu Einkommen und Konsum	Kritische Konsumenten	Gefühl, nicht an wirtschaftlichen Disparitäten zu scheitern	Ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung	Marktwirtschaft mit demokratisch etablierten Rahmenbedingungen	Integration von Ökonomie und Ökologie	Erzielen des erhofften Konsumnutzens
6 Physische Umwelt	Möglichkeit, Wohnen und Mobilität in einer gesunden Umwelt zu wählen	Verzicht auf umweltschädigendes Verhalten	Leben umgeben von Blumen und Tieren	Bewahrung von guten Wohn-, Verkehrs- und Umweltbedingungen für alle	Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Raum- und Siedlungspolitik u.ä.	Erhaltung der Lebensgrundlagen für alle Lebewesen	Fähigkeit der sinnvollen Interaktion mit der Umwelt
7 Soziale Umwelt	Möglichkeit für freie persönliche, familiäre und soziale Beziehungen	Bereitschaft für Investition in personale und soziale Beziehungen	Eingebettetsein in einem sozialen Netz, wie der Familie, dem Wohnumfeld	Ausgebautes Sozialsystem	Demokratische Fundierung übergreifender Sozialsysteme; aktive Mitgestaltung -kleiner Netze-	Stabilität sozialer Verhältnisse	Bereicherung durch menschliche Beziehungen
8 Soziale Chancen und Partizipation	Möglichkeit sozialer Mobilität und Partizipation	Wille, die eigenen Chancen wahrzunehmen und Verantwortung zu tragen	Verantwortliche Rolle in der Gesellschaft	Geltenlassen anderer Auffassungen	Offenheit des Wettbewerbs, der Mitgestaltung förderliche Rahmenbedingungen	Keine sozialen Ausgleichs unter Menschen auf Kosten der Natur, Stabilität	Ertragbringende Regelung von Konflikten
9 Persönliche Sicherheit	Gewissheit der freien Lebens- und Bewegungsmöglichkeit	Gewalt nicht selber ausüben und ihr entgegenzutreten	Sicherheit durch die Gemeinschaft	Institutionen, welche Minimierung von Gewalt und Sicherheit gewährleisten	Risikodialog	Entschärfung der existenzgefährdenden Entwicklungen	Erfahrung der Freiheit
10 Rechtswesen	Schutz der Menschenrechte, Zugang zu Leistungen des Rechtswesens	Bereitschaft zum Handeln nach rechtlichen Grundsätzen	Rahmen für soziale Kontakte	Gleichheit vor dem Recht	Gewährung von Genugtuung und einsichtige Bestrafung	Rechtssicherheit	Gerechtigkeit
11 Politisches System	Möglichkeit, politische Rechte wahrzunehmen	Politisches Engagement	Gefühl verantwortlicher Teilhabe an der Gemeinschaft	Demokratie, Garantie der Menschenrechte	Politische Kultur, die es nicht bei der Mehrheitsentscheidung belässt	Möglichkeiten, dass sich das langfristig Notwendige durchsetzt	Dissens und Konsensbildung
12 Zeit und Freizeit	Freiheit bei der Zeitverwendung; Möglichkeit zur kulturellen Entfaltung	Bereitschaft zum autonomen Umgang mit der Zeit	Zeit haben für soziale Kontakte	Flexible Arbeitszeitregelung (auch bei nicht entlohnter Arbeit)	Arbeitszeitautonomie; Mitwirkung an den Rahmenbedingungen der Zeiteinteilung	Mut zur Langsamkeit	Zeit haben für das Sinnvolle; Stressfreiheit

Das Schema zeigt, wie vielfältig und facettenreich sich Lebensqualität darstellt, trotz der bewusst vorgenommenen Einengung auf unsere abendländische Kultur. Ein Grossteil der aufgelisteten Anliegen ist in den Themenbereichen und Szenarien bereits angeschnitten worden. Eine Reihe weiterer Aspekte ergibt sich aus der Behandlung einiger übergreifender Gesichtspunkte, denen wir nun noch etwas gründlicher nachgehen wollen:

b. Der Status der Frauen und die Beziehung zwischen den Geschlechtern: Die stille Revolution des 20. Jahrhunderts

Wenn von Emanzipation die Rede ist, ist umgangssprachlich meist die Emanzipation der Frauen gemeint. Die bisherigen Ausführungen haben in Erinnerung gerufen, dass Emanzipation ein viel allgemeinerer Anspruch ist, der für die Lebensqualität in unserer Kultur eine zentrale Rolle spielt. Dennoch liegen im Status der Frauen und in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern in unserer Gesellschaft noch so viele spezifische Hemmnisse für eine frei gewählte Lebensgestaltung, dass diese Thematik eine gesonderte Behandlung verdient: Es geht einerseits um die Emanzipation der Frauen gegenüber der männlichen Dominanz, andererseits aber auch um die Emanzipation der Frauen und Männer von geschlechtsspezifischen Rollenvorstellungen und Rahmenbedingungen, die dem Vorrang der Person gegenüber dem Geschlecht im Wege stehen. Veränderungen nie erlebten Ausmasses stehen dabei in einem tiefreichenden Konflikt mit mächtigen Beharrungskräften. Ohne Zweifel liegt hier, mit Blick auf die kommenden Jahrzehnte, ein zentrales Feld des Umbruchs.

1. Die wichtigsten Wandlungen

... im Bereich der Ideen und Bewegungen

Die zweite Welle der Frauenbewegung bringt nicht mehr nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die weibliche Identität zur Geltung. Mit der zunehmenden, aber noch unzureichenden Teilnahme der Frauen am wirtschaftlichen und öffentlichen Leben, mit dem Bewusstwerden einer Kultur, von Werten und Bedürfnissen, die typisch weiblich sind, wird die Angleichung an ein männliches Vorbild zum Problem.

Deshalb beansprucht die Frage der Identität – neben dem Anliegen gleicher Rechte – einen wichtigen Platz in der Agenda der Frauenbewegungen. Das bedeutet erstens, dass Probleme der Sexualität (sexuelle Gewalt und Belästigung, Abtreibung, Pornographie usw.) zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden, indem sie aus einer Tabuzone heraus in die Öffentlichkeit treten. Es bedeutet zweitens, dass politische und persönliche Sphäre nicht mehr streng getrennt sind, dass die politische Sphäre sich Bereichen annehmen muss, die bislang als rein private Angelegenheit galten, wie Hausarbeit und die Beaufsichtigung und Erziehung von Kindern. Über die Idee

der materiellen Unabhängigkeit hinaus entwickelt sich drittens auch das Anliegen, am Wirtschaftsleben teilzuhaben; der Querbezug zwischen der Wertschöpfung der Wirtschaft und der Kultur in der Gesellschaft wird durch die Überlegung verdeutlicht, dass wir es uns immer weniger leisten können, im Berufsleben auf die Innovationskraft der grösseren Hälfte der Bevölkerung zu verzichten.

Unterschiedliche Anliegen lassen nicht nur eine zunehmende Einmischung der Frauen in die Politik erwarten, anstehend ist gleichzeitig auch eine Öffnung der Politik der Frauen hin zu anderen Bewegungen (wie Umweltbewegung, Menschenrechtsbewegung) und damit zu Problemen, die der gesellschaftliche Wandel insgesamt aufwirft.

Mit der Frage nach dem Status der Frau stellt sich mehr und mehr auch jene nach dem Status des Mannes. An die Stelle der traditionellen Komplementarität der Geschlechter treten entwicklungsfähige Partnerschaften. Es eröffnen sich Perspektiven für anders gestaltete Modelle der Zusammenarbeit, des Austausches und der Gemeinsamkeit (so etwa eine Partnerschaft im Management oder Zeitquoten für die Hausarbeit und die Kindererziehung).

... im Bereich der Erwerbstätigkeit

Hat die Erwerbsquote der Frauen zwischen 1950 und 1970 einen Sprung gemacht von 39% auf 51%, ist sie, nach einem konjunkturbedingten Auf und Ab, erst in den 80er Jahren wieder nennenswert angestiegen, nämlich von 51% 1980 auf 54% 1986. Diese Entwicklung hinkt etwa um ein Jahrzehnt hinter der Politik her, die ihrerseits im Vergleich zum europäischen Ausland aufzuholen hatte.

Während die Erwerbsquote der Ausländerinnen ungefähr konstant geblieben ist, hat sich jene der Schweizerinnen in den letzten Jahren erhöht, vor allem in den Altersklassen zwischen 20 und 50 Jahren. Die Entwicklung der Ausbildungsmöglichkeiten und des Ausbildungsstandes, der Lebensstile und der Mentalitäten, sowie die Erfahrung der Irreversibilität der einmal erreichten Erwerbsquote in den 70er Jahren, lassen ein Anhalten dieser Tendenz erwarten. Damit werden die Erfahrungen der Arbeitswelt mit ihren Auswirkungen auf das soziale, familiäre und politische Verhalten der Frauen zunehmend mit jenen aus dem reinen Familienleben in Konkurrenz treten.

Da die Wirtschaft unter Arbeitskräftemangel leidet und die Erwerbsquote der verheirateten Frauen, besonders solchen mit kleinen Kindern, in der Schweiz eine der niedrigsten in Europa ist, wird es zu neuen Lösungen und Kompromissen im Arbeitsmarkt kommen. Dass trotz aller Hindernisse immer mehr Frauen arbeiten, zeigt, dass sie erwerbstätig sein und aktiv bleiben wollen. Die Wirtschaft braucht einerseits hoch qualifizierte, andererseits flexible

Ganz allgemein geschieht die Integration der Frauen in das öffentliche Leben mit quälender Langsamkeit und unter grossen Schwierigkeiten. Kulturell betrachtet, hat sich die auf Integration abzielende «Reformbewegung» auf Kosten einer kritischen, sich gegen bestehende Verhältnisse auflehrenden «Protestbewegung» entwickelt. Strukturell gesehen beobachten wir eine allgemeine Untervertretung und gleichzeitig eine Konzentration der Frauen an der Peripherie der Macht.

Das Fehlen einer eigentlichen Frauenpartei verhindert wenigstens teilweise, dass die Gleichheitsideen in einem weiblichen Ghetto eingesperrt bleiben. Mit der Politisierung der Frauenfrage ergibt sich zwar eine Polarisierung zwischen Traditionalisten und Modernisten, ermöglicht werden gelegentlich aber auch neue Bündnisse und Koalitionen. Die doppelte Loyalität gegenüber dem Geschlecht und der Partei unterstützt nämlich die Bildung punktueller Koalitionen und trägt so dazu bei, dass die Voraussagbarkeit der Politik abnimmt.

2. Die Handlungsmöglichkeiten

In diesem Abschnitt fragen wir uns, welche Auswirkungen die Frauenemanzipation auf die eingangs beschriebenen Themenfelder und die dort identifizierten Optionen hat und wie sie von den letzteren beeinflusst wird.

Der EG-Effekt

Europarat und EG unternehmen grosse Anstrengungen zur Förderung, Koordination und Beschleunigung der Massnahmen zur Förderung und Gleichberechtigung der Frauen. Die europäische Integration ist für die Schweizer Frauen deshalb von grosser Bedeutung. Ein Anschluss an den EWR und vor allem ein EG-Beitritt böten die Chance, an der Politik und den Programmen zur Gleichstellung aktiv teilzuhaben, an denen die europäischen Institutionen seit langen Jahren arbeiten. Ein Alleingang würde zwar der Schweiz nicht verbieten, sich von sich aus einem europäischen Minimalstandard in dieser Hinsicht anzuschliessen und damit ihr isolationistisches und frauenfeindliches «Appenzeller»-Image aufzupolieren, aber das würde einen entsprechenden politischen Willen der Behörden und vor allem auch Wachsamkeit der Frauen selbst voraussetzen.

Feminisierung der Führungsschicht im politischen System?

Im Rahmen eines politischen Status quo würden die Frauen nicht rascher als bisher dorthin vordringen, wo die Entscheidungen fallen, d.h. langsam und mühsam. Entsprechend sollten wir den sich bietenden Erneuerungsmöglichkeiten angesichts der unbefriedigenden gegenwärtigen Situation auch in einem solchen Umfeld grösste Aufmerksamkeit widmen. Mit einer dezidierten Europäisierung der Verfassung dagegen wäre ein Effizienz- und Konkurrenzdruck nicht nur für

unsere Institutionen, sondern auch für die Politiker verbunden. Angesichts ihrer prekären Ausgangslage würden die Frauen riskieren, im resultierenden Machtgerangel auf der Verliererseite zu stehen.

Nun schliesst die Öffnung zur EG die Option einer Revitalisierung der Demokratie keineswegs aus. In deren Zeichen liessen sich eher auf eine Übergangszeit gerichtete positive Aktionen mit einer langfristigen und auf die Basis hin orientierten Frauenförderungs politik verbinden. Es ginge um die Herausbildung einer Partizipationskultur in allen Gesellschaftsbereichen, von der Schule über den Beruf zur Familie. Den Frauen würde dabei eine besondere Anstrengung abverlangt, es würde sich ihnen aber gleichzeitig auch die Chance eröffnen, in allen Entscheidungsfeldern voll mitwirken. So könnte eine weibliche Führungsschicht nicht nur auf kommunaler und kantonaler Ebene entstehen.

Ökologie im Alltag

Wollen wir verhindern, dass die umweltpolitischen Notwendigkeiten auf die Dauer zu einer erstickenden Regeldichte führen, muss sich allmählich eine neuartige Beziehung zwischen Mensch und Natur herausbilden, die zu einer entsprechenden Wandlung der Haltungen und des Verhaltens im Alltag führt. Die Frauen könnten in einem solchen Prozess eine wichtige Rolle spielen – nicht nur, weil sie wohl auch noch künftig als Erzieherinnen und Konsumentinnen eine Schlüsselfunktion einnehmen, sondern auch, weil ökologisches Denken einhergeht mit den Werten des Sorgetragens und des pfleglichen Umgangs, die man traditionell mit der Rolle der Frau in Verbindung bringt. Die Frauenbewegungen postulieren denn auch seit langem ein ganzheitliches ökologisches Denken. In diesem spielt die Synergie zwischen Mann und Frau ebenso eine Rolle wie die Ausgewogenheit zwischen Mensch und Natur.

Zwischen geld-wirtschaftlichen sozialen Systemen und kleinen Netzen

Im Bereich der sozialen Sicherheit hängt die Gleichstellung der Geschlechter vor allem von der Trennung von Leistungsberechtigung und Zivilstand, von der Geschlechtsneutralität sowie von der Berücksichtigung nicht erwerbswirtschaftlicher Tätigkeit ab. Die Einführung eines neuen Sozialsystems auf der Basis eines garantierten Mindesteinkommens würde Diskriminierungen zwischen Geschlechtern und zwischen verschiedenen Entlohnungs- und Tätigkeitskategorien beseitigen. Sie würde allerdings wenig Raum übriglassen für spezifische Massnahmen zur Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter. Der Einsatz zu ihren Gunsten würde sich voraussichtlich auf die Ebene der Solidarität mit den wirtschaftlich benachteiligten Gruppen verlagern. Im Fall einer Weiterentwicklung des bestehenden Systems eröffnen sich demgegenüber Möglichkeiten, spezifisch den Lebenszusammenhängen der Frauen entgegenzukommen (Mutterschaftsversicherungen, Elternurlaub usw.). Der Erfolg dieses Weges hängt aber nicht nur von den Finanzierungsmöglichkeiten ab, sondern auch von der

Wachsamkeit, dem Engagement und der Solidarität der Frauen. Die Schaffung von sozialen Netzen auf der Basis neuer Formen der Solidarität ist so oder so ein wichtiges Komplement der rein monetären Anspruchs- und Ausgleichssysteme. Sie hätte den zusätzlichen Effekt, die Tendenz zur Monetarisierung der Frauenarbeit zu vermindern. Neue soziale Netze würden nicht nur helfen, einen steigenden Bedarf nach sozialen Dienstleistungen zu befriedigen, sie liessen sich auch besser als finanziell entgoltenene Dienstleistungen um die weiblichen Erfahrungen und Werte bereichern.

Die Umstrukturierung der Arbeitswelt

Für die grosse Mehrheit der Frauen bleibt die Berufsarbeit untrennbar mit der Familienarbeit verbunden. Das ergibt eine andere Wahrnehmung von Lebensqualität: Bereiche wie die Ernährung, die Wohnung, die Schule spielen eine ebenso grosse Rolle wie der Beruf. Es geht deshalb nicht nur um Möglichkeiten der Eingliederung und des Aufstiegs im Beruf, sondern auch um Arbeitsbedingungen, die einer zivilisierten und die Gleichberechtigung ernst nehmenden Gesellschaft würdig sind. Auf längere Sicht heisst das, dass eine neue, die übrigen Lebensbereiche integrierende Definition der Arbeit und des Berufslebens gefunden werden muss.

In einer auf die Erhaltung des Status quo ausgerichteten Wirtschaft wären die Chancen grösserer Entfaltungsmöglichkeiten in dieser Richtung – für Männer und Frauen – gering. Nichts garantiert die Dauerhaftigkeit der Massnahmen, die durch den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bedingt sind. Eine Wirtschaft, die sich voll auf die Anpassung an internationale Konkurrenzbedingungen konzentriert, würde gewiss einer Minderheit von hochqualifizierten und -motivierten Frauen neue Chancen eröffnen, der wachsende internationale Wettbewerbsdruck würde gleichzeitig aber die Gefahr einer Feminisierung der benachteiligten Berufe und Branchen erhöhen.

Ein dritter Weg, der das Humankapital besser zu mobilisieren und gleichzeitig die sozialen Kosten einer schrankenlosen Konkurrenz zu reduzieren sucht, wird den Bemühungen um Gleichberechtigung der Geschlechter besser gerecht. Die Idee des «Qualitativen Wachstums» würde um den Aspekt bereichert, die Lebensqualität durch Lockerung jener Strukturen erhöhen, die heute jedes Geschlecht zwingen, sich in separaten und einander fremden Welten zu entwickeln. Statt dessen würden den Frauen und vor allem den Männern mehr Möglichkeiten massgeschneiderter Kombination zwischen Privat- und Berufsleben eröffnet. Das hiesse mehr Gemeinsamkeit und mehr Entfaltungsmöglichkeiten für beide Geschlechter.

Kulturelle Emanzipation – nur der Frauen?

Die Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter ist Teil der Grundidee der Emanzipation des Menschen, d.h. der Möglichkeit zur Entfaltung aller Individuen

ohne Rücksicht auf geschlechtliche oder andere Unterschiede. Unterschiedliche kulturelle Entwicklungstendenzen haben unterschiedliche Konsequenzen für die Verwirklichung dieses Ideals.

In der gegenwärtig vorherrschenden Universalisierung der Industriekultur, in der konsumgesättigten Gesellschaft, die mit einer Merkantilisierung aller Lebensbereiche verbunden ist, herrschen traditionell-männliche Werte vor, trotz einer oberflächlichen «Unisex»-Tendenz und der Feminisierung einzelner Bereiche.

Parallel dazu können wir aber als Element der «postmodernen Gesellschaft» eine «Rückkehr zu den Wurzeln» beobachten, was für die Frauen ohne Zweifel «zurück ins Haus» heisst. Loblieder auf traditionelle Geschlechterrollen und auf frühere Gebräuche wie Hausgeburt, Grossmutterküche, Mystifizierung von sogenannten weiblichen und männlichen Qualitäten und Sublimierung ökologischen Gedankengutes in Gestalt hausgemachter Konfitüre und selbstgefärbter Wolle – ein Umsichgreifen dieser Tendenzen würde der Entwicklung zur Gleichberechtigung ein vorzeitiges Ende bereiten.

Wir können diese Entwicklung aber auch als Teil einer allgemeinen Pluralisierung der Werte verstehen, genauer eines Individualisierungsprozesses, der als solcher nicht nur das Bedürfnis nach Autonomie und Selbstentfaltung, sondern auch jenes nach Austausch und Kommunikation unterstreicht. In diesem Sinn kann die postmaterialistische Kultur aufgrund eines permanenten Lernprozesses durchaus zur persönlichen Emanzipation von Männern und Frauen beitragen.

Die Lebensformen: Gegenseitigkeit und Solidarität

Auch im Bereich der Lebensformen beobachten wir zwei unterschiedliche Entwicklungen, die durchaus miteinander koexistieren können. Ihre Individualisierung setzt eine zunehmende Professionalisierung der privaten Dienstleistungen voraus. Im Rahmen dieses Individualisierungsprozesses aber entwickeln sich gleichzeitig neue soziale Gemeinschaften auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Solidarität – unter anderem wohl eine Reaktion auf die Erfahrung, dass Gleichheit auch mit Egoismus einhergehen kann und dass anstelle der Unterdrückung durch die Gesellschaft eine Unterdrückung des Lebens durch die Einsamkeit getreten ist.

Beide Tendenzen sind unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung jedoch mit Problemen verbunden: Während die Individualisierung und Professionalisierung eine neutralere private Rollenverteilung unterstützt, gleichzeitig aber die Dominanz des männlichen Leitbildes aufrechterhält, werten die neuen sozialen Gemeinschaften zwar die «weiblichen» Werte der Gegenseitigkeit und Solidarität für beide Geschlechter auf, aber die Wahrscheinlichkeit, dass dennoch vor allem die Frauen die zusätzlichen Aufgaben und Verantwortungen übernehmen, bleibt gross.

Wenn die Gesellschaft von morgen also Gegenseitigkeit und Solidarität will, dann muss sie sie voraussichtlich auf dem Weg der allgemeinen Durchmischung suchen, nämlich jener der Lebensbereiche (öffentlich und privat), der Rollen (männlich und weiblich) und der Herkunft der Personen.

3. Der dreifache Pfad zur Gleichberechtigung

Ist es richtig, dass beide Spielarten des Feminismus, der «liberale» und der «etatistische», Rücken an Rücken zueinander wirken, indem sie sich nicht nur um die Verwaltung, sondern auch um die aktive Begleitung und Vorwegnahme des gesellschaftlichen Wandels bemühen? In Tat und Wahrheit müssen wir drei untereinander eng verbundene Pfade gleichzeitig verfolgen:

Erstens geht es um die Wahl einer Zivilisationsform. Demokratie und Gleichberechtigung sind weder automatisch noch für alle Zeiten gesichert. Deshalb ist die Demokratie seit zwei Jahrhunderten Gegenstand ständiger Bemühungen, auf der Ebene der Institutionen, des Rechts, der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Praxis. Dementsprechend wäre auch die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht zu verwirklichen ohne ein solides Gesellschaftsprojekt, das sich auf eine politische Basis und einen gesellschaftlichen Lernprozess stützt.

Zweitens geht es darum, die Funktion des Staates in diesem Kontext festzulegen. Er muss nicht nur die gesetzgeberischen Lücken in Sachen Gleichberechtigung stopfen und die Gesetze und ihre Konsequenzen jenen nahebringen, die sie anzuwenden und einzuhalten haben. Auf längere Sicht muss er auch die nötigen Impulse verabreichen, damit die Dynamik seiner Gleichberechtigungspolitik aufrechterhalten bleibt und die Konvergenz anhält.

Am schwierigsten aber ist drittens die Vertiefung des gesellschaftlichen Dialogs. Er hängt vor allem davon ab, dass die Frauen und ihre Organisationen über die Verwaltung des Erreichten hinaus einen Geist der Erneuerung und Initiative entwickeln, der die Hauptbedingung sein wird für die Phase der Partnerschaft, die jetzt beginnt, während die Lehrjahre dem Ende entgegengehen.

c. Wissenschaft und Technologie

Wissenschaft und Technologie sind im 20. Jahrhundert zur zentralen Produktiv- und Innovationskraft geworden. Betrachtet man den Verlauf der Wirtschaftsentwicklung in sehr langen Zeiträumen, so lassen sich länger anhaltende Wachstumszyklen ausmachen. Diese Wachstumszyklen werden geprägt vom Aufkommen neuer Schlüsselindustrien und getragen von der Verbreitung von Basistechnologien, die bereits in der Periode davor erfunden, erforscht, entwickelt und in ersten Bereichen angewendet worden sind. Wenn man also heute die Frage stellt, welche Basistechnologien und Schlüsselindustrien Träger eines

neuen länger anhaltenden Wachstumszyklus sein könnten, so muss man nicht nach «science-fiction»-ähnlichen Dingen Ausschau halten, sondern nach etwas, das schon da ist und auch bereits eine gewisse Erprobungsphase durchgemacht hat. Solche wesentliche Basistechnologien und zukunftsgerichtete Anwendungsfelder sind:

- die **Mikroelektronik**, insbesondere die Halbleitertechnik und die Lasertechnik, in Gestalt von Computern bis hin zur Fabrik mit automatisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, Robotern usw.;
- computergestützte **Informations- und Kommunikationssysteme** (Telekommunikation); **Künstliche Intelligenz** (Expertensysteme);
- **neue Materialtechnologien** wie Glas- und Metallfasern, Verbundwerkstoffe sowie keramische Werkstoffe;
- die **Biotechnologie**, etwa bei der Herstellung von Chemikalien und Pharmaka durch «Bioroboter» (Enzyme, Pilze usw.), die **Gentechnologie** und auch die **Biomasseverarbeitung**, d.h. die Umwandlung von Pflanzen, vor allem von hochwertigen Feldfrüchten und Holz, in Futtermittel, Baustoffe, chemische Grundstoffe und Brennstoffe;
- die **alternative Energietechnik**, vorab die rationelle Energienutzung und die Solartechnik; überhaupt die **Umweltschutz-, Recycling- und sonstigen Ökotechnologien**.

Die technologischen Voraussetzungen für einen länger anhaltenden Wachstumszyklus sind also gegeben. Die dazu erforderlichen Voraussetzungen und förderlichen Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind es oft nicht. Damit sich diese Basisinnovationen in ausreichender Stärke durchsetzen, sind genügend treibende Kräfte zu mobilisieren, um jene institutionellen und sozialen Innovationen in Gang zu setzen, die notwendig sind, um verkrustete Organisationsstrukturen beweglicher zu machen und alte Besitzstände an Meinungen, Vorurteilen und Vorrechten zu überwinden.

Dies ist eine Seite der Medaille. Sie wurde in der Kommission nicht weiter vertieft, da sie in der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik schon oft Gegenstand der Diskussion war. Immerhin erscheint ein stärkeres Engagement für die Geistes- und Sozialwissenschaften geboten und auch deren stärkerer Einbezug in die Durchführung von Technologieprogrammen.

Die andere Seite der Medaille ist, dass Wissenschaft und Technik in den 70er Jahren in eine tiefe Legitimationskrise geraten sind. Stammte die Kritik bis dahin vornehmlich aus konservativen, um ihren weltanschaulichen Einfluss fürchtenden Institutionen und traditionalistisch orientierten Kreisen der Bildungselite, so

sind inzwischen neue Träger hinzugetreten. Zum einen ist in der breiten Öffentlichkeit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und das Vertrauen auf die vorteilhaften Wirkungen von Wissenschaft und Technik beständig zurückgegangen. Zum anderen sind im gleichen Zeitraum auch innerhalb der Wissenschaft selbst in einem bis dahin unbekanntem Ausmass verschiedene Typen von «Kritikern», «Dissidenten» oder «Aussteigern» aufgetreten, die auf jeweils ihre Weise den Nimbus der Objektivität oder Rationalität der Wissenschaften und die wachsende Spezialisierung öffentlich in Frage gestellt haben. Die heftigen Kontroversen zwischen Befürwortern und Gegnern unter den Experten in Sachen Kernenergie sind das wohl eindrucklichste Beispiel für diesen Prozess.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich offenbar unabweisbar der Eindruck festgesetzt, dass Wissenschaft und Technik nicht nur Probleme lösen, sondern auch Probleme schaffen. Der frühere Glaube, dass Wissenschaft und Technik über kurz oder lang alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme lösen werden, ist einer wesentlich skeptischeren Sicht gewichen, teilweise sogar in sein Gegenteil umgeschlagen. Das in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Interesse an ethischen Problemen der Wissenschaft ist ein Ausdruck dieser Legitimitätskrise der Wissenschaft.

Verdeutlichen lässt sich dies am Beispiel gentechnischer Forschung, wo kontrovers debattiert wird, wem bei der Festlegung von Risiken eigentlich die Beweislast obliegt: ist es – beispielsweise bei der Selbstvermehrung von im Labor gentechnisch hergestellten Organismen – die Öffentlichkeit, die gravierende Risiken aufzeigen muss, um Forschungsrestriktionen verlangen zu können; oder müssen die Wissenschaftler der Öffentlichkeit gegenüber die Gefährlosigkeit ihrer Experimente nachweisen, um Forschungsfreiheit beanspruchen zu können? Die ethische Problematik resultiert daraus, dass die angestrebten Forschungsziele meist mit Schattenseiten behaftet sind, so dass ihre Realisierung nicht nur die gewünschten direkten Wirkungen, sondern zugleich eine mehr oder weniger grosse Zahl von unerwünschten Nebeneffekten haben würde. Sicherlich können die Wissenschaftler nicht für alle diese Nebeneffekte verantwortlich gemacht werden; erwartet werden müsste jedoch, dass sie sie in ihrer Arbeit mitbedenken, ihre Auftraggeber und die Öffentlichkeit auf sie aufmerksam machen und nach Möglichkeit auch auf Gegenmassnahmen hinweisen bzw. solche entwickeln. Diese Minimalbedingung ist jedoch bis heute keineswegs erfüllt.

Mit der wachsenden Effektivität unserer Technologien, mit deren rascherer Anwendung und Verbreitung und mit der zunehmenden Dichte unserer Eingriffe in die Natur wächst die Bedeutung einer langfristig angelegten und der Komplexität der Zusammenhänge angemessenen Folgenabschätzung über alle Massen. Es liegt auf der Hand, dass hier nicht nur technische Fragen, sondern ein moralisches Problem vorliegt. Mit dem Wachstum unseres Wissens und unserer technischen Verfügungsmacht wächst auch unsere Verantwortung.

Damit aber gelangen wir in das Spannungsfeld von Wissenschaft und menschlichen wie gesellschaftlichen Werten. Und hier scheint bislang eine Art Asymmetrie zwischen der Wissenschaft und den Werten zu bestehen: während die Werte dem ständigen Zugriff durch die Wissenschaft ausgesetzt sind, hat sich die Wissenschaft ethischer Beurteilung entzogen. Wer seine Überzeugungen nicht der wissenschaftlichen Kritik preisgibt, grenzt sich aus; wer seine wissenschaftlichen Überzeugungen moralischen Kriterien unterwirft, dem widerfährt dasselbe. Im Verhältnis von Wissenschaft und Moral scheint die Wissenschaft zur unabhängigen Variablen geworden zu sein. Paradoxiertweise wird dies dadurch gerechtfertigt, dass die wissenschaftliche Erkenntnis ein alle anderen Werte überragender Wert sei. Die Folge davon ist, dass die wissenschaftliche Rationalität sich verselbständigt und sich als ein von allen moralischen, sozialen, historischen usw. Bedingungen unabhängiges Prinzip begreift. Der Preis dafür ist allerdings ihre Verarmung und die Gefahr ihrer Verkümmerng zu einer blossen Ideologie.

Soweit die aktuellen Strömungen der Wissenschaftskritik sich gegen letzteres richten, kann ihnen nur beigeplichtet werden. Ihr Kurzschluss besteht aber darin, dass sie die Rationalität als grundlegendes Prinzip der neuzeitlichen Wissenschaft überhaupt verwerfen und ablehnen. Aber es ist nicht zu sehen, wie unser Haus wieder in Ordnung zu bringen und zu halten ist ohne die Mithilfe von Wissenschaft und Technik. Also müssen wir nicht die wissenschaftliche Rationalität abschaffen, sondern im Gegenteil einen Schritt vorwärts wagen in Richtung auf eine höhere Entwicklungsstufe von Rationalität.

Deshalb stellt sich unter den Bedingungen einer wissenschaftlich-technisch geprägten Zivilisation wie der unseren die zunächst zentrale Aufgabe, scheinbar Selbstverständliches, bislang Unbegriffenes auf die Ebene bewussten Nachdenkens zu heben und so zum Gegenstand bewusster Entscheidung und bewusster Gestaltung zu machen. Aber es ginge noch um mehr. Die zentrale Denkfigur jeder Ethik ist die Übernahme von Verantwortung. Aber verantwortlich handeln kann nur, wer zwischen Handlungsalternativen wählen kann. Voraussetzung dafür wäre die Schaffung von Transparenz und von Gelegenheiten der Artikulation, Auseinandersetzung, Mitbestimmung und Verhandlung, damit die Bürgerinnen und Bürger die Chance erhalten und sogar die Verpflichtung, sich über Zukunftsorientierungen zu verständigen und Zukunftsentwürfe anzufertigen. So würden sie auch selber Massstäbe für die wissenschaftlich-technologischen Dimensionen von Handlungsalternativen gewinnen. In der jüngsten Vergangenheit hat es da und dort Ansätze in dieser Richtung gegeben (Kommunikationsgemeinden). In Zukunft ginge es darum, diese Ansätze weiterzuentwickeln. Mit anderen Worten: es ginge vorrangig um die Öffnung von Wissenschaft und Technologie für die Bürger, um den beiderseitigen Abbau von Barrieren und Hemmnissen, um die Schaffung von Orten, an denen soziale und fachbedingte Isolationen aufgebrochen werden können. Breiten Kreisen sollen sich Möglichkeiten eröffnen, über die Fachgrenzen hinweg gemeinsame Gespräche und

wechselseitigen Gedankenaustausch zu pflegen, wobei an diesen Orten Raum zu lassen ist für emotionale Ängste wie für rationale Argumente. Es wären Orte, wo vor allem Modelle, Strategien und Handlungsalternativen entworfen und debattiert würden. Kurz, es käme darauf an, einen neuen Umgang mit Wissenschaft zu lernen.

d. Die Risikoverantwortung zurückgewinnen?

Die Risiken und Gefahren der modernen Zivilisation – Zerstörung der eigenen natürlichen Lebensgrundlagen, Grossunfälle mit nicht kalkulierbaren Folgen, schleichende Schädigungen durch Belastung von Lebensmitteln usw. – sind zu einer Quelle wachsender Verunsicherung geworden. Der Wunsch nach Emanzipation, der die zentrale Motivation des zivilisatorischen Fortschritts darstellt, kann auch interpretiert werden als Wunsch nach Sicherheit gegenüber äusseren Einwirkungen, die uns ohne unser Zutun bedrohen und in der Verfolgung unserer Ziele behindern. In der Tat hat die heute weltweit dominierende abendländische Zivilisation die Menschen von zahlreichen Gefährdungen befreit. Aber der Preis dafür waren zunehmende Zivilisationsschäden und -risiken – eine der Fortschrittsparadoxien.

In der Umgangssprache machen wir einen Unterschied zwischen Gefahren, also dem, was uns ohne unser Zutun von aussen bedroht oder gefährdet, und den Risiken, die wir mit unseren eigenen Entscheidungen eingehen; Risiken beinhalten ein Abwägen zwischen den Chancen und den Gefahren, die einer Entscheidung innewohnen. Wir können sagen, die Zivilisationsdynamik habe zunehmend Gefahren durch Risiken ersetzt, also Bedrohungen und Gefährdungen von aussen durch Schadenspotentiale abgelöst, die wir mit unserer Zivilisation selbst hervorbringen und die wir als Gegenpart zu den mit ihnen verbundenen Chancen bisher in Kauf genommen haben. Dabei – und auch dies entspricht den «Gesetzen» der Fortschrittdynamik – neigen wir dazu, die Schadenspotentiale in den Zivilisationsrisiken zu verdrängen oder zu bagatellisieren.

Je mehr sich eine Zivilisation als erfolgreich erlebte, desto mehr wiegte sie sich in Sicherheit und bestand sie auf Sicherheit. Hier wird die Thematik zu einer spezifisch schweizerischen, denn es gibt wenige Länder auf der Welt, in denen «Sicherheit» einen so hohen Stellenwert hat: Sicherheit

- im Sinn von Absicherung gegen äussere Bedrohungen durch Aussen- und Sicherheitspolitik;
- im Sinn der inneren Stabilität durch Konkordanzdemokratie, Sozialpartnerschaft und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen;
- im Sinn der Individual- und Sozialversicherung gegen individuelle Gefährdungen;

- und in jüngster Zeit auch zunehmend im Sinn des Schutzes vor ökologischen Zivilisationsrisiken.

Es gibt drei Gründe, weshalb diese Thematik in der Schweiz einen besonderen Stellenwert hat: Erstens können wir auf eine relativ erfolgreiche Geschichte der Risikovermeidung zurückblicken. Zweitens haben wir besonders viel zu verlieren – objektiv, weil wir viel besitzen, subjektiv, weil wir aufgrund unserer Geschichte Gefahren und Risiken besonders erfolgreich verdrängt haben. Drittens ist unsere Kultur von ihrer Geschichte und von der Geographie her wohl eher auf das Pflegen und Bewahren als auf das kühne Wagnis ausgerichtet.

Wollen wir die Risikoproblematik verstehen und daraus Konsequenzen ziehen, müssen wir uns mit einem Strukturwandel vertraut machen, der künftig noch an Bedeutung gewinnt: Für immer mehr Menschen sind Zivilisationsrisiken zu Zivilisationsgefahren geworden. Ein Risiko geht ein, wer eine Entscheidung trifft, die schädigen, aber auch Gewinn bringen kann. Kann diese Entscheidung aber auch andere schädigen, stellt sie für diese eine Gefahr dar. So ist z.B. riskantes Verhalten im Strassenverkehr gleichzeitig eine Gefährdung für andere. Nun ist hier die Kausalkette zwischen Quelle und Konsequenz der Gefährdung relativ einfach. Wir haben zumindest den Eindruck, Roadies identifizieren und ihnen bis zu einem Grad durch defensives Fahren ausweichen zu können. Wir nehmen als Verkehrsteilnehmer das «Restrisiko» mehr oder weniger bewusst auf uns; wenn nicht, weichen wir auf andere Verkehrsmittel aus. Auch bei Arbeitsunfällen ist noch einigermassen auszumachen, wer die Risiken verursacht, wie ihnen auszuweichen ist und weshalb wer bereit ist, sie auf sich zu nehmen. Auch handelt es sich um eine grosse Zahl von Einzelfällen, die statistisch einigermassen prognostizierbar ist. Wenigstens die finanziellen Folgen des Eintritts des Risikos lassen sich deshalb beziffern und durch eine Versicherung unter den Mitgliedern der Gesellschaft ausgleichen.

Mit zunehmender Komplexität unserer Zivilisation wächst aber das Gewicht eines ganz anderen Risikotypus: Grossrisiken, die zwar statistisch gesehen extrem selten sind, aber trotz – oder zuweilen sogar wegen – allen Sicherheitsvorkehrungen jederzeit aus heiterem Himmel zuschlagen und ohne Ansehen der Person jede und jeden treffen können. Negative Folgen aus dem Eintreten von Grossrisiken sind räumlich, zeitlich und funktional weitgehend losgelöst von den Verursachern des Risikos, soweit sich diese überhaupt identifizieren lassen. Schweizerhalle und Tschernobyl sind naheliegende Stichworte in diesem Zusammenhang. Aber auch der Rinderwahnsinn gehört zu diesem Typus oder der Börsenkrach vom Herbst 1988, der auf die Risiken der weltweiten Informationssysteme hindeutet.

«Zivilisationsrisiken» können wir diesen Typus insofern nennen, als die menschliche Zivilisation insgesamt sie auf sich nimmt. Für jeden einzelnen Menschen sind sie aber Gefahren, die ihn ohne sein Zutun bedrohen, und zwar jederzeit.

Dass die statistische Wahrscheinlichkeit gering ist, bleibt für das Gefühl der Angst erfahrungsgemäss unerheblich. Wieviel Angst welche Gefahr auslöst, hängt von der persönlichen Vorstellung der Wirklichkeit ab, und diese ist entscheidend geprägt vom kulturellen und sozialen Umfeld. Da der zivilisatorische Fortschritt bisher mit einer zunehmenden kulturellen und sozialen Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft verbunden war, haben sich auch die Bedrohungs-bilder entsprechend auseinanderentwickelt: Ist es für die einen unmoralisch, auf technische Fortschritte zu verzichten, die Millionen von Menschen ein besseres Leben verschaffen könnten, ist es für die anderen unmoralisch, um eines geringfügigen wirtschaftlichen Mehrwerts willen Millionen von Menschen oder auch von Tieren und Pflanzen zu gefährden. So stossen wir auf eine weitere Variante der Fortschrittsparadoxie: Lerneffekte beim erfolgreichen Streben nach Sicherheit produzieren immer neue, immer stärkere Angst erzeugende und immer kontroverser beurteilte Varianten von Unsicherheit. Das Ergebnis ist, dass sich die Schritte gegen die wahrgenommenen unterschiedlichen Risiken zunehmend gegenseitig blockieren und es damit zu einer Lähmung der gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten insgesamt kommt.

Die Abnahme der Handlungsmöglichkeiten ist untrennbar verknüpft mit der bisherigen Art der Wohlstandssteigerung. Statt allein von der «Wohlstandsgesellschaft» müssten wir nämlich von der «Wohlstands-Risiko-Gesellschaft» sprechen. Wie gesagt hat diese Thematik für die Schweiz einen besonders hohen Stellenwert, nicht nur wegen unseres hohen Wohlstandsniveaus und unserer niedrigen Reizschwelle für noch akzeptierbare Risiken, sondern auch wegen des besonders hohen Grades der Vernetzung unseres Landes in die arbeitsteilige Weltwirtschaft mit ihren exponierten Informations- und Kommunikationssystemen.

Eng verknüpft mit der Problematik der «Wohlstands-Risiko-Gesellschaft» ist das Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie. Das weltweit wachsende Auseinanderklaffen von Ökologie und Ökonomie ist darauf zurückzuführen, dass auch hier gewisse Kosten nicht mehr oder weniger direkt von jenen getragen werden, welche die Entscheidungen treffen und den Nutzen von ihnen haben. Unterschiede zur Risikoproblematik ergeben sich aber insofern, als die Vernachlässigung der ökologischen Aspekte laufend echte Kosten hervorruft und nicht erst im wenig wahrscheinlichen Fall des Risikoeintritts ein Schaden zu verkraften ist. Würden die Kosten dem Verursacher voll belastet oder auf geeignete Weise in die Rechnung eingehen, wäre das Bruttosozialprodukt schon heute erheblich niedriger als ausgewiesen, denn schon jetzt absorbiert die nachträgliche Beseitigung von Schäden einen erheblichen Teil des Wirtschaftspotentials. Nun werden ökologische Kosten nicht nur auf andere Bevölkerungsgruppen und Regionen, sondern auch auf zukünftige Generationen abgewälzt, die nicht mehr eine gleich reiche Natur vorfinden dürften. Mit Blick auf solche Vorgänge ist es denn auch etwas müssig, noch lange zu differenzieren, ob morgen eine schwerwiegende Schädigung unserer Welt mit Sicherheit oder nur mit

zunehmender Wahrscheinlichkeit vorliegen wird. Zeitbomben wie der wachsenden Belastung der Luft durch den Strassenverkehr, der wachsenden Verarmung von Flora und Fauna durch die Wirkung von Düngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln und der wachsenden Belastung des Bodens und der Gewässer durch diese Stoffe und wachsende Endlagerungsprobleme von Abfällen aller Art wäre schon heute entgegenzutreten, wenn wir die Interessen unserer Nachwelt nur korrekt in unsere eigene Rechnung eingeben liessen.

Eng verbunden mit der Wohlstandssteigerung in der bisherigen Form ist das Gesetz der Massenproduktion («economies of scale»), das zu zunehmender Ausdifferenzierung und Komplexität der Systeme führt. Wie gesehen, ist damit aber eine Zunahme der Zivilisationsrisiken verknüpft («diseconomies of risk»). Es steigt die Gefahr, dass die Wohlstandssteigerung zum Stillstand kommt, sich sogar umkehrt – sei es, weil «Signalereignisse» wie Schweizerhalle oder Tschernobyl die Risikowahrnehmung schlagartig intensivieren und weitere Schritte zur Wohlstandssteigerung blockieren, sei es, weil Grossereignisse in der Tat ganze Teile der menschlichen Zivilisation zerstören. Systemzusammenbrüche, wie wir sie von der Börse oder vom Verkehr her kennen, sind im Bereich der Zivilisation Zeichen einer solchen Entwicklung, während erste ökologische Störungen konkrete Signale für umfangreiche ökologische Katastrophen setzen. Ein wachsender Teil der Investitionen, die bisher für Wohlstandssteigerungen eingesetzt werden konnten, muss auf die Verminderung dieser Gefahren verlagert werden. Solange man beim gewählten Ansatz bleibt, werden mit diesen Geldern Systemzusammenbrüche aber bestenfalls hinausgeschoben. Die eigentliche Frage ist deshalb, ob es Möglichkeiten gibt, der Risikofalle echt zu entrinnen.

Nach unserer Analyse bleiben Bemühungen um eine technische Risikobeherrschung, eine weitere Vervollkommnung der Sicherheitssysteme und damit eine Verminderung der Restrisiken zwar unerlässlich, sie vermögen für sich allein genommen aber das Problem nicht zu lösen. Ähnliches gilt für die meisten Spielarten des vorsorglichen Risikomanagements, bei dem man systematisch die Bedrohungen erfasst, Organigramme, Prozesse und Produkte entsprechend gestaltet und auch Vorkehrungen trifft für den Fall des Schadeneintritts. Massnahmen auf diesem Feld umfassen unter anderem die Früherkennung der Bedrohungen, die Frage nach deren Wahrnehmung durch die Betroffenen und eine Kommunikationspolitik, die Vertrauen bildet und so die Akzeptanz der Risiken im Umfeld erhöht. In der Sache selbst geht es um die Beachtung der folgenden Grundsätze:

1. die Risikoaversion, d.h. dass im Zweifel die Vermeidung von Gefährdungen der Wohlstandssteigerung vorgezogen wird;
2. die Internalisierung der Kosten für die Kompensation von Schäden, nach dem Prinzip der Gefährdungshaftung;

3. die Fehlerfreundlichkeit der Systeme, die gewährleistet, dass Fehler behoben werden können und nicht zu irreversiblen Schäden führen – eine der Voraussetzungen zur Risikodemokratie, wie noch zu zeigen sein wird.

Im Risikomanagement öffnet sich eine Grauzone, an der sich besonders gut die Grenze aufzeigen lässt zwischen Manipulationen, welche bestenfalls die Lebensspanne der «Wohlstands-Risikogesellschaft» zu verlängern vermögen, und einer Orientierung, welche eine wirkliche Chance zur Überwindung ihrer Problematik beinhaltet. Eine Grauzone ist es deshalb, weil zwischen gekonnten Meinungsmanipulationen, symbolischen Alibiübungen, wirksamen Vereinnahmungsstrategien und einer wirklichen Kursänderung in der Praxis oft schwer zu unterscheiden ist.

Was meinen nun wir mit einer wirklichen Kursänderung? Es geht offenbar darum, Deckungsgleichheit zwischen jenen, die Risiken schaffen und Schäden verursachen, und jenen, die die Konsequenzen tragen, zu erhöhen. Der Kern der Problematik besteht darin, dass wir einen wachsenden Teil der Verantwortung für unsere eigene Zukunft und für künftige Generationen an unpersönliche Grosssysteme delegiert haben, die sich nach ihren Eigengesetzlichkeiten weiterentwickeln. Die Lösung des Problems besteht somit grundsätzlich darin, diese Verantwortung wieder zurückzuholen in die Verfügungsgewalt einer demokratischen Gesellschaft.

Das gilt für die Sphäre der öffentlichen Hand wie für jene der Privatwirtschaft, aber auch für andere Bereiche wie Forschung und Wissenschaft. Es geht nicht unbedingt darum, ihren Handlungsspielraum einzuschränken, sondern darum, dass sie selbst erkennen, an welche Voraussetzungen ihre langfristige Entwicklungsfähigkeit unter den Vorzeichen einer Wohlstandsrisikogesellschaft gebunden ist.

Diese Voraussetzungen lassen sich wie folgt umschreiben:

1. Die Risikogestalter in der Politik, in der Wirtschaft und in anderen Bereichen müssen sich einem eigentlichen «Risiko-Dialog» öffnen. Ein Dialog ist dadurch gekennzeichnet, dass die Beteiligten sich um ein wirkliches gegenseitiges Verständnis für ihre Positionen und deren Hintergründe bemühen, so dass sie die Positionen der Dialogpartner wenigstens wiedergeben können. Es geht also nicht um den Wunderglauben, ein Dialog führe automatisch zu einer vernunftgeleiteten Verständigung über einen alle Positionen einschliessenden Konsens, sondern eher um die berechtigte Hoffnung, dass ein gut geführter Dialog die vernunftmässige Auseinandersetzung mit dem Dissens bewirkt: Die Beteiligten wissen, dass die anderen gute Gründe haben, zu denken, wie sie denken. Eine elementare Voraussetzung für einen solchen Dialog ist freilich, dass die Beteiligten Zugang zu den relevanten Informationen haben. Er

kann deshalb bereits daran scheitern, dass es den Entscheidungsträgern verständlicherweise nicht leichtfällt, Aussenstehenden ein Recht zur Einsichtnahme etwa in hoch sensible Firmeninterna einzuräumen.

2. Damit ist freilich auch die Wurzel gelegt für die zweite Voraussetzung: Ein Dialog führt unausweichlich auch zur Veränderung von Positionen. Eine Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Dialog ist die Bereitschaft der Beteiligten, sich diesem Risiko auszusetzen. Im Klartext bedeutet dies, dass sie ihre Positionen und damit auch ihre Politik zur Disposition stellen. Praktisch kann dies bedeuten, dass man sich mit Alternativen ernsthaft befasst oder sie sogar selber zur Diskussion stellt. Nur ein Dialog, der vom Willen der Beteiligten getragen ist, in ihrer künftigen Politik den Hoffnungen und Befürchtungen der von Entscheidungen Betroffenen Rechnung zu tragen, wird auf die Dauer funktionieren.
3. Der Risikodialog ist allerdings zum Scheitern verurteilt, wenn er sich um technische oder organisatorische Systeme dreht, die nach kaum beeinflussbaren Eigengesetzlichkeiten ablaufen. Der Umbau solcher Systeme in eine Richtung, die sie durch die Dialogpartner gestaltbar macht, wird zur Voraussetzung der Risikobewältigung. Offene, fehlerfreundliche Systeme, welche das Ausprobieren verschiedener Lösungen zulassen, mit sinnlich erfahrbaren Abläufen und Rückkoppelungen, sind gefragt. Oft, aber nicht zwangsläufig, führt der Weg dahin über die «Entzentralisierung», also einen höheren Autonomiegrad von Kleinsystemen und Teilbereichen (im Unterschied zur «Dezentralisierung» durch blosse Kompetenzdelegation nach unten). Die schweizerische Tradition der kleinräumigen, von der pragmatischen Erfahrung geleiteten und vom unmittelbaren Umfeld mitgetragenen Gestaltung sollte die Suche nach solchen Lösungen eigentlich begünstigen.

Wenn die Risikoproblematik in der Schweiz aus nachvollziehbaren Gründen besonders brisant ist, so gelangen wir doch auch zum Schluss, dass die Wege, sie in zukunftssträchtiger Weise zu bewältigen, unserer spezifischen Kultur besonders naheliegen. Erklärbar wird aber auch, weshalb wir diese Wege bisher kaum beschritten haben: Ein überentwickeltes statisches Sicherheitsstreben – so illusorisch es im Licht der vorliegenden Analyse erscheinen mag – hindert uns daran, Wege einzuschlagen, die notwendigerweise ein Verlassen von bisher beherrschten Positionen beinhalten. Das Behaupten von Standpunkten, welche gekennzeichnet sind durch die Asymmetrie zwischen den durch wenige eingegangenen Risiken und den dadurch für viele bewirkten Gefahren, dieses Treten am Ort würde ersetzt durch eine Demokratisierung, in deren Zeichen jeder Beteiligte die Risiken seines Wohlstandes bewusst verantworten muss.

e. Ein zentrales Problem – die Zeit

Der verantwortliche Zugang zu selbstgewählten Zielen – dieses zentrale Thema in unserer Vorstellung von Lebensqualität – wird auch durch den Einfluss behindert, den die Wandlungen der modernen Zivilisation auf unseren Umgang mit der Zeit haben:

Die Menschen in ihrer überwiegenden Mehrzahl hatten noch nie so viel Zeit zur Verfügung wie heute: Die Lebenserwartung ist enorm gestiegen; die Arbeitszeit ist mit Hilfe von Maschinen spürbar gesunken. Trotzdem haben wir keine Zeit mehr, «verfügen» wir über immer weniger Zeit. Nichts ist so knapp wie die Zeit. Deshalb versuchen wir, Zeit zu gewinnen, wo immer es geht.

Zeit gewinnen bedeutet Zeit sparen, heisst die Zeit besser organisieren. Nur ist in der Regel die paradoxe Kehrseite dieser Bemühungen, dass damit die Zeit noch knapper wird. Also muss noch mehr Zeit gespart werden. Und noch eine weitere Paradoxie: Je besser wir organisiert sind, desto mehr wird über unsere Zeit verfügt, nimmt unsere «Zeitsouveränität» ab. Je mehr Aktivitäten im Zuge der Arbeitsrationalisierung zu koordinieren sind, desto zwingender wird ihre Synchronisierung. Zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung haben dazu geführt, dass Arbeit und Wohnen, Arbeit und Leben getrennte Bereiche geworden sind. Der Preis dafür ist nicht zuletzt auch die Vereinheitlichung der Zeit zu einem typisch industriellen Lebensrhythmus mit künstlichen, gleichförmigen und kalkulierbaren Arbeits-, Ruhe- und Erholungszeiten. Die Verinnerlichung der damit verbundenen Zeitnormen führt zu einer Selbststeuerung, der sich alle Lebenssphären zu unterziehen haben. Das «eigentliche Leben» muss am Wochenende oder in den Ferien stattfinden.

Leben bedeutet heute vor allem: Zeit haben zum Konsum – von Nahrungsmitteln, Kultur, Landschaft, Transport, Wissen, Dienstleistungen. Konsum braucht aber Zeit, nicht nur zum Kauf, sondern auch zur Nutzung und zur Pflege der Besitztümer. Wachsende Kaufkraft erzeugt somit zunehmende Zeitknappheit. Die Zahl der Konsumgüter wird nicht etwa der verfügbaren Zeit angepasst, sondern der Vorgang des Konsumierens wird so rationell gestaltet, dass die erworbenen Güter möglichst in der verfügbaren Zeit genutzt werden können.

Je mehr Zeitersparnis kostet – und sie wird sowohl in der Konsumtion als auch in der Produktion immer teurer –, desto wertvoller wird die Zeit selbst. Je wertvoller die Zeit, um so mehr muss sie geplant und bewirtschaftet werden. Je gründlicher sie bewirtschaftet wird, desto mehr Zeit und Geld muss wiederum für Planung und Zeitersparnis investiert werden – eine Kette ohne Ende. Die Zeitwirtschaft wird vom Mittel der Zeitersparnis zum Zweck menschlichen Handelns überhaupt. Das gilt auch für Freizeitaktivitäten. Man kann sich Zeit «kaufen»: Dienstleistungen, direkt oder eingebaut in Maschinen und Lebensmittel, sowie zeitsparende Verkehrs- und Kommunikationsmittel.

Dies alles zeigt: Zeit ist nie an sich knapp, sondern Zeitknappheit ist sozial bedingt. Mit zunehmender Komplexität unserer sozialen Systeme steigt objektiv der Bedarf an sachlicher Orientierung, sozialem Konsens und verfügbarer Zeit. Hinzu kommt die subjektiv wahrgenommene Differenz zwischen dem, was in einer Situation alles möglich wäre, und dem, was tatsächlich verwirklicht werden kann. Da steigende Kaufkraft jenseits des Existenzminimums verbunden ist mit einer sprunghaft zunehmenden Zahl von offenen Optionen, wohnt wachsendem Wohlstand eine Tendenz zur Erhöhung der Spannung zwischen Möglichem und Realisierbarem inne: je mehr Erwartungen wir berechtigterweise hegen können, desto grösser der Eindruck der Zeitknappheit.

Da Geld Zeit kauft, aber gleichzeitig verknappt, übersetzen sich soziale Unterschiede heute auch zunehmend in eine gesellschaftliche Polarisierung der Zeitproblematik: Jene, deren Fähigkeiten und Leistungen nicht mehr gefragt sind, haben grosse Probleme, ihre «Unmengen an Zeit» sinnvoll zu verbringen. Die anderen klagen über die Unmenschlichkeit von Leistungsnormen, Stress, Überstunden, Hetze. Und je mehr diese ins gesellschaftliche Zentrum rücken, desto mehr werden jene zu sozialen Randgruppen.

Zeitknappheit wird weiter verschärft durch Wartezeiten, also erzwungene Untätigkeit. Mit wachsender Zeitknappheit steigen die Kosten des Wartens, auch die psychischen, und mit wachsender Komplexität der Systeme nehmen auch die durch Synchronisationsprobleme verursachten Wartezeiten zu. Aber nicht nur die Zeit, sondern auch das Warten ist sozial ungleich verteilt: Die einen haben die Zeitknappheit, die anderen das Warten. Die einen können die anderen warten lassen.

So haben viele Strategien, mit Zeitknappheit umzugehen, mit sozialer Asymmetrie zu tun: Die Macht zur Verzögerungsstrategie, das Vortäuschen von Zeitknappheit, der Aufbau von Zugangsbeschränkungen, die Durchsetzung eigener Zeitpläne, die Verlagerung auf andere Stellen. Soziale Gefälle werden heute also wesentlich durch Abweisungs- und Entlastungsstrategien, die anderswo Zeitknappheit verursachen, aufgebaut.

Die moderne Informations- und Kommunikationstechnik trägt das Ihre dazu bei, dass wir zwar schneller und intensiver leben können – doch per Saldo immer wieder in derselben Spirale zwischen Beschleunigung und Zeitverknappung hängen bleiben. Menschen konnten nie zuvor so schnell den Ort wechseln wie heute, aber Transport von Menschen ist immer häufiger durch Transport von Informationen ersetzbar. Dieser funktioniert mit Lichtgeschwindigkeit. Die Medien schlagen immer mehr Information um. Die Welt produziert immer rascher neues Wissen. Durch engere Kommunikation zwischen Forschung und Wirtschaft werden Innovationen immer schneller umgesetzt. Die Strukturen unserer Wirklichkeit verändern sich immer rascher und jene unserer Wahrnehmung mit ihnen. Dies um so mehr, als – innerhalb unseres begrenzten Wahr-

nehmungsvermögens – das auf Informationen gründende Bild der Wirklichkeit jenes aus unmittelbarem Erleben zunehmend verdrängt. Wir stehen an der Schwelle einer hypereffizienten «Nanosekundenkultur», die das immer rascher Veraltende wachsenden Endlagerungsstätten zuführt.

In den letzten Jahren ist das Schlagwort der «**Qualität der Zeit**» aufgetaucht, das über die reine Forderung nach mehr Zeit hinausgeht. Dahinter verbirgt sich die Sehnsucht nach einer anders gelebten Zeit. «Wenn ich nur Zeit hätte für...», wird mehr als eine Floskel. Gerade durch die Flexibilisierung des industriellen Zeitrhythmus werden sich auch die Zeitvorstellungen radikal verändern. Um damit zu Rande zu kommen, bedarf es individueller wie kollektiver Antworten. Aber eben: wohin des Wegs, mit welchen Visionen?

Eine **erste Zeitvision** könnte auf eine Kurzformel gebracht lauten: Mehr Freizeit, weniger Arbeitszeit; mehr Konsum: Mehr Vergnügen; **mehr an Freizeitaktivitäten: mehr an Leben**. Diese Zeitvision ist geschärft an den – ungelösten – Problemen einer unersättlichen Ökonomie der Zeit: Nachdem es gelungen sei, mehr zu produzieren innerhalb weniger Zeit, gehe es jetzt darum, auch ausserhalb der Arbeitszeit mehr zu tun, ein Mehr an Einkommen und ein entsprechendes Mehr an Freizeitaktivitäten unterzubringen in potentiell weniger Zeit. Diese Vorstellung, mehr Zeit und gleichzeitig auch mehr Geld haben zu können, ist wahrscheinlich für die grosse Mehrheit unserer Zeitgenossen nach wie vor massgebend.

Eine **zweite Zeitvision** ist weitaus anspruchsvoller. Es ist eher der traditionsreiche Weg, allerdings mit einer Verschiebung der Akzente. Das Leiden an der Zeit ist nicht mehr der Zwölf- oder Sechzehnstudentag, sondern die zunehmende Arbeitsintensität, der negative Zeitstress und vor allem die fehlende persönliche Zeitautonomie. Eine wachsende Minderheit träumt einmal mehr von Autonomie und Selbstbestimmung, von der Befreiung aus den Zwängen der Maschine, von zeitlicher Flexibilisierung im Interesse der Arbeitnehmer, von neuen Verteilungsformen von Arbeitszeit und Lebenszeit für Frauen und Männer, kurz, von der Wiederaneignung der Zeitsouveränität. Dabei ist man sich bewusst, dass wenn man diesen Traum weiterhin in die bloss quantitative Logik der Arbeitszeitverkürzung übersetzt, er nach wie vor ins Leere stösst. Wird er in **neuartige Organisationsformen** übertragen, mag er gewisse Öffnungen bringen, welche aber weiter in die Richtung eines radikaleren Umdenkens deuten.

Eine **dritte Zeitvision** will die «erstarrte Zeit wieder verflüssigen». Das Plädoyer geht in Richtung einer **Wiederaufnahme der natürlichen Rhythmen**. Die menschliche Routine soll durchbrochen und weniger regelmässig gestaltet werden. Diese radikalere Zeitvision möchte kulturell innovativ sein und plädiert deshalb für die Schaffung neuer, nicht verplanter Zeiträume. Sie müsste wieder anknüpfen an das im Maschinenzeitalter unterdrückte biologische und kulturelle Erbe. Das hiesse aber, dass das Zeitproblem nur gelöst werden kann, indem

die Zeit nicht mehr, sondern weniger bewirtschaftet wird. Ihre Bedeutung in unserer Wirtschaft und Gesellschaft müsste sich verringern. Wichtige Voraussetzung wäre etwa eine Veränderung des Produktivitätsbegriffs: Nicht wie schnell etwas produziert wird, müsste massgebend sein, sondern wie sinnvoll es erscheint. Das Überwinden des Zwangs zur Beschleunigung würde das Sichbesinnen ermöglichen, mit dem Hinaustreten aus der linearen Zeit könnten sich die Sinnbezüge entfalten. Nach dem Motto «Eile macht blind, Langsamkeit sehend» beginnen manche Menschen bereits mit ihrer Lebenszeit zu experimentieren: So verzichten einige Leute inmitten der allgemeinen Raserei auf Zeitgewinn, um der Zeit mehr Gewinn zu entlocken: Äusserst selektive Nutzung des Informationsflusses, entspannt langsamer fahren und reizvollere Umwege machen, Einbau langer Schlaufen ungeplanter Zeit sind einige Ansätze einer neuen Zeitstrategie.

Wahrscheinlich wird die **Chronokratie** mit ihrer Zeitdisziplin, ihren vernetzten Systemen der Terminzwänge und Informationsflüsse, ihrem Temporausch und ihrer Fortschrittseuphorie, ihren Leistungen und ihren Schwächen das wesentliche Merkmal unserer Zivilisation bleiben, aber sie bekommt einen Gegenpol: ein Bewusstsein der «weichen» Zeit. Es integriert einen Sinn für die Eigenzeit der Dinge und die Ich-Zeit der Individuen; für die Planlosigkeit und die Kreativität augenblicklicher Eingebungen; für die Traumzeit einer schweifenden Phantasie; für die Langsamkeit der Wahrnehmung und der Gedanken, der Bewegungen und der Handlungen, die Langsamkeit in der Entwicklung von Liebe und im Vergehen von Trauer; für die Langsamkeit auch des globalen Fortschritts; für die Rhythmen der Natur, für die lange Zeit des Werdens der Welt, die es für lange Zeit zu bewahren gilt.

5. Schlussempfehlungen

a. Grundwerte

Die Vorstellungen der Kommission für eine «gute» Zukunft orientieren sich am Begriff der Lebensqualität. Diese meint den verantwortlichen Zugang zu selbstgewählten Zielen in einer positiv erfahrenen Gesellschaft, welche diesen für möglichst alle, auch für künftige Generationen, offenhält. Lebensqualität bedeutet gleichzeitig eine Orientierung an den nachfolgenden sechs Grundwerten:

1. Grösstmögliche Freiheit
Freiheit und Demokratie bedeuten Fähigkeit und Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung und zur gesellschaftlichen Selbstbestimmung.
2. Bereitschaft zur Verantwortung für die Allgemeinheit
Freiheit setzt Verantwortung eigenen Handelns gegenüber dem Nächsten, der Gesellschaft und der Nachwelt voraus. Diese Verantwortung ist nicht an Dritte delegierbar; jeder trägt sie, der Freiheit in Anspruch nimmt.
3. Menschenwürdige Grundsicherung
Alle Menschen sollen ein menschenwürdiges Leben führen können. Das bedeutet zunächst ein Leben ohne Bedrohung durch Hunger, Mittellosigkeit, vermeidbare Krankheit, Gewalt und Katastrophen.
4. Reale Chancengleichheit
Es besteht ein wachsender Bedarf an Solidarität mit den Benachteiligten, welche nicht das ändern mögliche Mass an Menschenwürde, Freiheit und Demokratie geniessen können.
5. Sinnorientierung
Was bedeuten «Fortschritt» und «Lebensqualität» heute für uns selbst und unser Land? Was bedeutet die «Idee Schweiz» an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert? In einer Zeit inneren und äusseren Umbruchs müssen wir uns finden. Das verlangt, der Frage nach dem Sinn unseres Tuns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und der ethischen Orientierung unseres Handelns mehr Raum zu geben.
6. Respekt vor der Natur und ihrer Vielfalt
Ehrfurcht vor dem, was der Mensch nicht geschaffen hat, muss das menschliche Handeln leiten.

Neben diesen allgemeinen Grundwerten hat sich in der Kommission aber im Verlauf der Arbeiten auch eine *gemeinsame Grundhaltung* herausgebildet. Sie besteht

- in der gemeinsamen *Einsicht*, dass das angebrochene Jahrzehnt bestimmend sein wird für die künftige Schweiz,

- in der *gemeinsamen Überzeugung*, dass tiefgreifende Änderungen in unserem Land notwendig sind, und
- in der *Hoffnung*, dass nach einer Besinnung auf uns selbst der politische Wille wieder vermehrt vorhanden sein wird, unsere gesellschaftliche Zukunft aus eigenen Kräften zu gestalten.

b. Die wichtigsten Bereiche mit politischem Handlungsbedarf aus der Sicht der Kommission

Welches sind in unserer Gesellschaft die Bereiche, die in erster Linie neu zu gestalten sind, wo in den nächsten Jahren gehandelt werden sollte? Zwar werden wir auch in den neunziger Jahren mit unvorhergesehenen Problemen konfrontiert sein und überraschend eintretende Ereignisse in der Welt oder im Inland werden schlagartig einen neuen Handlungsbedarf aufzeigen. Dies soll uns aber nicht davon abhalten, die Handlungsbereiche zu benennen, die aus heutiger Sicht für unsere Zukunft bestimmend sein werden.

Die Kommission legt eine Liste von neun Bereichen vor, deren Gestaltung sie als prioritär für unsere zukünftige Schweiz ansieht. Ihre Nennung erfolgt bewusst von aussen nach innen, das heisst, ausgehend von unseren Bezügen zur politischen und ökologischen Umwelt gelangen wir zu den spezifischen Problembereichen unserer schweizerischen Gesellschaft. Die Kommission hat sich in jedem dieser Bereiche für eine Leitidee entschieden und stellt im folgenden ihre Vision oder, bescheidener ausgedrückt, ihre Vorstellung von deren praktischer Umsetzung zur Diskussion.

Die Schweiz spielt eine aktive Rolle in einem demokratisch legitimierten Europa der Regionen.

Die internationale Entwicklung zwingt die Schweiz zur Diskussion über das Ausmass ihrer Öffnung gegenüber Europa und der Welt. Die Europafrage wird unser Land in den neunziger Jahren vor schicksalhafte Entscheidungen und wahrscheinlich vor politische Zerreisproben stellen. Die politischen Behörden haben in diesem Bereich voranzugehen und ihre Meinung klar darzulegen, wenn sie eine vollständige Lähmung durch äussere Sachzwänge und Interessengruppen im Innern vermeiden wollen.

Es ist die einhellige Meinung der Kommission, dass sich die Schweiz politisch, kulturell und wirtschaftlich gegenüber Europa öffnen muss. Unser Land steht auch vor der Frage, ob und wie weit es die Entwicklung in Europa aktiv mitgestalten will. Die Kommission bejaht diese Frage klar, und eine Mehrheit der Mitglieder erachtet dafür den *Beitritt zur EG* als sinnvoll und notwendig. Dabei soll sich die Schweiz zur Aufgabe machen, aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem

eigenen föderalistischen Modell die EG in Richtung einer demokratisch legitimeren, föderalistisch untergliederten Gemeinschaft ehemals souveräner Staaten zu beeinflussen, in der die Regionen ein eigenständiges Gewicht erhalten.

Die Schweiz engagiert sich stärker bei der Lösung weltweiter Probleme.

Die Armut in der Dritten Welt und die internationale Verschuldung der Entwicklungsländer werden weit über die Jahrhundertwende hinaus die Weltwirtschaft und unsere Aussenpolitik prägen. Die politischen Entwicklungen rund um den islamischen Fundamentalismus, die Massenarmut in der südlichen Hemisphäre und Nationalitätenfragen sind Momente, die weltweit den Frieden gefährden und vermehrt in die Innenpolitik der Schweiz hineinwirken werden. Die Schweiz muss ihre Verantwortung gegenüber der übrigen Welt, insbesondere den Drittweltländern und Osteuropa, durch eine aktivere Rolle in der Aussenpolitik wahrnehmen. Schwerpunkte einer solchen Politik könnten in vermehrten Ausgleichsleistungen zur Bekämpfung der Massenarmut und in politischen Anstrengungen zur Linderung der weltweiten Flüchtlingsprobleme liegen.

Insbesondere sollte unser Land wieder Initiativen von internationaler Ausstrahlung wie seinerzeit die «Rot-Kreuz-Idee» lancieren: sei es zum Beispiel mit einem Beitrag zur Konfliktverhütung zwischen verschiedenen Kulturen und Ideologien, durch Anstrengungen zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte oder indem Genf zu einer Drehscheibe für die globale Ökologiepolitik wird.

Die Schweiz muss lernen, ein Einwanderungsland zu werden.

Solange die Arbeitsbedingungen in unserem Land attraktiv bleiben, wird der Immigrationsdruck anhalten. Ungeachtet, ob und wie sich die Schweiz gegenüber der EG öffnet, wird die Ausländerfrage in unserem Land deshalb ein Thema bleiben, und die damit verbundenen Spannungen werden möglicherweise wachsen. Angesichts des zunehmenden Durchschnittsalters der Bevölkerung werden wir allerdings auch auf Immigration angewiesen sein.

Die Armutsflüchtlinge aus der Dritten Welt und aus Osteuropa sind neben den politischen Flüchtlingen zu einer sozialen Realität geworden. Ihre Anzahl wird weiterhin zunehmen, und es wird schon aus humanitären Gründen nicht mehr möglich und sinnvoll sein, zwischen verschiedenen Flüchtlingskategorien zu unterscheiden, klammert man die Asylberechtigten, die wegen einer nachweisbaren individuellen politischen Verfolgung unmittelbar an Leib und Leben bedroht sind, einmal aus.

Umgekehrt ist die Besiedlungsdichte in unserem kleinen Land aus ökologischen Gründen begrenzt. Wir können keine unbegrenzte Zahl von Menschen aufnehmen. Da sich die Schweiz aber vom übrigen Europa nicht mehr abschotten kann, drängt sich eine mit Europa abgestimmte Gestaltung der Einwanderungs- und der Asylpolitik auf, und zwar in Richtung von *Einwanderungskontingenten aus dem*

EWR-Raum einerseits, der übrigen Welt andererseits sowie einer schnelleren Integration der Ausländer in der Schweiz. Mit ein Kriterium bei dieser Umgestaltung sollte die Umkehrung der Selektionskriterien in qualifikatorischer Hinsicht sein. Als Beitrag zur Lösung des internationalen Flüchtlingsproblems müssen alle politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, mit denen sich die Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge nachhaltig verbessern lässt.

Zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist eine Ökologisierung der Wirtschaft und unserer Lebensweise unumgänglich.

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, das Überleben unserer und kommender Generationen in einer einigermaßen intakten Natur erfordert nicht nur Umdenken, sondern schnelles Handeln. Die Ökologieprobleme sind nachhaltig nur noch in internationaler Zusammenarbeit lösbar. Auch hier könnte unser Land eine aktive Rolle übernehmen. Als reiches und für Umweltfragen sensibilisiertes Land sollte die Schweiz im kommenden Jahrzehnt eine *ökologische Pionierrolle* spielen, indem sie ihre Wirtschaft konsequent den ökologischen Bedürfnissen anpasst, mit den Risiken unserer technischen Zivilisation anders umgehen lernt und die Lebensgrundlagen aller, auch der zukünftigen Generationen, schützt.

Wir müssen bereit sein, *den Verbrauch nicht regenerierbarer Güter und natürlicher Ressourcen zu senken.* Zur Erreichung dieses Ziels müssen *neue marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente*, wie z.B. Ressourcensteuern und Lenkungsabgaben, im Vordergrund stehen. Das alltägliche Verhalten der Bevölkerung in unserem Land wird sich in Richtung einer neuen Lebensweise ändern müssen, die mit den Erfordernissen der Natur besser im Einklang steht. Die technisch konzipierte, fallweise Umweltschutzpolitik wird einer *umfassenden Natur- und Raumordnungspolitik* weichen müssen.

Die Schweiz braucht eine Reform der politischen Strukturen und die Aktivierung der zivilen Gesellschaft.

Die Notwendigkeit einer beschleunigten Anpassung an die weltweite und besonders an die europäische Entwicklung hat ihre Auswirkungen auf unsere innenpolitischen Strukturen. Die Behandlung bereits lange anstehender, aber bis anhin nicht angegangener politischer Reformen ist unabdingbar geworden. Benötigt werden auf der einen Seite *innovationsfreundlichere Entscheidungsstrukturen*. Es gilt dabei die Gewichte zwischen Mehrheitsprinzip der Demokratie und Minderheitenschutz des Föderalismus zu überprüfen, Regierung und Parlament auf Bundesebene zu stärken und mit geeigneten Mitteln den Abbau von Konkordanzzwängen zu fördern. Nur dann kann die Schweiz die geforderte aktive Rolle wahrnehmen und am politischen Gestaltungsprozess in Europa und der Welt mitwirken.

Während dadurch auf Bundesebene der direktdemokratische Spielraum geringer wird, kann und soll auf der anderen Seite *die direkte Demokratie auf kantonaler*

und kommunaler Ebene aktiviert werden. Da unsere Demokratie von Bürgerinnen und Bürgern lebt, die sich im Sinne der zivilen Gesellschaft von Rollenzwängen befreit haben und aktiv am öffentlichen Leben mitwirken, muss der Erlernung demokratischer Teilnahme durch die Förderung der Selbstverantwortung in Schule und Ausbildung, am Arbeitsplatz und im Wohnquartier deutlich mehr Gewicht gegeben werden. Nur durch eine vermehrte Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger kann eine *neue politische Kultur* geschaffen und das vielerorts geschwundene Vertrauen in die Politik wieder hergestellt werden.

Ziel der schweizerischen Wirtschaftspolitik muss eine Öffnung für den Wettbewerb sein.

Auch die schweizerische Wirtschaftspolitik muss sich mit dem zunehmend rasanten Wandel, der weltweit zu beobachtenden Tendenz zur Deregulierung und schliesslich mit einem sich immer markanter entwickelnden Standortwettbewerb, der sich in einem Wettlauf um günstige Rahmenbedingungen niederschlägt, auseinandersetzen. Die Globalisierung und Liberalisierung der Märkte und die Abnahme der relativen Rahmenbedingungsvorteile der Schweiz zwingen die schweizerische Wirtschaft, *ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken*. Um europafähig zu werden, muss auch die schweizerische *Binnenwirtschaft liberalisiert werden* und müssen für alle Branchen im Rahmen sozialer Leitplanken gute allgemeine Rahmenbedingungen und gleiche Wettbewerbsmöglichkeiten geschaffen werden. Die geforderte *Ökologisierung der Wirtschaft* sollte nach Meinung der Kommission statt mit den heutigen Verbotsregelungen verstärkt über *ökonomische Anreizmechanismen* angestrebt werden.

Diese Forderungen müssen konsequenterweise auch auf die *Landwirtschaftspolitik* bezogen werden. Die Kommission erachtet es als notwendig, in Zukunft das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft und der Ökologie sowie unsere internationalen Verpflichtungen den besonderen Interessen der Landwirtschaft voranzustellen. Die *Einführung einer liberalen Handelspolitik im Agrarbereich und Massnahmen für eine umweltgerechte Produktionsweise* sind dabei unerlässlich. Mit marktkonformer standortgerechter Qualitätsproduktion, Direktzahlungen für umweltgerechten Anbau, Beiträgen für die Erhaltung von Kulturlandschaften und der Einrichtung von Naturparks in Berggebieten liesse sich nicht nur ein markanter Abbau der Unterstützungsbeiträge für die Landwirtschaft herbeiführen, sondern auch der ökologisch notwendige Schutz der landwirtschaftlich genutzten Gebiete gewährleisten.

Die neuen Lebensformen erfordern einen Umbau und eine Neuorientierung der schweizerischen Systeme des sozialen Ausgleichs.

Demographische und gesellschaftliche Veränderungen wie die Individualisierung der Gesellschaft, die zunehmende Berufstätigkeit der Frau und Veränderungen im Erwerbsleben stellen auch an die Systeme sozialen Ausgleichs ganz neue

Anforderungen hinsichtlich Leistungen und hinsichtlich Finanzierung. Wie ist diesen zu begegnen? Die Kommission empfiehlt, anstelle permanenter Anpassungsbemühungen einen *grundsätzlichen Umbau der Sozialversicherungssysteme* in politischer und finanzieller Hinsicht gründlich zu prüfen.

Als Alternative zur heutigen über Lohnprozente finanzierten Altersvorsorge für alle erscheint der Kommission ein einfaches, auf marktwirtschaftlichen Prinzipien basierendes Zweisäulensystem denkbar. Dessen erste Säule würde *ein garantiertes Mindesteinkommen z.B. nach dem Modell der negativen Einkommenssteuer* darstellen und *dessen zweite Säule die zusätzliche individuelle Einkommenssicherung durch Selbstvorsorge*. Mit einem solchen, über Steuern finanzierten, Ausgleichssystem würde mehr als bisher den tatsächlich Bedürftigen, die angesichts einer drohenden Zweidrittelsgesellschaft eine wachsende Bedeutung erhalten werden, geholfen. Indem sich der Leistungsanspruch nicht mehr von der entlohnten Arbeit ableitet, würde ausserdem die Stellung der Haus- und Subsistenzarbeit verbessert und damit ein Beitrag zur Gleichstellung von Mann und Frau geleistet.

Der in den letzten Jahren weitgehend monetarisierte und anonymisierte soziale Ausgleich muss aber auch vermehrt auf die Aktivierung der zivilen Gesellschaft zurückkommen. Was über lange Zeit von der Familie und im besonderen von den Frauen übernommen wurde, muss in der heutigen veränderten Gesellschaft durch neue soziale Netze ersetzt werden. Als einen Beitrag dazu schlägt die Mehrheit der Kommission *einen obligatorischen Sozialdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer* vor, der auch als Alternative zum Militärdienst gelten kann. Den Sinn eines solchen Sozialdienstes sieht die Kommission in einer Reaktivierung der direkten Solidarität zwischen Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Berufe und sozialer Schichten, die dazu beiträgt, unser Milizsystem auf eine neue Basis zu stellen.

Es sind bessere Rahmenbedingungen zur Chancengleichheit von Frau und Mann in der Gesellschaft zu schaffen.

Die Rolle der Frau, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und die Lebensstile haben sich innert kurzer Zeit in einem nie erlebten Ausmass verändert. Die Frauenbewegung hat in den letzten Jahrzehnten zu Ansätzen eines Umbruchs in unserer Gesellschaft beigetragen. Auf der anderen Seite sind gerade in der Schweiz gewichtige strukturelle und kulturelle Rahmenbedingungen unverändert geblieben – eine Situation, aus der sich Spannungsfelder verschiedenster Art ergeben. Trotz des Gleichheitsartikels in der Verfassung und trotz vermehrter Anstrengungen in jüngster Zeit bestehen rechtliche und gesellschaftliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern fort.

In der Rechtssetzung, in der Überwachung des Vollzugs von Gesetzen und in der Bereitstellung von geeigneter Infrastruktur liegen politische Möglichkeiten, um die Rahmenbedingungen für berufliche Chancengleichheit und für die Gleichstellung bei Erziehung und Ausbildung, bei der Entlohnung und in der

Sozialversicherung zu verbessern. Die Kommission ist einhellig der Meinung, dass die politischen Behörden diese Aufgabe aktiver wahrnehmen müssen, um dadurch *die Wahlfreiheit und die Souveränität im Ausüben verschiedener Rollen für beide Geschlechter zu erhöhen*, ohne dass dabei ein Anpassungszwang ausgeübt und die Aufgabe der eigenen Identität bewirkt würden.

Der Staat muss in diesem Bereich eine *Pionierrolle* wahrnehmen und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, aus denen sich auch im gesellschaftlich-sozialen Dialog *neue geschlechtsneutrale Leitbilder* entwickeln können in Richtung einer offenen Gesellschaft ohne geschlechtsspezifische Vorurteile und Rollenzuweisungen.

Lebenslanges und lebensnahes Lernen, die Herausforderungen der Zukunft an das Bildungssystem müssen angenommen werden.

Eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft ist die Bildung. Lebenslanges Lernen ist ein Erfordernis des Arbeitsmarktes, des Innovationsdruckes der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Wandels geworden. Die raschen technologischen Veränderungen können nicht mehr nur mit einer Grundausbildung bewältigt werden. Bekannte Berufsbilder verschwinden, neue entstehen. Das dafür erforderliche Konzept des «lebenslangen Lernens» bedeutet einerseits *die Verlagerung vom lexikalischen Wissen auf ein breites Orientierungswissen*, andererseits *einen Abbau der bestehenden Barrieren und eine gezielte Förderung für WiedereinsteigerInnen, UmsteigerInnen und NeueinsteigerInnen*. Sach- und Fachwissen allein werden nicht mehr genügen, die Ausbildung muss vermehrt soziale Fähigkeiten und eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung fördern. Ziele eines zukunftsgerichteten Bildungssystems müssen in mehr Chancengleichheit, mehr Lebensnähe und mehr Durchlässigkeit liegen.

c. Möglichkeiten konkreter Reformen

Die nachfolgenden Reformvorschläge konkretisieren die Prioritäten des vorangehenden Teils. Sie sind mögliche Bausteine für die Zukunft in einer Schweiz, die lebenswert bleibt. Nicht alle Vorschläge sind neu. Einzelne sind sicherlich kontrovers. Die Kommission hegt nicht die Erwartung, dass alles davon in wenigen Jahren entschieden und realisiert werden kann. Präsentiert werden aber jene konkreten Reformvorschläge, die der Kommission im angebrochenen Jahrzehnt insgesamt wichtig erscheinen und von denen sie sich eine vertiefte politische Diskussion erhofft.

A. Die Schweiz öffnet sich Europa und der Welt

Die ideologisch bedingte Konkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus sowie der Kalte Krieg zwischen östlicher und westlicher Grossmacht sind zu Ende. Die weltpolitisch bedingte Teilung Europas ist Geschichte geworden. Die Idee eines neuen Europas nimmt Gestalt an. Die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsmarktes, die Ent-

wicklung eines gesamteuropäischen Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen der KSZE sind irreversible Prozesse, auch wenn das politische und kulturelle Zusammenwachsen Europas Rückschläge erleiden sollte.

Die internationale Völkergemeinschaft wächst zusammen. Die Bemühungen der UNO um die Sicherung des weltweiten Frieden erhalten neue Chancen, stehen aber auch vor neuen Bewährungsproben. Das Risiko grosser Konflikte zwischen Erster und Dritter Welt wird noch weiter wachsen, falls es nicht gelingt, die Kluft zwischen Überfluss und Armut global zu verringern.

Diese Entwicklungen haben wir zu verarbeiten. Nur wenn es gelingt, uns innerlich zu öffnen, wird sich die Schweiz auch im Handeln gegen aussen entfalten können. Die politischen Behörden haben den Auftrag, dabei stets einen Schritt voraus zu gehen.

Die Schweiz nimmt am Prozess der europäischen Einigung teil und will den EG-Beitritt

Die Schweiz liegt im Zentrum Europas, geographisch und wirtschaftlich. Als Schweizerinnen und Schweizer sind wir geprägt von den Wurzeln und Traditionen europäischer Kultur. In dieser Situation verspricht die aktive Mitgestaltung am Prozess der europäischen Einigung die besten Chancen für die Zukunft unseres Landes. Diese Grundhaltung orientiert sich weniger an gegenwärtigen Vor- oder Nachteilen als an künftigen Entwicklungschancen unseres Landes. Abseits stehen dagegen birgt das Risiko der wirtschaftlichen, vor allem aber der politischen und kulturellen Isolation. Die Kommission empfiehlt darum dem Bundesrat mehrheitlich

- ungeachtet des Ergebnisses eines EWR-Vertrags *Verhandlungen* zu führen mit dem Ziel, dass die Schweiz bis zum Jahre 2000 als *EG-Mitglied* aufgenommen wird.
- eine Kommissionsminderheit hegt allerdings Bedenken gegen unerwünschte soziale und ökologische Folgen der Liberalisierung des EG-Marktes. Sie wünscht – gleichzeitig mit EG-Verhandlungen – innere Reformen zur Sicherung der gefährdeten Lebensqualität und könnte sich erst nach Vorliegen beider Ergebnisse für oder gegen einen EG-Beitritt aussprechen.

Die laufende Innenpolitik stellt sich stärker als bisher auf die west- und ost-europäische Entwicklung ein

An der europäischen Verkehrspolitik der letzten Jahre erleben wir, dass die gewohnten Abgrenzungen zwischen Innen- und Aussenpolitik zerfallen: Noch viel mehr wird Aussenpolitik zur Innenpolitik werden – und umgekehrt. Ganz unabhängig von der Frage eines EG-Beitritts hat sich die schweizerische Innenpolitik mit mehr aktiver Vorausschau auf die Entwicklungen in West- und Ost-europa einzustellen. Zu den dringlichsten Massnahmen gehören:

- die *grössere Beachtung europäischer und internationaler Rechtsentwicklungen* und ihre konsequentere Berücksichtigung in der *gesamten schweizerischen Rechtspolitik* von Bund und Kantonen. Die Vereinheitlichung der 26 kantonalen Straf- und Zivilprozessrechtsordnungen ist prüfenswert. Der notwendige *Ausbau der internationalen Rechtshilfe*, der die frühere Praxis der Rechtshilfeverweigerung ablöst, ist noch keineswegs abgeschlossen.
- die Neuvorlage der *europäischen Sozialcharta* zur Ratifizierung bei den eidgenössischen Räten.
- die *Intensivierung des Bildungs- und Kulturaustauschs* mit den west- und ost-europäischen Ländern. Es ist unsere heutige Jugend, die als Schweizerinnen und Schweizer in einem künftigen Europa leben wird.
- die *osteuropäischen Länder* stehen vor drei grossen Herausforderungen: dem Aufbau demokratischer Strukturen, dem Übergang zur Marktwirtschaft und der Umweltsanierung. Das *Hilfsprogramm*, das die Schweiz zusammen mit anderen Ländern ergriffen hat, ist ein Solidaritätsbeitrag und seine gezielte Fortführung liegt im längerfristigen nationalen Interesse.

Die Schweiz strebt die volle Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen (UNO, IWF, Weltbank, etc.) an

Die Epoche des aussenpolitischen Sonderfalls Schweiz geht zu Ende. Die Kommission ist der Überzeugung, dass unser Land künftig seine politisch-kulturellen Werte wie seine wirtschaftlichen Interessen mit einer aktiven Mitgliedschaft besser vertritt als mit dem Versuch, eine Sonderstellung in der internationalen Völkergemeinschaft zu halten. Sie empfiehlt daher dem Bundesrat:

- den *stärkeren Einbezug des Parlaments* in alle Belange der Aussenpolitik, die nicht mehr das Reservat von Regierung und Handelsdiplomatie sein kann.
- die Vorbereitung aller Schritte, die zu einer aussichtsreichen Volksabstimmung über den *UNO-Beitritt vor dem Jahre 2000* führen und die den Beitritt zum *Internationalen Währungsfonds IWF* und zur *Weltbank* erlauben.

Die Schweiz weitet ihre Beziehungen zu Drittweltländern aus und gestaltet ihre Entwicklungspolitik in fairem Ausgleich der gegenseitigen Interessen

Die Linderung der Not der Drittweltländer ist zunächst ein humanitäres Anliegen. Drittweltländer sind aber nicht einfach Empfänger von Hilfe, sondern Nationen, von denen auch wir abhängig sind: Weltökologisch sitzen wir im gleichen Boot. Weltwirtschaftlich und zur Eindämmung der weltweiten Armuts- und Hungerwanderung ist der Ausgleich zwischen Arm und Reich unverzichtbar, denn wenn das Geld nicht zu den Menschen geht, wandern die Menschen dem Geld nach. Im gegenseitigen Leistungsaustausch hat unsere Seite dafür zu sorgen, dass

- der unbehinderte Handel im gegenseitigen Interesse gewährleistet ist;
- unsere Leistungen die autozentrierte (selbständige) wirtschaftlich-soziale Entwicklung des Drittweltlandes, die Demokratie und die Menschenrechte fördern.

Im einzelnen schlagen wir vor, die massgeschneiderte Entwicklungszusammenarbeit zu ergänzen durch:

- den *erleichterten Zugang der Entwicklungsländer zu unseren Märkten*, insbesondere für Agrar-, Textil- und Bekleidungsprodukte, und soweit die Exporte der Entwicklung dienen. Zunächst förderungswürdig ist allerdings die Produktion von Nahrungsmitteln und Gütern des Grundbedarfs in den Entwicklungsländern selbst.
- eine *kreative Entschuldung*: die weitere Entschuldung der Entwicklungsländer ist dringend, der blosse Schuldenerlass jedoch wenig hilfreich. Hingegen könnten Schulden im Austausch für Realleistungen der Entwicklungsländer getilgt werden, an denen auch wir ein Interesse haben (z.B. Schuldentilgung gegen Wiederaufforstung von tropischen Regenwäldern).
- Realisierung einer *neuen Rot-Kreuz-Idee*, z.B. mit der Förderung der *Menschenrechtspolitik* durch die Universalisierung der Konvention gegen die Folter oder mit der Förderung einer *internationalen Ökologienpolitik*.

Wir finden Wege zum besseren Zusammenleben mit der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz

Der hohe Anteil von Fremdarbeitern hat in den vergangenen 30 Jahren soziale Spannungen, der vermehrte Zustrom von Flüchtlingen neue Angst vor Überfremdung hervorgebracht. Bisherige Massnahmen der Ausländer- und Flüchtlingspolitik vermochten nur teilweise zu befriedigen und werden zumeist unanwendbar im Zuge der EG-Entwicklung. Eine Neuorientierung drängt sich auf.

Die Entwicklung der europäischen zur multikulturellen Gesellschaft ist in vollem Gang. Das ist eine Chance auch für die Schweiz.

- Eine *stabile Wohnbevölkerung ohne abrupten Zuwachs der ausländischen Bevölkerung* ist zwar nach wie vor wünschbar. Dieses Ziel kann aber auf absehbare Zeit nicht mehr im Alleingang, sondern nur in Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern oder der EG angestrebt werden.
- Neben den politisch Verfolgten sind viele *Flüchtlinge auch in der Schweiz* Teil einer globalen Hunger- und Armutswanderung von den armen zu den reichen Ländern. Für letztere ist die Unterscheidung in «echte» oder «unechte» Flüchtlinge nach den Kriterien des individuellen Flüchtlingsrechts problematisch.

Die Migration kann durch Abschottungsmassnahmen eines einzelnen Landes kaum wirksam abgelenkt werden. Bessere Chancen und Erwartungssicherheit für beide Teile böte die Festsetzung einer Einwanderungsquote in Zusammenarbeit mit andern europäischen Ländern.

- Ohne drastische Erhöhung der Geburtenrate oder ohne die Einbürgerung von Ausländern würde die schweizerische Bevölkerung nicht nur überaltert, sondern ab 2020 zurückgehen. Die Attraktivität des schweizerischen Bürgerrechts wird künftig sinken. Um so mehr ist daran zu erinnern, dass die *Integration der ausländischen Wohnbevölkerung* in unserm eigenen wirtschaftlichen, demographischen und kulturellen Interesse liegt. Die Verleihung der *politischen Rechte* sollte nicht den Abschluss, sondern einen frühen Schritt in diesem Prozess darstellen. Besondere Anstrengungen sind für die gesellschaftliche Chancengleichheit der Ausländer und Ausländerinnen der zweiten Generation nötig. Die Schweiz, einst Auswanderungsland, muss darum lernen, sich auch als *Einwanderungsland* zu verstehen.
- Besondere Probleme des Zusammenlebens können sich mit fremden, ausser-europäischen Kulturgruppen ergeben. Wie in erfolgreichen Einwanderungsländern könnten solche Probleme erleichtert werden, wenn den Zuwanderern alle Möglichkeiten von der Pflege ihrer eigenen Lebenskultur bis zur Integration offen sind, falls sie wichtigste Grundwerte unserer eigenen Kultur anerkennen. Dazu gehören neben der Erlernung einer unserer Landessprachen die Anerkennung der Persönlichkeitsrechte, der Demokratie und der Rechtsgleichheit von Mann und Frau.
- *Arbeitsberechtigte* Ausländer sollen sich auf dem Arbeitsmarkt *frei und ungehindert* bewegen können. Die meisten der heutigen Beschränkungen sind wettbewerbs- und strukturverzerrend.

B. Unsere Demokratie hat Zukunft – wenn wir bereit sind, sie umzugestalten

Die schweizerische Staatsidee und Souveränität, die direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität stehen vor einer kritischen Bewährungsprobe. Die europäische Entwicklung wird uns neue Standortbestimmungen abverlangen und stellt vieles in Frage, was Jahrzehnte, gar Jahrhunderte als unverrückbar galt. Dies aus eigenem politischem Willen aktiv zu bewältigen ist die wichtigste staatspolitische Aufgabe des nächsten Jahrzehnts. Hinzu kommt als dringende Forderung, die Leistungs- und Innovationsfähigkeit unserer politischen Entscheidungsstrukturen zu verbessern.

Souveränität und Neutralität sind nicht Ziele, sondern Mittel politischer Unabhängigkeit. Wir müssen sie überdenken.

Ungeachtet der Frage eines Beitritts zur EG werden wir mit der Tatsache leben müssen, dass die Bedeutung einzelstaatlicher Souveränität und unserer bewaff-

neten Neutralität abnimmt. Indessen müssen wir Abstriche an der bisherigen nationalen Souveränität oder gar die Preisgabe der bisherigen Neutralitätspolitik auch als positive Möglichkeit diskutieren lernen: Supranationale Zusammenarbeit und Einrichtungen kollektiver Sicherheit eröffnen neue Handlungsmöglichkeiten, die Identität und Unabhängigkeit unseres Landes zu wahren.

In der notwendigen Öffnung gegenüber Europa haben wir Grund zur Zuversicht, wenn wir uns nicht nur auf unsere wirtschaftliche Stärke, sondern ebenfalls auf unser eigenes europäisches Erbe, auf unsere Tradition des Föderalismus und der Demokratie sowie auf unsere politische Kultur des Ausgleichs zwischen verschiedenen Minderheiten besinnen.

Wir überprüfen unseren inneren Föderalismus und tragen die politische Kultur des Ausgleichs und der kleinräumigen Vielfalt nach aussen

Unser Föderalismus lässt kulturelle Vielfalt pflegen. Er hat zum guten Zusammenleben verschiedener sprachlicher, ethnischer und religiöser Gruppen sowie zu politischer Eigenverantwortlichkeit im Rahmen von Gemeinden und Kantonen geführt. Wir haben Grund, diese Kultur nach Kräften auch auf der Ebene des entstehenden europäischen Föderalismus einzubringen. Gleichzeitig müssen wir aber dafür sorgen, dass in unserem inneren Entscheidungsprozess die Gewichte zwischen Demokratie und Föderalismus neu verteilt werden.

Im Ständerat und bei Verfassungsabstimmungen mit doppeltem Mehr sind die grossen Kantone heute benachteiligt: das Föderalismusprinzip (ein Kanton eine Stimme) hat gegenüber dem Demokratieprinzip (eine Person eine Stimme) seit 1848 ständig mehr Gewicht erhalten, und zwar wegen der ungleichen Bevölkerungsentwicklung und der Zunahme der Verfassungsabstimmungen. Ein besserer Ausgleich zwischen Demokratie und Föderalismus könnte erreicht werden durch:

- *Neuverteilung der Ständeratssitze* (z.B. drei für die bevölkerungsreichsten, zwei für mittlere, einen für kleine Kantone).
- *Vermeidung der Inflation* der Verfassungsabstimmungen (heute sechs pro Jahr). Dies könnte erreicht werden durch eine offenere Aufgabenkompetenz des Bundes und durch Zulassung der formulierten Einheitsinitiative, bei der das Parlament ein Volksbegehren auch auf Gesetzesstufe verwirklichen kann.

Die Forderung nach *Regionalisierung, Dezentralisierung und Föderalisierung* wird in den verschiedensten Ländern West- und Osteuropas immer vernehmlicher und für die verschiedensten Politikfragen angemeldet. In der aktiven Unterstützung solcher Bemühungen durch direkten Erfahrungsaustausch auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene könnte die Schweiz ihre politische Kultur des Ausgleichs und der kleinräumigen Selbständigkeit zu beidseitigem Vorteil einbringen.

Durch umfassende Reformen gewinnen Parlament und Regierung ihre Handlungsfähigkeit zurück

Es sprechen zwei wichtige Gründe dafür, auf Bundesebene das Parlament und die Regierung zu stärken: Einmal müssen ihre Handlungsfähigkeit und Kompetenz im aussenpolitischen Bereich vergrössert werden, sodann sollte ihr Entscheidungsanteil gegenüber den Verbandskräften und Gruppeninteressen stärker wiegen. Diesem Ziel dienen folgende Massnahmen:

- Rasche Durchführung der zur Zeit angeregten Regierungs- und Parlamentsreformen.
- Auf lange Sicht ist das *volle Zweikammersystem* in seiner heutigen Form *nicht haltbar*. Geeignete Reformen wären die *Differenzvereinbarung* durch die vereinigte Bundesversammlung oder eine *Aufgabenteilung* zwischen National- und Ständerat.
- Überprüfung der Institution des *Gesetzesreferendums* zum Abbau von Konkordanzzwängen und zur Eindämmung der Gruppenegoismen. Das Referendum könnte z.B. auf die nachträgliche Aufhebung von bestehenden Gesetzen nach einer bestimmten Zeit beschränkt werden.

Wir schaffen Voraussetzungen für mehr parlamentarische Demokratie auf nationaler, mehr direkte Demokratie auf kantonaler und Gemeindeebene

In den Kantonen und Gemeinden haben Initiative und Referendum sowie die Volkswahl der Regierung gute Zukunftschancen. Auf Bundesebene hingegen wird der Spielraum für Referendum und Initiative mit der unausweichlichen Europäisierung des schweizerischen Rechts geringer. Dies braucht keinen Abbau von Demokratie zu bedeuten, wenn die Stärkung von Regierung und Parlament zu einer aktiven Mitwirkung der Schweiz auf europäischer Ebene umgesetzt und wenn der Einfluss der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger durch Wahlen gestärkt werden kann.

Diesem Ziel dienen folgende Massnahmen:

- *Eine erhöhte politische Verantwortlichkeit von Regierung und Parlament gegenüber der Wählerschaft*. Kann die Parlamentsmehrheit durch Einführung des Misstrauensantrags den Rücktritt der Regierung samt Neuwahlen auslösen, so hat die Wählerschaft mehr Einfluss auf die Zusammensetzung und den Kurs der Regierung. Damit kann auch ein offenerer politischer Wettbewerb zwischen Regierungs- und Oppositionskräften stattfinden.
- *Die Förderung der politischen Parteien* als unverzichtbare Vermittler zwischen Volk und Behörden.

Alle institutionellen Reformen bedürfen zunächst einer Erneuerung der politischen Konkordanz, die heute in starre Mehrheits- und Minderheitsblöcke zu zerfallen droht. Falls die Bundesratsparteien sich für die wichtigsten Entscheidungen nicht auf ein *gemeinsames und verbindliches Regierungsprogramm* einigen können, müssen sie wenigstens dafür sorgen, dass *in einzelnen Sachfragen wieder wechselnde Mehrheiten* zustande kommen.

Wir schaffen Möglichkeiten, Demokratie auch im gesellschaftlichen Alltag vermehrt zu erfahren und zu leben

Politische Institutionen leben von den Individuen und den gesellschaftlichen Gruppen, die sie benützen und ihnen einen unverwechselbaren Sinn geben. Der Verlust an Traditionen und Autoritätsglauben macht es vielfach schwieriger, die Idee der halbdirekten Demokratie zu realisieren, wie etwa die geringe Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen zeigt. Umgekehrt zeigt sich die Vitalität unserer Demokratie auch in neuen Formen politischen Engagements, neuen Politikthemen, neuen Parteien und politischen Bewegungen. Damit die einzelne Person von individueller Betroffenheit zu sinnvoller politischer Teilnahme gelangt, braucht es vermehrte Möglichkeiten, Demokratie im gesellschaftlichen Alltag zu erfahren, zu erlernen und zu leben. Einer solchen politischen Kultur dienen:

- die vermehrte *Förderung und Erlernung demokratischer Teilnahme*, Befähigung zum Erleben, Aushandeln und Regeln gemeinsamer Angelegenheiten und Konflikten in Schule und Ausbildung.
- *Förderung der Selbstverantwortlichkeit* und von Formen kollektiver Mitwirkung am Arbeitsplatz und im Betrieb.
- *politische Bildung*. Vorab durch Förderung ausserschulischer, ausserbetrieblicher und eigenverantwortlich organisierter Tätigkeiten Jugendlicher, die auch anderer Angebote bedürfen als der kommerziellen Freizeitindustrie.

Für neue politische Aufgaben braucht es neue Instrumente

Die staatliche Aufgabenentwicklung des nächsten Jahrzehnts wird von grossen Herausforderungen und starken Veränderungen geprägt sein. Dazu gehören: Liberalisierung und Ökologisierung der Wirtschaft, der Umbau der Sozialwerke, die Lösung des Problems der neuen Armut, die gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau, der Ausgleich zwischen Jung und Alt und der Schutz künftiger Generationen bei politischen Entscheidungen. Das alles verlangt:

- mehr *prospektives Denken* sowie mehr Gewicht und Koordination der (vorhandenen) Prospektivarbeiten auf die Entscheidungen der Tagespolitik.
- vermehrte Verpflichtung zur *Evaluation der Wirkungen* staatlichen Handelns und der Leistungsfähigkeit einzelner Verwaltungszweige.

- Bereitschaft zur vermehrten *Überprüfung der Prioritäten des gesamten staatlichen Aufgabenrahmens* und Erprobung von *neuen Massnahmen des Aufgabenvollzugs*.

C. Der Staat schafft mehr Wettbewerb, unsere Wirtschaft wird leistungsfähiger

Günstigere Rahmenbedingungen im Vergleich zum Ausland haben in den vergangenen Jahrzehnten viel zur Mehrung unseres Wohlstands beigetragen. Davon können wir künftig nicht mehr ausgehen: Ausländische Standorte haben aufgeholt; eine inkonsistente Wirtschaftspolitik hat sich zum Teil ungünstig auf die Wirtschaftsentwicklung im eigenen Land ausgewirkt. Die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und des Standorts Schweiz wird sich verschärfen.

Die Wirtschaftspolitik verzichtet auf Strukturhaltung und punktuelle Begünstigungen

In einer Periode neuer weltwirtschaftlicher Liberalisierung sinken die Aussichten, einzelne Wirtschaftszweige durch staatliche Begünstigung am Leben zu halten. Das bedingt eine Neuorientierung der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Ihr Ziel muss die längerfristige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sein, ihr Grundsatz die Schaffung von guten allgemeinen Rahmen- und gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Branchen. Dies heisst konkret:

- Ein *marktorientierter Kurs der Wirtschaftspolitik* unter Verzicht auf Dringlichkeitsaktivitäten, die zwar politischen Druck mildern, aber zumeist die Selbstregulierung des Marktes ausschalten und daher langfristig der Sache nicht dienen oder gar schädlich sind.
- *Fragwürdig* ist der zu oft ziellos betriebene «Förderaktivismus» für Einzelbranchen und -tätigkeiten. Entsprechende Subventionen sind abzubauen.

Der Bund schafft mehr Wettbewerb durch offene Marktordnungen, Privatisierung wirtschaftlicher Staatstätigkeiten, Deregulierung

Kartelle und andere Marktabsprachen, technische Normen, Subventionswesen und Submissionsordnungen behindern den Wettbewerb und widersprechen vielfach den Interessen der Konsumenten. Im Agrarbereich wie in andern Sektoren haben sich die wirtschaftlichen Tätigkeiten des Staates dem Strukturwandel der Wirtschaft wenig angepasst und sind zum Teil gar überflüssig geworden. Strukturbereinigungen sind notwendig, um mehr Wettbewerb zu schaffen und mehr Handlungsspielraum für Zukunftsaufgaben zu gewinnen. Im einzelnen:

- *Wettbewerbspolitik* und *Kartellaufsicht* sind *europäischen Standards* anzugleichen.
- *Deregulierung* jener Staatstätigkeiten und *Liberalisierung* jener Marktordnungen, welche keine gesamtwirtschaftlichen Ziele oder übergeordnete Schutzwerte

mehr zu beanspruchen vermögen. Angesprochen sind staatliche Submissionsverordnungen, Zutrittsschranken zu freien Berufen, wettbewerbsverzerrende technische Normen in einzelnen Branchen.

- *Privatisierung* jener staatlichen Aufgaben, die effizienter durch Private erbracht werden können (z.B. ERG, landwirtschaftliche Forschungsanstalten, Paul Scherrer Institut, usw.) oder im Zeichen des technologischen Wandels ihren Monopolcharakter verloren haben (z.B. Teile des Fernmeldebereichs, staatliche Energieerzeugungsmonopole).
- *Überprüfung des Auftrags aller parastaatlichen Organisationen* (z.B. Butyra, Käseunion, Milchverbände, Zuckerfabriken usw.) und Rückzug des Staates, falls kein ausreichendes wirtschafts- oder staatspolitisches Allgemeininteresse mehr besteht.

Der Bund nimmt dringende Reformen der Landwirtschaftspolitik an die Hand

Mit oder ohne EG-Beitritt sind die Gesamtinteressen der Volkswirtschaft künftig den Interessen der Landwirtschaft voranzustellen. Der jährliche Unterstützungsbeitrag für den Agrarsektor bewegt sich in der Grössenordnung der Wertschöpfung der Landwirtschaft und ist verbunden mit einem Preisniveau zu Lasten der Konsumenten, das auch die Wettbewerbsfähigkeit anderer Branchen beeinträchtigt (z.B. Hotellerie und Tourismus). Die Zukunft einer von der öffentlichen Hand mitfinanzierten Landwirtschaft liegt in ausgesuchten Qualitätsprodukten, für die ein höherer Marktpreis bezahlt wird, und in einer umweltgerechten Produktion. Im einzelnen:

- *Zeitgemässe Neuformulierung des Verfassungsauftrags der Landwirtschaftspolitik*; Einführung marktwirtschaftlicher Massnahmen und offener handelspolitischer Grundsätze auch im Agrarbereich; Angleichung der produktbezogenen Unterstützungsbeiträge an das EG-Niveau.
- *Umstellung auf die Ziele einer umweltgerechten Produktion und des Schutzes der Landschaft*, unter anderem durch Direktzahlungen auf einzelvertraglicher Basis und aufgrund eines Gesamtkonzepts.

Ökonomische Anreize statt Verbote und eine innovative öffentliche Verwaltung erhöhen die Wirksamkeit staatlichen Handelns

Die Schweiz weist im internationalen Vergleich einen niedrigen Staatsverbrauch und eine geringe Bürokratisierung bei guter und z.T. sehr guter Versorgung mit öffentlichen Gütern und Diensten aus. Diese Vorteile sind zu erhalten:

- Nach der Einführung einer neuen Finanzordnung mit dem System der Mehrwertsteuer im Zentrum sollte (im Bereich der direkten Steuern und des Finanzausgleichs) die materielle *Steuerharmonisierung* im Auge behalten werden. Die

Einfrierung der *Staatsquote* hat als finanzpolitischer Grundsatz vor dem Ausfern der Bundesaufgaben bewahrt. Die fixe Staatsquote sollte jedoch nicht zum Dogma werden, das gesamtwirtschaftliche oder politische Erwägungen für einen höheren oder tieferen Anteil der einzelnen staatlichen Ebenen am Sozialprodukt im vornherein ausschliesst.

- Generell empfiehlt sich ein vermehrter Einsatz ökonomischer *Anreizmechanismen* (Lenkungsabgaben, Ökobonus, Emissionszertifikate usw.) anstelle jetziger Verbotsregelungen sowie die *Durchforstung* des gewerbepolizeilichen Bewilligungswaldes.
- *Innovation in der öffentlichen Verwaltung* ist möglich. Im Vordergrund stehen Leistungsanteile in der Entlohnung, die Weiterbildung als Voraussetzung der Beförderung, die Delegation von Verantwortlichkeit und Kompetenzen, die Entrümpelung von Vorschriften, das Abschneiden alter hierarchisch-bürokratischer Zöpfe sowie die Entwicklung einer mitarbeiterbezogenen Unternehmenskultur für eine bürgernahe Verwaltung.

Grosse künftige Aufgabenverlagerungen verlangen die Bereitschaft zu bedeutenden Einnahmenverlagerungen und den politischen Willen für eine zukunftsorientierte Finanzordnung

Die Reformvorschläge der Kommission zur Aufgabenentwicklung orientieren sich an drei Leitlinien:

- an der *Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit* durch Liberalisierung und Wettbewerb;
- an der *konzentrierten Erweiterung des sozialen Ausgleichs* im härter werdenden Wettbewerb der Leistungsgesellschaft;
- an der *Sicherung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen* durch eine konsequente Ökologisierung.

Die summarische Überprüfung der Kommissionsvorschläge lässt folgende *finanzielle Konsequenzen* auf der Einnahmen- und Ausgabenseite erwarten:

- Mit der hier stark betonten *Liberalisierung* der Märkte wird die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit der privaten Wirtschaft gestärkt und die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates auf das Notwendige konzentriert. Die damit eröffneten grösseren *finanzpolitischen Handlungsspielräume* sind Chancen für *neue Prioritäten* und die Verkräftung ihrer Mehraufwendungen.
- Im *Gesundheitswesen* und im *sozialen Ausgleich* schlägt die Kommission konzentrierte Erweiterungen der Solidarität für Grundleistungen und ein garantiertes Mindesteinkommen vor, verweist aber für darüber hinausgehende

Ansprüche auf die individuelle Zahlungsbereitschaft. Trotz dieser Konzentration sind bedeutende Mehrausgaben zu erwarten. Umgekehrt könnten dem öffentlichen Sozialbudget *neue Ressourcen* durch die Realleistungen des Sozialdienstes zufließen.

- Die *vorgeschlagene Ökologisierung* der schweizerischen Volkswirtschaft erfolgt primär über marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben. Dies bedeutet für Unternehmen und Haushalte in erster Linie veränderte relative Preise, d.h. umweltgerechte Güter und Dienste werden vergleichsweise billiger, umweltbelastende Güter und Dienste teurer. Erst in zweiter Linie sollen Lenkungsabgaben nicht zurückerstattet, sondern zur Finanzierung neuer Aufgaben herangezogen werden.
- Die Kommissionsvorschläge würden insgesamt auf *höhere Transferleistungen des Staates im Sozialbereich, auf eine gewisse Verlagerung von den direkten Steuern auf Konsumabgaben und auf die Veränderung relativer Preise* hinauslaufen. Die Staatsleistungen sind im Sozialbereich eher auf die wirklich Bedürftigen, im Wirtschafts- und Ökologiebereich eher auf die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Lebensgrundlagen ausgerichtet.

Es stellt sich natürlich die Frage, warum die Kommission ihre Vorschläge nicht darauf reduziert hat, was im Rahmen der gegenwärtigen Finanzordnung aus heutiger Sicht finanzierbar wäre. Eine solche Reduktion wäre zwar politisch opportun. Sie würde aber die öffentliche Diskussion dreier wichtiger Punkte verhindern, die der Kommission wichtig erscheinen:

- Bedeutende Aufgabenbereiche, wie der soziale Ausgleich oder das Gesundheitswesen, stehen an einem Punkt, wo die Fortschreibung der bisherigen Politik nicht mehr möglich ist und grundlegende Reformen unumgänglich sind.
- An neuen kostenintensiven Aufgaben wie beispielsweise der Ökologie könnte zwar kurzfristig gespart werden; dies bedeutete jedoch zugleich längerfristige Wohlstands- und Produktivitätsverluste.
- Bedeutende Umlagerungen der Einnahmen und Ausgaben des Staates und die Finanzierung neuer Zukunftsaufgaben sind Herausforderungen, die ganz unabhängig von den Vorschlägen dieser Kommission auf uns zukommen und zu bestehen sind. Dies verlangt die politische Bereitschaft und den politischen Willen für eine zukunftsorientierte Finanzordnung.

D. Gesellschaftlicher Wandel verlangt den Umbau unserer Systeme des sozialen Ausgleichs

Im sozialen und demographischen Wandel der Gesellschaft verändern sich auch Lebensart und Lebenszyklus des einzelnen: lebenslange Erwerbsarbeit bei Männern, lebenslange Haushalt- und Familientätigkeit bei Frauen sind immer weniger die Norm für alle.

Neue Arbeitsteilungen zwischen Mann und Frau, die Scheidung jeder dritten Ehe, die Verbreitung anderer Lebensformen sowie der verschärfte Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt schaffen andere Bedürfnisse sozialer Sicherheit, aber auch erhöhte Risiken individueller Armut.

Das auf dem Familienprinzip und den Lohnbeiträgen beruhende AHV-System ist längerfristig nicht geeignet, diese Veränderungen sinnvoll zu bewältigen. Es braucht zeitgemässere Formen gesellschaftlicher Solidarität und damit einen grundsätzlichen Systemwechsel.

Das Sozialversicherungssystem für verschiedene Alter (AHV) und Bedarfsfälle (Invalidität, Erwerbslosigkeit, Sozialhilfe) wird langfristig vereinheitlicht und umgebaut: Es garantiert eine individuelle Existenzsicherung für alle Niedergelassenen und wird über Steuern finanziert

- Auf der *Leistungsseite* sind die Nachteile der heutigen Sozialversicherung offensichtlich: Der *Systemwechsel* muss heute schon überlegt und an die Hand genommen werden, da er sicher den Zeitraum einer Generation beansprucht. Das hier vertretene Konzept eines *existenzsichernden Grundeinkommens* vereint wichtige *Vorzüge*: es kann schrittweise auf alle Altersgruppen ausgedehnt werden und ist zivilstandsunabhängig sowie rechtsgleich für Mann und Frau. Vor allem aber bekommt die öffentliche Sozialversicherung ihren eigentlichen Charakter zurück: aus dem gleichen Topf hat jede Person Anspruch auf ein existenzsicherndes Grundeinkommen, aber nicht mehr. Darüber hinaus zählt die individuelle Leistung – sowohl für das Erwerbseinkommen wie für die zusätzliche Alterssicherung.
- Auch auf der *Finanzierungsseite* ist ein *Systemwechsel* angezeigt, da der Abzug von Lohnprozenten nur für den Ausgleich unter Erwerbstätigen sinnvoll ist. Denkbar wäre die *Finanzierung über Ressourcen- oder Umweltsteuern*. Bedenkenswert ist aber vor allem das Konzept der *negativen Einkommenssteuer*: wer ein Einkommen unterhalb des politisch festgesetzten Grundeinkommens ausweist, erhält einen nach unten zunehmenden Teil als Beitrag zur Existenzsicherung (= negative Steuer); wer in der Höhe des Grundeinkommens verdient, bezahlt und bekommt nichts, wer mehr verdient, bezahlt die Sozialversicherung mit.
- In der Übergangszeit nehmen wir dringende Änderungen am heutigen System der sozialen Sicherheit vor. Dazu gehören zivilstandsunabhängige und gleiche Leistungen für Mann und Frau, Beitrags-Gutschriften für Erziehende und die Koordination der Sozialwerke. Sie sollen den langfristigen Umbau nicht verhindern, sondern Schritte auf diesem Weg sein.

Die heutige zweite Säule (obligatorische Pensionskasse) wird an die dritte Säule (individuelle Vorsorge) angenähert

Bei allen heutigen Nachteilen kann das System der zweiten Säule nicht einfach rückgängig gemacht werden. Wird dagegen die AHV zur individuellen Existenzsicherung aus öffentlichen Mitteln umgebaut, so ergeben sich auch Möglichkeiten, die zweite Säule der individuellen Vorsorge anzugleichen. Mögliche Schritte sind:

- die *Abschaffung* des Obligatoriums.
- *individuelle Optionsmöglichkeiten* über Ausmass und Träger der beruflichen Altersvorsorge, die Verbesserung der *Freizügigkeit*, ein *Mitverwaltungsrecht* der Versicherten bei der Anlage ihres *Anwartschaftskapitals* und die Möglichkeit, Anwartschaftskapital zur Finanzierung der Eigenwohnung oder des Eigenheims heranzuziehen.

Das monetäre System der sozialen Sicherung wird ergänzt durch die unentgeltliche Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger in einem öffentlichen Sozialdienst

Wichtige Tätigkeiten – von der Kindererziehung bis zur Altenpflege – können nicht durch Geld oder Geldleistungen ersetzt werden. Sie dürfen in der wirtschaftlich motivierten Leistungsgesellschaft nicht zu Benachteiligungen führen und im Prozess gesellschaftlicher Individualisierung auch nicht vernachlässigt werden.

- Die Mehrheit der Kommission befürwortet einen *obligatorischen Dienst*, der jede erwachsene Person verpflichtet, zumindest ein Jahr «*Sozialzeit*» zu leisten. Er kann in Form von Erziehungs- und Pflegedienst oder durch die Übernahme von Milizaufgaben bei Behörden, Militär und anderen öffentlichen Diensten erbracht werden. Der obligatorische Dienst wäre eine neue Verpflichtung für Frauen, die keine erziehungs- oder sonstige sozialen Aufgaben übernehmen, während er für Männer breitere Wahlmöglichkeiten gegenüber der heutigen Militärdienstpflicht eröffnet.
- Eine Kommissionsminderheit möchte den öffentlichen Sozialdienst auf die *freiwillige Mitarbeit* beschränken, weil ihr die Nachteile eines Zwangssystems samt seines administrativen Aufwands zu gross scheinen. Sinnvolle Anreize für die freiwillige Mitarbeit müssten geschaffen werden.
- *Jede Form des Sozialdienstes* hat nach Ansicht der Kommission allerdings nur dann einen Sinn, wenn dieser, in Überwindung autoritärer Traditionen der Vergangenheit, durch grosse Wahlmöglichkeiten und die Art der Tätigkeit auch als persönliche Bereicherung erlebt werden kann.

E. Im Gesundheitswesen werden wir wählen müssen, statt wie bisher wählen zu dürfen

Das Gesundheitswesen steht an einem Wendepunkt. Einerseits erweitern sich die biomedizinisch-technischen Möglichkeiten der Diagnose und Behandlung ständig. Andererseits tun sich finanzielle Grenzen auf. Krankenkassen und öffentliche Hand tragen bereits heute mehr als zwei Drittel der Kosten. Soll die Kostenexplosion vermieden werden, so stehen wir vor schwierigen Fragen der Wahl.

Zu wählen haben wir einmal, in welchem Masse wir uns die komplexen und kostspieligen Leistungen der Spitzenmedizin künftig werden leisten können. Zu entscheiden ist sodann über die täglichen Dienste an breiten Personenkreisen wie etwa den pflegebedürftigen Alten oder für besondere Gruppen wie die Drogenabhängigen.

Solche schwierigen Entscheidungen berühren nicht nur medizinische und wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische und ethische Dimensionen. Gleichzeitig muss in einem liberalen und anpassungsfähigen Gesundheitswesen die Solidarität unter Kranken und Gesunden den Zugang zu Leistungen guter Qualität sichern.

In der Situation des «Wählenmüssens» sind Ethikfragen in Medizin und Gesundheit von zentraler Bedeutung. Wir alle – und nicht nur die Fachleute – müssen sie diskutieren. Für die Überwachung ethischer Grundsätze schaffen wir geeignete Richtlinien oder gesetzliche Standards.

Viel mehr als bisher wird sich die politische Öffentlichkeit auch mit den ethischen Fragen der Gesundheit auseinandersetzen müssen. Stichworte dazu sind: Techniken künstlicher Befruchtung und Leihmutterschaft, Organtransplantationen, Gentechnologie, Sterbehilfe, Drogen und Aids, Zwangsbehandlungen und die Wahrung der Menschenrechte in der Psychiatrie.

- Zu beantworten wäre dabei unter anderem: Ist ethisch vertretbar, alles zu tun, was die Medizin kann? Was heisst «guter» Umgang zwischen Heilpersonal, Kranken und Gesunden? Wofür haben wir Zeit – für mehr technische Behandlungen oder das Gespräch?

Angesichts der Kostenentwicklung legen wir Priorität auf eine gute Grundversorgung, die allen Bewohnern und Bewohnerinnen der Schweiz, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und vom individuellen Risiko Krankheit, zukommt.

- Mehr und mehr werden wir vor die Situation gestellt, ein begrenztes öffentliches Budget optimal zu verteilen. Die Priorität gilt einer guten Versorgung, die allen zu gleichen Voraussetzungen zugänglich ist. Die generelle Erhaltung der Versicherungssolidarität ist notwendig, soll es nicht zum Generationen-

konflikt (wegen der Überalterung) oder zum sozialen Konflikt (Zweiklassensystem der Gesundheitsversorgung: gute Qualität für Begüterte, mittelmässige oder schlechte Versorgung für die andern) kommen.

- Auch bei einem wachsenden öffentlichen Gesundheitsbudget wird die öffentliche Hand künftig *nicht jeden medizinischen Diagnose- und Behandlungsfortschritt mitfinanzieren* können, zumal mit zunehmender Überalterung der Anteil der Gesundheitsaufwendungen am Sozialprodukt steigen dürfte. Für das Gesundheitswesen ist daher ein langfristiger und globaler *Finanzrahmen* abzustecken. Die öffentlichen *Grossinvestitionen* (Spitäler und Spitzenmedizin) sind zwischen den Kantonen und, falls erforderlich, vom Bund zu koordinieren.
- Eine *genügende obligatorische Grundversicherung* für alle Bevölkerungsschichten ist unverzichtbar und bedingt ein Versicherungsobligatorium für die noch 2% Unversicherten. Darüber hinaus sollten die Versicherten zwischen verschiedenen Systemen wählen können (Klassische Versicherung, HMO [Gesundheitskasse], grössere oder geringere Franchisen).
- *Ein grösserer Wettbewerb* zwischen Anbietern von Gesundheitsleistungen ist einzuführen. Dabei müssen allerdings die Transparenz der verschiedenen Angebote für die Versicherten, der verteilungsgerechte Zugang und die Leistungsqualität im Rahmen einer korrekten Berufsethik gewährleistet und beaufsichtigt sein.

Wir brauchen mehr Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gesundheitsberufen und tun mehr für Gesundheitsvorsorge und -erziehung

Die geeignete Behandlung und Betreuung älterer Personen (insbesondere auch der Chronischkranken) ist eine Herausforderung während der nächsten Jahrzehnte. Sie verlangt eine weit stärkere Zusammenarbeit verschiedener Berufe und Dienste. Verstärkte Mittel müssen der Präventivtätigkeit und der Gesundheitserziehung zugewiesen werden. Schliesslich ist es notwendig, mehr als bisher jene Hilfsprogramme und Strukturen bereitzustellen, welche die Reintegration von Randgruppen in Beruf, im sozialen Umfeld und in ihren Lohnverhältnissen ermöglichen. Im einzelnen:

- *Pilotförderung* ambulanter medizinisch-sozialer Dienste durch interdisziplinäre Teams und Breitenförderung bei guten Erfahrungen. Beseitigung der Benachteiligung spitalexterner Dienste (Spitex) als Voraussetzung für alternative und dezentrale Formen der Altenbetreuung.
- Gegenüber den Aspekten körperlicher Gesundheit verlangen die Folgen mangelnden seelischen Wohlbefindens mehr Aufmerksamkeit und höhere Priorität bei der Behandlung. Dasselbe gilt für Probleme des *Gewaltverhaltens in der Gesellschaft*.

- *Gesundheitsvorsorge und -erziehung* brauchen mehr Platz in Schule und Berufsausbildung sowie mehr Aufmerksamkeit und Umsetzung im Gesundheitswesen selbst, in den Betrieben und in der Gemeinde.

F. Bildung verlangt mehr Lebensnähe – und unser Bildungswesen fördert lebenslanges Lernen

Unsere beruflichen Laufbahnen haben sich verändert. Der einmal erlernte Beruf entspricht immer weniger der später ausgeführten Tätigkeit. Unterbrüche der Berufstätigkeit und der Einstieg in neue Berufsfelder prägen zunehmend den Lebenslauf von Frauen und Männern. Gleichzeitig nimmt die Vernetzung in unseren Lebenszusammenhängen zu. Unser Bildungswesen muss sich vermehrt darauf ausrichten. Die Entwicklung der Persönlichkeit, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten ist insbesondere auch in der Arbeitswelt zu fördern.

Bildung ist auch in unserer Gesellschaft ungleich verteilt, und von den Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung können nicht alle gleich gut Gebrauch machen. Bildung ist aber eine Notwendigkeit für eine Kleingesellschaft, die es sich nicht leisten kann, individuelle Begabungen und Fähigkeiten brach liegen zu lassen. Der internationale Qualitäts- und Qualifikationswettbewerb wird schärfer. Das verlangt die Entwicklung aller individuell vorhandenen Fähigkeiten und damit auch Anstrengungen für mehr Chancengleichheit im Bildungswesen.

Unser gesamtes Bildungswesen verwirklicht mehr Chancengleichheit, mehr Durchlässigkeit und mehr Lebensnähe

Nach wie vor orientiert sich unser Bildungswesen an einer einmaligen Sockelausbildung, an zum Teil ständischen Berufsbildern und an einer Trennung von Fachwissen und sozialer Lebenswelt. In der Regel ist es ausgerichtet auf die männliche und konventionelle Berufslaufbahn. Ein solches Bildungswesen vermag den künftigen Anforderungen – trotz des guten Rufs einzelner seiner Teile – nicht zu genügen.

- Auch heute noch sind untere *soziale Schichten*, Mädchen oder Frauen, Ausländer und Ausländerinnen, aber auch kleinere Gruppen wie die Behinderten in unserem Bildungssystem *benachteiligt*. Ihre Förderung bleibt ebenso dringlich wie diejenige der Hochbegabten.
- Alle *Barrieren*, die einen Umstieg oder Wiedereinstieg behindern, sind *abzubauen*. Das gilt nicht nur für die Zugänge zur Aus- und Weiterbildung, für Altersbegrenzungen oder das Stipendienwesen, sondern auch für die weitere berührte Gesetzgebung (Steuern und Sozialversicherung).
- *Sach- und Fachwissen allein genügen nicht*. Über die bessere Vermittlung von *Arbeitsmethoden* hinaus werden die *ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung* sowie *soziale Fähigkeiten und Fertigkeiten* (z.B. Ausdrucks-, Handlungs-, Konflikt-

und Vermittlungsfähigkeit, Erhaltung von Neugierde) stets wichtiger. Das Bildungssystem muss, unter anderem durch stufengerechte Mitwirkung in Organisationen und Projekten, bedeutend mehr Gelegenheit schaffen, solche Fähigkeiten zu erlernen und einzuüben.

- Auch im Bildungswesen gibt es eine *europäische Herausforderung*. Frühere Einschulung der Kinder, Verkürzung der Mittelschulzeit und der Grundausbildung an der Hochschule, mehr Stimulierung gesunden *Leistungswillens* sind Herausforderungen für das schweizerische Bildungswesen. Sie müssen bewältigt werden, sonst besteht das Risiko, dass Schweizer Absolventen bei der gegenseitigen *Anerkennung* der Ausbildungsabschlüsse und der Berufsbilder in Europa benachteiligt werden.

Ausbildung und Praxis sind vielfältig vernetzt und erlauben lebenslanges Lernen

Das lebenslange Verweilen im gleichen Beruf ist nicht mehr Norm für alle: spätere Aus- und Weiterbildung wird zunehmend wichtig.

- Die gesamte Ausbildung ist auf das Konzept des *«lebenslangen Lernens»* umzustellen. Das bedeutet die Ergänzung aller Lehrgänge mit Optionen für *Wieder- und Quereinsteiger* sowie die Verlagerung von lexikalischem Wissen auf mehr *Orientierungswissen*.
- In der heutigen Konzeption praxisnaher *Berufsausbildung* sind die Berufsbilder auf wenige *Grundtypen* zu reduzieren. Dafür sind, auf der Basis einer guten *Generalistenausbildung*, *individuelle Spezialisierungsmöglichkeiten* in der Fort- und Weiterbildung anzubieten.
- Insbesondere die *Ausbildung in den technischen Wissenschaften und Berufen* ist vermehrt mit *Umwelt- und Lebensbezügen* zu vernetzen. Auch in der Schweiz sollte es möglich sein, Frauen mehr für technische Berufe zu interessieren und die Ausbildung auch mehr auf Frauen auszurichten. Projektorientiertes Lernen verbindet Fachwissen und sozialen Lebenszusammenhang.
- Gegenüber den naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen, die vom Bund direkt oder durch eigene Hochschulen gefördert werden, liegt die Ausbildung in Teilen der *Human- und Sozialwissenschaften im Rückstand*. Dieser kann von den kantonalen Hochschulen nicht aufgeholt werden und verlangt ein Direktengagement des Bundes.

Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften fördern die kontinuierliche Qualifizierung und Selbstentfaltung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Lebenslanges Lernen ist eine Anforderung des Arbeitsmarktes und eine Folge des Innovationsdrucks in der Wirtschaft. Die Bereitschaft dazu kann aber nur dort geweckt werden, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Menschen mit eigenen Wünschen der Selbstentfaltung im Mittelpunkt stehen und wo Arbeitsplatzstrukturen und Unternehmenskultur diese fördern und belohnen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Sie bedeutet:

- Die arbeitsvertraglichen und versicherungstechnischen Hindernisse der individuellen Zeitautonomie (Teilzeitarbeit, Bildungsurlaub) und der Freizügigkeit (zweite Säule) sind zu beseitigen.
- Gesamtarbeitsverträge sollen auf qualifizierungsförderliche Lohn- und Gehaltssysteme zielen (statt blosser Arbeitsplatzbewertung).
- Qualifizierungshinderliche Arbeitsbedingungen (z.B. Monotonie, andauernde einseitige Belastungen, bestimmte Formen von Schichtarbeit) sollen durch sozialpartnerschaftliche Regelungen zurückgedrängt werden. Das qualifizierungsfeindliche Saisonierstatut wird abgeschafft.
- Im gesellschaftlichen Wandel liegt die Entwicklung einer Unternehmenskultur, welche sich an der Motivation und am Selbstentfaltungspotential der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen orientiert, im beiderseitigen Interesse der Sozialpartner.

G. Die gesellschaftliche Gleichstellung der Frau muss auch mit politischen Mitteln gefördert werden

Die Kommission fühlt sich betroffen von den rechtlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau, die trotz der Anstrengungen der jüngsten Zeit fortbestehen. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist eine zentrale politische und gesellschaftliche Herausforderung unseres Jahrzehnts. Zunächst darf in einer Gesellschaft, die Rechtsgleichheit fordert, gerade die Diskriminierung der Frau keinen Platz mehr beanspruchen. Sodann benötigt unser Land die Talente und die Unterstützung von Frauen und Männern gleichermassen. Schliesslich hat die Schweiz – im Zuge ihrer Öffnung gegenüber Europa – jene Bemühungen zur Gleichstellung der Frau nachzuholen, wie sie in anderen europäischen Ländern zur Norm geworden sind.

Erziehung und Ausbildung sind die Grundlage gesellschaftlicher Gleichstellung der Frau

Die längerfristige Gleichstellung der Frau kann nur gesellschaftliche Wirklichkeit werden, wenn sie in sozialen Werten, im Verhalten und in der Kultur des Alltags verankert ist. Erziehung, Bildung, Medien und Forschung spielen dabei eine besondere Rolle. Der Gleichstellung dienen:

- wirkungsvolle Gleichstellungsmassnahmen in *Schule* und *Berufsausbildung* (Schulpläne, Lehrunterlagen); Sensibilisierung der Lehrenden aller Stufen für (unbewusste) Vorgänge der Diskriminierung; Thematisierung im Unterricht.
- *Sensibilisierung der Berufsberatungsstellen* auf die Gleichstellungsproblematik im Hinblick auf eine Öffnung der typischen Männer- oder Frauenberufe für das andere Geschlecht.
- Förderung von *Frauenforschung* und -studien an den Hochschulen; Überwindung einseitiger *Frauenbilder*, Sichtbarmachung *der Stellung* der Frau in den *Medien* und in der *Werbung*.

Bedeutende Anstrengungen sind nötig, um Lohngleichheit und Chancengleichheit der Frau in der Erwerbsarbeit zu erreichen

Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen benachteiligt in Einstellung, Aufstieg und Lohn. Es gibt kaum Entlastungen für berufstätige Frauen mit Kindern. Das Steuerrecht benachteiligt doppelverdienende Ehepaare, das Sozialversicherungsrecht jene Frauen und Männer, die ihre Haus- und Erziehungsaufgaben partnerschaftlich teilen. Aus all diesen Gründen fehlen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt gerade gut qualifizierte Frauen, die zwischen Haus- und Erwerbsarbeit wählen können. Aber auch Männer, die Erziehungs- oder Betreuungsaufgaben mit ihrer Lebenspartnerin teilen möchten, sind benachteiligt. Mehrheitlich befürwortet die Kommission neben einem wirksamen *Gleichstellungsgesetz*:

- *staatliche Anreize für Unternehmungen*, die eine aktive *Gleichstellungspolitik* betreiben (z.B. bei Submissionen), und eine gesetzliche Verpflichtung für Verwaltungen und Anstalten des Bundes zu überprüfbaren Fördermassnahmen auf allen Stufen.
- Schaffung von genügend *Betreuungsplätzen* in Krippen, Horten und Kindergärten sowie die Einführung von *Tagesschulen* und eines *Elternurlaubs*, um Frauen und Männern mit Erziehungsaufgaben mehr Wahl und Freiheitsgrade zwischen Berufs- und Familienarbeit zu verschaffen.

- Gezielte Weiterbildungsprogramme für Frauen wie für Männer, die wegen Erziehungs- oder Betreuungsaufgaben ihre Berufstätigkeit ganz oder teilweise unterbrochen haben.
- Geschlechtsunabhängige Regelung der Sonntags- und Schichtarbeitsbeschränkungen sowie grössere Zeitautonomie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Betreuungs- oder Erziehungsaufgaben.
- Sofortige Reformen des Steuer- und Sozialversicherungsrechts sind notwendig – sonst bleiben Gleichstellungsmassnahmen auf dem Arbeitsmarkt wirkungslos. Dazu gehören: zivilstandsunabhängige Renten mit Beitrags-Splitting für Eheleute, Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung des Zweitverdienstes von Ehepaaren und der partnerschaftlichen Aufteilung der Haushalts- und Erziehungsaufgaben, sowie eine Gutschrift für nicht entlohnt geleistete Erziehungs- und Betreuungsarbeit in der Sozialversicherung.

Wir schaffen Rahmenbedingungen, die zu einer repräsentativen Vertretung der Frauen in der Politik führen

Ermutigt durch Erfahrungen einzelner Länder, im Einklang mit internationalen und europäischen Vereinbarungen, und im Sinne eigenen Pioniergeists fördert die Eidgenossenschaft die Vertretung der Frauen in Politik und Verwaltung durch:

- *Flexible Quoten*, die eine allmähliche Mindestvertretung beider Geschlechter in allen politischen Gremien und in der Verwaltung erreichen lassen. Der Vorschlag für solche Quoten, den die Kommissionsmehrheit unterstützt, braucht nicht in jedem Fall ein Gesetz, sondern kann auch durch verbindliche Absprachen unter den Parteien oder zwischen den Sozialpartnern in Aussicht genommen werden.

H. Wir sichern die Lebensgrundlagen für morgen – und handeln jetzt

Wir möchten, dass unsere Kinder und ihre Nachkommen mindestens so viele Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten haben werden, wie wir selbst für uns beanspruchen. Indessen müssen wir sehen, dass dieses ethische Prinzip sich bis heute nicht durchsetzt: Noch verschwenden wir die erschöpflichen Ressourcen der Natur; noch zerstören wir ökologische Kreisläufe, global, aber auch in unserem Land. Wir nehmen Risiken bis zur Klimakatastrophe in Kauf. Das intakte Leben unserer Nachwelt ist ungewiss.

Umdenken reicht nicht mehr. Wir müssen handeln. Die Schweiz, ein reiches Land, mehr als andere sensibilisiert für die Belange seiner Umwelt, kann im kommenden Jahrzehnt eine ökologische Pionierrolle spielen, falls sie ihre Wirtschaft konsequent ökologisiert, mit den Risiken unserer technischen Zivilisation anders umgehen lernt und ihre natürlichen Lebensgrundlagen beispielhaft schützt.

Über Umweltabgaben verwirklichen wir einen Übergang zu einer ökologisch verträglicheren, aber leistungsfähigen und konkurrenzfähigen Wirtschaft

- Die Verschwendung von natürlichen Ressourcen und der sorglose Umgang mit Schadstoffen werden dadurch begünstigt, dass die *Umweltkosten in den Marktpreisen von Waren und Diensten* nicht enthalten sind. Im längerfristigen Interesse der Marktwirtschaft selbst liegt es, diese Kosten in die Marktpreise einzubauen (zu internalisieren), statt sie wie bisher der Allgemeinheit oder künftigen Generationen aufzubürden. Dies kann vor allem durch *Umweltabgaben* geschehen. Umweltbelastendes Verhalten wird dann relativ teurer und daher seltener, während umweltgerechtes Verhalten billiger und daher häufiger wird. Über das marktwirtschaftliche Instrument des Preises wird also das Verhalten von Konsumenten und Produzenten im ökologischen Sinn beeinflusst. Die Internalisierung der Umweltkosten in die Marktpreise bringt kurzfristig Mehrkosten; die frühzeitige Umstellung kann aber die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft stärken.
- Zusammen mit *anderen marktwirtschaftlichen Instrumenten* (z.B. handelbare Zertifikate, die nur einen begrenzten Ausstoss von Emissionen erlauben, oder ökologisch gestaltete kommunale und kantonale Gebühren) könnten Umweltabgaben die Umweltpolitik von Vorschriften entlasten.

Umweltabgaben sollen primär so ausgestaltet werden, dass sie die gewünschten ökologischen Lenkungseffekte haben. Im Vordergrund stehen aus heutiger Sicht eine CO₂-, eine Ressourcen- oder eine Energieabgabe. Direkte oder indirekte Rückerstattungen an die Bevölkerung sind vorzusehen.

- Erster Zweck von *Umweltabgaben* ist nicht die Füllung der Staatskassen, sondern die *ökologisch gewünschte Beeinflussung des Verhaltens auf dem Markt*, also z.B. die Verminderung der Emissionen. Das kann Abgabesätze erfordern, welche die Höhe klassischer indirekter Steuern bei weitem übersteigen. Daraus ergeben sich zwei praktische Empfehlungen:
- Erstens sind Umweltabgaben *schrittweise über längere Zeit* einzuführen, damit Produzenten und Konsumenten sich allmählich auf erhebliche, aber gewünschte Strukturveränderungen und Marktbedingungen einstellen können. Das bedingt aber auch, dass mit der Einführung der Massnahmen sofort begonnen werden muss.
- Zweitens kann der Ertrag von Umweltabgaben, wie heute schon bei Entsorgungsgebühren, *zweckgebunden* für Umweltmassnahmen verwendet werden. Vor allem aber ist an eine *direkte Rückvergütung an die Haushalte* zu denken. Sie ist vor allem am sog. «Ökobonus» für Treibstoffe diskutiert worden: die Erträge eines erhöhten Treibstoffpreises werden allen Einwohnern gleichmässig verteilt. Vielfahrern bleibt eine Zusatzbelastung, Wenig- und Nicht-

fahrer werden belohnt. Eine *allgemeine Umweltabgabe* (z.B. auf der Nutzung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Boden usw.) dagegen könnte zur *Finanzierung der AHV-Renten* (später des garantierten Grundeinkommens) verwendet werden und die heutigen Lohnabzüge ersetzen. Längerfristig bedeutet das für uns alle, dass bestimmte Waren und Dienste teurer, andere relativ billiger werden und dass bei gleichbleibender Steuerbelastung die Einkommen weniger, umweltbelastende Tätigkeiten dagegen mehr besteuert werden.

Die Internalisierung der Umweltkosten ist besonders wichtig zur Lösung künftiger Probleme in der Energie- und Verkehrspolitik

In der Energiepolitik müssen in den nächsten 10 Jahren des Kernkraft-Moratoriums substantielle Erfolge in der rationelleren Energieverwendung erzielt werden. In der Verkehrspolitik sind, selbst bei Realisierung der geplanten grossen Investitionsvorhaben, zwei Engpässe zu bewältigen: der künftige Verkehrszuwachs in den Agglomerationen und im Nord-Süd-Verkehr muss nachhaltig gedämpft werden können. Die Ziele rationeller Energieverwendung und der Dämpfung der Verkehrszunahme werden sich schwerlich erreichen lassen, wenn Energie und Verkehr – wie heute – volkswirtschaftlich zu billig sind.

- Die *Erhöhung der Energiepreise bietet Chancen*, drei Ziele eher auf marktwirtschaftlichem Weg als nur mit Vorschriften und Subventionen zu erreichen, nämlich die *rationellere Verwendung von Energie*, die *Förderung erneuerbarer Energien* sowie die (exportfähige) *Entwicklung von Energiespartetechnologie*.
- Jeder Ausbau von Verkehrswegen hat in der Vergangenheit zu noch mehr Verkehr und nochmaligem Ausbau der Verkehrswege geführt. Preiserhöhungen für Verkehrsbenützer bieten die Chance der *Dämpfung der Verkehrsnachfrage* und gehören zu den Massnahmen, die auch im europäischen Umfeld (etwa in der Frage der Übernahme des alpendurchquerenden Verkehrs) vertretbar sind.

Unsere Vorsprünge in der Umweltpolitik lassen sich nur halten, wenn wir eine offensive europäische und internationale Ökologiepolitik vertreten

- Die *globale Ökologie-Problematik* wird auf lange Frist alle Länder zu einer verstärkten Umwelt- und Nachweltpolitik veranlassen. Länder, welche diese Umstellung früher an die Hand nehmen, werden kurzfristig Mehrkosten in Kauf nehmen müssen, längerfristig aber Wettbewerbsvorteile erhalten. Die Schweiz, heute mit Vorsprüngen in der Umweltpolitik, hat eine gute Ausgangssituation, mit einer konsequenten Ökologiepolitik heute zu säen und morgen zu ernten. Die internationale Öffnung der Märkte wird jedoch auch die Chancen einer ökologischen Sonderstellung verkleinern. Eine offensive Vertretung einer ökologisch orientierten Verkehrs-, Energie-, Emissionspolitik oder Entwicklungszusammenarbeit ist darum nötig.

- Eine künftige, international aktive Umweltrolle der Schweiz verlangt *bereits heute konsequentes Handeln im Sinne globaler Ökologie*. Zu den *dringendsten Sofortmassnahmen* gehören: Importverbote von Hölzern aus tropischen Wäldern, von bedrohten Tier- und Pflanzenarten samt ihrer Verarbeitungsprodukte sowie der Nachweis sicherer Entsorgung nach den in der Schweiz geltenden Kriterien für den Export jeglicher Abfälle. Produktion und Import schadstoffhaltiger Güter, deren Verwendung von ozonerstörenden Wirkungen in der Atmosphäre begleitet ist, sollen durch Verbote und Lenkungsabgaben auf ein zuträgliches Mass reduziert werden.

In der Raumplanung müssen die Bedürfnisse künftiger Generationen vermehrt zum Zuge kommen

Angesichts der Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in unserm Land hinsichtlich Mobilität, Freizeitverhalten, Wohnraum- und Bodenverbrauch muss dem Vollzug der Raumplanung auf allen Ebenen mehr Nachdruck verliehen werden. Dieser umfasst auch die Massnahmen im Bereich der Verkehrspolitik, des Landschaftsschutzes, der Agglomerationspolitik und der Bodenfrage.

- Die Schweiz grenzt an europäische Regionen mit hoher Entwicklungsdynamik. Zunehmender Siedlungsdruck von aussen macht ein *nationales Leitbild* dringend, das die raumplanerischen Bemühungen der Kantone für eine dezentralisierte, zukunftstaugliche Siedlungs- und Städtestruktur unterstützt.
- *Verkehr und Siedlung* sind besser aufeinander abzustimmen.
- *Agglomerationen* sind Problemgebiete und politisch heimatlos. Sie brauchen eine *politische Organisation* mit Kompetenzen zum Ausgleich und für die Abstimmung der z.T. gegensätzlichen Interessen zwischen Kern- und Umlandgemeinden.
- Raumplanung und Baurecht müssen sich auf das Wesentliche konzentrieren durch Vereinfachung von Vorschriften und Detailweisungen zugunsten einer entschiedenen Durchsetzung langfristiger Allgemeininteressen.

Möglichst viele Menschen sollen am knappen Gut Boden sinnvoll teilhaben können

Die massive Verteuerung des Bodens und der Mieten haben zu grossen Kontroversen über bodenpolitische Massnahmen geführt. Die Forderungen gehen von der Öffnung der Bauzonen bis zur Verstaatlichung des Bodens.

- Ungewiss ist, ob sich die *Bodenpreise* mit staatlichen Mitteln überhaupt beeinflussen lassen. Hingegen kann die öffentliche Hand wenigstens die *sinnvolle Nutzung* fördern. Eine höhere *Besteuerung* des unbebauten erschlossenen

Baulands kann der Hortung entgegenwirken, die *bundesrechtliche Abschöpfung von Planungsgewinnen* Fragen der Raumnutzung einer gerechteren und sachlicheren Lösung zuführen helfen. Der vermehrte Erwerb von Boden durch die Gemeinden und die Überlassung an Private im *Baurecht* schafft Optionen für die spätere Zukunft.

- Das *Privateigentum* an Boden ist langfristig gefährdet, wenn eine grosse Mehrheit der Bevölkerung von dessen Erwerb faktisch ausgeschlossen ist. Der Förderung des Wohnungseigentums können dienen: neue Modelle preisgünstiger Eigentumswohnungen und Eigenheime und des Vorzugskaufs von Wohnungen für Eigennutzer, neue Formen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, Modelle der Mitfinanzierung der eigenen Wohnung über das Anwartschaftskapital aus der Pensionskasse.
- Die Zunahme sozialer Härtefälle auf dem Wohnungsmarkt kann nicht ausgeschlossen werden. Zumindest bis Bedürftige ein garantiertes Mindesteinkommen haben, sind dafür individuelle Mietzuschüsse vorzusehen.

Traditionelle Sicherheitspolitik muss durch Friedenspolitik ergänzt werden. Unabhängig davon ist eine umfassende staatliche Risikopolitik zu entwickeln.

- *Friede* und friedliches Zusammenleben gehören zu den tiefsten Wünschen, die Menschen auch in unserm Land immer deutlicher artikulieren. Regierung und Parlament sind aufgefordert, mehr als bisher davon aufzunehmen durch eine *aktivere Friedenspolitik*, wie sie etwa in skandinavischen Ländern sichtbar wird. Innere und äussere Gründe veranlassen zur *Überprüfung* von Ziel und Auftrag der *Armee*, wobei die Chancen einer *Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit* auf europäischer Ebene einzubeziehen sind.
- Während die Gefahr einer direkten Verwicklung der Schweiz in konventionellen kriegerischen Auseinandersetzungen abgenommen hat, nimmt die *Verwundbarkeit* unserer Gesellschaft durch eine Vielzahl technischer, ökonomischer und ökologischer Grossrisiken zu. Die Erkenntnis, dass die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft mehr und mehr auch von *nichtkriegerischen Risiken* (Nuklearunfälle, Grosschemie, Gentechnologie, Verkehr) abhängt, führt zur Notwendigkeit einer umfassenden *Risikopolitik*. Sie hat die Verwundbarkeit unserer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Systeme zu minimieren und ist von der klassischen Sicherheitspolitik getrennt zu entwickeln. Veränderte *Prioritäten* zwischen militärischen und nichtmilitärischen Sicherheitsaspekten müssen sich auch durch entsprechende *Verlagerungen* der öffentlichen Ausgaben ausdrücken.
- *Risikopolitik* heisst, bei Entscheidungen, welche wegen ihres Risikopotentials für die Bevölkerung von grundlegender Bedeutung erscheinen, konsequent die Grundsätze der *Risikovermeidung*, der *Maximierung der Fehlerfreundlichkeit* und der *eigenverantwortlichen Finanzierung des Katastrophenschutzes* zu verfolgen.

- Die Risikovermeidung kann gefördert werden, wenn das *Haftpflichtrecht* nicht nur vermögensrechtliche, sondern auch Umweltschäden dem Verursacher direkt anlastet, und wenn es dem Verursacher einen grösseren Teil der Beweislast auferlegt als bisher.
- Risikopolitik setzt den *demokratischen Risikodialog* voraus. Die Förderung der Dialogfähigkeit führt zur öffentlichen Diskussion darüber, welche vertretbaren Risiken durchaus positiv bejaht werden dürfen und welche Risikoentwicklungen wegen der Verwundbarkeit lebenswichtiger Teilsysteme zu vermeiden sind. Ein Risikodialog, der Informationsrechte der betroffenen Bevölkerung einschliesst, kann Polarisierungen um (Gross-)Risiken abbauen.
- Die Risikovermeidung bei öffentlichen Vorhaben kann gefördert werden, wenn bei politischen Entscheiden mit irreversiblen Folgen oder ungewissen Risiken für die kommenden Generationen ein *qualifiziertes Mehr* verlangt werden kann.

Mitgliederliste

- Christian Lutz, Dr. oec. publ., Gottlieb Duttweiler Institut, Rüschlikon (Präsident)
- Brigit Wehrli-Schindler, lic. phil., Soziologin, Zürich (Vizepräsidentin)
- Andreas Alioth, Dr. oec., AOC Unternehmensberatung, Zürich
- Benedetto Antonini, dipl. Architekt ETH, Dipartimento dell'ambiente, Bellinzona
- Than-Huyen Ballmer-Cao, PD Dr., Politologin, Schaffhausen
- Thomas W. Bechtler, Dr. iur., Unternehmer, Zumikon
- Willy Bierter, Dr. phil. II, Syntropie – Stiftung für Zukunftsgestaltung, Liestal
- Heidi Diggelmann, Prof. Dr., Institut suisse de recherches expérimentales sur le cancer, Lausanne
- Matthias Haller, Prof. Dr., Professor für Risiko-Management, Hochschule St. Gallen
- Peter Itin, lic. rer. pol., IBFG – Interdisziplinäre Berater- und Forschungsgruppe AG, Basel
- Wolf Linder, Prof. Dr., Forschungszentrum für Schweizerische Politik, Bern
- Irene Loebell, Journalistin, Fernsehen DRS, Zürich
- Jean Martin, PD Dr., Médecin cantonal, Lausanne
- Marie-Louise Ries, Psychologin und Laufbahnberaterin, Zürich
- Hans Ruh, Prof. Dr., Institut für Sozialethik, Zürich
- Rudolf Strahm, lic. rer. pol., Chemiker, Naturfreunde Schweiz, Bern

Vertreterin des Perspektivstabes der Bundesverwaltung:

- Hanna Muralt, Dr. phil. I, Bundeskanzlei, Bern

Sekretariat:

- Jiri Elias, Dr. rer. pol., Bundesamt für Konjunkturfragen, Bern
- Peter Balastèr, Dr. rer. pol., Bundesamt für Konjunkturfragen, Bern

In die Kommission gewählt und zurückgetreten sind:

- Peter Baccini, Prof. Dr., Neuchâtel
Rücktritt im August 1989
- Erica Billeter, Dr., Musée des Beaux-Arts, Lausanne
Rücktritt im September 1989
- Monique Laederach, Schriftstellerin, Colombier
arbeitete bis zum Rücktritt im April 1990 in der Kommission mit